

Arbeitsplan der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin für das Jahr 2005

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin
veröffentlicht ein 4-jähriges **Arbeitsprogramm** 2002 - 2005.

Der hiermit vorliegende **Arbeitsplan** 2005
stellt die jährliche Konkretisierung der
durchzuführenden Einzelarbeiten
in Form von Projekten und Veranstaltungen dar.

Herausgeber: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin
Gruppe Planung, Koordinierung, europäische und internationale Zusammenarbeit

Hauptsitz Dortmund:
Friedrich-Henkel-Weg 1-25, D - 44149 Dortmund
Postfach 17 02 02, D - 44061 Dortmund
Telefon: (02 31) 90 71 - 0
Telefax: (02 31) 90 71 - 24 54

Sitz Berlin:
Nöldnerstr. 40/42, D - 10317 Berlin
Telefon: (0 30) 5 15 48 - 0
Telefax: (0 30) 5 15 48 - 41 70

Internet: <http://www.baua.de>
E-Mail: poststelle@baua.bund.de

Alle Rechte einschließlich der fotomechanischen Wiedergabe und
des auszugsweisen Nachdrucks vorbehalten.

***Die in den Schwerpunkten öffentlich ausgeschriebenen Forschungsvorhaben
können auf der Internetseite der BAuA (www.baua.de) eingesehen werden.***

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	5
<u>Die neue Strategie der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA)</u>	5
1. Übersicht	6
2. Laufende und geplante Forschungsprojekte nach Schwerpunkten des Arbeitsprogramms der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin	7
<u>2.1 Gestaltung der Prävention im sozialen und technologischen Wandel</u>	7
<u>2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren</u>	18
<u>2.3 Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit</u>	39
<u>2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken</u>	57
<u>2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik</u>	85
<u>2.6 Integration von Sicherheit und Gesundheit in betriebliche Verfahren und Abläufe</u>	103
<u>2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen</u>	111
<u>2.8 Initiierung und Förderung nationaler, europäischer und internationaler Kooperationen und Netzwerke</u>	132
3. Veranstaltungen	136
<u>3.1 Wissenschaftliche Veranstaltungen</u>	136
<u>3.2 DASA Veranstaltungen</u>	147
4. Programme, Initiativen, Kampagnen	149
<u>4.1 Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA)</u>	149
<u>4.2 Modellprogramm des BMWA zur Bekämpfung arbeitsbedingter Erkrankungen</u>	151
5. Interne Infrastrukturprojekte	154
<u>5.1 Einführung der Kosten-Leistungsrechnung in der BAuA</u>	154
<u>5.2 Projekt "Einführung von Personalentwicklung" in der BAuA</u>	156
<u>5.3 Aufbau eines Qualitätsmanagementsystems in der BAuA</u>	158

Einleitung

Die neue Strategie der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA)

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin hat in den letzten Jahren eine umfassende, auf die Erreichung ihrer langfristigen fachlichen Ziele abgestimmte Strategie entwickelt. Diese beschreibt die grundlegende Orientierung für die zukünftige fachliche Profilierung der BAuA als moderner Fachbehörde der Bundesregierung und Wissensdienstleister für Politik, Wirtschaft, Sozialpartner sowie die breite Öffentlichkeit.

Inhaltlich passt sich die Strategie der BAuA in die strategischen Ansätze der EU und der Bundesregierung zur Verbesserung der Qualität der Arbeit, der Förderung einer Präventionskultur und der nachhaltigen Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft ein. Sie legt dabei ihren spezifischen fachlichen Schwerpunkt auf die Sicherung und Förderung von Gesundheit und Beschäftigungsfähigkeit der Menschen in einer sich ändernden Arbeitswelt.

Die BAuA-Strategie benennt die allgemeinen und spezifisch-fachlichen Ziele ihrer Facharbeit für einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren. Die vier allgemeinen Rahmenziele bestimmen das Aufgabenspektrum der Bundesanstalt in den Bereichen:

1. Gesundheit und Arbeitsfähigkeit;
2. Sichere und gesunde Arbeitsbedingungen;
3. Anwendungssichere Arbeitsstoffe, Geräte und Verfahren;
4. Beratung, Information und Bildung.

Die konkreten Aufgabenschwerpunkte der fachlichen Tätigkeit werden durch die zehn prioritären Einzelziele der BAuA-Strategie festgelegt:

1. Erhalt und Förderung der Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit.
2. Verbesserung der Prävention arbeitsbedingter Gesundheitsstörungen und Erkrankungen.
3. Entwicklung und Umsetzung wirksamer und wirtschaftlicher Präventionskonzepte für kleine und mittlere Unternehmen und Schwerpunktbranchen.
4. Förderung sicher und gesund gestalteter Arbeitssysteme.
5. Verbesserung des Schutzes vor Gesundheitsrisiken bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen und biologischen Arbeitsstoffen.
6. Erhöhung des Anteils anwendungssicherer chemischer Arbeitsstoffe.
7. Erhöhung des Anteils von sicherheits- und gesundheitsgerecht gestalteten Produkten.
8. Reduzierung des Anteils von ausgewählten Produktgruppen mit gefährlichen Eigenschaften.
9. Ausbau des Beratungs-, Informations- und Qualifikationsangebots zu Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit.
10. Verbreitung eines positiven Image von Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit.

In der BAuA-Strategie ist für diese Ziele skizziert, welche Aufgabenschwerpunkte mit welchen Ansätzen in welchen Zeiträumen zur Zielrealisierung bearbeitet werden sollen. Die mittelfristigen Arbeitsprogramme der BAuA werden zukünftig diese Aufgabenschwerpunkte der strategischen Einzelziele für den jeweiligen Zeitraum durch einzelne Programme, Projekte oder andere Aktivitäten konkretisieren. In den Arbeitsplänen werden dann bezogen auf die Einzelziele die jährlich zu bearbeitenden Vorhaben detailliert aufgeführt.

1. Übersicht

Anzahl **Priorität 1 (P1)-Projekte:**

(Nach Fachbereichen und Arbeitsprogramm (AP)-Schwerpunkten geordnet)

	FB 1	FB 2	FB 3	FB 4	FB 5	Σ
2.1	4	1	2	2	-	9
2.2	1	-	3	7	-	11
2.3	8	2	1	3	1	15
2.4	7	7	-	10	-	24
2.5	2	6	4	-	-	12
2.6	2	1	1	3	-	7
2.7	-	6	13	2	-	21
2.8	2	-	1	-	-	3
Σ	26	23	25	27	1	102

Laufende und geplante (P1) Projekte nach AP-Schwerpunkten geordnet:

Innerhalb der AP-Schwerpunkte sind die Projekte nach den Fachbereichen sortiert.

AP-Schwerpunkt	Laufende Projekte	Geplante P1 Projekte	Σ
2.1	11	9	20
2.2	30	11	41
2.3	16	15	31
2.4	29	24	53
2.5	21	12	33
2.6	7	7	14
2.7	15	21	26
2.8	5	3	8
Σ	134	102	236

2. Laufende und geplante Forschungsprojekte

2.1 Gestaltung der Prävention im sozialen und technologischen Wandel

Deutschland erlebt einen tiefgreifenden Strukturwandel, der sich im technischen und wirtschaftlichen Wandel, im Wandel der Arbeitswelt, im Wandel der Betriebsstrukturen sowie in der Sozialstruktur widerspiegelt. Dabei nehmen neue Beschäftigungsformen zu wie beispielsweise Leih- und Zeitarbeit, Telearbeit, dauerhaft geringere Beschäftigung und Scheinselbständigkeit als eine Form neuer Selbständigkeit. Die Erwerbsverläufe verändern sich, was Auswirkungen auf Belastung und Beanspruchung hat. Dem muss frühzeitig durch neue und innovative Präventionsansätze vorgebeugt werden.

Zudem werden im Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft die Innovationszyklen kürzer und gewinnt Wissen als Wertschöpfungsfaktor an Bedeutung. Beschäftigte benötigen deshalb Kompetenz, um Wissen und Können selbstständig zu erweitern, damit sie den wachsenden Anforderungen im Arbeitsleben gerecht werden. Erfolgreiche selbstorganisierte Lernprozesse erfordern jedoch Bedingungen, die oft nicht ausreichend beachtet werden. Faktoren wie unter anderem restriktive Arbeitsaufgaben, "Verschlankung" von Unternehmen, Stress durch Überforderung können die Entwicklung der für den Unternehmenserfolg unverzichtbaren Kreativität behindern oder gar bis zur inneren Kündigung bremsen. Stress über negative gesundheitliche Folgewirkungen hinaus zu bekämpfen, ist daher eine wichtige Unternehmensaufgabe.

Prävention kann bereits bei der Berufswahl beginnen. In den letzten Jahrzehnten nahmen allergische Erkrankungen an Haut und Atemwegen zu. Bisherige Studien zeigen, dass Schulabgänger die individuelle Neigung zu allergischen Erkrankungen bei der Berufswahl bisher nicht berücksichtigen. Deshalb sollen Elternhaus, Hausärzte und Schule befähigt und angeregt werden, das vorhandene Wissen über allergische Erkrankungen bei der Berufswahl der Schulabgänger anzuwenden. Diesem Ziel dient auch das neue Projekt zur Aufbereitung dieses Wissens und Darstellung in einer verständlichen Internetpräsentation der BAuA.

Optimierte Gestaltung von Bereitschaftsdienstmodellen

F 1930

Ges. für Arbeitsschutz- und Humanisierungsforschung mbH (GfAH), Volkholz und Partner

Laufend

28.02.2005

Neben den klassischen Versorgungsbereichen wie Feuerwehr, Polizei und Krankenhaus ist der Bereitschaftsdienst bzw. die Rufbereitschaft zunehmend auch im Dienstleistungsbereich und im Handwerk anzutreffen. Dabei ist es aufgrund der wechselnden Inanspruchnahme der Dienste und aufgrund der kleinbetrieblichen Strukturen der anbietenden Betriebe häufig nicht möglich, diese zusätzlichen Zeiten durch eine Aufstockung der personellen Ressourcen zu unterstützen. Häufiger ist es der Fall, dass die Betriebe versuchen, mit denen ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten diese Zeiten zusätzlich abzudecken. Damit stellt sich aus der Sicht der Arbeits- und Gesundheitsschutzes die Frage der gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch überlange Arbeitszeiten aber auch die Frage der Erholungsfähigkeit.

Ziel des Projektes ist es, den betrieblichen Akteuren anhand von positiven betrieblichen Beispielen Gestaltungsmöglichkeiten aufzuzeigen, die unter dem Aspekt von Sicherheit und Gesundheit, Einbeziehung von betrieblichen und mitarbeiterbezogenen Interessen optimierte Lösungen darstellen. Die Beispiele sollen aus dem heute zunehmend betroffenen Bereichen der Dienstleistungen, personenbezogenen Dienstleistungen und dabei insbesondere auch dem handwerklichen Bereich stammen.

FB 1.2 Soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Arbeitsschutzberichterstattung

AP 2.1 Gestaltung der Prävention im sozialen und technologischen Wandel

Durchführung eines Praxis Workshops - Vertrauensarbeitszeit

F 1812

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.03.2005

In zunehmend mehr Unternehmen geht die Flexibilisierung der Arbeitszeit mit einem weitgehenden Verzicht auf Arbeitszeitvorgaben und -kontrollen sowie einer Delegation der Verantwortung zur Einhaltung und Dokumentation der Arbeitszeit auf die Beschäftigten einher. Diese sogenannten Modelle der Vertrauensarbeitszeit sollen zu erhöhter Selbstständigkeit, Zufriedenheit und Ergebnisorientierung der Beschäftigten führen, die Erfüllung von Kundenwünschen hinsichtlich Flexibilität verbessern und zu effektiveren und effizienteren Arbeitsprozessen beitragen. Zur Ausschöpfung der potenziellen Chancen und zur Vermeidung nachteiliger Auswirkungen von Vertrauensarbeitszeit sind eine Vielzahl an Einflussfaktoren bei der betrieblichen Einführung und Ausgestaltung proaktiv zu berücksichtigen. Im Rahmen eines von den Veranstaltern durchgeführten Forschungsprojektes (F 1853 "Vertrauensarbeitszeit - Neue Entwicklung gesellschaftlicher Arbeitszeitstrukturen") wurden verschiedene Praxisbeispiele von Vertrauensarbeitszeit untersucht und diverse Erfolgs- sowie Misserfolgskriterien identifiziert. Dabei wurde deutlich, dass eine ganzheitliche Betrachtung des Unternehmens und des geeigneten Vertrauensarbeitszeit-Modells unter Berücksichtigung der Perspektiven der Kunden, der Mitarbeit und der Arbeitsprozesse von entscheidender Bedeutung ist. Auf einer Fachtagung zur Thematik Vertrauensarbeitszeit, die im Juli 2003 im Rahmen des Forschungsprojektes F 1853 durchgeführt wurde, wurde ein Bedarf an einem vertiefenden Praxisdialog artikuliert, dem die Veranstalter mit diesem Workshop nachkommen möchten.

FB 1.2 Soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Arbeitsschutzberichterstattung

AP 2.1 Gestaltung der Prävention im sozialen und technologischen Wandel

Atypische Erwerbsverläufe und Arbeitsorganisationsformen und ihr Zusammenhang zu wahrgenommenen Fehlbelastungen

F 1897

Friedrich-Alexander-Universität Erlangen - Lehrstuhl für Psychologie, insb. Wirtschafts- und Sozialpsychologie

Laufend

15.01.2006

Im Mittelpunkt des Forschungsprojektes steht die Analyse der spezifischen Interaktion von atypischen Erwerbsverläufen, Arbeitsorganisationsformen und die wahrgenommene Fehlbelastung. Atypische Erwerbsverläufe im Sinne wechselnder Tätigkeitsbereiche über das Erwerbsleben hinaus werden für die Erwerbsfähigen der Zukunft zunehmend zur Normalität werden. Dabei kann davon ausgegangen werden, dass diese Flexibilität für die Betroffenen eine besondere Anforderung darstellt. Neben den wechselnden Tätigkeiten ist auch die vertragsrechtliche Absicherung der Beschäftigten einem erheblichen Wandel unterworfen. Schon heute ist eine unbefristete Beschäftigung für Berufseinsteiger bzw. junge Erwerbstätige die Ausnahme. Auch diese Art der Flexibilität stellt besondere Anforderungen im Sinne des Umgangs mit Unsicherheit. Über diese beschriebenen Zusammenhänge hinaus weisen vorliegende Untersuchungsergebnisse darauf hin, dass insbesondere Beschäftigte, die in keiner dauerhaften Bindung zum Unternehmen stehen, besonders häufig belastenden Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind bzw. die Arbeitsbedingungen als besonders belastend wahrnehmen. Im Rahmen des Projektes soll untersucht werden, welche spezifischen Belastungen sich aus der Unstetigkeit von Erwerbsverläufen ergeben, wie sich bestehende Unsicherheit im Bereich der Arbeitsorganisationsform wie z. B. die Zeitarbeit auswirkt und welcher Zusammenhang zu wahrgenommenen Fehlbelastungen besteht. Aufgrund des heuristischen Vorgehens der Untersuchung sollen ca. 20 Interviews mit Beschäftigten geführt werden, die die entsprechenden Voraussetzungen einbringen. Ziel ist es, ein Methodeninventar zu erstellen, mit dem eine größere Anzahl Beschäftigter erfasst werden kann.

FB 1.2 Soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Arbeitsschutzberichterstattung

AP 2.1 Gestaltung der Prävention im sozialen und technologischen Wandel

Gestaltung von Teilzeitmodellen

F 1933

Soziale Innovation GmbH

Laufend

15.08.2005

Der flexible Einsatz von Beschäftigten ist für viele Betriebe ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor geworden. Dabei steht in vielen Bereichen die zeitliche Flexibilität im Vordergrund. Immer häufiger werden von den Betrieben Arbeitszeitmodelle gefordert, die sowohl den betrieblichen als auch den Belangen der Beschäftigten entsprechen. Die Bundesregierung unterstützt die Entstehung flexibler Modelle im Teilzeitbereich durch das Teilzeitbeschäftigungsgesetz. Teilzeitmodelle sind im klassischen Verständnis die "Halbtagsbeschäftigungen". Diese Art der Arbeitszeitgestaltung wird aber zunehmend weniger den betrieblichen Anforderungen und den Wünschen der Beschäftigten gerecht. Gefragt sind vielmehr innovative Modelle, die sowohl schwankenden Personaleinsatz (von stündlich bis jährlich) als auch die heterogenen Wünsche verschiedener Beschäftigtengruppen berücksichtigen.

Ziel des Projektes ist es anhand intelligenter Teilzeitmodelle aufzuzeigen, wie sowohl Aspekte des Gesundheitsschutzes und der Beschäftigtenorientierung als auch Anforderungen aus dem betrieblichen Alltag bei der Gestaltung positiv berücksichtigt werden können. Hierbei sollen insbesondere die Kriterien der Akzeptanz auf betrieblicher und Beschäftigtenseite berücksichtigt werden. Die entwickelten Modelle sollen als positive betriebliche Beispiele dienen und die Betriebe und Beschäftigten ermutigen, von den gegebenen gesetzlichen Möglichkeiten der Flexibilisierung durch das Teilzeitbeschäftigungsgesetz Gebrauch zu machen. Gleichzeitig wird damit sichergestellt, dass die notwendigen Voraussetzungen aus der Sicht von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit berücksichtigt werden.

FB 1.2 Soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Arbeitsschutzberichterstattung

AP 2.1 Gestaltung der Prävention im sozialen und technologischen Wandel

Integration der Gesundheitsförderung

F 2093

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

01.06.2005

Es gibt insgesamt drei Projektziele:

1. Entwicklung einer Datenbasis für das Internet, die gut belegte Interventionen bezüglich Gesundheitsförderung für Mental Health für verschiedene Bereiche, Settings und Zielgruppen beinhaltet. Die Programme sollen darin beschrieben werden, inklusive der Ergebnisse und Kosten.
2. Implementierungsrichtlinien und Empfehlungen sollen entwickelt werden, die Politikern und Praktikern bei der Entwicklung und Implementierung von effektiven Aktionen zur Mental Health Promotion and Mental Disease Prevention europaweit dienlich sein sollen.
3. Ferner soll ein Pilot-Trainingsmanual für Berufstätige im Bereich Gesundheit erstellt werden, um deren Bewusstsein und deren Fähigkeiten zu stärken, um somit Mental Health zu fördern und Depression und stressbezogene Probleme zu bewältigen.

Die Ergebnisse sollen über das Internet einer breiten Öffentlichkeit verfügbar gemacht werden. Ebenso sollen Druckschriften über den Leitfaden und die Empfehlungen erhältlich sein. Nationale Kontaktpartner sollen die Ergebnisse an Regierungsstellen und Berufsverbände weitergeben. Ferner sollen Präsentationen stattfinden und Artikel in Fachzeitschriften erscheinen.

FB 1.2 Soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Arbeitsschutzberichterstattung

AP 2.1 Gestaltung der Prävention im sozialen und technologischen Wandel

Arbeitsbedingungen im Krankenhaus

F 2032

N.N.

Geplant

01.01.2005-30.06.2005

Der Krankenhausbereich unterlag in den letzten Jahren einem erheblichen Änderungsdruck. Die Änderungen vollzogen und vollziehen sich dabei auf verschiedenen Ebenen:

1. Das Selbstverständnis des Berufszweigs wird zunehmend infragegestellt,
2. Die Arbeitsorganisation ist gekennzeichnet von erheblicher Arbeitsverdichtung und dem Druck administrativer Vorgaben (Budgetierung),
3. Die Arbeitszeitorganisation steht im Widerspruch zwischen gesetzlichen Vorgaben (ArbZG, EUGH-Urteil), Gesundheitsschutz und Ansprüchen aufgrund wirtschaftlicher Vorgaben der Krankenhäuser bzw. der Krankenhausgesellschaften.

Vor diesem Hintergrund entwickeln sich neue, mit bisherigen Belastungskonstellationen zum Teil nicht vergleichbare Belastungssituationen insbesondere für die angestellten Krankenhausärzte. Ziel des Projektes ist es, unter Einbeziehung der oben genannten Dimensionen eine Belastungsanalyse vorzunehmen. Diese Ist-Analyse ist die Basis für die Ableitung von Interventionsfeldern für die menschengerechte Gestaltung der Arbeitssituation für die beschäftigten Ärzte. Dabei sollen schwerpunktmäßig die Bereiche positive Arbeitszeitgestaltung und Verbesserung der Ablauforganisation betrachtet werden. Die Erfassung der Ist-Analyse ermöglicht die Identifikation von Defiziten und Verbesserungspotentialen. Auf dieser Basis sollen positive Handlungskonzepte abgeleitet und dann erprobt werden. Die Erprobung kann allerdings nicht mehr Bestandteil des Projektes sein.

FB 1.2 Soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Arbeitsschutzberichterstattung

AP 2.1 Gestaltung der Prävention im sozialen und technologischen Wandel

SZ 4 Förderung sicher und gesund gestalteter Arbeitssysteme

Bilanzierung der Aktivitäten zur Gesundheitsförderung im ganzheitlichen Konzept einer gesunden Schule

F 2033

N.N.

Geplant

01.03.2005-31.08.2006

In den letzten Jahren hat der Bedarf an Gesundheitsförderung in Schulen deutlich zugenommen. Neben der Tatsache, dass gesundheitsbewusstes Verhalten so früh wie möglich erlernt werden sollte, um tatsächlich effektiv umgesetzt zu werden, sind es auch die starke Zunahme psychischer Belastungen bei Lehrern und die Tatsache, dass inzwischen 55 % der Lehrer vorzeitig ihren Dienst quittieren, die den hohen Handlungsbedarf verdeutlichen. Ziel dieses Forschungsvorhabens ist es, eine Bestandsaufnahme der entwickelten und erprobten Konzepte in Deutschland vorzunehmen. Auf dieser Basis sollen erfolgreiche Konzepte im Hinblick auf förderliche Bedingungen untersucht und in einem weiteren Schritt in Form eines Leitfadens dargestellt werden. Der Leitfaden soll dann allen Akteuren zur Verfügung gestellt werden und somit bei der Umsetzung gesundheitsfördernder Aktivitäten unterstützen. Das Projekt soll von einem Beirat begleitet werden, der dann ggf. in einen Thematischen Initiativkreis "Gesunde Schule" im Rahmen von INQA münden soll, um dieses Thema weiterzuverfolgen und evtl. Modellprojekte zu entwickeln.

FB 1.2 Soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Arbeitsschutzberichterstattung

AP 2.1 Gestaltung der Prävention im sozialen und technologischen Wandel

SZ 1 Erhalt und Förderung der Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit

Disease Prevention Management bei chronischen Erkrankungen: Anforderungen an eine systemübergreifende arbeitsmedizinische Vorsorge

F 2082

N.N.

Geplant

01.05.2005-01.12.2005

Die Einführung von Disease Management Systemen bei chronischen Erkrankungen im Gesundheitswesen erfordert eine intelligente Schnittstelle mit den Vorsorgesystemen der Arbeitswelt. Disease-Management (DMP) im Gesundheitswesen bedeutet die allgemeine wissenschaftliche abgesicherte Leitlinie für die Steuerung von Behandlungen. Im Unterschied dazu beinhaltet der Begriff Case-Management die Steuerung eines konkreten Falles. Durch die neue Reform des Risikostrukturausgleichs (RSA) im Gesundheitswesen soll die Mitgliedschaft der chronisch Kranken für die Krankenkassen wieder attraktiv werden. Die Aufnahme der Patienten mit chronischen Krankheiten in die Disease-Management Programme seitens der Krankenversicherung ist die Voraussetzung für die finanzielle Unterstützung durch RSA. Eine besondere Bedeutung in diesem Zusammenhang kommt auf Evidenz-basierte Medizin zu, die durch Kostenträger angewandt wird, um im Bereich des Disease-Management die Wirksamkeit von Behandlungsverfahren zu überprüfen. Insgesamt ist daran gedacht, für chronische Erkrankungen standardisierte Medizin anzubieten. Die BAuA hat vorgeschlagen, ähnlich des Begriffes DMP ein Management im Vorfeld der Entstehung chronischer Erkrankungen zu entwickeln, das über die Betriebsärzte und Arbeitsmediziner an den Vorsorgeuntersuchungen ansetzt. Die BAuA hat dazu die Wortschöpfung "Disease Prevention Management Programme" (DPMP) entwickelt, um deutlich zu machen, dass über betriebliche Vorsorgeuntersuchungen eine Früherkennung ermöglicht werden könnte, die nicht nur die Stellung des Arbeitsmediziners aufwertet, sondern die einen erheblichen Beitrag zur Prävention chronischer Erkrankungen leisten könnte.

FB 1.2 Soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Arbeitsschutzberichterstattung

AP 2.1 Gestaltung der Prävention im sozialen und technologischen Wandel

SZ 2 Verbesserung der Prävention arbeitsbedingter Gesundheitsstörungen und Erkrankungen

Epidemiologie als Entscheidungshilfe für Sozialregelungen in der Arbeitswelt

F 2129

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Geplant

01.01.2005-31.12.2005

Für die Vorbereitung von sozialen Regelungen stellt die Epidemiologie Populationskennziffern bereit, die auf Wahrscheinlichkeiten basierte Zusammenhänge quantifizieren. Bei Überschreitung des Interpretationsspielraumes solcher Kennziffern sind Diskussionen auf verschiedenen Ebenen die Folge (s. z. B. Greenland, S. (1999): Relation of Probability of Causation to Relative Risk and Doubling Dose: A Methodologic Error That Has Become a Social Problem. Am J Public Health, vol. 89, no. 8, 1166-1169). Dieses Projekt soll sich mit der Schnittstelle zwischen Epidemiologie und sozialen Regelwerken bzw. deren Erstellungsprozess beschäftigen. Im Mittelpunkt stehen epidemiologische Kennziffern und Begriffe wie Risiko, attributables Risiko, Verursachungswahrscheinlichkeit und Verdoppelungsdosis. Die Begriffe sollen wahrscheinlichkeitstheoretisch fundiert und ihre Interpretationsweite in Hinblick auf Prävention, Kompensation, Begutachtung, Grenzwertsetzung und Einstufung von Arbeitsstoffen kritisch bewertet werden. Weiterhin sollen Probleme der Übertragung kausaler Effekte in Populationen auf die Individualebene diskutiert werden. Explizite und implizite Kriterien für die Nutzung epidemiologischer Daten bei der Kausalitätsbegründung in der Praxis der GefahrstoffEinstufung und -kennzeichnung sind ein weiterer Diskussionspunkt. In diesem Beitrag sollen zunächst die offiziellen (expliziten) Kriterien verschiedener Gremien zusammengesucht und bewertet werden. Außerdem werden exemplarische Begründungstexte ausgewertet und auf implizite Kriterien hin durchsucht.

Ziel des Projektes ist die Erstellung einer für den Praktiker verständlichen Darstellung und Bewertung epidemiologischer Kennziffern und ihrer Verwendung bei der Regelsetzung und Begutachtung.

FB 1.3 Epidemiologie, Risikoabschätzung

AP 2.1 Gestaltung der Prävention im sozialen und technologischen Wandel

SZ 9 Ausbau des Beratungs-, Informations- und Qualifikationsangebots zu Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit

Praxisrelevante Modelle zur nachhaltigen Gesundheitsförderung von Lehrern auf dem Prüfstand

F 1822

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

30.06.2005

Aus Anlass eines geplanten Fremdforschungsprojektes F 2037 "Gesunde Lehrer - Gesunde Schule" (s. dort) soll in einem Workshop eine Bestandsaufnahme zur Belastung und Gesundheit von Lehrern sowie Maßnahmen zur Förderung, zum Erhalt und nach Möglichkeit zur Wiederherstellung von Gesundheit, Arbeitszufriedenheit und Leistungsfähigkeit als auch die Probleme aus Sicht unterschiedlicher Disziplinen (u. a. Arbeitsmediziner, Psychologen, Erziehungswissenschaftler, Politiker, Lehrer) präsentiert und diskutiert werden. Von der BAuA wird das Konzept für ein Fremdforschungsprojekt "Diagnostik und gesundheitsfördernde Maßnahmen bei der Begleitung von Lehramtsanwärtern" skizziert und zur Diskussion gestellt. In Vorbereitung der Ausschreibung des Fremdforschungsprojektes F 2037 soll der derzeitige Kenntnisstand zu Möglichkeiten und Problemen präventiver Maßnahmen aus der Sicht unterschiedlicher Akteure erfasst und prioritäre Interventionsfelder aufgedeckt werden.

Das Ergebnis der Veranstaltung sollte der Frage näher kommen:

- Wie kann man geplante präventive Strategien und Konzepte zum Leben erwecken und nachhaltig umsetzen?
- Wie kann der Erfolg dieser Strategien und Konzepte überprüft werden?

Zum anderen sollen die Anregungen der Teilnehmer genutzt werden, um das Ausschreibungskonzept eines möglichen Fremdforschungsprojektes zu präzisieren. Die Vorträge sollen in einer Broschüre der BAuA publiziert werden.

FB 1.4 Arbeitsbedingte Erkrankungen, Berufskrankheiten

AP 2.1 Gestaltung der Prävention im sozialen und technologischen Wandel

Optimierung der ergonomischen Eigenschaften von Produkten für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

F 1299

N.N.

Geplant

01.07.2005-30.06.2006

Bei der Gestaltung von Produkten des Arbeitslebens, des Privatlebens oder von migrierenden Produkten werden die Belange älterer und behinderter Menschen nicht oder nur unzureichend berücksichtigt. Dies ist vor allem auf die Tendenz zur Miniaturisierung zurückzuführen, die zu einer schlechteren Erkennbarkeit der Informationen beiträgt und nicht selten die kognitive Leistungsfähigkeit älterer Nutzer überfordert. Vor dem Hintergrund des Gesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen sowie des demographischen Wandels und der daraus resultierenden Notwendigkeit zur barrierefreien Gestaltung von Produkten muss der Verbesserung der Gebrauchstauglichkeit, insbesondere für ältere und behinderte Menschen, zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit und

Steigerung der Marktchancen von Konsumgütern höchste Priorität beigemessen werden. Politische Antidiskriminierungsbestrebungen müssen durch geeignete Normungsaktivitäten unterstützt werden.

FB 2.5 Ergonomie

AP 2.1 Gestaltung der Prävention im sozialen und technologischen Wandel

SZ 1 Erhalt und Förderung der Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit

Erfolgreiche Personalpolitik zur Förderung und zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit (Employability) im Zuge des demografischen Wandels - Bilanz erprobter Vorgehensweisen und Nachnutzung -

F 2167

N.N.

Geplant

01.07.2005-31.07.2007

Aufgrund der von breitem Konsens getragenen Frühverrentungsprogramme der 90er Jahre für Arbeitnehmer der Altersklassen über 50 Jahre liegt die Beschäftigungsquote der 55 bis 64-jährigen in Deutschland derzeit bei nur 37 %. Diese Politik hat nicht nur dazu geführt, das Defizitmodell des Alterns, das wissenschaftlichen Erkenntnissen und persönlichen Beobachtungen schon längst nicht mehr entspricht, weiter zu festigen sondern auch Verluste an wertvollen Erfahrungen im Betrieb entstehen lassen und letztendlich zu den gravierenden Problemen der Finanzierung der Sozialsysteme beigetragen. Absehbar ist, dass diese Politik nicht fortgeführt werden kann und Wege gefunden werden müssen, unter Beachtung grundlegender Unternehmensziele (Innovationsfähigkeit!) die Beschäftigungsfähigkeit aller Altersgruppen zu fördern und zu erhalten. Das gilt umso mehr, als es längerfristig auf Grund der demografischen Entwicklung zunehmend schwieriger werden wird, junge Nachwuchskräfte zu gewinnen. Diese Entwicklung greift in speziellen Fällen bereits jetzt. Auf Grund der insbesondere innerhalb der bmbf- Initiativen durchgeführten Betriebsstudien und wissenschaftlichen Begleitforschung liegen eine Reihe von Ergebnissen zur Herangehensweise der Betriebe und von Handlungsanleitungen für die betriebliche Personalpolitik vor, die beispielsweise die Themenbereiche Qualifizierung, Motivation und Bindung und effiziente Gesundheitsförderung und Rekrutierungsstrategien berühren. Das Projekt soll Beispiele "Guter Praxis" sammeln und analysieren im Hinblick auf förderliche und hemmende betriebliche Rahmenbedingungen für eine Personalentwicklungsstrategie, die den o. g. Erfordernissen Rechnung trägt und die Ergebnisse der Recherche in geeigneter Weise der betrieblichen Praxis zur Verfügung stellen.

FB 3.1 Arbeitsschutzorganisation, Qualifizierung

AP 2.1 Gestaltung der Prävention im sozialen und technologischen Wandel

SZ 1 Erhalt und Förderung der Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit

Selbstregulation im Arbeitsleben - Potentiale für Stressprävention und Stressbewältigung

F 1907

Europäisches Zentrum für Frieden und Entwicklung - Universität für Frieden der Vereinten Nationen - ECPD
Institut für präventive Medizin

Laufend

30.07.2005

Die Entwicklung der Arbeitswelt in Richtung einer zunehmenden Flexibilisierung und dem tendenziellen Bedeutungsverlust des "Normalarbeitsverhältnisses" stellt sich für die Erwerbstätigen ambivalent dar. Größeren Chancen (im Hinblick auf individuelle Zeit- und Handlungsspielräume) stehen steigende Risiken (Verlust von Sicherheit, wachsende Eigenverantwortlichkeit) entgegen. Damit treten Anforderungen an Selbstorganisation und Selbstregulation seitens der Erwerbstätigen gegenüber institutionellen und rechtlichen Regelungen der Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen in den Vordergrund. Ausgehend von der Zielsetzung, Gesundheit, Leistungsfähigkeit und Employability der Erwerbstätigen unter den veränderten Bedingungen zu sichern, sollen mit diesem Projekt die Potentiale und Umsetzungschancen von gesundheitlicher Selbstregulation im Arbeitsleben für eine erfolgreiche Stressprävention und Stressbewältigung entwickelt, umsetzungsnah aufgearbeitet und

modellhaft an einem ausgewählten Praxisfeld unter Einbeziehung der Akteure des Arbeits- und Gesundheitsschutzes (z. B. Betriebsärzte) erprobt werden. Hierfür kommen, in Abhängigkeit von dem gewählten Projektdesign, ausgewählte flexible Arbeitsformen (z. B. Projektarbeit, Telearbeit) in Betracht. Im Sinne eines ganzheitlichen Präventionsansatzes, der sich von der primären über die sekundäre bis zur tertiären Prävention erstreckt, wird auch eine Einrichtung der gesundheitlichen Rehabilitation (Reha-Klinik) als Praxisfeld zur Erprobung des neuen Konzeptes der gesundheitlichen Selbstregulation einbezogen.

FB 3.3 Arbeitsgestaltung bei psychischen Belastungen, Stress

AP 2.1 Gestaltung der Prävention im sozialen und technologischen Wandel

Stressprävention, Flexibilisierung und Nachhaltigkeit - Beispiele guter Praxis bei flexiblen Arbeits- und Erwerbsformen

F 1976

Büro für Arbeitsschutz und Betriebsökologie Hamburg/Hannover

Laufend

10.01.2006

Der Bedeutungszuwachs psychischer Belastungen und die zunehmende Flexibilisierung von Arbeit verändern die gesundheitlichen Regulationsbedingungen von Arbeit wie auch die Interventionsbedingungen von Arbeitsschutz und arbeitsbezogener Gesundheitsförderung. Auf der Grundlage vorliegender Forschungsergebnisse und Erfahrungen sowie orientiert am innovativen Konzept "nachhaltiger Arbeitssysteme" sollen beispielhaft für ausgewählte flexible Arbeitsformen Risiken identifiziert, präventive Potentiale bestimmt und darauf bezogene Beispiele guter Praxis aufgezeigt und verallgemeinernd dargestellt werden. Von besonderer Bedeutung ist die Übertragbarkeit der gewonnenen Erfahrungen auf andere Bereiche. Im Ergebnis soll eine systematische Erfahrungs- und Beispielsammlung (Problemidentifizierung / betrieblich Strategien / Problemlösungen) bereitgestellt werden. Ferner sollen die Ergebnisse für die Datenbank "Gute Praxisbeispiele" der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin aufgearbeitet werden.

FB 3.3 Arbeitsgestaltung bei psychischen Belastungen, Stress

AP 2.1 Gestaltung der Prävention im sozialen und technologischen Wandel

Beanspruchung bei Telearbeit und gesundheitliche Auswirkungen

F 1999

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

01.07.2005

Der Bedarf der Unternehmen nach flexiblen Formen der räumlichen und zeitlichen Organisation von Arbeit sowie der Beschäftigten nach einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben haben der Telearbeit in den letzten Jahren große Aufmerksamkeit beschert. Aus den bei mobiler und häuslicher Telearbeit resultierenden Arbeitsbedingungen ergeben sich neue Herausforderungen für den Arbeits- und Gesundheitsschutz. Auf der Basis der vorliegenden, aus dem Forschungsbericht Fb 973 "Auswirkungen von Telearbeit auf Gesundheit und Wohlbefinden" erhobenen Datensätze zu über 400 Telearbeitern, soll weiterführend und vertiefend untersucht werden, welchen Einfluss Telearbeit auf Gesundheit und Wohlbefinden hat.

Ziel dieser Studie ist es, die Struktur verschiedener Arbeitsbedingungen bei Telearbeit zu ermitteln und deren Einfluss auf das Wohlbefinden unter Berücksichtigung personeller Variable, wie Alter und Geschlecht, Bewältigungsverhalten etc. herauszuarbeiten. Damit soll zur Aufklärung des Ursachengefüges von Arbeitsbedingungen und gesundheitlichen Auswirkungen von Telearbeit im Sinne eines verhaltens- und verhältnispräventiven Ansatzes beigetragen werden.

FB 3.3 Arbeitsgestaltung bei psychischen Belastungen, Stress

AP 2.1 Gestaltung der Prävention im sozialen und technologischen Wandel

Selbständig und gesund: Beiträge zur Umsetzung der Empfehlung des Rates der EU zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit Selbständiger am Arbeitsplatz

F 2108

Sozialforschungsstelle Dortmund, Landesinstitut

Laufend

30.06.2006

Auf der Grundlage der Empfehlung des Rates der Europäischen Union vom 18.02.2003 sind die Mitgliedstaaten aufgefordert, auf nationaler Ebene Maßnahmen zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit Selbständiger am Arbeitsplatz zu initiieren, durchzuführen und auf deren Wirksamkeit zu überprüfen.

Im Frühjahr 2007 soll der EU-Kommission hierüber Bericht erstattet werden. Hintergrund ist die steigende Zahl von Selbständigen in den Mitgliedstaaten der EU, deren gezielte Förderung ein wichtiger Bestandteil aktueller Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik ist. Zugleich zeigen sich deutliche Defizite in bezug auf Sicherheit und den Gesundheitsschutz dieser Zielgruppe, die i.d.R. nicht in das Regelwerk des Arbeitsschutzes einbezogen ist. Im Rahmen des Projektes soll in Abstimmung mit BAuA und BMWA ein auf diese Anforderungen bezogenes nationales präventives Handlungskonzept entwickelt werden. Dieses soll auf der Basis einer Bestandsaufnahme problemgerechte und multimedial gestützte Umsetzungsvorschläge zum Arbeits- und Gesundheitsschutz für relevante Gruppen von Selbständigen enthalten. Es sollen Zugangswege eröffnet, Beispiele guter Praxis zusammengetragen und unter Beteiligung der Netzwerkpartner erprobt und weiterentwickelt werden. Zur Sicherung der Nachhaltigkeit erfolgreicher Maßnahmen sind zielgruppengerechte Produkte (z. B. Seminare, gesundheitliche Dienstleistungen etc.) zu entwickeln.

FB 3.3 Arbeitsgestaltung bei psychischen Belastungen, Stress

AP 2.1 Gestaltung der Prävention im sozialen und technologischen Wandel

Auswirkungen von Telearbeit auf Gesundheit und Wohlbefinden. Teilprojekt "Arbeit und Gesundheit bei außerbetrieblicher Telearbeit in der Medienbranche" (Teil II einer Längsschnittanalyse)

F 5202

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

30.06.2005

Ziel dieses Projektes ist es, in Fortführung der Erstbefragung (1998) und in Ergänzung zu dem parallel durchgeführten Projekt F 5140, das betriebliche Telearbeit zum Gegenstand hat, für den Bereich der außerbetrieblichen Telearbeit am Beispiel der Medienbranche vergleichend aufzuzeigen, welche spezifischen gesundheitlichen Risiken aus dieser Arbeitsform resultieren, welche neuen Anforderungen sich für die Erwerbstätigen ergeben und welcher Handlungs- und Interventionsbedarf für die Institutionen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes daraus hervorgeht.

FB 3.3 Arbeitsgestaltung bei psychischen Belastungen, Stress

AP 2.1 Gestaltung der Prävention im sozialen und technologischen Wandel

Stress, Kreativität und Gesundheit im Arbeitsprozess - Grundlagen und Schlussfolgerungen für eine kreativitätsförderliche Arbeitsgestaltung

F 1961

N.N.

Geplant

01.07.2005-31.12.2006

Im Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft werden die Innovationszyklen kürzer und gewinnt Wissen als Wertschöpfungsfaktor an Bedeutung. Beschäftigte benötigen Kompetenz zur selbständigen Erweiterung von Wissen und Können, um den wachsenden Anforderungen im Arbeitsleben gerecht zu werden. Oft werden allerdings die Voraussetzungen für die erfolgreiche Entfaltung von selbstorganisierten Lernprozessen nicht

ausreichend beachtet. Angenommen wird, dass u. a. restriktive Arbeitsaufgaben, "Verschlankung" von Unternehmen, Stress durch Überforderung die Entwicklung der für den Unternehmenserfolg unverzichtbaren Kreativität behindert bzw. bremst (bis zur "Inneren Kündigung"). Die Bekämpfung von Stress ist daher über die Vermeidung von negativen gesundheitlichen Folgewirkungen hinaus eine wichtige Unternehmensaufgabe.

Projektziele sind:

1. Identifizierung fördernder und hemmender Faktoren für Kreativität im Arbeitsprozess und bei unterschiedlichen Arbeitsformen unter besonderer Berücksichtigung der Stressproblematik
2. Ableitung von Schlussfolgerungen für eine kreativitätsförderliche Arbeitsgestaltung
3. Entwicklung eines darauf basierenden, praxisgerechten Leitfadens

Die Ergebnisse sollen auf verschiedenen Ebenen bereichsspezifisch umgesetzt werden. Zum einen sollen Impulse für die Weiterentwicklung der Stressforschung vermittelt werden. Arbeitsgestaltern und Arbeitsschutzakturen sollen für ihre Praxis Hinweise für die Zusammenhänge zwischen Arbeitsgestaltung, Kreativität und Gesundheit vermittelt werden.

FB 3.3 Arbeitsgestaltung bei psychischen Belastungen, Stress

AP 2.1 Gestaltung der Prävention im sozialen und technologischen Wandel

SZ 1 Erhalt und Förderung der Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit

Manifestation allergischer Krankheiten bei Jugendlichen in Zusammenhang mit dem Eintritt in das Berufsleben (SOLAR_Study on Occupational Allergy Risks) Teil II: Klinischer Follow-up

F 2039

N.N.

Geplant

01.01.2005-31.12.2008

Allergische Atemwegserkrankungen (Rhinitis, Asthma) schränken Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Beschäftigten in erheblichem Maße ein. Die entsprechenden Berufskrankheiten gehen wegen des meist erforderlichen Berufswechsels mit großen persönlichen und wirtschaftlichen Konsequenzen einher. Obwohl sich gewisse Dosis-Wirkungs-Beziehungen abzeichnen, erscheinen sichere Grenzwerte wegen der extrem niedrigen Wirkschwelen unwahrscheinlich und Ersatzstoffe kommen nur begrenzt in Frage. Der individuellen Prävention einschließlich Expositionsvermeidung bzw. -minderung seitens der Betroffenen kommt daher größte Bedeutung zu. Dafür muss auch die Berufswahl stärker genutzt werden. In SOLAR I wurde die Methodik für die Wiedererfassung der im Alter von 9 - 11 Jahren erstmals untersuchten Schülern entwickelt und validiert. Dabei konnten in München 81 % und in Dresden 76 % der Voruntersuchten erneut befragt werden. 59 % der Befragten gehen noch zur Schule. Damit sind ausgezeichnete Voraussetzungen für die Durchführung der Wiederholungsuntersuchungen zu Berufsbeginn geschaffen. Eine Zwischenauswertung der Fragebögen hat Hinweise dafür ergeben, dass Inzidenz und Prävalenz von Asthma und anderen Allergien bei jungen Frauen während der Pubertät deutlich ansteigen, während die Häufigkeit bei jungen Männern sinkt. Nach den ersten Auswertungen der Befragungen ist der positive prädiktive Wert bestimmter Parameter, die zur Zeit der 4. Klasse gemessen wurden, für die Vorhersage allergischer Erkrankungen im Alter von 16 - 18 Jahren gering, der negative prädiktive Wert scheint hingegen hoch zu sein.

Wichtigstes Ziel der Follow-up-Studie ist die weitere Klärung des prädiktiven Wertes unterschiedlicher Befunde unter Berücksichtigung aller diagnostisch nutzbaren Einflussfaktoren. Mit diesen Informationen ist die Beratung und arbeitsmedizinische Betreuung von Berufsanfängern zu verbessern und damit die Häufigkeit arbeitsbedingter allergischer Erkrankungen zu reduzieren.

FB 4 Sicherheit und Gesundheit bei chemischen und biologischen Arbeitsstoffen

AP 2.1 Gestaltung der Prävention im sozialen und technologischen Wandel

SZ 1 (2) Erhalt und Förderung der Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit

Aufbereitung und Verbreitung von Informationsmaterial für Berufsanfänger mit atopischer Diathese und Belastung von Haut und Atemwegen

F 2056

N.N.

Geplant

01.06.2005-31.12.2005

Nach neueren Erkenntnissen nehmen die Erkrankungen des atopischen Formenkreises in den jüngeren Jahrgängen deutlich zu. Durch diese Disposition wird das Risiko für irritative und zum Teil auch allergische Berufskrankheiten der Haut und der Atemwege bei einer entsprechenden tätigkeitsspezifischen Belastung erhöht.

Für die Verbesserung der individualbezogenen primären und sekundären Prävention ist eine frühzeitige Aufklärung über diese Zusammenhänge und die Möglichkeiten präventiver Maßnahmen erforderlich. Dadurch sollen die Betroffenen befähigt werden, ihr individuelles Risiko in den verschiedenen Berufen besser abschätzen zu können. Es soll aufgezeigt werden, wie durch Verhaltensprävention z. B. berührungsarmer Umgang, geeigneter Hautschutz und Hautpflege auch hautgefährdende Tätigkeiten bei einer anlagebedingten Minderbelastbarkeit ausgeübt werden können. In verschiedenen Projekten (abap, KOPRA u. a.) wird Informationsmaterial zur individuellen Beratung betroffener Jugendlicher erarbeitet. Dieses soll für eine rasche, übersichtliche Nutzung im Internet der BAuA zusammengestellt und aufbereitet werden. Hypothese: Auch Jugendliche mit einer atopischen Hautdiathese können nach Beratung zum Risiko für eine Hauterkrankung und zu geeigneten Präventivmaßnahmen befähigt werden, Berufe mit Hautgefährdung auszuüben. Die Internetpräsentation soll zur Beratung von betroffenen Jugendlichen, deren Eltern, Berufsschullehrern, Arbeitgebern und Betriebsärzten dienen.

FB 4.5 Wirkung von biologischen und chemischen Arbeitsstoffen

AP 2.1 Gestaltung der Prävention im sozialen und technologischen Wandel

SZ 1 (9) Erhalt und Förderung der Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit

2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

Die Gesundheit der Mitarbeiter ist eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg eines Unternehmens. Arbeitsunfähigkeit durch psychische Erkrankungen führte 2001 in Deutschland zu einem Produktionsausfall von fast 3 Milliarden Euro, Tendenz steigend. In Deutschland erkrankt laut Statistik jeder fünfte Bundesbürger einmal im Leben an einer Depression.

Das Auftreten psychischer Störungen als Folge psychischer Fehlbelastungen und chronischem Stress bei der Arbeit ist noch wenig untersucht. Welche Rolle arbeitsbedingte Faktoren bei Entstehung und Verschlimmerung depressiver Störungen spielen, soll unter Berücksichtigung epidemiologischer Erkenntnisse insbesondere hinsichtlich verschiedener Personengruppen (Männer, Frauen, ältere Arbeitnehmer etc) herausgearbeitet werden.

Muskel-Skelett-Beschwerden und -Erkrankungen im Bereich der oberen Extremitäten haben häufig einen engen Bezug zu spezifischen motorischen Anforderungen. Relevant sind sie sowohl bei repetitiven manuellen Tätigkeiten, bei Vibrationsbelastungen über das Hand-Arm-System als auch bei Bürotätigkeiten. Detaillierte Aussagen zur Bedeutung arbeitsbedingter und anderer Risikofaktoren im Ursachengefüge für die Entstehung derartiger Beschwerden sowie spezifische und erprobte Methoden der Gefährdungsbeurteilung sind die Grundlage für die Ableitung und Umsetzung wirksamer verhaltens- und verhältnispräventiver Lösungen.

Das Erkrankungs- und Frühverrentungsrisiko ist in einigen Berufsfeldern wie Schule und Krankenhaus besonders hoch. Für solche Risikobereiche sind angepasste Präventionskonzepte zu entwickeln.

Ein auch international aktueller Schwerpunkt der toxikologischen Forschung sind die Mechanismen und Folgen der Einwirkung ultrafeiner Stäube, die beispielsweise in den Schweißrauchen oder in Tonerstäuben enthalten sind, auf den Menschen. Drei miteinander verknüpfte Projekte untersuchen das Verhalten dieser ultrafeinen Partikel in den Atemwegen nach der Einatmung, ihren Einfluss auf das Immunsystem und ihre mögliche Genotoxizität.

Darüber hinaus werden mit Hilfe epidemiologischer Studien effiziente Präventionsstrategien entwickelt. Schwerpunkte bilden Mischstäube in der Landwirtschaft, Mangan sowie Handekzeme unterschiedlicher Pathogenese. In diesem Zusammenhang werden auch bestimmte Vorgaben der arbeitsmedizinischen Vorsorge wie zum Beispiel die Graduierung der Feuchtarbeit evaluiert. Akzente zur Biostoffverordnung setzen Projekte zur Bedeutung ausgewählter Keime in bestimmten Branchen und zur Erfassung luftgetragener Pyrogene.

Erkrankungsrisiko bezüglich chronisch obstruktiver Atemwegserkrankungen (COLD) durch (Quarz-)staub

F 1931

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

30.06.2006

Seit 1995 können im Steinkohlenbergbau die chronische obstruktive Bronchitis und das Emphysem als Berufskrankheit anerkannt werden. Neben dem Steinkohlenbergbau gibt es aber noch eine Reihe von Arbeitsplätzen, die einer erheblichen Exposition gegenüber quarzhaltigen Stäuben ausgesetzt sind. Eine Abschätzung der damit verbundenen Risiken ist daher sowohl im Sinne der Festlegung und wissenschaftlichen Begründung von Grenzwerten, als auch im Hinblick auf das BK-Recht dringend erforderlich. Die Abschätzung der Risiken wird auf der Basis einer retrospektiven Kohortenstudie erfolgen.

Die Einschlusskriterien sehen eine Beschränkung auf männliche Wismutbeschäftigte der Geburtsjahrgänge 1955 bis 1958 vor. Die geplante Abschätzung bezüglich Gesamt-, Fein- und Quarzstaubexposition erfolgt auf

der Basis von Berufsspiegeln über eine Staub-job exposure matrix. Als Outcome-Variable wurden die in epidemiologischen Studien bewährten, auf Lungenfunktionsveränderungen hinweisenden Parameter der Vitalkapazität (VC) und der 1-Sekunden-Kapazität (FEV-1) gewählt.

FB 1.3 Epidemiologie, Risikoabschätzung

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

Analyse der Todesursachen von Silikotikern aus dem Uranerzbergbau der WISMUT

F 1978

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

30.06.2006

Bei den bisherigen epidemiologischen Studien, die an Uranbergarbeiterkohorten durchgeführt wurden, stand vorrangig das strahleninduzierte Lungenkrebsrisiko im Vordergrund der Untersuchungen. Inzwischen ist aber auch die kanzerogene Wirkung des Quarzstaubes auf die Lungen erkannt und allgemein akzeptiert worden. Im Sinne einer verbesserten Prävention auch für andere Berufsgruppen gilt es daher zu prüfen, ob eventuell ein Großteil des Lungenkrebsrisikos früherer Wismut-Bergleute durch Quarzstaub induziert wurde. Gleichzeitig muss geprüft werden, welche Rolle eine Silikose in der Ätiologie des Lungenkrebses spielt. Im Rahmen einer Kohortenstudie soll das weitere Schicksal von mehr als 15.000 Silikotikern aus dem WISMUT-Bereich abgeklärt und das Todesursachenspektrum einer eingehenden Prüfung unterzogen werden. Insbesondere soll untersucht werden, wie die Lebenserwartung und das Todesursachenspektrum der Silikotiker vom Silikosegrad und dessen zeitlicher Progression, sowie von anderen Faktoren beeinflusst wird und wie hoch das Lungenkrebsrisiko dieser Patienten ist.

FB 1.3 Epidemiologie, Risikoabschätzung

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

Analyse der Entwicklung von Verschleißschäden am Muskel-Skelett-System in Abhängigkeit von Belastungen, Unfällen und rehabilitativen Maßnahmen

F 5144

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.12.2005

Im Rahmen der europaweiten Kampagne zur Untersuchung der berufsbedingten Muskel-Skelett-Erkrankungen hinsichtlich ihrer Inzidenz, der Risikofaktoren und der Prävention soll mit der Untersuchung von Zusammenhängen zwischen einer Exposition und dem Auftreten einer chronischen Meniskopathie bei ehemaligen Bergarbeitern ein Beitrag geleistet werden. Da über die Risikofaktoren für die Entwicklung von Muskel-Skelett-Erkrankungen insbesondere über die arbeitsbedingten Faktoren einheitliche Auffassungen bestehen, soll das Forschungsprojekt epidemiologische Erkenntnisse zum Risikoprofil der chronischen Meniskopathie in Abhängigkeit von berufsbedingten Belastungen bringen.

FB 1.3 Epidemiologie, Risikoabschätzung

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

Lungenkrebsrisiko bei Uranbergarbeitern - Welchen Einfluss hat die zusätzliche Belastung durch Quarz- und Asbeststaub?

F 5145

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

30.06.2005

Über den monokausalen Zusammenhang zwischen einer Radonexposition und dem Lungenkrebs bzw. zwischen einer Exposition gegenüber silikogenen Stäuben und Lungenkrebs gibt es schon eine Reihe an wissenschaftlichen Erkenntnissen. Über die Wechselwirkungen verschiedener beruflicher Noxen gibt es, wie auch in diesem Falle, bisher jedoch nur sehr spärliche bzw. gar keine Informationen. In den Berufskrankheitenverfahren ist, dem in der BK-Verordnung implizit angenommenen monokausalen Zusammenhang zwischen beruflicher Exposition und Berufskrankheit Rechnung tragend, auch nur die Entschädigung des Versicherten nach einer BK-Ziffer möglich. Nach dem BSG-Urteil vom 12.06.1990 (2 RU 14/90) wird jedoch in Zukunft eine BK-Entschädigung auch dann möglich sein, wenn jeweils die einzelne Noxe für sich allein zwar noch keine versicherungsrechtlich ausreichende Kausalität für die Entstehung der Erkrankung erbringt, wohl aber im gemeinsamen Zusammenwirken. Für die praktische Umrechnung dieses Urteils bedarf es somit noch einer Reihe von wissenschaftlichen Untersuchungen. Im Rahmen einer Fall-Kontroll-Studie mit detaillierten Angaben zur Arbeits- und Raucheranamnese der Probanden wird gegenwärtig im GSF-Institut für Epidemiologie das Lungenkrebsrisiko durch Radon-Folgeprodukte (RnFP) abgeschätzt. Unter Hinzunahme der Informationen, die sich aus den Silikose-Akten und vor allem aus den im GDAW archivierten Röntgenbildern gewinnen lassen, kann der Forschungsansatz auch auf Wechselwirkungen zwischen RnFP einerseits und Quarzstaub sowie Asbest andererseits erweitert werden. Das kanzerogene Risikopotential von Quarzstaub wird gegenwärtig auch international sehr heiß diskutiert.

Ziel des Projektes ist es, das Lungenkrebsrisiko durch ein kombinierte Wirkung von RnFP Quarzstaub und Asbest quantitativ zu beschreiben. Die umfassenden probandenbezogenen Daten, die sowohl aus persönlichen Angaben des Probanden als auch aus den Unterlagen des GDAW stammen, bieten möglicherweise darüber hinaus die Chance, zwischen einem multiplikativen und einem additiven Modellansatz zu differenzieren.

FB 1.3 Epidemiologie, Risikoabschätzung

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

Erkrankungsrisiken bezüglich Kehlkopfkrebs und Leukämie bei ehemaligen WISMUT-Beschäftigten

F 5148

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

30.06.2005

Die Frage eines Exzessrisikos für Kehlkopfkrebs und Leukämie bei Uranbergarbeitern wird kontrovers diskutiert. Bisher publizierte Studien basieren lediglich auf geringen Fallzahlen, weshalb die statistische Aussagefähigkeit begrenzt ist. Ziel des Projektes ist daher die Abklärung der Hypothese, ob eine langjährige Exposition gegenüber Radonfolgeprodukten ein erhöhtes Risiko für die Entstehung von Kehlkopfkrebs und Leukämien nach sich zieht. Sofern möglich sollen Dosis-Wirkungs-Beziehungen abgeleitet werden.

FB 1.3 Epidemiologie, Risikoabschätzung

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

Primäres Leberkarzinom durch Radonexposition bei ehemaligen Uranbergarbeitern der WISMUT

F 5182

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.12.2005

Lebertumore gehören weltweit zu den häufigsten Krebsarten. Trotz einer Reihe bekannter Risikofaktoren, sind Fragen der Ätiologie noch ungeklärt. Die Ergebnisse neuerer Studien weisen für Bergarbeiter auf ein hochsignifikantes Risiko hin, aufgrund einer Radonexposition an Leberkrebs zu erkranken. Die bisherigen Untersuchungen basieren jedoch auf geringen Fallzahlen, so dass die statistische Aussagekraft begrenzt ist. Anhand einer Fallkontrollstudie soll geprüft werden, ob für ehemalige Uranbergarbeiter der WISMUT aufgrund langjähriger Radonexposition ein erhöhtes Erkrankungsrisiko für Leberkrebs besteht.

FB 1.3 Epidemiologie, Risikoabschätzung

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

Arbeitsbedingte Gesundheitsgefährdungen und Erkrankungen bei im Fahrdienst tätigen Beschäftigten im öffentlichen Personenverkehr

F 2038

N.N.

Geplant

01.01.2005-30.06.2006

Im Fahrdienst tätige Beschäftigte insbesondere im öffentlichen Personenverkehr haben verglichen mit anderen Berufsgruppen höhere Morbiditäts- und Mortalitätsraten und mehr Fehlzeiten sowie Frühberentungen. Beeinträchtigungen vor allem durch kardiovaskuläre und muskuloskeletale Erkrankungen sowie Erkrankungen des Magens und Duodenums sowie psychische Störungen wurden in zahlreichen Studien beschrieben. Als hauptsächliche Belastungsfaktoren wurden u. a. ermittelt: Stress, Schichtarbeit, Bewegungsmangel, hohe Anforderungen, isolierter Arbeitsplatz, ergonomische Bedingungen sowie zunehmende Gewalttätigkeit. In der Literatur sind kaum Interventionsmaßnahmen dokumentiert. Mit einem systematischen Review sollen die Schwerpunktbereiche von beruflichen Gesundheitsgefahren und lebensstilbedingten Risikofaktoren identifiziert werden sowie effektive und effiziente Interventionsmaßnahmen aus epidemiologischen Studien bewertet werden. Der präventive Handlungsbedarf für die Beschäftigtengruppe wird in einem Forschungsbericht und in einer Quart-Broschüre publiziert. Empfehlungen zur Prüfung der Wirksamkeit präventiver Maßnahmen werden erarbeitet.

FB 1.3 Epidemiologie, Risikoabschätzung

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

SZ 2 Verbesserung der Prävention arbeitsbedingter Gesundheitsstörungen und Erkrankungen

Ermittlung des Lungenkrebsrisikos durch berufliche Dieselrußexposition

F 5147

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.12.2006

Der im Vorgängerprojekt (F 5018 - Kohortenstudie zum Einfluss von Dieselmotoremissionen auf die Lungenkrebsmortalität im Kalibergbau) etablierte Zugang zur Risikoabschätzung bietet nach übereinstimmender Meinung von Fachleuten des In- und Auslandes die Möglichkeit, Lungenkrebsrisiken zu quantifizieren und zur Beantwortung der Zusammenhangsfragen beizutragen. Darauf aufbauend ist es nötig, zum Stichtag 31.12.1999 die Mortalität der rekrutierten Kohorte nochmals zu erheben und die Expositionsbewertung zu präzisieren. Neben den zu erwartenden Ergebnissen besteht die Bedeutung der Studie in der erstmaligen Erprobung einer

Methodik zur Quantifizierung des Risikos auf Grundlage von spezifischen Arbeitsplatzmessungen.

FB 1.4 Arbeitsbedingte Erkrankungen, Berufskrankheiten

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

EG-Richtlinie Lärm und Berufsmusiker

F 2091

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.12.2005

Die Europäische Richtlinie 2003/10/EG über Mindestvorschriften zum Schutz von Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch physikalische Einwirkungen (Lärm) führt für eine achtstündige Arbeitsschicht einen Grenzwert über die Lärmexposition am Arbeitsplatz von 87 dB(A) ein, wobei die Wirkung von Gehörschutz mit einbezogen wird. Da diese Richtlinie ausdrücklich auch für Berufsmusiker gilt, ist es notwendig für die Praxis geeignete Lösungen zu entwickeln, um die entsprechenden Anforderungen ins deutsche Recht umsetzen zu können.

FB 2.6 Emission von Maschinen, Lärm

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

Gesundheitsrisiken durch Vibrationsexpositionen am Arbeitsplatz (VIBRISKS)

F 1880

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.01.2007

In Europa sind Millionen von Arbeitnehmern gegenüber Hand-Arm-Schwingungen (HAS) oder Ganzkörperschwingungen (GKS) exponiert. Diese Expositionen können zu Erkrankungen der oberen Extremitäten bzw. der Lendenwirbelsäule führen. Das Projekt VIBRISKS, an dem Forschungseinrichtungen aus England (Universität Southampton, Koordinator), Italien (Universität Triest), Deutschland (BAuA), Schweden (Universität Umea, Nationales Institut für Arbeitsleben Umea), Niederlande (Universität Amsterdam) und Frankreich (INRS Nancy) teilnehmen, zielt auf eine bessere primäre und sekundäre Prävention von Erkrankungen durch HAS und GKS. Das Projekt wird Gesundheitsrisiken durch HAS und GKS mit Hilfe von epidemiologischen Studien aufklären, welche durch experimentelle Untersuchungen im Labor und biodynamische Modellierungen unterstützt werden. Hauptergebnis soll ein Leitfaden für die arbeitsmedizinische Betreuung der Exponierten in Europa sein.

Die Ergebnisse sollen weiter dazu beitragen, die sozialen und ökonomischen Kosten zu reduzieren, welche durch die vibrationsbedingten Erkrankungen bedingt sind. Die Forschungsergebnisse werden wissenschaftliche Grundlagen für politische Entscheidungen über die Angemessenheit gegenwärtiger Präventionsmaßnahmen und Präventionskosten ermöglichen.

FB 2.7 Vibrationen, elektromagnetische Felder

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

Komplexe physische und psychische Reaktionen des Organismus auf Erdbaumaschinen-Lärm unterschiedlicher psychoakustischer Charakteristik, isoliert und in Kombination mit arbeitsplatztypischer stochastischer Ganzkörperschwingung

F 5113

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.12.2008

Die Kombinationsbelastung Lärm/Vibration ist die häufigste Belastung in der Arbeitsumwelt überhaupt, speziell an mobilen Arbeitsplätzen. Das Forschungsprojekt verfolgt das Ziel, einen Beitrag zur Quantifizierung der extra-

auralen Wirkung von Lärm isoliert und in Kombination mit Vibration zu leisten. Dabei werden die psychoakustischen Effekte des Lärms isoliert und in Kombination mit Vibration auf ausgewählte Leistungsvoraussetzungen, d. h. auf Wohlbefinden und vegetative Reaktionen, berücksichtigt.

Die angestrebten Ergebnisse sollen Hinweise für die Gestaltung mobiler Arbeitsplätze mit dem Ziel der Prävention arbeitsbedingter Erkrankungen ermöglichen.

FB 2.7 Vibrationen, elektromagnetische Felder

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

Messung von otoakustischen Emissionen zur Früherkennung eines lärmbedingten Gehörschadens

F 5164

Unfallkrankenhaus - Akademisches Lehrkrankenhaus der FU Berlin - Klinik für Hals-Nasen-Ohrenheilkunde
Laufend

31.05.2005

Etwa 5 % der Lärmexponierten erleiden einen massiven Hörverlust mit Einschränkungen der Sprachkommunikation. Es besteht Konsens darüber, dass das Gehör der betroffenen Personen besonders empfindlich ist. Personen mit vulnerabilem Gehör müssen frühzeitig über ihr Risiko aufgeklärt werden, um z. B. bei Jugendlichen eine Berufsberatung und bei Erwachsenen einen Tätigkeitswechsel effizient realisieren zu können. Geeignet sind Untersuchungen, die eine Schädigung der äußeren Haarzellen erkennen, bevor deren Funktionsausfall im konventionellen Tonaudiogramm zu erkennen ist. Die Methoden müssen praktikabel und wenig kostenintensiv sein, um in Vorsorgeuntersuchungen angewendet werden zu können. Die otoakustischen Emissionen treten entweder spontan oder als Antwort auf einen akustischen Stimulus auf. Sie spiegeln den funktionellen Zustand der äußeren Haarzellen wieder und sind mit Hilfe eines Mikrofons im Gehörgang messbar. Um das Verfahren als Screening-Methode einsetzen zu können, müssen weitere Untersuchungen zum Zusammenhang zwischen Lärmbelastung und Veränderung der OAE durchgeführt werden. Dazu sind prospektive Studien an Probandenkollektiven mit und ohne Lärmbelastung notwendig.

FB 2.7 Vibrationen, elektromagnetische Felder

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

Wirkung von tieffrequentem Schall

F 5175

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin
Laufend

31.12.2005

An Arbeitsplätzen können hohe Schallpegel im niederfrequenten Bereich auftreten, die von technischen Quellen wie Verdichterstationen, Klimaanlage, Förderanlagen oder Pumpen ausgehen. Speziell die Anzahl klimatisierter Arbeitsräume wird in Zukunft weiter zunehmen. Damit stellt sich die Frage nach möglichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch berufliche Exposition im niederfrequenten Schall. Mittels Simulation der Bedingungen an Arbeitsplätzen mit tieffrequenter Schallimmission sollen im Laborexperiment die Wirkungen auf das Befinden, die Leistungsfähigkeit, ausgewählte physiologische Reaktionen und das vestibuläre System untersucht werden. Die im Rahmen des Forschungsprojektes ermittelten Hinweise auf mögliche gesundheitliche Folgen der Exposition in tieffrequentem Schall sollen in die Beurteilung von Lärm am Arbeitsplatz eingehen, um medizinische und technische präventive Maßnahmen erfolgreich umsetzen zu können.

Die Ergebnisse sollen einen Beitrag zur Diskussion um die Anwendung der G-Bewertung (Frequenzbewertung mit Dämpfung tiefer Frequenzen) bei der Beurteilung der Schallimmission am Arbeitsplatz und die Aufnahme dieses Bewertungsfilters in entsprechende Normen leisten.

FB 2.7 Vibrationen, elektromagnetische Felder

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

Einfluss niederfrequenter gepulster elektromagnetischer Felder des kommerziellen Mobilfunkstandards TETRA (380 - 400 MHz) auf das Befinden und die Leistung in verschiedenen Anforderungssituationen

F 5179

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

30.06.2005

Die bisher genutzten Betriebs- und BOS-Funksysteme mit analoger Signalaufbereitung und Schmalband-Frequenzmodulation werden in naher Zukunft durch Systeme mit digitaler Signalverarbeitung und zeit-sequentiellem Mehrfachzugriff ersetzt. Das kommerzielle Mobilfunksystem TETRA, welches im Frequenzbereich 380 MHz - 400 MHz mit Mehrfachzugriff TDMA (ähnlich dem öffentlichen GSM-Mobilfunk) arbeitet, steht europaweit kurz vor der Einführung bei den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS-Dienste). Später soll auf der Basis des TETRA-Standards ein allgemeines Betriebsfunksystem entwickelt werden. Im Vergleich zum GSM-Mobilfunk ist die Trägerfrequenz niedriger und die Eindringtiefe der elektromagnetischen Felder in den menschlichen Körper dadurch erheblich größer. Da die Pulsfrequenz des TETRA-Systems bei der TDMA-Übertragung ebenfalls wesentlich niedriger als bei GSM ist, sind bei gleicher Intensität der Felder stärkere biologische Wirkungen zu erwarten.

FB 2.7 Vibrationen, elektromagnetische Felder

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

Einfluss niederfrequent modulierter elektromagnetischer Felder des zukünftigen Mobilfunksystems UMTS (1800-2800 MHz) auf das Befinden und die Leistung in verschiedenen Anforderungssituationen

F 5211

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.12.2005

Das zukünftige Mobilfunksystem UMTS, welches in mehreren Frequenzbereichen (1800 MHz - 2800 MHz) mit Mehrfachzugriff WCDMA (Wide-Code-Division-Multiple-Access) arbeitet, steht in Europa und Japan kurz vor der Einführung. Bisher sind keine Untersuchungen und somit auch keine Resultate bekannt, die Aussagen zur biologischen Wirkung einer stochastisch in ihrer Intensität veränderlichen Hochfrequenzstrahlung, wie sie bei UMTS zu erwarten ist, auf den Menschen zulassen. Da die zeitliche Charakteristik der Aussendungen mit keiner bisher verwendeten Modulationsart in der drahtlosen Telekommunikation vergleichbar ist, sind Untersuchungen möglicher biologischer Wirkungen unverzichtbar. Ziel des Projektes ist es, mögliche Wirkungen solcher Felder auf das Befinden und die Leistung der Probanden in verschiedenen Anforderungssituation zu untersuchen um ein sich daraus ergebendes Gesundheitsrisiko für die Benutzer dieser mobilen Kommunikationstechnik zu erkennen und bewerten zu können.

Die Ergebnisse der Untersuchung liefern einen wichtigen Beitrag zur Erarbeitung/Begründung von Expositionsgrenzwerten für die Anwender/Benutzer dieser in der Einführungsphase befindlichen Kommunikationstechnologie.

FB 2.7 Vibrationen, elektromagnetische Felder

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

Allergie und Berufswahl - Evaluationsstudie eines regionalen Modellvorhabens verbesserter Berufsberatung zur Vermeidung bzw. Verminderung berufsbedingter allergischer Erkrankungen -

F 2085

Inst. für Gesundheits- und Sozialforschung GmbH (IGES)

Laufend

20.02.2007

Die Berufswahl ist für junge Menschen eine Weichenstellung mit langfristigen und tiefgreifenden Folgen. Das gilt insbesondere dann, wenn die Frage auftaucht, ob man aufgrund einer gesundheitlichen Einschränkung einen bestimmten Beruf ausüben kann oder nicht. Eines der häufigsten Probleme in diesem Zusammenhang sind Allergien. Nach Daten aus den Reihenuntersuchungen des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes starten in Brandenburg ca. 10 % der Jugendlichen mit einer atopischen Vorbelastung (allergische Thinitis, Asthma, Neurodermitis) ins Berufsleben. Einer Studie der Innungskrankenkasse Brandenburg und Berlin ist zu entnehmen, dass im Handwerk sogar 20 % der Auszubildenden eine ärztlich diagnostizierte Allergie haben. Darüber, wie die betroffenen Jugendlichen ihre Berufswahl treffen, wo sie sich Beratung holen, welche Qualität diese Beratung hat und welchen Verlauf ihre ersten Berufsjahre nehmen, ist bisher wenig bekannt. Etwa 80 % der Auszubildenden gaben in der IKK-Studie an, in Berufsschule und Betrieb nicht genügend über das Thema "Allergie" informiert zu werden. Es ist davon auszugehen, dass Ausbildungsabbrüche infolge allergischer Beschwerden in nicht geringer Zahl auftreten, die zum Teil bei besserer Beratung hätten vermieden werden können. Anliegen des Vorhabens in der Region Potsdam/Teltow-Fläming ist eine modellhafte Erprobung eines neuen strategischen Konzeptes zur Erkennung von Atopikern und deren Berufsberatung in Form eines Kooperationsverbundes zwischen Ärzteschaft, Lehrern, Berufsberatern, Krankenkassen, Unfallversicherungsträgern und Arbeitsschutzbehörden. Im Rahmen des Projektes sollen Strukturen, Vorgehensweisen, Hindernisse und Ergebnisse bezüglich einer effektiveren Berufsberatung in quantitativer und qualitativer Hinsicht, evaluiert werden.

FB 3.2 Methoden der Prävention, Sozialer Arbeitsschutz

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

Entwicklung einer Evaluationsroutine zur Prüfung der Nachhaltigkeit von Vorhaben im Rahmen des Modellprogramms zur Bekämpfung arbeitsbedingter Erkrankungen

F 2145

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin/N.N.

Geplant

01.02.2005-31.12.2006

Die Evaluationsforschung gehört seit Jahren zu den sich am stärksten vergrößernden Tätigkeitsfeldern, da ein stetig steigender Bedarf an Evaluation nicht nur in der Wissenschaft sondern in vielen Bereichen des öffentlichen Handelns zum Nachweis der Übertragbarkeit von best practice Beispielen in die Praxis besteht. Zunehmende Budgetprobleme machen eine stärkere Priorisierung und Selektion von Maßnahmen erforderlich. Außerdem steigt bei den Akteuren der Druck, die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit von Programmen zu belegen, um den Erfolg ihrer Maßnahmen nachweisen zu können.

Projektziele sind die Ermittlung des Standes der Umsetzung ausgewählter Aktivitäten der bisherigen Projekte unter Einbeziehung aktueller Entwicklungen sowie die Ableitung von Handlungsbedarf und Erarbeitung von Hinweisen für die verbesserte Umsetzung. Der nachhaltige Erfolg der Maßnahmen soll unterstrichen werden.

Mit diesem Projekt soll die Einführung, Aktualisierung und Unterstützung eines kontinuierlichen Entwicklungsprozesses einer Evaluationspraxis für das Modellprogramm zur Bekämpfung arbeitsbedingter Erkrankungen gestartet werden.

Es ist vorgesehen, eine Evaluationsroutine für alle abgeschlossenen Vorhaben herauszubilden. Die Evaluation soll sich auf die nachhaltige Umsetzung ausgewählter Maßnahmen in den einzelnen Vorhaben beschränken.

Einzubeziehen sind Erfahrungen und Erkenntnisse der ehemaligen Projektpartner. Möglichkeiten der Evaluation sind z. B. Befragungen und Interviews.

FB 3.2 Methoden der Prävention, Sozialer Arbeitsschutz

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

SZ 1 Erhalt und Förderung der Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit

Psychische Belastung: Analyse, Bewertung und Gestaltung sicherheits- und gesundheitsförderlicher Arbeitsplätze in der stationären Altenpflege

F 1977

Technische Universität München - Lehrstuhl für Psychologie

Laufend

30.06.2006

Der Bedarf an stationärer Altenpflege nimmt ständig zu. Gründe dafür sind der demographische Wandel in unserer Gesellschaft und eine veränderte Bewohnerstruktur, die durch eine Zunahme von Pflegebedürftigen, die die Pflegestufe 3 haben, gekennzeichnet ist. Die folgenden Beispiele belegen die Problemlage in der stationären Altenpflege: - Stationäre Altenpflege ist überwiegend krankenhaushähnlich organisiert. Das hat zur Folge, dass in engen Zeitfenstern bei allen Heimbewohnern gleiche oder ähnliche Pflegehandlungen vollzogen werden müssen; es feste Essens- und Schlafzeiten gibt. Die dadurch in ihren gewohnten Tagesabläufen und in ihrer Ruhe gestörten Pflegebedürftigen reagieren gereizt und aggressiv. - Soziale Unterstützung und ein mitarbeiterorientiertes Führungsverhalten sind förderliche Bedingungen bei der Bewältigung von hohen Belastungen und Stress bei der Arbeit.

Die DAK-Studie (2001) gibt an, dass diese Ressourcen im Altenpflegebereich sehr oft fehlen:

- so sagen 45,0 % der Altenpflegekräfte aus, dass die Abteilung nicht zusammenhält,
- 48,8 % geben an, dass sie sich nicht auf ihren Vorgesetzten verlassen können und
- bei 42,1 % trifft das auch auf die Kollegen zu.

Dem "Gesundheitsreport 2001-Altenpflege" von BGW und DAK ist außerdem zu entnehmen, dass der psychische Gesundheitszustand der Altenpfleger/innen deutlich schlechter als der der berufstätigen Bevölkerung Deutschlands ist und Altenpfleger/innen bei den geäußerten psychosomatischen Beschwerden bedeutend über dem Bundesdurchschnitt liegen. Jede vierte Altenpflegekraft reicht schon nach einem Jahr Berufsausübung die Kündigung ein (Fokus 41/2001). Für die Erfassung der Belastungen und möglicher Auswirkungen stehen für diesen Bereich der Pflege kaum Instrumente zur Verfügung.

Das Forschungsvorhaben hat folgende Ziele:

- Ermittlung wesentlicher Belastungsfaktoren in der stationären Altenpflege.
- Analyse der psychischen Belastungs- und Beanspruchungssituationen in Einrichtungen verschiedener Träger.
- Analyse der Interaktionen zwischen den Pflegekräften, den Pflegekräften und Pflegebedürftigen sowie deren Angehörigen.
- Vergleich der gewonnenen Erkenntnisse mit vorliegenden Ergebnissen aus der stationären Krankenpflege und der ambulanten Alten- und Krankenpflege.
- Entwicklung eines Screeninginstrumentes zur Erfassung der psychischen Belastungen und Unterstützung der Gefährdungsbeurteilung.
- Erstellung eines Leitfadens für eine sicherheits- und gesundheitsförderliche Arbeitsgestaltung

Umsetzung und Anwendung der Projektergebnisse:

- statistisch gesicherte Erfassung psychischer Fehlbelastungen und Ressourcen bei der Arbeit in stationären Altenpflegeeinrichtungen
- Ermittlung des Qualifizierungsbedarfes

- Entwicklung eines Screeninginstrumentes für die Gefährdungsbeurteilung
- Erarbeitung eines Gestaltungsleitfadens für die Verhältnis- und Verhaltensprävention

FB 3.3 Arbeitsgestaltung bei psychischen Belastungen, Stress

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

Psychische Belastung durch traumatisierende Ereignisse innerhalb der Berufsausübung

F 1995

Universitätsklinikum Münster - Klinik und Poliklinik für Psychosomatik und Psychotherapie

Laufend

30.06.2006

In den Aufgabenfeldern von Rettung, Schutz und Hilfe schließen die beruflichen Anforderungen, die an die Beschäftigten gestellt werden, auch die Konfrontation mit Extremsituationen ein. Das hohe emotionale Belastungspotential bei solchen Einsätzen kann das psychische und physische Befinden der Beschäftigten in gravierender Weise beeinträchtigen. Bei schwerwiegenden Belastungsfolgen (PTBS) ist nicht nur die Lebensqualität des Betroffenen, sondern auch seine Arbeits- und Berufsfähigkeit in Frage gestellt. Verstärkte präventive Arbeit in gefährdeten Beschäftigungsbereichen ist daher dringend erforderlich. Im Projekt soll eine Situationsbeschreibung hinsichtlich Ausmaß und Auswirkungen der Belastung in ausgewählten Untersuchungsfeldern geleistet werden. Zu erfassen sind auch bereits angebotene Unterstützungsmaßnahmen seitens der Dienststellen. Aus der Analyse der Belastungssituation sind präventive Maßnahmen zur Unterstützung der Belastungsbewältigung zu entwickeln.

Die Projektergebnisse sollen zur Ableitung eines Konzeptes zu Maßnahmen der Belastungsbewältigung in der Vorbereitung auf mögliche Ereignisse führen. Dieses Konzept kann in bedingungsbezogene Maßnahmen sowie Trainingsmaßnahmen zur Ressourcenstärkung und Kompetenzerhöhung potentiell exponierter Beschäftigter eingesetzt werden. Schwerpunkt der Untersuchungen soll der Polizeidienst sein.

FB 3.3 Arbeitsgestaltung bei psychischen Belastungen, Stress

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

Untersuchung arbeitsbedingter Ursachen für das Auftreten von depressiven Störungen

F 1865

N.N.

Geplant

01.03.2005-31.03.2008

Die psychische Gesundheit der Mitarbeiter ist eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg eines Unternehmens. Arbeitsunfähigkeit durch psychische Erkrankungen führte 2001 in Deutschland zu einem Produktionsausfall von fast 3 Milliarden Euro, Tendenz steigend. Laut einer europaweiten Studie aus dem Jahr 2002 leiden 17 % der Bevölkerung an leichten bis schweren depressiven Störungen. Allein in Deutschland erkranken rund 20 % aller Bundesbürger, also jeder fünfte einmal im Leben an einer Depression. Im Gegensatz zu Herz-Kreislauferkrankungen ist jedoch das Auftreten psychischer Störungen als Folge psychischer Fehlbelastungen und chronischem Stress bei der Arbeit noch wenig untersucht. Patienten mit leichten depressiven Symptomen, die häufig in Kombination mit Ängsten und multiplen körperlichen Beschwerden auftreten, sind in der hausärztlichen Praxis sehr häufig - mögliche arbeitsbedingte Faktoren, die zum Entstehen der Störung beitragen, finden zumeist keine Beachtung.

FB 3.3 Arbeitsgestaltung bei psychischen Belastungen, Stress

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

SZ 2 Verbesserung der Prävention arbeitsbedingter Gesundheitsstörungen und Erkrankungen

Untersuchungen zum Auftreten von Sekundenschlaf während der Ausführung von Steuer- und Regeltätigkeiten in Abhängigkeit von der psychischen Arbeitsbeanspruchung am Beispiel von Lastkraftwagen- und Busfahrern

F 1985

Universität Stuttgart - Institut für Arbeitswissenschaft und Technologiemanagement (IAT)-ARGE mit Fraunhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO)

Laufend

30.11.2006

Erhöhte Schläfrigkeit mit der Gefahr des Eintretens von Sekundenschlaf stellt ein beträchtliches Unfallrisiko dar. Die Folgekosten für müdigkeitsbedingte Unfälle werden z. B. in den USA auf bis zu 56 Milliarden Dollar pro Jahr geschätzt. Es ist nicht auszuschließen, dass die Häufung von schweren Bus-Unfällen, bei denen als Ursache Sekundenschlaf in Frage kommt, auch mit zunehmender psychischer Belastung der Fahrer (z. B. Arbeitsverdichtung, Zeitdruck, schlechte Arbeitsorganisation, Arbeitsplatzabbau) im ursächlichen Zusammenhang steht.

Das Auftreten von Sekundenschlaf lässt sich mit Hilfe der heute zur Verfügung stehenden Messtechnik auch unter Feldbedingungen ermitteln, so dass eine wichtige methodische Voraussetzung für derartige Untersuchungen gegeben ist. Die psychische Belastung/Beanspruchung kann mit Hilfe validierter Instrumente erhoben werden. Es ist zu prüfen, ob die Häufigkeit des Auftretens von Sekundenschlaf mit psychischen Fehlbelastungen und Stress im Zusammenhang steht. Die Aufklärung der Wirkung und Wechselwirkung aktueller (z. B. Dauer der Ruhezeit, Schlafdauer, psychische Beanspruchung) und überdauernder Einflussfaktoren (z. B. psychosoziale Faktoren, Work-Life Balance, gesundheitliche Risikofaktoren) soll in entsprechend gewichteten Empfehlungen zur präventiven Arbeits- und Organisationsgestaltung münden. Gezielte Maßnahmen der Arbeitsgestaltung zur Prävention von Fehlbelastungen sind abzuleiten und z. B. in Handlungsanleitungen und Seminarkonzeptionen niederzulegen.

FB 3.3 Arbeitsgestaltung bei psychischen Belastungen, Stress

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

Betriebsepidemiologische Untersuchung zur Prävalenz von Erkrankungen und Beschwerden der oberen Extremitäten an Büroarbeitsplätzen

F 1911

Inst. für Arbeitsmedizin, Sicherheitstechnik und Ergonomie E.V. (ASER) an der Bergischen Universität Wuppertal

Laufend

01.10.2005

In Europa wird zunehmend über Beeinträchtigungen der Gesundheit und des Wohlbefindens von Arbeitnehmern durch arbeitsbezogene Erkrankungen der oberen Extremitäten berichtet. Die ökonomischen und sozialen Auswirkungen durch derartige Erkrankungen und Beschwerden sind beträchtlich. Für Bürotätigkeiten und Tätigkeiten an Computerarbeitsplätzen wurden jedoch in Deutschland in den letzten zehn Jahren nur wenige Studien publiziert, die Aussagen zur Häufigkeit und Verteilung von Beschwerden und Erkrankungen im Bereich der oberen Extremitäten zulassen. Ziel des Forschungsvorhabens ist, die gegenwärtige Bedeutung von arbeitsbezogenen Gesundheitsbeschwerden der oberen Extremitäten sowie des Nackens bei Arbeitnehmern im Verwaltungsbereich in Deutschland abzuschätzen. Angestrebt werden zusätzlich eine Standardisierung und Publikation der eingesetzten Untersuchungsmethodik für die zukünftige Nutzung bei ähnlichen Fragestellungen in anderen Tätigkeitsbereichen. Im Rahmen einer Querschnittsuntersuchung sind die Periodenprävalenzen (Lebenszeitprävalenz, Jahresprävalenz, Monatsprävalenz, Punktprävalenz) und die Inzidenz (Zeitpunkte des Auftretens) von Beschwerden in den oberen Extremitäten und in der Schulter-Nacken-Region differenziert nach Gelenkregion

bei Arbeitnehmern in Verwaltungstätigkeiten zu erheben und zu bewerten. Durch klinische Untersuchungen der Arbeitnehmer sind Beschwerden im Schulter-Arm-Bereich zu klassifizieren und zu differenzieren.

FB 3.4 Arbeitsgestaltung bei physischen Belastungen, Muskel-Skelett-Erkrankungen

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

Individuelle motorische Muster bei Tätigkeiten an Computerarbeitsplätzen

F 2024

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.05.2005

Es ist bekannt, dass die Nutzung von Keyboard und Mouse an Computerarbeitsplätzen häufig zu Beschwerden in den oberen Extremitäten und der Schulter-Nacken-Region führt. Über ergonomische Gestaltung der Computerarbeitsplätze wird eine Verminderung der beruflichen Belastung angestrebt. Relativ wenig Kenntnisse existieren jedoch darüber, inwieweit individuelle motorische Muster bei der Bedienung von Computern das Auftreten von muskulären Beschwerden in den oberen Extremitäten mit beeinflusst. Als Hypothese wird angenommen, dass sich individuelle motorische Muster bei der Arbeit an Computerarbeitsplätzen nachweisen lassen, die zu einer frühzeitigen muskulären Ermüdung führen und mit dem Auftreten von Beschwerden im Bereich der Muskulatur der oberen Extremitäten korrelieren. Ziel des Projektes ist, im Rahmen einer Laborstudie individuelle motorische Charakteristika bei der Nutzung eines Computers in einer Standardaufgabe zu dokumentieren, zu vergleichen und zur Prävalenz von Beschwerden sowie zu elektrophysiologisch erfassbaren Ermüdungsparametern in den oberen Extremitäten und der Schulter-Nacken-Region in Beziehung zu setzen. Diese Erkenntnisse bilden die Grundlage für eine dem Menschen angepasste ergonomische Gestaltung sowohl der Soft- als auch Hardware von Computerarbeitsplätzen. Systematisierte Kenntnisse über individuelle Bewegungsmuster, die regelmäßig bei der Bedienung von Computern zu Beschwerden führen, sind auch in der betriebsärztlichen Praxis für gezielte und personenbezogene Arbeitsplatzanalysen und Beratungen der Beschäftigten sowie für die Ausarbeitung gezielter verhaltenspräventiver Maßnahmen nutzbar.

FB 3.4 Arbeitsgestaltung bei physischen Belastungen, Muskel-Skelett-Erkrankungen

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

Handlungshilfe zur Beurteilung der Arbeitsbedingungen bei repetitiver Arbeit - Begründung von Hypothesen und Prüfung eines Arbeitsentwurfes unter Praxisbedingungen

F 1994

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin/N.N.

Laufend

30.06.2005

Repetitive Belastungen des Hand-Arm-Schulter-Bereiches sind ein anerkannter Risikofaktor bei der Entstehung von arbeitsbezogenen Beschwerden des Muskel-Skelett-Systems. Schwerpunkte sind dabei sowohl die ermüdungsbedingten direkten Schmerzempfindungen an Muskeln, Sehnen, Sehnengleitgewebe und Nerven als auch die durch statische Haltungsarbeit bedingten Beschwerden im Schulter-Nacken-Bereich. Langfristiges und übergeordnetes Projektziel ist die Bereitstellung einer erprobten und abgestimmten Handlungshilfe zur Gefährdungsabschätzung und Prävention. Im vorliegenden Projekt soll der bereits vorliegende Arbeitsentwurf einer Beurteilungsmethode (in Analogie zu den Leitmerkmalmethoden für die manuelle Lastenhandhabung) unter Praxisbedingungen getestet werden.

Grundlage dafür sind die unten genannten Arbeitshypothesen, die in diesem Zusammenhang verifiziert werden.

Arbeitshypothesen:

Beschwerden entstehen durch:

- Langanhaltende und/oder wiederholte einseitige Belastung kleiner Muskelgruppen, verbunden mit Reizung von Sehnen, Sehnenansätzen, Sehnengleitgewebe und peripherer Nerven,

- langanhaltende Haltungsarbeit der Rumpfmuskulatur, insbesondere fixierte Körperhaltungen.

Beschwerden werden verstärkt durch:

- Zeitdruck und geringen Handlungsspielraum,
- ungünstige Arbeitsumweltbedingungen.

Die in diesem Projekt erzielten Ergebnisse dienen direkt der Evaluierung des Arbeitsentwurfes der Beurteilungsmethode und sind damit die Grundlage für eine überarbeitete, praxisgerechte und veröffentlichungsfähige Handlungshilfe. Die Handlungshilfe kann bundesweit zur Beurteilung möglicher Risiken im Zusammenhang mit repetitiven Belastungen des Hand-Arm-Bereiches angewendet werden. Das betrifft u. a. solche Tätigkeitsgruppen wie Nähen, Kleinteilmontage bei der Massenfertigung, Kassieren in Supermärkten, Dateneingabe oder Mikroskopieren, wenn sie langanhaltend ausgeführt werden. Durch die Bewertungsmethode wird der Praktiker in die Lage versetzt, die vorhandene Situation einzuschätzen und mögliche Gestaltungsalternativen zu vergleichen. Dabei wird die dynamische Wechselwirkung aller Einflussfaktoren berücksichtigt.

FB 3.4 Arbeitsgestaltung bei physischen Belastungen, Muskel-Skelett-Erkrankungen

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

Fall-Kontroll-Studie zur Bewertung von beruflichen Faktoren im Zusammenhang mit bandscheibenbedingten degenerativen Veränderungen der Halswirbelsäule

F 2146

Klinikum der Johann Wolfgang Goethe-Universität

Laufend

30.11.2006

Ziel des Forschungsvorhabens ist, im Rahmen einer Fall-Kontroll-Studie die Bedeutung unterschiedlicher beruflicher Faktoren (Heben und Tragen von Lasten, Tragen von Lasten auf der Schulter, Ganzkörpervibration, Hand-Arm-Vibration, Zwangshaltung, Fehlhaltung usw.) und sonstiger Einflussfaktoren (Alter, Geschlecht, konstitutionelle Faktoren usw.) für die Entstehung von Zervikal- und Zervikobrachialsyndromen aufgrund von bandscheibenassoziierten degenerativen Halswirbelsäulen(HWS)-Veränderungen zu bewerten. Folgende Arbeitsschwerpunkte wurden in der Leistungsbeschreibung formuliert:

- Die Studie sollte als bevölkerungsbezogene Fall-Kontroll-Studie angelegt werden. Die notwendigen Fallzahlen sind über Power-Abschätzungen zu planen.
- Als Fälle sind Patienten mit Zervikalsyndromen und/oder Zervikobrachialsyndromen mit bandscheibenassoziierter degenerativen HWS-Veränderungen zu gewinnen. Die Diagnose sollte entsprechend dem Stand der Diagnostik klinisch und bildgebend gesichert sein. Dies setzt die bestehende enge Kooperation mit orthopädisch-chirurgischen bzw. neurochirurgischen Einrichtungen voraus.
- Die subjektiven Angaben der Probanden zur retrospektiven und aktuellen beruflichen Belastung sind exemplarisch durch aktuelle Belastungsermittlungen/Arbeitsplatzanalysen in Betrieben der Region oder durch Expertenurteil (TAD-Interviews) zu objektivieren.
- Als Ergebnis der Fall-Kontroll-Studie sind die erhobenen beruflichen und andere Risikofaktoren mit den üblichen multifaktoriellen statistischen Verfahren (logistische Regressionsanalyse) einzeln und in Kombination zu bewerten und zu vergleichen.

FB 3.4 Arbeitsgestaltung bei physischen Belastungen, Muskel-Skelett-Erkrankungen

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

Fall-Kontroll-Studie zur Bewertung von beruflichen Faktoren im Zusammenhang mit Kniegelenksarthrosen

F 2096

N.N.

Geplant

01.01.2005-31.12.2006

Gonarthrosen gehört zu den häufigsten und schwerwiegendsten Erkrankungen des Muskel-Skelett-Systems. In der internationalen Fachliteratur finden sich zunehmend Hinweise auf den Einfluss berufsbedingter Belastungsfaktoren (Arbeiten in knieender und hockender Körperhaltung, verdrehte Körperposition, schweres Heben und Tragen von Lasten) für die Entstehung und Progredienz der Erkrankung. In Deutschland gibt es hierzu keine aktuellen Daten. Da gleichzeitig eine Reihe individueller Faktoren (genetische Disposition, Übergewicht, Freizeitverhalten, Extremsport u. a.) von Bedeutung sind, ist die Abgrenzung des arbeitsbedingten Anteils ein entscheidender Schritt für die Risikobeurteilung und Prävention. Die allgemein verbreitete Hypothese, nach der physische Belastungen Gonarthrosen auslösen oder begünstigen, ist teilweise umstritten. Es existieren z. Zt. weder genaue Vorstellungen über Ursachen und Wirkungsmechanismen noch über Dosis-Wirkungsbeziehungen. Hier müssen neue Befunde zur Struktur der Belastung (Höhe, Zeitdauer, Häufigkeit) in die Betrachtung einbezogen werden.

Ziel ist die Beurteilung des Gonarthrose-Risikos in Beziehung zur beruflichen Tätigkeit an Arbeitsplätzen mit unterschiedlich kniebelastenden Tätigkeiten und die Ableitung von Ansätzen für Präventionsstrategien. Die Studie liefert Erkenntnisse zur Bedeutung arbeitsbedingter Belastungsfaktoren für die Entwicklung von Kniegelenksarthrosen. Die Ergebnisse bilden die Grundlage für eine ergonomische Gestaltung sowie für verhaltenspräventive Maßnahmen, die im Rahmen von "Knieschulen" Trainingsprogramme und bestimmte Verhaltensweisen einbeziehen. Darüber hinaus können die Ergebnisse Entscheidungsträgern (Gutachtern) zur besseren Einschätzung dienen. Die Ergebnisse sind im Zusammenhang mit der Diskussion einer möglichen Anerkennung der Kniegelenksarthrose als Berufskrankheit, die z. Zt. in der Sektion BK beim Ärztlichen Sachverständigenbeirat geführt wird, von Bedeutung.

FB 3.4 Arbeitsgestaltung bei physischen Belastungen, Muskel-Skelett-Erkrankungen

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

SZ 2 Verbesserung der Prävention arbeitsbedingter Gesundheitsstörungen und Erkrankungen

Untersuchungen zur Ätiologie des Prostatakarzinoms unter besonderer Berücksichtigung von Gefahrstoffexposition: 1. Machbarkeitsstudie 2. Fall-Kontroll-Studie

F 2049

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin/N.N.

Laufend

31.12.2006

Eine systematische Literaturstudie soll zu wissenschaftlich begründeten Hypothesen über den Zusammenhang zwischen Prostatakarzinomrisiko und der Exposition gegenüber bestimmten Gefahrstoffen führen.

Diese Hypothesen werden in einer Fall-Kontroll-Studie überprüft.

FB 4.2 Innere Belastungen und systemische Wirkungen

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

Längsschnittstudie zur Frage Mangan-assoziiierter Gesundheitsstörungen bei Beschäftigten aus der Trockenbatterieherstellung

F 1858

Ruprecht-Karls-Universität - Institut und Poliklinik für Arbeits- und Sozialmedizin

Laufend

30.09.2005

1995 wurde bei 90 Beschäftigten eines Betriebes zur Herstellung von Trockenbatterien mittels kranialer Magnetresonanztomographie die relative Signalintensität (Pallidum-Index) im Bereich des Stratum Pallidum untersucht (Forschungsprojekt 07.005). Dabei wurden Zusammenhänge zwischen einigen Expositionsindizes für Mangan und dem Pallidum-Index gefunden, was als Zeichen der expositionsabhängigen Manganeinlagerung interpretiert wurde. Außerdem wurden bei den Beschäftigten eine Reihe neurologischer und psychometrischer Untersuchungen durchgeführt. Die Manganbelastung wurde durch Biomonitoring sowie retrospektiv als kumulativer Expositionsindex anhand einer Job-Exposure-Matrix erfasst. Ein Teil dieser Kohorte (n = 35) soll in dem geplanten Projekt mit gleicher Methodik nachuntersucht werden.

Dabei sollen folgende Ziele erreicht werden:

- Erkenntnisse über die Dynamik der Mangan-Einlagerung im Gehirn
- Erkenntnisse über die Beziehung zwischen der Mangan-Dynamik und Hirnfunktionen
- Ableitung prognostischer Einschätzungen in Bezug auf die Mangan-Einlagerungen
- Aussagen zur Beziehung zwischen der inneren Manganbelastung (Biomonitoring) und dem Verlauf der Mangan-Einlagerung im Gehirn
- Beantwortung der Frage: Welche Befunde sind die besten Korrelate der Mangan-Einlagerung und wie können sie in ein Untersuchungsprogramm innerhalb des arbeitsmedizinischen Vorsorgesystems integriert werden?
- Beitrag zur Frage eines feststellbaren Schwellenwertes für die Manganwirkung (NOEL/LOEL).

Die Ergebnisse des Projektes sollen neue Erkenntnisse zum zentralnervösen Gesundheitsrisiko von Mangan liefern und können bei der Grenzwertsetzung berücksichtigt werden sowie zu einer Optimierung von Untersuchungsempfehlungen für die arbeitsmedizinische Vorsorge beitragen.

FB 4.2 Innere Belastungen und systemische Wirkungen

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

Histologische Diagnose von Rattenlungen nach Belastung mit granulären, biopersistenten Stäuben

F 2007

Fraunhofer-Gesellschaft

Laufend

30.09.2005

Derzeit wird in der MAK-Kommission und dem BK-Toxikologie die Frage der krebserzeugenden Wirkung von granulären, biopersistenten Stäuben (GBS) diskutiert. Eine wesentliche Ursache für diese Diskussion sind die bisher vorliegenden Ergebnisse einer Kanzerogenitätsstudie mit intratrachealer Verabreichung von 19 Stäuben mit mehreren Dosierungen an Ratten (s. F 1843). Für einen Teil der Versuchsgruppen liegen bisher nur makroskopisch erhobene Tumordiagnosen vor. Diese müssen histologisch verifiziert werden. Dies ist auch für die internationale Akzeptanz (z. B. durch IARC) erforderlich. Darüber hinaus wird derzeit der Mechanismus der Tumorentstehung kontrovers diskutiert. Hierfür sind Untersuchungen zu Fibrose und Entzündungsreaktionen erforderlich.

Die Ergebnisse sollen in die Diskussionen nationaler und internationaler Gremien eingebracht werden, um zu prüfen, ob die derzeit geltenden Staubgrenzwerte einen ausreichenden Gesundheitsschutz von Arbeitnehmern bieten.

FB 4.3 Toxikologie von Gefahrstoffen

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

Wirkmechanismus von Fein- und Ultrafeinstaub in der Lunge - Teil A: Dispersion und Retention von Stäuben mit ultrafeinen Primärpartikeln in der Lunge

F 2133

N.N.

Geplant

01.01.2005-31.12.2005

An vielen Arbeitsplätzen (z. B. Bauindustrie, Metallindustrie) besteht eine Belastung mit Stäuben, deren gesundheitsschädigende Wirkung seit längerem national und international diskutiert wird. Die 2001 verabschiedeten Allgemeinen Staubgrenzwerte gelten nicht für ultrafeine Partikel (<100 nm), da Daten vorliegen, die eine deutlich stärkere gesundheitsschädigende Wirkung dieser Partikel zeigen (s. a. F 1843). Ultrafeine Partikel entstehen insbesondere bei thermischen Prozessen (z. B. Schweißen, Verbrennung). Sie bilden häufig größere Agglomerate oder Aggregate (s. a. F 1843, F 2075, F 5201, F 2055, F 1804), die sich aus ultrafeinen Primärpartikeln zusammensetzen. Es ist nicht bekannt, ob nach dem Einatmen der Agglomerate / Aggregate diese in Primärpartikel zerfallen oder nicht. Dies ist insofern von Bedeutung, da die Hypothese aufgestellt wurde, dass die Partikelgröße die zelluläre Aufnahme (Makrophagen, Epithelien) und somit möglicherweise die Art der Schädigung mit beeinflusst. Weiterhin kann vermutet werden, dass das Verhalten der Agglomerate / Aggregate im Respirationstrakt von Entstehungsbedingungen (hohe / niedrige Temperatur, Konzentration) und physikalisch-chemische Eigenschaften (hydrophob / hydrophil) abhängt. In geeigneten Systemen (in-vitro, in-vivo) soll geprüft werden, ob die aus Primärpartikeln zusammengesetzten Agglomerate / Aggregate verschiedenartiger Stäube im physiologischen Milieu der Lunge Primärpartikel freisetzen und welche Zelltypen welche Partikel bevorzugt aufnehmen. Derartige Fragen werden zur Zeit in einem Arbeitskreis von MAK-Kommission und Beraterkreis Toxikologie diskutiert. Die Ergebnisse können einen Beitrag liefern zum Verständnis der Wirkmechanismen ultrafeiner Partikel, zur differenzierten Bewertung unterschiedlicher Staubexpositionen und zur Ableitung angemessener Arbeitsschutzmaßnahmen (z. B. Luftgrenzwert).

FB 4.3 Toxikologie von Gefahrstoffen

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

SZ 5 Verbesserung des Schutzes vor Gesundheitsrisiken bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen und biologischen Arbeitsstoffen

Wirkmechanismus von Fein- und Ultrafeinstaub in der Lunge - Teil B: Immunmodulation alveolärer Makrophagen durch aufgenommene Fremdstoffpartikel

F 2134

N.N.

Geplant

01.01.2005-28.02.2006

An vielen Arbeitsplätzen (z. B. Bauindustrie, Metallindustrie) besteht eine Belastung mit Stäuben, deren gesundheitsschädigende Wirkung seit längerem national und international diskutiert wird. Zur Ableitung der Allgemeinen Staubgrenzwerte wurde u. a. die verlangsamte makrophagen-medierte Lungenclearance (siehe MAK-Begründungspapier zum Allgemeinen Staubgrenzwert) herangezogen. Gegenwärtig besteht die Vorstellung, dass hierbei das Volumen der von Makrophagen phagozytierten Partikel eine wesentliche Rolle spielt. Im Zusammenhang mit der Diskussion einer möglichen kanzerogenen Wirkung von schwerlöslichen Stäuben (Arbeitskreis MAK-Kommission / BK-Toxikologie) ist die Frage aufgetaucht, was den alveolären Makrophagen dazu veranlasst, ab einer kritischen Staubbelastung in einen Zustand überzugehen, der ein Entzündungsgeschehen auslöst und so den Prozess der Kanzerogenese fördert. Dieses könnte ebenfalls, wie bei der als Hypothese formulierten Ursache zur Verlangsamung der Clearance, durch das aufgenommene Fremdvolumen bedingt sein, aber auch die Partikeloberfläche, reaktive Sauerstoffspezies oder andere von Partikeln verursachte Signale könnten eine Rolle spielen, die letztlich die Produktion von Cytokinen durch den alveolären Makrophagen bedingen. In geeigneten Systemen sollen die durch Partikelaufnahme verursachten biochemischen Verän-

derungen der Makrophagen näher charakterisiert und der Zusammenhang mit physikalisch-chemischen Eigenschaften der Partikel (Größe, Oberflächenaktivität) geprüft werden.

Die Ergebnisse können einen Beitrag liefern zum Verständnis der Wirkmechanismen von Partikeln, zur differenzierten Bewertung (Wirkpotenz) unterschiedlicher Staubexpositionen und zur Ergreifung angemessener Arbeitsschutzmaßnahmen. Weiterhin ist vorstellbar, dass Aussagen zu den bei Arbeitsplatzmessungen zu berücksichtigenden Wirkungsparametern erhalten werden.

FB 4.3 Toxikologie von Gefahrstoffen

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

SZ 5 Verbesserung des Schutzes vor Gesundheitsrisiken bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen und biologischen Arbeitsstoffen

Wirkmechanismus von Fein- und Ultrafeinstaub in der Lunge - Teil C: Gentoxizität von Partikeln

F 2135

N.N.

Geplant

01.01.2005-31.12.2005

An vielen Arbeitsplätzen (z. B. Bauindustrie, Metallindustrie) besteht eine Belastung mit Stäuben, deren lungenschädigende Wirkung (Fibrose, Krebs) seit längerem national und international diskutiert wird. Experimentell wurde nach Inhalation vor allem eine lungenkrebserzeugende Wirkung von ultrafeinen Partikeln (Ruß, Titan-dioxid) beobachtet, während nach intratrachealer Instillation auch größere Staubpartikel krebserzeugend waren (F 1843). Der Mechanismus der kanzerogenen Wirkung von Partikeln in der Lunge ist derzeit noch weitgehend unbekannt (sekundäre Gentoxizität durch Entzündungsreaktionen? direkte Gentoxizität durch Partikel selbst? Übersicht bei Knaapen et al. (2004)). In geeigneten Systemen (Lungenepithelien als Zielzellen der Kanzerogenität, in-vitro, in-vivo) soll geprüft werden, welche Partikel welche gentoxische Wirkung induzieren. Ggf. sollte auch geprüft werden, ob die Anwesenheit von Entzündungszellen (Granulozyten) die gentoxische Antwort modifiziert (s. a. Johnston 2000 zu Untersuchungen mit Quarz und amorpher Kieselsäure).

Derartige Fragen werden zur Zeit in einem Arbeitskreis von MAK-Kommission und Beraterkreis Toxikologie diskutiert. Die Ergebnisse können einen Beitrag liefern zum Verständnis der Wirkmechanismen von Partikeln (Schwellenwert existent?), zur differenzierten Bewertung unterschiedlicher Staubexpositionen und zur Ableitung angemessener Arbeitsschutzmaßnahmen (z. B. Luftgrenzwert).

FB 4.3 Toxikologie von Gefahrstoffen

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

SZ 5 Verbesserung des Schutzes vor Gesundheitsrisiken bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen und biologischen Arbeitsstoffen

Prospektive epidemiologische Untersuchungen von Beschäftigten mit Langzeitbelastung durch Stäube im Sinne des Allgemeinen Staubgrenzwertes (sog. "inerte" Stäube bzw. nicht anderweitig klassifizierte Mischstäube) als Beitrag zur Evaluierung

F 1923

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin/N.N.

Laufend

31.12.2007

Der AGS hat anlässlich der Verabschiedung des Allgemeinen Staubgrenzwertes empfohlen, weitere epidemiologische Studien durchzuführen. Dieser Handlungsbedarf ergibt sich daraus, dass die Begründung der jetzigen Festlegung in mehreren Punkten strittig geblieben ist: Einerseits wird eingewandt, dass die epidemiologische Ableitung aus Studien an quarzhaltigen Stäuben mit zusätzlichen toxischen Effekten neben dem Partikeleffekt erfolgte. Andererseits gibt es Hinweise dafür, dass mit dem Niveau der jetzt festgelegten Werte nicht alle Gesundheitsrisiken vermieden werden.

Unter Berücksichtigung der Machbarkeit in der angesetzten Überprüfungsfrist werden zwei sich ergänzende Projektteile vorgeschlagen:

1. Multizentrische betriebliche Epidemiologie der vorgeschriebenen arbeitsmedizinischen Vorsorgeuntersuchungen.
2. Gezielte epidemiologische Längsschnittstudie für einen (weitgehend) nur über den Partikeleffekt wirksamen Staub.

Das übergreifende Projektziel sind Beiträge zur Evaluierung des Allgemeinen Staubgrenzwertes. Mit dem Projektteil 1 (Sammlung der Ergebnisse der qualitätsgesicherten arbeitsmedizinischen Vorsorgeuntersuchungen, die im Falle der Nichteinhaltung der jetzigen Grenzwerte durchzuführen sind) werden Aussagen zur Beeinträchtigung der Lungenfunktion und damit des allgemeinen Leistungsvermögens der Beschäftigten bei Grenzwertüberschreitung in der Breite aller realen Mischstäube gewonnen. Der Projektteil 2 führt am Beispiel des ausgewählten, weitgehend auf die Partikelwirkung begrenzten Staubes, der in der gesamten Breite möglicher Expositionsniveaus untersucht werden soll, zu neuen Kenntnissen über Dosis-Wirkungs-Beziehungen, die möglicherweise Grenzwertkorrekturen erfordern.

FB 4.5 Wirkung von biologischen und chemischen Arbeitsstoffen

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

Charakterisierung der Exposition gegenüber ultrafeinen Partikeln (UFP) an ausgewählten Arbeitsplätzen als Grundlage für epidemiologische Untersuchungen

F 2055

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin/N.N.

Laufend

31.12.2005

Nach Erkenntnissen der MAK-Kommission lassen verschiedene experimentelle und epidemiologische Befunde erkennen, dass nach der Inhalation gleicher Teilchenmassen kleinste schwer lösliche Aerosolteilchen und deren Agglomerate im Atemtrakt ein größeres Gefährdungspotential besitzen als größere, kompakte schwer lösliche Teilchen. Bei den kleinen schwer löslichen Aerosolteilchen handelt es sich um ultrafeine Partikel (UFP), mit einem Mobilitäts-Äquivalentdurchmesser $< 0,1 \mu\text{m}$. Im Arbeitsbereich sind epidemiologische Untersuchungen zur Wirkung der UFP aus methodischen bzw. technischen Gründen noch nicht durchgeführt worden. Neben der Erfassung der Anzahlkonzentrationen der UFP am Arbeitsplatz sind für die Beantwortung arbeitsmedizinischer Fragestellungen wesentlich mehr Informationen notwendig, u. a. Aussagen zu Oberflächen- und Volumenkonzentrationen. An einem relevanten Probandenkollektiv sollen schicht- und personenbezogene Messungen der UFP durchgeführt werden, um Höhe und Schwankungen des Expositionsniveaus zu beschreiben. Dabei werden die im Projekt F 5021 entwickelten Mess- und Analysenmethoden eingesetzt und in Hinblick auf die Durchführung epidemiologischer Studien getestet.

FB 4.5 Wirkung von biologischen und chemischen Arbeitsstoffen

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

Wirkung von ultrafeinen Partikeln (UFP) auf dem Atemtrakt - arbeitsmedizinische Pilotstudie

F 2144

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Geplant

01.07.2005-30.06.2007

Umweltmedizinisch-epidemiologische Untersuchungen zeigen, dass bei den derzeit vorkommenden Außenluftkonzentrationen feiner Partikel (PM 2,5) Kurzzeitwirkungen auf die tägliche Sterblichkeit, auf Krankenhausaufnahmen bei kardialen und respiratorischen Diagnosen und in Hinsicht auf Verschlechterung von Atemtraktsymptomen zu beobachten sind.

Einzelne Studien weisen auf eine möglicherweise besondere Wirkung von ultrafeinen Partikeln hin. Am Arbeitsplatz, wo mit weitaus höheren Konzentrationen an UFP als im Umweltbereich zu rechnen ist, sind Untersuchungen zur Wirkung der UFP aus messtechnischen Gründen noch nicht durchgeführt worden und es können bisher keine Aussagen zur Wirkungsrelevanz der UFP gemacht werden.

Ziel ist es, die Beziehung zwischen beruflicher Exposition gegen ultrafeine Teilchen und ihre Wirkung auf den Atemtrakt zu untersuchen. Dazu sollen an einem geeigneten Probandenkollektiv schicht- und personenbezogen UFP gemessen werden.

Hierfür werden die im Projekt F 2055 entwickelten Mess- und Analysenmethoden eingesetzt. Den personenbezogenen Expositionswerten werden klinische, lungenfunktionsdiagnostische und immunologische Untersuchungsergebnisse am selben Probandenkollektiv gegenübergestellt und schichtbezogen Kurzzeitwirkungen geprüft und nach Möglichkeit Langzeitwirkungen abgeschätzt. Mit den arbeitsmedizinischen Untersuchungen sollen Erkenntnisse zur Wirkung von UFP am Arbeitsplatz gewonnen werden.

Die Erkenntnisse dienen einer ersten Risikoabschätzung von Tätigkeiten mit Kontakt zu UFP am Arbeitsplatz und der Diskussion von Prävention und Schutzmaßnahmen. Es ist vorgesehen, auf der Basis der Pilotstudie in weiterführenden arbeitsmedizinischen Studien Langzeitwirkungen ultrafeiner Partikeln zu untersuchen.

FB 4.5 Wirkung von biologischen und chemischen Arbeitsstoffen

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

SZ 2 Verbesserung der Prävention arbeitsbedingter Gesundheitsstörungen und Erkrankungen

Präzisierung der Feuchtarbeit hinsichtlich der Wirkung von Zeit und Art der Exposition

F 2058

N.N.

Geplant

01.06.2005-31.12.2007

Feuchtarbeit wurde als ein wesentlicher Risikofaktor für die Verursachung von Kontaktdermatitiden insbesondere bei individueller Minderbelastbarkeit in verschiedenen Studien bestätigt. Die zeitliche Definition von Feuchtarbeit in der TRGS 531 gründete sich auf Erfahrungswerte, wobei eine weitere Differenzierung der Art der Belastung nicht möglich war. Auch wenn es inzwischen den Anschein hat, dass die Zeiteinteilung die Belastung recht gut widerspiegelt, ist es erforderlich, diese zu evaluieren und in Abhängigkeit von der Art und den unterschiedlichen stofflichen Belastungen zu präzisieren, um diese Ergebnisse gezielt für Maßnahmenpakete einschließlich arbeitsmedizinischer Vorsorge nutzen zu können.

Die derzeitigen Hautschutzregime sind hinsichtlich ihrer Effektivität und ihres wirtschaftlichen Nutzens zu überprüfen.

Hypothesen:

- Die Zeitgrenzen sind niedriger anzusetzen, wenn Umgang mit flüssigen Zubereitungen, die hautirritierende Stoffen enthalten, besteht.
- Hautverschmutzung ist ein weiterer Risikofaktor unabhängig von Feuchtarbeit.
- Hautschutz- und Pflegemaßnahmen mindern das Risiko mit unterschiedlicher Effizienz.

Die Ergebnisse sollen in das Regelwerk der Gefahrstoffverordnung (Arbeitsmedizinische Vorsorge, TRGS 531, TRGS 500) einfließen und in Empfehlungen zum Hautschutz umgesetzt werden.

FB 4.5 Wirkung von biologischen und chemischen Arbeitsstoffen

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

SZ 2 Verbesserung der Prävention arbeitsbedingter Gesundheitsstörungen und Erkrankungen

Präzisierung der anteiligen Ursachen bei der Entwicklung von beruflich verursachten Handekzemen

F 1926

Universität Heidelberg

Laufend

31.12.2009

Handekzeme sind nach wie vor ein Schwerpunkt der arbeitsbedingten Krankheiten und stehen zahlenmäßig an der Spitze der Berufskrankheiten. Grundsätzlich ist bereits bekannt, dass sensibilisierende Wirkungen durch von Kontaktallergenen durch vorangegangene irritative Hautschädigungen gefördert werden können und dass Feuchtarbeit in diesem Zusammenhang eine Bedeutung hat. Das Risiko für ein irritatives Kontaktekzem wird durch individuelle Faktoren beeinflusst, eine Rolle spielt die atopische Hautdiathese. Ungenügend untersucht sind die Einflüsse der konkreten Arbeitsbedingungen wie Art, Dauer und Intensität der hautschädigenden Einwirkung im Sinne einer notwendigen Dosis, substanzspezifische Besonderheiten der Allergene und Irritantien, weitere individuelle Risikofaktoren und der präventive Stellenwert von definierten Arbeits- und Hautschutzmaßnahmen. Durch epidemiologische Längsschnittbeobachtungen von geeigneten Exponiertengruppen sollen diese Einflussfaktoren untersucht und die Ergebnisse für die praktische Umsetzung aufbereitet werden.

Ziele:

- Erfassung der hautrelevanten Exposition gegenüber Allergenen, hautreizenden Stoffen und hautirritierenden Einflüssen hinsichtlich der Zeit, Art und Konzentration der Einwirkungen.
- Ermittlung individueller Risikofaktoren.

Ergebnisnutzung:

- Ableitung von präventiven Arbeitsschutz- und Hautschutzmaßnahmen und Prüfung von deren Eignung und Effektivität.
- Ableitung von Hinweisen zur arbeitsmedizinischen Vorsorgeuntersuchungen der Haut und Präzisierung der Methodik.

FB 4.5 Wirkung von biologischen und chemischen Arbeitsstoffen

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

Gefährdung von Arbeitnehmern im Abwasserbereich durch Leptospirose

F 2016

N.N.

Geplant

01.07.2005-30.06.2007

Die Leptospirose ist eine weltweit vorkommende Erkrankung, die vom Tier auf den Menschen übertragen wird. Es gibt über 200 Serovare, deren Reservoir verschiedene Spezies wie Ratten, Feldmäuse, Schwein, Hund und Rind sind. Die Übertragung erfolgt durch direkten Kontakt mit den Tieren bzw. am häufigsten über mit Urinausscheidungen kontaminierte Oberflächenwasser. Die Erreger dringen über Hautverletzungen, aber auch über intakte Schleimhaut (Gefahr durch Aerosole) ein und breiten sich über die Blutbahn in alle Organe aus. Abwasserarbeiter sind durch den Kontakt zu Abwasser und Abwasseraerosolen besonders gefährdet. Hier spielt außerdem die gefährlichste Leptospirenvariante, die von Ratten übertragenen *Leptospira icterohaemorrhagica*, die größte Rolle. Sie lösen die Weilsche Erkrankung aus, die einen dramatischen Verlauf u. a. auch mit letalem Ausgang hat. Nach der BioStoffV ist exponierten Arbeitnehmern eine Impfung anzubieten. Probleme gibt es, da der Impfstoff in Deutschland nicht zugelassen ist, bezüglich der Akzeptanz und der Beschaffung, aber es bestehen auch Unsicherheiten bezüglich rechtlicher Konsequenzen bei eventuellen Nebenwirkungen der Impfung. Mit der Studie soll die Gefährdung von Kanalarbeitern ermittelt und Recherchen zum Impfstoff (Effizienz, Nebenwirkungen, Gründe der Nichtzulassung etc.) durchgeführt werden. Richtlinien und Empfehlungen des ABAS zur arbeitsmedizinischen Betreuung insbesondere des Impfschutzes.

Die Ergebnisse der Studie können dazu beitragen, dass der Impfstoff auch in Deutschland zugelassen wird, wenn die Studie eine erhöhte Gefährdung der Abwasserarbeiter nachweisbar macht und die Recherchen ergeben, dass der Impfstoff wirksam ist.

FB 4.7 Biologische Arbeitsstoffe, Gentechnik

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

SZ 5 Verbesserung des Schutzes vor Gesundheitsrisiken bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen und biologischen Arbeitsstoffen

Gefährdung von Arbeitnehmern in der Landwirtschaft durch Ehrlichiose

F 2017

N.N.

Geplant

01.06.2005-31.05.2007

Die Ehrlichiose ist eine anfangs in den USA bekannt gewordene Erkrankung, die von einer Zecke auf den Menschen übertragen wird. Es gibt verschiedene Serovare. In Europa ist als Überträger die *Ixodes scapularis* bzw. ihr naher Verwandter *Ixodes ricinus* (Überträger der Zeckenborreliose) beschrieben. Es handelt sich um eine fieberhafte Erkrankung, die u. a. mit Muskelschmerzen, Erbrechen und Abmagerung einhergeht, aber auch der Boden für schwere Sekundärinfektionen verschiedenster Organe sein kann. Für einige Serovare insbesondere *Ehrlichia chaffeensis* ist eine Persistenz (fortbestehende Infektion) und eine Sterblichkeit bis 5 % beschrieben. Vor allem ältere männliche oder immungeschwächte Personen sind betroffen. Auf Grund des Übertragungsweges lässt sich vor allem auf eine Gefährdung von Arbeitnehmern schließen, die im Freien tätig sind wie Landwirte und Forstarbeiter. Gesicherte Daten dazu sind bisher jedoch nicht bekannt. Orientierende Untersuchungen in Europa (u. a. auch in Deutschland) ergaben Seroprävalenzen bis 15 %, bei Forstarbeitern, Patienten mit Zeckenstich oder Borreliose z. T. noch höher. Der Befall der Zecken lag in Europa bei 2 - 24 % (im Vergleich dazu: Zeckenbefall mit Borrelien 5 - 35 %). Mit der Studie soll die Gefährdung der Landwirte durch die Ehrlichiose ermittelt werden und Maßnahmen zur Prävention nach BioStoffV abgeleitet werden.

FB 4.7 Biologische Arbeitsstoffe, Gentechnik

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

SZ 5 Verbesserung des Schutzes vor Gesundheitsrisiken bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen und biologischen Arbeitsstoffen

Entwicklung von Methoden zur Erfassung des Risikos und der Exposition durch luftgetragene Pyrogene

F 2018

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

30.09.2005

Endotoxine sind Strukturbestandteile der Zellwand gramnegativer Bakterien, setzen sich chemisch im wesentlichen aus speziesspezifischen Lipopolysacchariden zusammen und gehören zu den stärksten Pyrogenen. Ihr Vorkommen in der Natur ist ubiquitär. Höhere Konzentrationen von bis zu 40.000 Endotoxinunits pro Kubikmeter Atemluft (EU/Kubikmeter) wurden an Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft, naturproduktverarbeitenden Branchen oder der Abfall- und Abwasserbehandlung nachgewiesen. Arbeitsmedizinisch relevant sind insbesondere die luftgetragenen Endotoxine. Akute Endotoxininhalationen können Husten, Beeinträchtigungen der Lungenfunktion, Fieber und grippeähnliche Symptome hervorrufen. Chronische Expositionen können zur chronischen Bronchitis führen. Offizielle Richt- oder Grenzwerte für Endotoxine gibt es derzeit international noch keine.

Das Projekt verfolgt zwei Ziele: Erstens Quantifizierung des Risikos von Endotoxin-haltigen Bioaerosolen vergleichend mit dem LAL-Standardverfahren und einem Bioassay auf der Grundlage menschlicher Entzündungs-

reaktionen im Vollblut und zweitens Untersuchung von Biomarkern auf der Basis von humanen Blutserum-Parametern bei Bioaerosolbelastung.

FB 4.7 Biologische Arbeitsstoffe, Gentechnik

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

Epidemiologie arbeitsbedingter Infektionskrankheiten

F 5198

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

30.06.2006

In einer internationalen Literaturstudie soll eine Übersicht über das berufliche Vorkommen humanpathogener Erreger erstellt werden. Das Ziel der Studie ist die Ermittlung von beruflichen Infektionsrisiken bei Exposition gegenüber bestimmten Mikroorganismen und bei bestimmten Tätigkeiten, aber auch des derzeit bestehenden Wissensdefizits auf dem Gebiet der beruflichen Infektiologie. Aus den Ergebnissen soll der Präventions- und Forschungsbedarf auf dem Gebiet der berufsbedingten Infektionsgefährdung abgeleitet sowie Handlungshilfen für Arbeitgeber und Betriebsarzt für Gefährdungsanalyse und Prävention erstellt werden.

FB 4.7 Biologische Arbeitsstoffe, Gentechnik

AP 2.2 Aufklärung und Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen und Gesundheitsgefahren

2.3 Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

Eine wiederkehrende Erhebung von BIBB, IAB, und BAuA beschreibt die Belastung und Beanspruchung der erwerbstätigen Bevölkerung repräsentativ. Die BAuA wird die Ergebnisse für den Arbeitsschutzbericht (SuGA) nutzbar machen. Darüber hinaus werden gemeinsam mit dem Rationalisierungskuratorium der Industrie (RKI) Zusammenhänge zwischen Morbidität (Erkrankungen) und Erwerbstätigenstatus untersucht werden. Durch die Auswertung vorhandener Datenquellen wird den Zusammenhängen zwischen wirtschaftlichem Erfolg und dem Stand von Sicherheit und Gesundheit im Betrieb nachgegangen.

Das Angebot unsicherer (Billig-)Produkte wächst. Über Faktoren, die die Bedeutung von "Sicherheit" für die Kaufentscheidung verbessern, gibt es wenig Erkenntnisse. Hier soll die Datenlage verbessert werden, denn der Wandel der Risikobereitschaft im Alter kann ein Hebel sein, zielgerichtet auf einen größeren Markt für sichere und gesundheitsgerechte Produkte hinzuwirken.

Im Vergleich zu mittleren und großen Unternehmen führen Kleinst- und Kleinbetriebe (KKB) deutlich seltener gesundheitsfördernde Maßnahmen durch. Um den realen Bedarf an präventiven und gesundheitsfördernden Maßnahmen in diesem Bereich möglichst genau abzuschätzen, sollen die Daten der BIBB/IAB Erhebung von 1998/99 sowie des Bundesgesundheits surveys 2000 ausgewertet werden. Unterhalb des Bestimmungsmerkmals "Branche" sollen dabei Beschäftigtengruppen ermittelt werden, für die ein vergleichsweise größerer Bedarf an präventiven und gesundheitsfördernden Maßnahmen besteht.

Auch über den sozialen Arbeitsschutz in der Arbeitswelt soll durch die BAuA verstärkt informiert werden. Deshalb soll eine internetgestützte Informationsplattform zu diesem Thema entwickelt werden.

Die Arbeiten, die den Vollzug der Biozid-Richtlinie unterstützen, werden fortgesetzt. Dabei werden weitere Expositionsszenarien wie die für Antifouling-Produkte ermittelt. Im Einzelnen geht es um eingesetzte Technologien, expositionsrelevante Tätigkeiten, mögliche Aufnahmewege sowie Schutzmaßnahmen und vorbildliche Gestaltungslösungen. Diese Daten sind Grundlage für die im Rahmen des nationalen Zulassungsverfahrens erforderlichen Expositionsabschätzungen und dienen außerdem der Ableitung sicherer Arbeitsverfahren beim Umgang mit bioziden Produkten.

Tödliche Unfälle in der gewerblichen Wirtschaft in den Jahren 2003 - 2005

F 2084

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.05.2007

Untersucht werden die tödlichen Arbeitsunfälle in der gewerblichen Wirtschaft ohne Bergbau und ohne Unfälle im öffentlichen Straßenverkehr. In Zukunft sollen auch der öffentliche Dienst und die Landwirtschaft, die in den Zuständigkeitsbereich des ArbSchG fallen, in allen Bundesländern umgesetzt werden. Grundlage der statistischen Analyse ist der von der Gewerbeaufsicht und der BAuA entwickelte Untersuchungsbogen für tödliche Unfälle. Seit 1978 werden für die alten Bundesländer die Meldungen tödlicher Arbeitsunfälle durch die Staatlichen Ämter für Arbeitsschutz bei der BAuA statistisch ausgewertet. Seit 1992 findet der Untersuchungsbogen in allen 16 Bundesländern bei der Erfassung des tödlichen Unfallgeschehens durch die Staatlichen Ämter für Arbeitsschutz offiziell Verwendung.

FB 1.2 Soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Arbeitsschutzberichterstattung

AP 2.3 Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

Kostenberechnung für einen Arbeitsunfähigkeitstag eines Arbeitnehmers in einzelnen Branchen unter Berücksichtigung unterschiedlicher Betriebsgrößen

F 2097

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Geplant

01.12.2005-01.07.2006

Aufgrund der Häufigkeit der Anfragen, wie teuer ein Arbeitsunfähigkeitstag eines Arbeitnehmers ist, kann man von einem hohen Interesse auf wirtschaftlicher Seite ausgehen. Jährlich werden die aufgrund von Arbeitsunfähigkeit entstandenen Produktions- und Bruttowertschöpfungsausfälle berechnet, doch ist daraus eine praxis- und einzelfallorientierte Berechnung der Kosten eines AU-Tages nur schwer möglich. Genau diese Spezifizierung wird aber von Seiten der Praxis gewünscht und ist Gegenstand vieler Anfragen an die BAuA.

Das Projekt zielt darauf ab, in der Praxis nutzbare Kostenzahlen zu liefern, um somit häufige Anfragen an die BAuA zu befriedigen und den Arbeitgebern anhand dessen nahe zu bringen, wie wichtig gesundheits-schützende und -sichernde Maßnahmen für ihren eigenen Betrieb sind. Es soll offensichtlich werden, dass mit der Personalintensität der Branche die Kosten für einen Arbeitsunfähigkeitstag steigen und sich somit auch der Anreiz für den Arbeitgeber erhöht, etwas gegen hohe Fehlzeiten zu unternehmen. Das aus den Ergebnissen entwickelte Infoblatt (und die entsprechende Internetpräsentation) soll dazu dienen, Unternehmen einen besseren Überblick über die aus Arbeitsunfähigkeit entstehenden Kosten zu vermitteln. Ein Ziel dabei ist es, durch die Aufklärung über die Höhe der Kosten ein größeres Interesse an Arbeits- und Gesundheitsschutz bei den Arbeitgebern auszulösen.

FB 1.2 Soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Arbeitsschutzberichterstattung

AP 2.3 Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

SZ 3 Entwicklung und Umsetzung wirksamer und wirtschaftlicher Präventionskonzepte für kleine und mittlere Unternehmen und Schwerpunktbranchen

Erstellung eines neuen Berichtskonzeptes für die Statistik über tödliche Arbeitsunfälle

F 2098

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.12.2005

Seit 1978 werden der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) tödliche Arbeitsunfälle mit Hilfe eines 10-seitigen Erfassungsbogens gemeldet. In regelmäßigen Abständen werden die gesammelten Unfälle ausgewertet und die Ergebnisse in einem Bericht zusammengefasst dargestellt. Durch eine kritische Diskussion der Datenlage soll das nicht mehr heutigen Anforderungen entsprechende Berichtskonzept so überarbeitet werden, dass in Zukunft die Aussagekraft der Berichtsergebnisse deutlich verbessert ist. Im Zuge dessen wird auch der Erhebungsbogen an veränderte Rahmenbedingungen angepasst. Außerdem soll eine detaillierte Auswertung der Unfallursachen ermöglicht werden. Das neue Berichtskonzept soll in dem Bericht über die Jahre 2003-2005 bereits Anwendung finden, der neue Erfassungsbogen wird zum Beginn des Jahres 2006 eingeführt.

FB 1.2 Soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Arbeitsschutzberichterstattung

AP 2.3 Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

Multivariate Ursachenanalyse von Heim- und Freizeitunfällen

F 2099

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Geplant

01.03.2005-01.02.2006

Von rund 9 Millionen Unfällen, die jährlich in Deutschland passieren, ereignen sich ca. 60 % in Heim und Freizeit (also weit mehr als 5 Millionen Unfälle pro Jahr). Eine Vielzahl dieser Unfälle führt - genau wie Arbeitsunfälle - zu Arbeitsunfähigkeit. Seit langem ist bekannt, dass diese - wie auch andere Unfälle - selten nur eine Ursache haben, sondern meist multikausal sind. Dennoch wurde in den bisherigen Untersuchungen des Unfallgeschehens in Heim und Freizeit auf eine multivariate Analyse der Unfallursachen bzw. des gesamten Unfallgeschehens weitestgehend verzichtet. Aus dieser Analyse ergeben sich mögliche Ansatzpunkte zur Unfallprävention. Diese Ergebnisse sollen - zur Aufklärung - einerseits in einer Broschüre (nebst Internetpräsentation), andererseits in Zeitschriften veröffentlicht werden.

FB 1.2 Soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Arbeitsschutzberichterstattung

AP 2.3 Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

SZ 1 Erhalt und Förderung der Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit

Erwerbstätigenbefragung im Rahmen der BIBB/IAB Befragung 2005/2006

F 2101

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin/N.N.

Geplant

01.01.2005-31.12.2006

Das Bundesinstitut für berufliche Bildung und die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) planen für das Jahr 2005/2006 die nächste Welle der wiederkehrenden repräsentativen Beschäftigtenbefragung. Die BAuA hatte bereits im Rahmen der Befragung 1998/1999 die Möglichkeit, Fragen zu den Bereichen Belastung/Beanspruchung in die Befragung einzubringen. Die vorliegenden Ergebnisse wurden im Rahmen verschiedener Forschungsprojekte und Defizitanalysen zur Hypothesenbildung und -testung verwendet. Durch die ansonsten nur eingeschränkte Datenlage zur aktuellen Belastungssituation der Beschäftigten in ihren Arbeitsbereichen erfüllen die Daten im Rahmen der Arbeit des Hauses eine wichtige Funktion.

Ziel des Projektes ist es, aus den Ergebnissen der Beschäftigtenbefragung zeitnahe Angaben zu Gestaltungsdefiziten und Beeinträchtigungspotenzial zu erhalten, um darauf aufbauend sowohl Maßnahmen entwickeln zu können, aber auch weiteren Forschungsbedarf abzuleiten. Neben der Nutzung für weitere Maßnahmen und Ableitung von Forschungsbedarf werden die Daten in die Berichterstattung "Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz" einbezogen. Aus der Datenbank können Basisdaten für die thematischen Initiativkreise von INQA (TIKs) generiert werden.

FB 1.2 Soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Arbeitsschutzberichterstattung

AP 2.3 Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

SZ 9 Ausbau des Beratungs-, Informations- und Qualifikationsangebots zu Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit

Indikatoren für die Humanressourcenförderung von Unternehmen am Geld- und Kapitalmarkt (GKM)

F 2104

N.N.

Geplant

31.01.2005-01.02.2006

Das Hauptziel von wirtschaftlichen Unternehmen ist in der Regel ökonomisch geprägt und zielt auf die Gewinnmaximierung. Der Stellenwert mitarbeiterorientierter Ziele (Förderung der Mitarbeiter, Gewährleistung der Gesundheit und Leistungsfähigkeit, Steigerung der fachlichen, methodischen und Sozialkompetenzen) gelten als Nebenziele bzw. Restriktionen. Aufgrund der Veränderungen in der Arbeitswelt (demographischer Wandel, Zunahme der psychischen Belastungen, Deregulierung der Arbeitsmärkte, Zunahme der Anforderungen an Flexibilität und Mobilität, Zunahme der Veränderungsgeschwindigkeit von Marktanforderungen) wird das Thema der Erhaltung und Steigerung von Mitarbeiterressourcen jedoch zur unmittelbaren Voraussetzung für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und somit für ihren ökonomischen Erfolg. Index für diesen Erfolg ist bei geld- und kapitalmarktorientierten Unternehmen in der Regel deren Börsenkurs. Ein wesentlicher Parameter für diesen ist die Kreditwürdigkeit des Unternehmens als Kapitalnehmer. Vor dem oben beschriebenen Hintergrund ist davon auszugehen, dass die Qualität der Mitarbeiter (Humankapital, Mitarbeiterressourcen) ein wichtiger Prädiktor für die Zukunftsfähigkeit eines Unternehmens ist. Bei der Bewertung von Unternehmen durch Rating-Agenturen oder Kreditinstitute werden jedoch momentan noch überwiegend wirtschaftliche Kennzahlen berücksichtigt, die im Grunde genommen nur eine ex-post Beurteilung ermöglichen. Erst langsam werden auch sogenannte Nachhaltigkeitskriterien (ökologische oder soziale Aspekte) in das Rating der Unternehmen einbezogen. Vielfach mangelt es an der interdisziplinären Zusammenarbeit bei den Bemühungen, mitarbeiterorientierung in den Unternehmen voranzutreiben. Insbesondere der ökonomische Aspekt wird vielfach vernachlässigt. Mit den Ergebnissen des Projekts sollen

- Argumente dafür gesucht werden, ob bzw. inwiefern sich die Investitionen in Mitarbeiterressourcen ökonomisch gesehen lohnen und dies auch anhand anerkannter Parameter (z. B. der GKM) evident wird,
- die Marketingmöglichkeiten für diesen Bereich verbessert und ökonomische Argumente für Entscheidungsträger geliefert werden.

FB 1.2 Soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Arbeitsschutzberichterstattung

AP 2.3 Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

SZ 3 Entwicklung und Umsetzung wirksamer und wirtschaftlicher Präventionskonzepte für kleine und mittlere Unternehmen und Schwerpunktbranchen

Verbesserung der Datenbasis zum Thema Arbeitsunfähigkeit für die Arbeitsweltberichterstattung (SuGA)

F 2125

N.N.

Geplant

01.01.2005-31.12.2005

Im Rahmen der Berichterstattung zum Thema "Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit" (SuGA) werden der BAuA von den Krankenkassen jährlich Arbeitsunfähigkeitsdaten (AU-Daten) geliefert. Diese Daten werden benutzt, um durchschnittliche AU-Dauern nach Geschlecht, Altersklassen, Beruf, Wirtschaftszweig, Bundesland und Diagnosegruppen getrennt auszuwerten. Daraus können außerdem volkswirtschaftliche Produktionsausfälle berechnet werden. Eine Unterscheidung zwischen Langzeit- und Kurzzeit-AU kann daraus aber nicht abgeleitet werden. Auch lassen sich Unfälle nicht danach spezifizieren, wo sie sich ereignet haben (Verkehrs-, Arbeits- oder Heim- und Freizeitunfälle). Für weitere Untersuchungen wären diese Daten aber für die BAuA von großem Interesse, da dadurch eine differenziertere Berichterstattung erfolgen könnte. Im Rahmen des SuGA sollen - im Auftrag des BMWA - jährlich wechselnde Schwerpunkte (z. B. Gesundheitswesen) bearbeitet werden, so dass es wünschenswert ist, auch hier die Datenlage so zu verbessern, dass Möglichkeiten geschaffen werden, wie diese Datenbereitstellung von den Krankenkassen in Zukunft gestaltet werden kann. Der entstehende Datenpool kann zum einen für die verbesserte Gesundheitsschutzberichterstattung - speziell für den SuGA - benutzt werden. Des Weiteren werden dadurch Vergleiche des Berufskrankheitengeschehens und der Langzeit-AU möglich. Mit der zusätzlichen Unterscheidung nach Unfalltypen würde ein wertvoller Unfalldatensatz geschaffen, auf Grund dessen das Unfallgeschehen in Deutschland besser beurteilt werden könnte.

FB 1.2 Soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Arbeitsschutzberichterstattung

AP 2.3 Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

SZ 9 Ausbau des Beratungs-, Informations- und Qualifikationsangebots zu Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit

Epidemiologische Analysen des Bundes-Gesundheitssurveys 1998: Zur Gesundheitslage der erwerbsfähigen Bevölkerung im Alter von 20 bis 65 Jahren

F 1942

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

30.06.2005

Im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung des Bundes startete 1997 der erste gesamtdeutsche Gesundheitssurvey mit 7124 Personen, die ausführlich zu gesundheitsrelevanten Themen befragt und einer medizinischen Untersuchung unterzogen wurden. Die Angaben zur Morbidität beschränken sich nicht allein auf subjektive Auskünfte im Kernsurvey, sondern erhalten auch ärztliche Diagnosen, eine psychiatrische Klassifikation und Laborbefunde. Im Rahmen des Projektes sollen unter Berücksichtigung der Alters- und Geschlechtsverteilung Morbiditätsunterschiede in Abhängigkeit vom Status der Erwerbstätigkeit (Arbeitslosigkeit) untersucht werden. Eine zentrale Frage ist, inwieweit sich erwerbstätige von nicht erwerbstätigen Personen in Bezug auf gesundheitliche Aspekte unterscheiden und in welchen Bereichen ein Interventionsbedarf vorliegt.

FB 1.3 Epidemiologie, Risikoabschätzung

AP 2.3 Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

Analyse der Risiken arbeitsassoziierter Erkrankungen und der Präventionspotentiale in der Landwirtschaft

F 2035

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin/N.N.

Geplant

01.01.2005-31.12.2005

Es ist bekannt, dass Beschäftigte in der Landwirtschaft überdurchschnittlich durch Arbeiten im Stehen bzw. in gebückter Haltung und durch Witterungseinflüsse (Hitze, Kälte, Nässe) belastet werden. Daneben spielen auch Lärm, Vibration, Expositionen gegenüber verschiedenen Stäuben und chemischen Irritantien eine nicht unbedeutende Rolle. Im Rahmen eines systematischen Reviews sollen aktuelle Ergebnisse epidemiologischer Studien aus dieser Branche zusammengetragen und übergreifend bewertet werden. Darüber hinaus sollen geeignete Maßnahmen zur Prävention zusammengestellt und analysiert werden. Besonderes Augenmerk gilt dabei der Evaluierung dieser Präventionsmaßnahmen. Auf der Basis bereits vorhandener Datenbestände (Gesundheits-Survey, Daten arbeitsmedizinischer Vorsorgeuntersuchungen) soll in einem dritten Schritt in Verbindung mit aktuellen Daten aus den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften sowie den Krankenkassen das Präventionspotential für Deutschland abgeschätzt werden.

FB 1.3 Epidemiologie, Risikoabschätzung

AP 2.3 Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

SZ 2 Verbesserung der Prävention arbeitsbedingter Gesundheitsstörungen und Erkrankungen

Die Gesundheit jugendlicher Erwerbstätiger

F 2036

N.N.

Geplant

30.06.2005-31.12.2006

Ausgehend von dem Präventionsziel, auch im hohen Alter eine stabile Beschäftigungsfähigkeit der Erwerbstätigen zu erreichen, ist besondere Aufmerksamkeit auf die Früherkennung von beeinflussbaren Gesundheitsstörungen im Vorfeld irreversibler chronischer Krankheiten zu lenken. Insbesondere ist auf eine frühzeitig beginnende Stärkung persönlicher Gesundheitspotentiale bereits bei jugendlichen Arbeitslosen und Erwerbstätigen zu achten. Im Rahmen eines Reviews erfolgt eine Analyse des Gesundheitszustandes von 18 bis 30jährigen Jugendlichen mit Hilfe von deutschen Gesundheitsdaten (Daten des Gesundheitswesens, Bundesgesundheits-Survey, Daten des BIBB/IAB u. a.) und von epidemiologischen Studien. Verglichen werden sowohl diagnosenbezogene Befundhäufigkeiten von Ost-West-Populationen, getrennt nach Geschlecht in ihrem Altersverlauf als auch Unterschiede im Gesundheitszustand zwischen arbeitslosen Jugendlichen und denjenigen mit Job. Dazu werden die Verteilungen wichtiger lebensstilbedingter, sozialer und beruflicher Einflussfaktoren auf den Gesundheitszustand wie Alkohol- und Drogenkonsum, Rauchen, Essverhalten, Inanspruchnahme des medizinischen Systems, soziale Schicht und Expositionen am Arbeitsplatz analysiert und bewertet. Es sollen Basisinformationen zur Häufigkeit von Gesundheitsstörungen, zur Identifikation von Interventionsschwerpunkten bezüglich arbeitsassoziierter Gesundheitsgefahren (z. B. bei Berufsanfängern als Lehrer, Ärzte) und lebensstilbedingter sowie sozialer Risikofaktoren (Arbeitslosigkeit) und für die Planung epidemiologischer Untersuchungen bereitgestellt werden.

FB 1.3 Epidemiologie, Risikoabschätzung

AP 2.3 Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

SZ 2 (1) Verbesserung der Prävention arbeitsbedingter Gesundheitsstörungen und Erkrankungen

Quantifizierung des Leukämierisikos durch ionisierende Strahlung

F 2130

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin/N.N.

Geplant

01.01.2005-31.12.2006

In der BAuA wurde im Rahmen des Forschungsprojektes F 5148 u. a. auch das Leukämierisiko von ehemaligen Wismutbeschäftigten untersucht, wobei als Risikofaktor primär die berufliche Exposition gegenüber ionisierender Strahlung einging. Im Rahmen eines europäischen Verbundprojektes sollen nunmehr die Daten verschiedener Studien übergreifend ausgewertet werden. Darin inbegriffen sind die Daten von Kohortenstudien zu Uranerzbergarbeitern, die z. Z. in Tschechien und in Frankreich laufen, Studien bei Beschäftigten in atomaren Wiederaufbereitungsanlagen sowie Studien beim fliegenden Personal. Im Rahmen der Untersuchung soll zu den Probanden unserer Fall-Kontroll-Studie noch versucht werden, Informationen zu den im Rahmen der arbeitsmedizinischen Untersuchungen durchgeführten Röntgenuntersuchungen aufzuarbeiten.

FB 1.3 Epidemiologie, Risikoabschätzung

AP 2.3 Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

SZ 2 Verbesserung der Prävention arbeitsbedingter Gesundheitsstörungen und Erkrankungen

Aufbau einer Umsteigerdatei

F 2172

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.12.2005

Das Gesundheitsdatenarchiv der Wismut wurde und wird von unterschiedlichen Institutionen als Datenbasis für epidemiologische Studien genutzt. Zur Zeit hat niemand einen exakten Überblick über die verschiedenen Projekte und die im jeweiligen Projekt erhobenen Daten. Die BAuA in Zusammenarbeit mit dem GDAW ist als Koordinator der Forschungsaktivitäten die dafür geeignete Stelle. Ziel der Umsteigerdatei ist die Erlangung eines schnellen Überblickes über alle Forschungsprojekte und die jeweils erhobenen Grunddaten, wie Zeiten bei der Wismut, Follow up für die Studienteilnehmer, Rauchverhalten, usw.. Nur so ist es möglich, Doppelarbeit zu vermeiden. Die Umsteigerdatei wird allen Institutionen, die Forschungsprojekte mit Wismutdaten durchführen, zur Verfügung stehen und ihnen helfen, die Forschungsprojekte wesentlich schneller und effektiver zu gestalten.

FB 1.3 Epidemiologie, Risikoabschätzung

AP 2.3 Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

Gefährdungsschwerpunkte bei technischen Geräten und Produkten im Spiegel der Tagespresse

F 2000

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.07.2005

In der Tagespresse werden immer wieder Unfälle mit technischen Geräten und Produkten beschrieben. Die Frage, welche Produkte für die Öffentlichkeit bzw. für die Sicherheit von Arbeitnehmern und Verbrauchern wirklich relevant sind und welche Gefährdungen von Produkten ausgehen, wird mit der Untersuchung näher beleuchtet. Hinweise für zuständige Behörden werden aus dem Material abgeleitet.

FB 2.1 Produktbeschaffenheit, Grundsatzfragen

AP 2.3 Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

Käuferverhalten und Sicherheitsbewusstsein unterschiedlicher Altersgruppen bei Migrationsprodukten - Beispiel von Heimwerkergeräten

F 2020

N.N.

Geplant

01.07.2005-31.12.2006

Der steigende Datenbestand der BAuA mit Schutzklauselmeldungen, Untersagungsverfügungen, Verbraucherwarnungen und Mängelmeldungen zeigt empirisch auf, dass das Angebot unsicherer Produkte weiter wächst und es einen Markt auch für unsichere Billigprodukte gibt. Durch dieses Projekt soll untersucht werden, welche Anreize das Kaufverhalten unterschiedlicher Nutzergruppen - hierin nochmals unterschieden nach Altersgruppen - in Relation zu deren Anspruch auf Sicherheit der gekauften Produkte beeinflussen.

Ziel ist es, das Kaufverhalten bei Migrationsprodukten von Konsumenten unterschiedlicher Altersklassen am Beispiel von Heimwerkergeräten unter Berücksichtigung des Stellenwertes "Sicherheit" bei der Kaufentscheidung in Relation zu anderen Kaufgründen (Preis, Styling etc.) zu untersuchen und hierzu Daten zu liefern. Da vor allem der Wandel der Risikobereitschaft im Alter als eine wesentliche Triebfeder für steigendes Sicherheits- und Gesundheitsbewusstsein angenommen wird, könnte eine künftig immer mehr alternde Gesellschaft mit etwas fachlicher Unterstützung durch die BAuA fast "automatisch" dazu führen, dass künftig wieder ein größerer Markt für sichere und gesundheitsgerechte Produkte entsteht. Die Studie soll deshalb die Kriterien aufzeigen, die bei der Kaufentscheidung von Heimwerkergeräten (und anderen Migrationsprodukten) von Bedeutung sind. Es sollen Kaufgründe (z. B. Spontankäufe) aufgezeigt werden und die Kaufentscheidung der Konsumenten in Relation zu den Kaufgründen gesetzt werden. Ferner sollte die Risikobereitschaft bzw. der Verdrängungsmechanismus von Verbrauchern untersucht werden, die billige Produkte erwerben.

1. Schaffung von Grundlagen für eine Bewertung des Verbraucherverhaltens.
2. Diskussion der Möglichkeiten gezielter Kampagnen für altersgerechte, sichere Migrationsprodukte.
3. Hinweise für Hersteller und Importeure bei der Auswahl sicherer, altersgerechter Produkte für ihr Angebot.
4. Hilfestellung für Aufsichtsbehörden, bei der Bildung von Untersuchungsschwerpunkten.

FB 2.1 Produktbeschaffenheit, Grundsatzfragen

AP 2.3 Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

SZ 8 Reduzierung des Anteils von ausgewählten Produktgruppen mit gefährlichen Eigenschaften

Personenbezogene Messung der UV-Exposition von Arbeitnehmern im Freien

F 1777

Technische Universität Dresden, Medizinische Fakultät "Carl Gustav Carus", Klinik und Poliklinik für Dermatologie

Laufend

31.03.2005

In Deutschland sind ca. 3 Millionen Arbeitnehmer überwiegend oder zeitweise im Freien tätig und der solaren UV-Strahlung ausgesetzt. Derzeit gibt es in der Bundesrepublik Deutschland keine verbindlichen Festlegung zu Grenzwerten und Schutzmaßnahmen für inkohärente optische Strahlung (einschließlich Sonnenstrahlung). Dieser Regelungsbedarf soll durch die Erarbeitung der Unfallverhütungsvorschrift "Optische Strahlung" geschlossen werden. Bisher besteht keine ausreichende Datenlage zur Unterscheidung der solaren UV-Exposition im Arbeits- und Freizeitbereich. Diese Wissenslücke erschwert insbesondere das Verfassen von Regelungen für Arbeitnehmer, die im Freien tätig sind. Erforderlich sind personendosimetrische Messungen, die die hohen UV-Expositionsschwankungen abhängig von Branchen, Art der Tätigkeit und individuellen Verhalten erfassen.

FB 2.3 Anlagen und Verfahren, optische Strahlung

AP 2.3 Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

Abwendungsreaktionen des Menschen gegenüber sichtbarer Laserstrahlung

F 1984

Fachhochschule Köln - Forschungsbereich Medizintechnik, Hochfrequenz und Lasertechnologie

Laufend

30.04.2005

In der DIN EN 60825-1 "Sicherheit von Lasereinrichtungen" beruht das Sicherheitskonzept für die Klassen 2M, 2 und 3A (für eine Übergangszeit) auf dem Lidschlussreflex und auf Abwendungsreaktionen. Bei den Untersuchungen im Forschungsprojekt F 1775 "Überprüfung der Laserklassifizierung unter Berücksichtigung des Lidschlussreflexes" haben die bisherigen Ergebnisse gezeigt, dass nur bei ca. 20 % der Probanden ein Lidschluss vorhanden ist. Damit ist die Aussage, dass die Augen durch den Lidschlussreflex geschützt wären, nicht mehr vertrauenswürdig. Zum jetzigen Zeitpunkt besteht Klärungsbedarf darüber, ob die Augensicherheit durch die Abwendungsreaktionen wie Kopfbewegung, Bewegung des Augapfels oder Verengung der Pupille gewährleistet ist. Hierzu liegen in Zusammenhang mit Laserstrahlung keine oder nur unzureichende Daten vor. Ziel des Projektes ist eine Untersuchung des komplexen Vorganges der Abwendungsreaktionen unter Einwirkung von Laserstrahlung. Hierzu muss ein geeignetes Messverfahren entwickelt werden, um die zeitdynamischen Vorgänge, wie die Bewegung des Augapfels und die Kopfbewegung bei völlig überraschender Exposition, zu erfassen. Bei den Untersuchungen ist festzustellen, ob eine Beeinflussung der Abwendungsreaktionen durch die Laserstrahlparameter Einwirkdauer, Leistung und Wellenlänge sowie deren Kombinationen besteht. Anhand der ermittelten Daten ist eine gesicherte Aussage möglich, ob durch die bisher nicht detailliert untersuchten Abwendungsreaktionen ein Schutz der Augen vor einer Überexposition gewährleistet ist. Anhand der Ergebnisse ist eine Bewertung durchzuführen, ob die Abwendungsreaktionen den Schutz der Augen vor zu hoher Exposition gewährleisten. Weiterhin ist zu beurteilen, ob und in welchem Umfang eine Überarbeitung der Laserklassifizierung in der DIN EN 60825-1 notwendig ist.

FB 2.3 Anlagen und Verfahren, optische Strahlung

AP 2.3 Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

Untersuchung des Eigenschutzes der Haut gegen solare UV-Strahlung bei Arbeitnehmern im Freien

F 1986

Medizinische Fakultät "Carl Gustav Carus", Technische Universität Dresden, Klinik und Poliklinik für Dermatologie, Experimentelle Photobiologie

Laufend

28.02.2007

Der Zusammenhang zwischen UV-Strahlung und der Entstehung von Hautkrebs ist durch eine Vielzahl von Untersuchungen belegt worden. Nach Schätzungen der WHO erkranken weltweit mehr als 2 Millionen Menschen pro Jahr an Hautkrebs. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es jährlich ca. 100.000 Neuerkrankungen mit steigender Tendenz. In Deutschland sind ca. 3 Millionen Arbeitnehmer überwiegend oder zeitweise im Freien tätig und der solaren UV-Strahlung ausgesetzt. Neben der beruflichen Belastung haben häufige Urlaube im sonnigen Süden, längere Aufenthaltszeiten im Freien und die Nutzung von Solarien zu einer vermehrten UV-Exposition geführt. Neuere Erkenntnisse weisen zusätzlich auf eine Erhöhung der UV-Einstrahlung infolge der Ausdünnung der atmosphärischen Ozonschicht hin, so dass für die Zukunft ein Anstieg der UV-induzierten Risiken nicht mehr ausgeschlossen werden kann. Mit dem z. Z. laufenden Forschungsprojekt F 1777 "Personenbezogene Messung der UV-Exposition von Arbeitnehmern im Freien" wird die Exposition mit solarer UV-Strahlung von Arbeitnehmern, die ganz oder zeitweise im Freien tätig sind, untersucht. Bestandteil der Untersuchungen ist, festzustellen, wie hoch der Anteil der UV-Exposition im beruflichen und privaten Bereich ist. Neben der Bestimmung der Exposition mit solarer UV-Strahlung von Arbeitnehmern im Freien ist für eine ausgewogene Empfehlung zum Gesundheitsschutz das Eigenschutzverhalten der Haut zu berücksichtigen. Bisher besteht keine ausreichende Datenlage über die Ausbildung eines Eigenschutzes der Haut vor UV-Strahlung durch Pigmentierung

und Lichtschwiele. Diese Datenbasis ist aber notwendig, um den Gefährdungsgrad durch solare UV-Strahlung im Arbeitsleben realistisch bestimmen zu können. Ziel dieses Forschungsprojektes ist es, den Eigenschutz der Haut bei definierter UV-Bestrahlung im Jahresverlauf anhand geeigneter Messverfahren zu bestimmen. Hierbei soll bei ausgewählten Berufsgruppen an Personen mit unterschiedlichen Hauttypen, die ganztägig oder zeitweise im Freien tätig sind, die Ausbildung der Lichtschwiele und die Pigmentierung gemessen werden.

FB 2.3 Anlagen und Verfahren, optische Strahlung

AP 2.3 Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

Lärmbelastung von Schülern

F 2170

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.12.2012

Bei Einstellungsuntersuchungen hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass die Hörfähigkeit bei Jugendlichen abnimmt. Offensichtlich wird durch das geänderte Freizeitverhalten das Gehör zunehmend durch laute Beschallung frühzeitig geschädigt. Dazu zählen z. B. neben wochenendlichen Diskothekenbesuchen der erhöhte Konsum von Musik zu Hause oder über tragbare Tonwiedergabegeräte sowie die Geräuschumgebungen von PC-Spielen. Ebenso führt die übertriebene Benutzung von Feuerwerkskörpern mit der Folge von Knalltraumen zu einer Verschlechterung des Hörvermögens. Missbrauch von Alkohol, Drogenkonsum und die Anwendung ototoxischer Medikamente könnten ebenso eine Rolle spielen. Zur Planung von Präventionsmaßnahmen ist es wichtig, die wesentlichen Verursacher sowohl bei männlichen als auch weiblichen Schülern zu identifizieren und Informationen über den Grad und den Verlauf der Gehörleistungsminderung zu erlangen. Im Rahmen einer Kooperation mit einer Schule soll über den Zeitraum der Gymnasialkarriere von Schülern die Belastung der Schüler durch Lärm und die Entwicklung ihres Hörvermögens erfasst werden. Die daraus abzuleitenden Erkenntnisse sollen die Grundlage für zukünftige Präventionsmaßnahmen darstellen.

FB 2.6 Emission von Maschinen, Lärm

AP 2.3 Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

Erarbeitung von Bewertungs- und Regelungsgrundlagen für Sicherheit, Gesundheitsschutz und Produktsicherheit an EMF-Arbeitsplätzen

F 1991

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin/N.N.

Laufend

31.12.2005

Das Forschungsprojekt soll detaillierte Ergebnisse zu Sicherheit und Gesundheitsschutz von Beschäftigten an Arbeitsplätzen mit EMF-Exposition liefern. Ein Untersuchungsschwerpunkt ist dabei die Auswirkung neuer Technologien bei der Anwendung von EMF. Die Untersuchungsergebnisse werden in Expositionsdatenbanken eingearbeitet und sollen für interne und externe Recherchen zur Verfügung stehen. Das Projekt schafft Grundlagen, das Expositionsrisiko an EMF-Arbeitsplätzen einzuschätzen und erforderlichenfalls Schutzmaßnahmen einzuleiten. Aus wichtigen Entwicklungstrends in der Arbeitswelt werden präventive Maßnahmen zum Gesundheitsschutz der Beschäftigten abgeleitet. Die Ergebnisse fließen in Regelungen in Form harmonisierter europäischer Normen zur Begrenzung der Emission elektrischer, magnetischer und elektromagnetischer Felder von Produkten (Produktsicherheit) ein.

FB 2.7 Vibrationen, elektromagnetische Felder

AP 2.3 Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

Untersuchungen des Einflusses von höchstfrequenter elektromagnetischer Strahlung des Mobilfunksystems UMTS auf das Mittel- und Innenohr des Menschen

F 1935

N.N.

Geplant

01.01.2005-01.06.2006

Für das in der Phase der praktischen Einführung befindliche Mobilfunksystem der 3. Generation (3 G) liegen nur sehr wenige Daten zur biologischen Wirkung dieser Strahlung auf den Menschen vor. Körpfernah betriebene Quellen elektromagnetischer Felder mit vergleichbaren Aussendungen - extrem breitbandiges Spektrum - gab es bisher nicht. Wirkungen einer derartigen Strahlung auf das Hör- und Gleichgewichtsorgan als den beim mobilen Telefonieren am intensivsten exponierten Teilen des menschlichen Körpers wurden bisher nach unserem Erkenntnisstand nicht untersucht. Da nach der Einführung des UMTS damit zu rechnen ist, dass dieses Kommunikationsmittel beruflich intensiver genutzt werden wird als in der Freizeit, ist das Wissen über mögliche Gesundheitsgefahren am Arbeitsplatz besonders wichtig. Die Forschungsergebnisse fließen - abhängig von der Endaussage - in die Produktgestaltung und in die Regelsetzung für den Schutz der Nutzer dieser Kommunikationstechnik ein.

FB 2.7 Vibrationen, elektromagnetische Felder

AP 2.3 Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

SZ 7 (2) Erhöhung des Anteils von sicherheits- und gesundheitsgerecht gestalteten Produkten

Bedarfsbestimmung hinsichtlich Prävention und Gesundheitsförderung für Beschäftigtengruppen im Bereich der Kleinst- und Kleinbetriebe

F 2148

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Geplant

01.01.2005-01.06.2006

Im Vergleich mit mittleren und großen Unternehmen ist der Anteil von Unternehmen im KKB-Bereich, in denen gesundheitsfördernde Maßnahmen durchgeführt werden, deutlich niedriger (vgl. Unfallverhütungsbericht für 2001, S. 69: Nur von ca. 10 % der Unternehmen mit bis zu 99 Mitarbeitern werden BGF-Maßnahmen angeboten, in mittleren Unternehmen beträgt dieser Anteil 26 % und in Großunternehmen 53 %). Auch wenn z. B. Fehlzeiten in diesem Bereich weniger häufig auftreten und damit einen scheinbar geringeren Handlungsbedarf anzeigen, besteht kein Grund zur Annahme, dass hier keine oder wesentlich geringere arbeitsbedingte Gesundheitsrisiken als in mittleren oder großen Unternehmen bestehen. Daher ist es erforderlich, den realen Bedarf an präventiven und gesundheitsfördernden Maßnahmen auf der Basis repräsentativer Daten für die verschiedenen Beschäftigtengruppen möglichst genau auch hinsichtlich einer ggf. festzustellenden abgestuften Rangfolge der (Vor-) Dringlichkeit solcher Maßnahmen für bestimmte Gruppen abzuschätzen. Dazu sollen die Daten der BIBB/IAB Erhebung von 1998/99 sowie des Bundesgesundheits surveys 2000 mit dem Ziel ausgewertet werden, unterhalb des Bestimmungsmerkmals "Branche" Beschäftigtengruppen zu ermitteln, für die ein vergleichsweise größerer Bedarf an präventiven und gesundheitsfördernden Maßnahmen besteht. Die auf diese Weise gefundenen Ergebnisse sollen durch Interviews mit Experten aus dem Bereich ausgewählter BG's überprüft werden. Ergebnisnutzung:

1. Kenntnisse über Rangfolgen des Interventionsbedarfs für unterschiedliche Gruppen von Beschäftigten im KKB-Bereich machen eine gezieltere und über das Merkmal "Branche" hinausgehende Auswahl von Schwerpunktbereichen für die Initiierung gesundheitsfördernder Maßnahmen möglich.
2. Die Arbeit der Fachgruppe kann durch die Kenntnis besonders gefährdeter Beschäftigtengruppen qualifiziert werden, weil damit durchzuführende Projekte zum Themenkreis "Entwicklung, Erprobung und Implementierung effizienter Methoden der Prävention und betrieblichen Gesundheitsförderung im Bereich der KKB" ge-

zielter entwickelt werden können und der weitere Forschungs- und Umsetzungsbedarf konkreter bestimmt werden kann.

FB 3.2 Methoden der Prävention, Sozialer Arbeitsschutz

AP 2.3 Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

SZ 3 Entwicklung und Umsetzung wirksamer und wirtschaftlicher Präventionskonzepte für kleine und mittlere Unternehmen und Schwerpunktbranchen

Der Work Ability-Index (WAI) - Bildung eines WAI - Netzwerkes auf nationaler Ebene

F 1916

Bergische Universität - Gesamthochschule Wuppertal

Laufend

01.11.2005

Ausgangspunkt des Vorhabens ist die demographische Entwicklung und die in diesem Zusammenhang zu erwartende Veränderung der Altersstruktur des Erwerbsspersonenpotenzials hin zu älteren Arbeitnehmern. Die Arbeitsfähigkeit älterer und älter werdender Arbeitnehmer zu erhalten und zu fördern, gehört zu den dringenden Aufgaben des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Das Instrument des Work Ability Index (WAI) hat sich als hilfreiches und effektives Verfahren zur Beurteilung und Bewältigung der Arbeitsanforderungen erwiesen. Epidemiologische Untersuchungen haben gezeigt, dass mit dem WAI auch Prognosen hinsichtlich der Entwicklung der Arbeitsfähigkeit während des Berufslebens möglich sind und frühzeitig Risiken für ein vorzeitiges Ausscheiden aus dem Berufsleben (Problematik Frühverrentung) aufgedeckt werden können. Der WAI hat sich in den letzten Jahren zu einem international etablierten Instrument zur Ermittlung und Bewertung der Arbeitsfähigkeit entwickelt. In Deutschland wird WAI z. Z. im Rahmen wissenschaftlicher Untersuchungen und als Instrument zur Gesundheitsförderung in Betrieben eingesetzt, jedoch ist die Datenlage sehr lückenhaft und unübersichtlich. Es besteht dringender Bedarf, die vorhandenen Daten in einem nationalen Netzwerk zusammenzuführen, um auf dieser Basis Ressourcen und Risiken für die Arbeitsfähigkeit aufzudecken, branchenbezogene Aussagen zur Arbeitsfähigkeit zu treffen und Maßnahmen zur effektiven Prävention einer vorzeitigen arbeitsbedingten Verminderung der Arbeits- und Leistungsfähigkeit zu empfehlen. Die Ergebnisse der Netzwerkarbeit sollen u. a. in Form von Handlungshilfen, Leitfäden sowie über ein einzurichtendes Internetportal einem großen Kreis von Akteuren des betrieblichen Gesundheitsschutzes nutzbar gemacht werden.

FB 3.3 Arbeitsgestaltung bei psychischen Belastungen, Stress

AP 2.3 Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

Arbeitsbedingte Muskel-Skelett-Erkrankungen in Deutschland - themenspezifische Auswertung der Krankheitsartenstatistik der gesetzlichen Krankenkassen

F 1996

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

01.12.2005

Problem: Von den gesetzlichen Krankenkassen werden jährlich Statistiken zum Arbeitsunfähigkeitsgeschehen in aggregierter Form für relativ große Erkrankungsgruppen und ganze Branchen veröffentlicht. Die Statistiken gestatten kaum exakte Aussagen über die Häufigkeit des Auftretens von Einzelerkrankungen in einzelnen Berufen. Entsprechende Daten sind für degenerative Muskel-Skelett-Erkrankungen in Deutschland nicht verfügbar. Ziel des Projektes ist, für Arbeitsunfähigkeitsereignisse aufgrund von degenerativen Erkrankungen im Bereich des Muskel-Skelett-Systems eine detaillierte Auswertung der Arbeitsunfähigkeitsstatistiken der gesetzlichen Krankenkassen zu erreichen. Methodisches Vorgehen: Die Angaben zur Arbeitsunfähigkeit in Einzelberufen und für bestimmte Erkrankungen des Muskel-Skelett-Systems mit Schichtung nach Alter und Geschlecht werden von

gesetzlichen Krankenkassen zur Verfügung gestellt. Auszuwerten und zur Gesamtbevölkerung zu vergleichen sind die Häufigkeit und die Dauer von Arbeitsunfähigkeiten aufgrund von Einzelerkrankungen im Muskel-Skelett-System. Nutzen der Studie: Die detaillierte Statistik des Arbeitsunfähigkeitsgeschehens ermöglicht eine differenzierte Abschätzungen des Gesundheitsrisikos in unterschiedlichen Berufsgruppen. Durch die Definition von Schwerpunktbereichen ist ein gezieltes und effektiveres präventives Vorgehen in Einzelbereichen möglich.

FB 3.4 Arbeitsgestaltung bei physischen Belastungen, Muskel-Skelett-Erkrankungen

AP 2.3 Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

Zusammenfassung und Auswertung der Messdaten der Länder nach Expositionsschwerpunkten

F 1378

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.12.2005

Mit der Expositionsdatenbank der Länder werden zukünftig Daten zur Verfügung stehen, die umfassend über die stoffliche Belastung von Arbeitnehmern in der Bundesrepublik Auskunft geben können. Im ersten Schritt des Projektes soll ein Programm entwickelt werden, das die von den Ländern übermittelten Daten zusammenfasst, zentral verwaltet und somit für Recherchezwecke zugänglich macht. In einem zweiten Schritt sollen die vorliegenden Daten für Zwecke der Stoffbewertung nach verschiedenen Gesichtspunkten ausgewertet werden:

- Wirkung verschiedener Schutzmaßnahmen (Absaugung, Lüftung) auf Expositionshöhen,
- Einfluss von Nachbararbeitsplätzen auf die Expositionshöhe,
- Auffinden expositionsintensiver Tätigkeiten,
- Schwankungsbreiten von Expositionen bei gleichartigen Tätigkeiten - Qualität geschlossener Anlagen,
- Abhängigkeit der Expositionshöhe vom Grenzwert,
- Abhängigkeit der Expositionshöhe von physikalisch/chemischen Daten,
- Expositionsschwerpunkte / Problembereiche.

FB 4.1 Belastungen am Arbeitsplatz

AP 2.3 Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

Arbeitsbelastungen bei der Verwendung von bioziden Produkten, Teil 4: Holzschutzmittel

F 1809

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.12.2006

Holz als natürlicher Rohstoff hat eine große Anwendungsbreite. Ein großer Nachteil von Holz ist sein naturbedingter Abbau durch Pilze und Insekten. Um diesen aufzuhalten und die Lebens- und Gebrauchsdauer zu verlängern, sind Holzschutzmaßnahmen erforderlich. Dazu werden Hölzer mit Holzschutzmitteln behandelt. Bei den verschiedenen Verfahren (z. B. Kesseldruckimprägnierung, Trogränkung) verrichten die Beschäftigten Tätigkeiten, bei denen sie inhalativ oder dermal belastet werden können. Ziel der Untersuchungen ist die Beschreibung der Technologien und des Standes der Sicherheitstechnik. Die inhalativen Belastungen der Beschäftigten sollen durch Arbeitsplatzmessungen ermittelt werden. Daneben sollen erste Untersuchungen zur Ermittlung der Hautbelastungen und ggf. Biomonitoring durchgeführt werden.

FB 4.1 Belastungen am Arbeitsplatz

AP 2.3 Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

Stoffbelastungen bei expositionsintensiven Tätigkeiten - Teil 4: Belastungen der Mitarbeiter von Servicefirmen bei Reinigungs-, Wartungs- und Reparaturarbeiten

F 2044

Bregau mai GmbH - Messstelle im Arbeits- und Immissionsschutz/ BAuA

Laufend

30.04.2007

Im Rahmen der Altstoffverordnung (793/93 EWG) und des Chemikaliengesetzes ist eine Beurteilung der gesundheitlichen Risiken und der zu erwartenden Belastungen der Arbeitnehmer beim Umgang mit alten bzw. neuen Stoffen durchzuführen. In der Risikobewertung werden alle Expositionsszenarien für den Umgang mit diesen Stoffen beurteilt. Expositionsintensive Tätigkeiten sind insbesondere bei Reinigungs-, Wartungs- und Reparaturarbeiten an den Industrieanlagen zu erwarten. Hierzu wird das üblicherweise geschlossene System in der Regel geöffnet. Die im Rahmen der Altstoffverordnung übermittelten firmenspezifischen Daten lassen für diese Tätigkeiten z. Z. kaum detaillierte Aussagen zu, da im Allgemeinen alle Daten dem Produktionsbereich zugeordnet werden. Beschäftigte sind während dieser Tätigkeiten Belastungen ausgesetzt, die durch die in den Systemen befindlichen Ausgangsstoffe, Zwischenprodukte, Endprodukte und Hilfsstoffe entstehen. Weitere Belastungsmöglichkeiten bestehen durch gezielt für die Reinigung und Instandhaltung eingesetzte Stoffe und Zubereitungen. Im Forschungsprojekt F 1314 "Stoffbelastungen bei expositionsintensiven Tätigkeiten - Teil 3: Reinigung und Instandhaltung von Industrieanlagen" wurde festgestellt, dass die Beschäftigten bei Reinigungs-, Wartungs- und Reparaturarbeiten (RWR-Arbeiten) höheren Belastungen ausgesetzt sind als dies während des üblichen Produktionsprozesses der Fall ist. Im Rahmen dieses Projektes wurde beobachtet, dass RWR-Arbeiten häufig durch Servicefirmen durchgeführt werden, die an ständig wechselnden Einsatzorten tätig sind. Die Beschäftigten sind somit tagtäglich und an wechselnden Einsatzorten mit derartigen Arbeiten betraut. Damit verbunden sind auch ständig wechselnde Einsatzbedingungen, welche die Förderung einer gesundheitsgerechten und sicheren Gestaltung des Arbeitsplatzes erschweren. In diesem Forschungsprojekt sollen der Stand der Sicherheitstechnik und die von den Servicefirmen eingesetzten Verfahren beschrieben werden. Bereits durchgeführte Untersuchungen, z. B. zu Reinigungsarbeiten, lassen vermuten, dass für solche Tätigkeiten oft geringfügig oder Teilzeitbeschäftigte eingesetzt werden. Die Tätigkeiten werden durch einen hohen Zeitdruck, körperliche Schwere der Arbeit, einseitige Dauerbelastung und Belastung durch Gefahrstoffe charakterisiert (Schriftenreihe der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Forschung Fb 713, Dortmund, 1995). Es sollen daher die Beschäftigtenkollektive und die Struktur derartiger Servicefirmen, die RWR-Arbeiten als Auftragnehmer ausführen, näher beschrieben werden. Darin eingeschlossen sind auch Aussagen zu den Kriterien der Auftragsvergabe bei RWR-Arbeiten zu treffen. Zur Beschreibung der Belastungen durch Gefahrstoffe sind Arbeitsplatzmessungen durchzuführen. Die Erhebungen sind in einer ausreichenden Anzahl von Betrieben durchzuführen, so dass die verwendeten Technologien erfasst werden. Mindestens 3 Servicefirmen, die RWR-Arbeiten bei jeweils etwa 5 Auftraggebern aus der Industrie durchführen, sind in Abstimmung mit dem Auftraggeber für die Arbeitsplatzmessungen auszuwählen. Mit den Arbeitsplatzmessungen soll eine repräsentative Ermittlung und Bewertung der Belastungen der betroffenen Arbeitnehmer erreicht werden. Basierend auf den Ergebnissen der Untersuchungen sollen Maßnahmen zur Verringerung der Belastungen von Arbeitnehmern bei RWR-Arbeiten vorgeschlagen werden, z. B. Vorschläge für verfahrens- und stoffspezifische Kriterien, Checklisten, die eine Einhaltung von Schutzmaßnahmen insbesondere in KMU vereinfachen, oder ähnliches.

FB 4.1 Belastungen am Arbeitsplatz

AP 2.3 Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

Arbeitsbelastungen bei der Verwendung von bioziden Produkten, Teil 3: Expositionsszenarien bei Anwendung bestimmter Produktarten der 2. EU-Prioritätenliste

F 1922

N.N.

Geplant

01.04.2005-31.07.2006

Die Biozid-RL 98/8/EG ist mit der Neufassung des ChemG/BiozidG in deutsches Recht umgesetzt. Das Zehn-Jahres-Arbeitsprogramms der EU nach Artikel 16 (2) der Richtlinie für die Bearbeitung "alter" Biozide ist durch die Review-Verordnungen festgelegt. Durch die 2. Review-Verordnung wird in vier Prioritätenlisten die systematische Bearbeitung (Risikobewertung und Maßnahmenfindung) aller (ca. 400) "Altwirkstoffe" einschließlich ihrer repräsentativen Produkte nach den Produktarten festgelegt, in denen sie verwendet werden. Die Produktarten 18 (Insektizide, Akarizide und Produkte gegen andere Arthropoden), 16 (Molluskizide) und 19 (Repellentien und Lockmittel) gemäß Anhang V der Richtlinie 98/8/EG werden ab dem Jahr 2006 bearbeitet. Im Rahmen der Risikobewertung für Arbeitnehmer innerhalb des Zulassungsverfahrens für Biozid-Produkte ist eine detaillierte Kenntnis der Expositionsszenarien bei der Verwendung der o. g. Produktarten notwendig. Für die anschließende zielgerichtete Festlegung von Arbeitsschutzmaßnahmen ist ein Überblick über den Stand der Technik bei technischen, organisatorischen und persönlichen Maßnahmen erforderlich.

Ziel ist die Ermittlung von beruflichen Verwendungsmustern, Expositionsszenarien und Arbeitsschutzmaßnahmen für die o. g. Produktarten:

- Beschreibung expositionsrelevanter Tätigkeiten
- Erhebung der z. Z. eingesetzten Technologien
- und die dabei ergriffenen Schutzmaßnahmen (u. a. geräteintegrierte, additive technische Maßnahmen, praxismgerechte organisatorische und informatorische Maßnahmen, PSA)
- Ermittlung der Aufnahmewege
- Ermittlung der möglichen Höhe der Exposition
- Beschreibung der "Best-Verfügbaren-Techniken"
- Struktur von Betrieben bzgl. ihrer Organisation und ihrer Beschäftigten.

Die gewonnenen Daten sind Grundlage für die im Rahmen des nationalen Zulassungsverfahrens zu erstellenden Expositionsabschätzungen und stellen den Stand der Technik dar für technische, organisatorische und persönliche Arbeitsschutzmaßnahmen beim Umgang mit Insektiziden, Repellentien und Lockmitteln. Diese Beschreibung bildet die Grundlage für die im Rahmen des nationalen Zulassungsverfahrens festzulegenden Arbeitsschutzmaßnahmen (Vollzug der Biozid-RL) und dient zur Ableitung sicherer Arbeitsverfahren beim Umgang mit bioziden Wirkstoffen (Schutzstufen, Nachhaltigkeit). Außerdem fließen die Daten ein in die Maßnahmenfindung für Industriechemikalien und liefern damit wertvolle erste Erfahrungen für ein Zulassungsverfahren wie es in der neuen europäischen Chemikalienpolitik für einige Chemikalien vorgesehen ist. Auf EU-Ebene ist eine enge Kooperation mit den Bewertungsstellen der anderen Mitgliedstaaten geplant.

FB 4.1 Belastungen am Arbeitsplatz

AP 2.3 Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

SZ 5 Verbesserung des Schutzes vor Gesundheitsrisiken bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen und biologischen Arbeitsstoffen

Aufbereitung und Sicherung von Daten zu Gefahrstoffen und Produkten, die in der DDR hergestellt bzw. verwendet wurden

F 2171

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.12.2007

Eine Vielzahl von Anfragen zu Expositionsdaten und zur Zusammensetzung von Produkten, die in der DDR hergestellt bzw. verwendet wurden, haben gezeigt, dass Bedarf an diesbezüglichen Informationen besteht. Im ehemaligen Zentralinstitut für Arbeitsmedizin der DDR wurden bis 1990 toxikologische und Expositionsdaten zu Gefahrstoffen und Produkten im Rahmen von Vorgängen gesammelt, die in den Bestand der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) übergegangen sind. Die Vorgänge sind chronologisch geordnet, so dass die Daten nicht systematisch abgerufen werden können. Damit ist der Zugang nahezu versperrt. Für eine Vielzahl von Produkten ist die Zusammensetzung in einer produktbezogenen Kartei geführt. Hier ist eine systematische Abfrage, z. B. nach Inhaltsstoffen, wie sie für Expositionsanfragen erforderlich wäre, ebenfalls ausgeschlossen. Die systematische Aufbereitung der Daten soll den Datenbestand sichern und für die Zukunft verfügbar und nutzbar machen.

FB 4.2 Innere Belastungen und systemische Wirkungen

AP 2.3 Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

Arbeitsplatzbelastungen bei der Verwendung von bioziden Produkten - Teil 5: Expositionsszenarien und Arbeitsschutzmaßnahmen bei der Anwendung von Antifouling-Produkten

F 2136

N.N.

Geplant

01.04.2005-31.05.2006

Die Biozid-RL 98/8/EG ist mit der Neufassung des ChemG/BiozidG in deutsches Recht umgesetzt. Das Zehn-Jahres-Arbeitsprogramm der EU nach Artikel 16 (2) der Richtlinie für die Bearbeitung "alter" Biozide ist durch die Review-Verordnungen festgelegt. Durch die 2. Review-Verordnung wird in vier Prioritätenlisten die systematische Bearbeitung (Risikobewertung und Maßnahmenfindung) aller (ca. 400) "Altwirkstoffe" einschließlich ihrer repräsentativen Produkte nach den Produktarten festgelegt, in denen sie verwendet werden. Die Produktart 21 (Antifouling-Produkte) gemäß Anhang V der Richtlinie 98/8/EG wird ab dem Jahr 2006 bearbeitet. Im Rahmen der Risikobewertung für Arbeitnehmer innerhalb des Zulassungsverfahrens für Biozid-Produkte ist eine detaillierte Kenntnis der Expositionsszenarien bei der Verwendung der o. g. Produktarten notwendig. Für die anschließende zielgerichtete Festlegung von Arbeitsschutzmaßnahmen ist ein Überblick über den Stand der Technik bei technischen, organisatorischen und persönlichen Maßnahmen erforderlich.

Ziel ist die Ermittlung von beruflichen Verwendungsmustern, Expositionsszenarien und Arbeitsschutzmaßnahmen für die o. g. Produktarten:

- Beschreibung expositionsrelevanter Tätigkeiten
- Erhebung der z. Z. eingesetzten Technologien
- und die dabei ergriffenen Schutzmaßnahmen (u. a. geräteintegrierte, additive technische Maßnahmen, praxisgerechte organisatorische und informatorische Maßnahmen, PSA)
- Ermittlung der Aufnahmewege
- Ermittlung der möglichen Höhe der Exposition
- Beschreibung der "Best-Verfügbaren-Techniken"
- Struktur von Betrieben bzgl. ihrer Organisation und ihrer Beschäftigten.

Die gewonnenen Daten sind Grundlage für die im Rahmen des nationalen Zulassungsverfahrens zu erstellenden Expositionsabschätzungen und stellen den Stand der Technik dar für technische, organisatorische und per-

sönliche Arbeitsschutzmaßnahmen beim Umgang mit Molluskiziden und Antifouling-Produkten. Diese Beschreibung bildet die Grundlage für die im Rahmen des nationalen Zulassungsverfahrens festzulegenden Arbeitsschutzmaßnahmen (Vollzug der Biozid-RL) und dient zur Ableitung sicherer Arbeitsverfahren beim Umgang mit bioziden Wirkstoffen (Schutzstufen, Nachhaltigkeit). Außerdem fließen die Daten ein in die Maßnahmenfindung für Industriechemikalien und liefern damit wertvolle erste Erfahrungen für ein Zulassungsverfahren wie es in der neuen europäischen Chemikalienpolitik für einige Chemikalien vorgesehen ist. Auf EU-Ebene ist eine enge Kooperation mit den Bewertungsstellen der anderen Mitgliedstaaten geplant.

FB 4.6 Umgang mit Gefahrstoffen

AP 2.3 Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

SZ 5 Verbesserung des Schutzes vor Gesundheitsrisiken bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen und biologischen Arbeitsstoffen

Arbeitsplatzbelastungen bei der Verwendung von Biozid-Produkten, Teil 2: Umgang mit Konzentraten

F 1703

N.N.

Geplant

01.03.2005-28.02.2007

Die Biozid-RL 98/8/EG wird voraussichtlich 2001 mit der Neufassung des ChemG/BiozidG in deutsches Recht umgesetzt werden. Im Rahmen des nationalen Zulassungsverfahrens für biozide Produkte müssen Risikobewertungen für etwa 7250 "alte" Biozid-Produkte innerhalb eines Zeitraumes von 10 Jahren vorgenommen werden. Die Risikobewertungen schließen berufliche und nicht berufliche Anwender und durch die Umwelt indirekt exponierte Personen ein. Die Bewertung des Risikos für berufliche Anwender bei entsprechend eingesetzten Produktarten ist Aufgabe der BAuA. Beim Umgang mit konzentrierten Wirkstoffen ist aufgrund der Expositionsmöglichkeiten von erhöhten Risiken auszugehen.

Ziel des Projektes sind gesicherte Erkenntnisse über:

- die Arten biozider Produkte, die als Konzentrate in die Hand gewerblicher Verwender gelangen,
- die Technologien und die Art des Umgangs mit Konzentraten,
- die dabei ergriffenen Schutzmaßnahmen und deren Wirksamkeit,
- die mit der Verwendung von Konzentraten einhergehenden dermalen und inhalativen Belastungen,
- vorbildliche Gestaltungslösungen für den sicheren Umgang mit Konzentraten.

FB 4.6 Umgang mit Gefahrstoffen

AP 2.3 Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

SZ 5 Verbesserung des Schutzes vor Gesundheitsrisiken bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen und biologischen Arbeitsstoffen

Bewertung der Wirksamkeit von Insektiziden im Rahmen der Richtlinie 98/8/EG, Anhang V, Teil 1: Produktarten 16, 18, 19

F 2165

N.N.

Geplant

01.01.2005-31.12.2005

Im Rahmen des Biozid- Zulassungsverfahrens hat die BAuA eine neue Aufgabe mit der Wirksamkeitsbewertung von bioziden Wirkstoffen und Produkten gemäß § 12 j Chemikaliengesetz erhalten. Gemäß Kommissionsverordnung (EG) Nr. 2032/2003 hat Deutschland spätestens ab 30.4.2006 die Bewertung von 26 Biozidwirkstoffen für Insektizide und Antifouling (Produktarten 16, 18, 19 und 21) durchzuführen und innerhalb eines Jahres abzuschließen. Weitere Wirkstoffe werden 2007 und 2008 zur Bearbeitung eintreffen. Unmittelbar nach der Beur-

teilung der Wirkstoffe schließt sich die Wirksamkeitsbewertung der Produkte an. Nach Schätzungen sind in Deutschland derzeit ca. 7000 Produkte auf dem Markt. Auf die Produktart der Insektizide wird erwartungsgemäß ein großer Anteil entfallen. Davon unabhängig können Zulassungsanträge für neue Biozid-Produkte jederzeit parallel eintreffen.

Es besteht eine große Informationslücke im Bereich der Wirksamkeitsbewertung von Insektiziden, da standardisierte Prüfrichtlinien für die Prüfung der Wirksamkeit auf nationaler und internationaler Ebene fehlen.

Im Rahmen des Projektes sollen vorhandene Prüfrichtlinien z. B. im Vorratsschutz bei Pflanzenschutzmitteln, Verfahren gemäß § 18 Infektionsschutzgesetz sowie firmeneigene Standards zusammengetragen und deren Verwertbarkeit auch für andere Produktarten und Bereiche geprüft werden; insbesondere in Hinblick auf folgende Aspekte:

1. Physiologie der Insekten: Angriffspunkte von Insektiziden sind sehr unterschiedlich. Es soll herausgearbeitet werden, welche Arten von Insektiziden potentiell in welchen Entwicklungsstadien und bei welchen Insektengattungen wirksam sein können.
2. Art der Anwendung: Insektizide können verschiedenartig angewendet werden (z. B. Oberflächenbehandlung, Raumbehandlung, direktes Aufsprühen). Der Brauchbarkeit bzw. Übertragbarkeit der existierenden Wirksamkeitsprüfungsmethoden für die einzelnen Einsatzbereiche soll daher überprüft werden.

Für die Zulassung von Biozid-Produkten sind die Projektergebnisse als Grundlage für die Beurteilung der Wirksamkeit essentiell.

FB 5.3 Zulassungsverfahren Biozide

AP 2.3 Erschließung und Verbesserung der Datenlage zu Aspekten der Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit

SZ 5 Verbesserung des Schutzes vor Gesundheitsrisiken bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen und biologischen Arbeitsstoffen

2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

Es ist ein europäisches Problem, Merkmale psychischer Fehlbelastung standardisiert zu erfassen. Darum ist es vordringlich, ein entsprechendes Instrument zu validieren. Durch seinen praktischen Einsatz lassen sich repräsentative Daten gewinnen. Auch die Folgen von Investitionen in Maßnahmen im Bereich Humanressourcen lassen sich immer noch schwer abschätzen. Eine Bewertung durch alternative Evaluationsmethoden soll Fortschritte bringen. Die Entwicklung qualitativer Kennzahlen für die Bewertung solcher Maßnahmen soll dabei vorangetrieben werden.

Die Entwicklung praxisorientierter Verfahren und Hilfen zur Bewertung von Risiken in Form von Ratgebern oder Kompendien wird fortgeführt. Auf Seite der Verfahren sind dies insbesondere Mess- und Bewertungsverfahren für Lärmmissionen mittlerer und niederer Intensität sowie für Licht Emittierende Dioden (LED). Sicherheit und Gesundheit in die Maschinenkonstruktion einzubeziehen sowie die ergonomische Qualität von Produkten zu verbessern, steht bei den Praxishilfen im Vordergrund.

Nach wie vor verlangt die stetige Zunahme der in der Arbeitswelt angewandten Stoffe eine Weiterentwicklung und Validierung des Spektrums von Verfahren der Ermittlung und Bewertung der damit möglicherweise verbundenen gesundheitlichen Risiken. Projekte, die sich mit der Extrapolation vom Tier auf den Menschen befassen, haben hier eine prinzipielle Bedeutung. Dabei wird die Anwendung von Prinzipien der Wahrscheinlichkeitsrechnung fortgeführt.

Besondere Probleme bereitet bisher das Messen und Bewerten luftgetragener biologischer Arbeitsstoffe sowie der Exposition bei Sprayprozessen. Zwei Projekte sollen diese Situation ändern.

Das unverändert hohe Erkrankungsgeschehen verdeutlicht die Notwendigkeit, dermale Risiken frühzeitig zu erkennen, zu bewerten und zu begrenzen. Im Rahmen des europäischen RISKOFDERM-Projekts ist ein praxisgerechtes, arbeitsplatzbezogenes Instrument zur Gefährdungsbeurteilung dermalen Risiken (Toolkit) vorgeschlagen worden. Dieses Instrument soll unter dem Namen „Risikorechner Haut“ mit der Gefahrstoffverordnung und dem Technischen Regelwerk abgeglichen, gezielt evaluiert und in die betriebliche Praxis eingeführt werden.

Die unbefriedigende Situation bezüglich der toxikologischen Prüfung der Vielzahl von in Gebrauch befindlichen Altstoffen und die begrenzten Kapazitäten der Prüfung von Neustoffen legen es nahe, das toxikologische Potenzial bereits bei der Stoffentwicklung stärker als bisher zu berücksichtigen. In der Pharmaforschung wird seit längerem die Methode des sogenannten High Throughput Screenings bei der Suche nach gleichermaßen wirksamen und verträglichen Stoffen eingesetzt. In einem Projekt soll geklärt werden, inwieweit diese Methode auch bei der Suche nach Industriechemikalien mit einerseits hoher technischer Wirksamkeit und andererseits fehlenden bzw. geringen gefährlichen Eigenschaften angewandt werden kann.

Methoden zur Erfassung psychischer Belastungen - Erprobung von Messinstrumenten

F 1885

FFAS Freiburger Forschungsstelle für Arbeits- und Sozialmedizin ARGE

Laufend

31.03.2005

In vielen Beschäftigungsbereichen stellt die psychische Fehlbelastung ein nicht unerhebliches Problem für die Beschäftigten dar. Obwohl aufgrund der gesetzlich vorgeschriebenen Bestimmungen eine Erfassung auch der psychischen Belastungen im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung gefordert wird, findet diese Erfassung in den Betrieben in der Regel nicht oder nur unzulänglich statt. Begründet wird dieses Defizit von den Betrieben vielfach über das Fehlen geeigneter Instrumente zur Erfassung psychischer Belastungen. Ziel des Projektes ist es, ein Instrument zu entwickeln bzw. auf die nationalen Bedingungen anzupassen und zu evaluieren, das eine Erfassung psychischer Fehlbelastungen unter Berücksichtigung der geforderten metrischen (testtheoretisch fundierten) Anforderungen ermöglicht und dabei gleichzeitig die betrieblichen Anforderungen nach einer ökonomischen

mischen Einsatzmöglichkeit erfüllt. Das Messinstrument soll den Betrieben zur Verfügung gestellt werden, um ihnen damit ein handhabbares Instrument zur Erfassung psychischer Belastungen für den betrieblichen Einsatz an die Hand zu geben. Das Instrument soll - wenn es den geforderten Kriterien entspricht - in die von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin zusammengestellte Toolbox aufgenommen werden. Darüber hinaus sollte es über Internet abrufbar zur Verfügung gestellt werden.

FB 1.2 Soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Arbeitsschutzberichterstattung

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

Schlussfolgerungen aus der repräsentativen Befragung zum Thema Mobbing

F 1934

N.N.

Geplant

01.01.2005-30.06.2006

Auf der Basis der Ergebnisse der z. Zt. laufenden repräsentativen Befragung zum Themenbereich "Mobbing" sollen Ableitungen zu gegebenenfalls notwendigem weiteren Forschungsbedarf gemacht werden. Eine Präzisierung der Fragestellung kann allerdings erst nach Vorlage der Ergebnisse aus dem Projekt F 1363 "Repräsentative Befragung zum Thema Mobbing" vorgenommen werden.

FB 1.2 Soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Arbeitsschutzberichterstattung

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

SZ 2 Verbesserung der Prävention arbeitsbedingter Gesundheitsstörungen und Erkrankungen

Erfassung von Belastungsmerkmalen anhand des "Copenhagen Psychosocial Questionnaire"

F 2031

N.N.

Geplant

01.04.2005-31.03.2007

Ziel des Projektes ist die vergleichbare Erfassung von psychischen Fehlbelastungsmerkmalen in verschiedenen Berufs- bzw. Branchenbereichen in verschiedenen regionalen Gebieten der Bundesrepublik. Zur Erfassung dieser Belastungsmerkmale soll der COPSOQ eingesetzt werden. Der Fragebogen ist zurzeit in der Validierungsphase. Mit Hilfe des Belastungskatasters können besonders gefährdet Berufs- bzw. Personengruppen identifiziert werden, für die dementsprechende spezifische Interventionsprogramme entwickelt werden können. Die gezielte Identifikation von Risikobereichen macht eine spezifische Intervention in hoch belasteten Bereichen bzw. verstärkte Präventionsmaßnahmen in Gefährdungsbereichen möglich.

FB 1.2 Soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Arbeitsschutzberichterstattung

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

SZ 9 Ausbau des Beratungs-, Informations- und Qualifikationsangebots zu Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit

Verfahren zur Ermittlung der Effektivität und Effizienz von Human-Ressource Maßnahmen

F 2105

N.N.

Geplant

01.01.2005-31.01.2006

In vielen Bereichen der Arbeitswelt wurde in den vergangenen Jahren im Hinblick auf Gesundheit und Sicherheit vornehmlich in technische Aspekte investiert. Dies gilt im Besonderen auch für sicherheitsrelevante Tätigkeiten

etwa im Flugverkehr. In der Flugsicherung - wie auch in vielen anderen Bereichen der Wirtschaft - wurde in den letzten 20 Jahren hauptsächlich in technische Systeme, Unterstützungstools, Frühwarnsysteme etc. investiert, um die Sicherheit der Passagiere und Besatzungen zu gewährleisten und eine hinreichende Abwicklungskapazität zu ermöglichen. Bei weiter steigendem Verkehr im engen europäischen Luftraum ist diese Kapazität jedoch erschöpft. Dabei stellen insbesondere die menschlichen Beanspruchungsgrenzen der Mitarbeiter im operativen Dienst der Flugverkehrsanbieter den limitierenden Faktor dar. Katastrophen wie das Flugzeugunglück vom Bodensee 2002 demonstrieren dies. Bei einer Verkettung mehrerer Ursachen ist es letztlich der menschliche Faktor, der in sicherheitsrelevanten Bereichen häufig eine wesentliche Ursache für Unglücke und Katastrophen darstellt. Die Investition in diesen menschlichen Faktor, als in Maßnahmen zur Steigerung der Humanressourcen ist jedoch gegenüber den technischen Investitionen völlig unterrepräsentiert. Dies gilt für sicherheitsrelevante Branchen, wie den Bereich der Flugsicherung, aber auch für die Arbeitswelt insgesamt. Insofern können am Beispiel der Flugsicherung Aussagen getroffen werden, die fast für alle Bereiche der Wirtschaft Geltung haben. Datenerhebungen bei Unternehmen anderer Branchen (z. B. bei großen Finanzdienstleistern, die ebenfalls umfangreiche Erfahrungen mit HR-Maßnahmen aufweisen, wären ebenfalls denkbar). Die Unsicherheit bezüglich Wirksamkeit und Effizienz solcher Maßnahmen verstärkt die Tendenz der technischen Dominanz bei arbeitsgestalterischen Maßnahmen. Notwendig ist also eine Abschätzung von Kosten und Nutzen bei "Human-Ressource-Ansätzen". Vor dem Hintergrund der beschriebenen Ausgangslage soll das Projekt verschiedene Maßnahmen zur Steigerung der Humanressourcen mit alternativen Evaluationsmethoden bewerten.

FB 1.2 Soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Arbeitsschutzberichterstattung

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

SZ 4 Förderung sicher und gesund gestalteter Arbeitssysteme

Gute Praxisbeispiele im betrieblichen Umgang mit Mobbing

F 2107

N.N.

Geplant

01.01.2005-31.12.2005

Mit den bei der Bundesanstalt vorliegenden Informationsmaterialien liegt eine fundierte Basis zur Grundinformation für Betriebe und Betroffene vor. Zunehmende Anforderungen ergeben sich dagegen aus dem von den Betrieben formulierten Bedarf an einem Serviceangebot im Sinne der beispielhaften betrieblichen Beratung. Die Betriebe sind oftmals ohne weitergehende Unterstützung nicht in der Lage, die vorliegenden Erkenntnisse auf bestehende betriebliche Konfliktstrukturen anzuwenden.

Ziel des Projektes ist es, den Betrieben beispielhaft Konfliktlösungsprozesse aufzuzeigen, die im Rahmen anderer betrieblicher Zusammenhänge als Lösungsmöglichkeit identifiziert worden sind. Die Beispiele sollen als "Gute Praxis Beispiele" einer Vielzahl von Betrieben zur Verfügung gestellt werden. Dieses Material passt sich in die bereits vorliegenden Informationsmaterialien ein und stellt einen Baustein im Rahmen des vom BMWA geforderten Beratungskonzepts zum Thema, das durch das Info-Zentrum der BAuA wahrgenommen werden soll.

FB 1.2 Soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Arbeitsschutzberichterstattung

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

SZ 9 Ausbau des Beratungs-, Informations- und Qualifikationsangebots zu Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit

Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien in den Ratingverfahren nach Basel II (Verfahren zur Ermittlung von Humankapital)

F 2127

N.N.

Geplant

01.08.2005-01.12.2006

Kapitalanalysten ziehen im Rahmen von Unternehmensbewertungen zunehmend auch ökologische und soziale Faktoren ein. Solche sozialen Faktoren beziehen sich vor allem den Umfang, in dem ein Unternehmen durch Maßnahmen der Organisations- und Personalentwicklung (inkl. Arbeitsschutz und der betriebliche Gesundheitsförderung) die Leistungsfähigkeit bzw. die Ressourcen seiner Mitarbeiter erhält und fördert. Eine solche "mitarbeiterorientierte" Unternehmenskultur wird unter dem Begriff der Nachhaltigkeit auch in Form von "sustainability indices" von Ratingagenturen in der Bewertung dieser Unternehmen berücksichtigt. In der Diskussion um Risiken und den Wert eines Unternehmens erlangt das Humankapital aktuell für die Deckung des Kapitalbedarfs von Unternehmen eine hohe Beachtung. Zukünftig wird das Kreditrisiko eines jeden einzelnen Unternehmens den Ausschlag darüber geben, ob und insbesondere zu welchen Konditionen es sich finanzieren kann. Dieses Kreditrisiko wird in Form von individuellen Ratings durch die Hausbank oder eine externe Ratingagentur ermittelt. Die neue Basler Eigenkapitalvereinbarung (Basel II) wird umfangreiche Auswirkungen auf die Mittelstandsfinanzierung haben. Im Vergleich zur traditionellen Kreditwürdigkeitsprüfung fließen bei dem Rating (sowohl bei internen Ratings der Banken wie auch bei externen Ratings von Agenturen) der operationellen Risiken verstärkt qualitative Nachhaltigkeits-Faktoren in die Bewertung ein. Im geplanten Projekt sollen in Zusammenarbeit mit dem Baseler Ausschuss und dem Staatssekretariat für Wirtschaft in der Schweiz Verfahren vorgeschlagen werden, wie Humankapital messbar gemacht werden kann. Wichtig dabei ist die Praktikabilität insbesondere im Bezug auf mittelständische Unternehmen, die in Zukunft im Rahmen einer Kreditentscheidung von ihrer Hausbank oder einer beauftragten Ratingagentur beurteilt werden muss.

FB 1.2 Soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Arbeitsschutzberichterstattung

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

SZ 4 Förderung sicher und gesund gestalteter Arbeitssysteme

Was ist dran an Mobbing? - eine Konstruktvalidierung aktueller Datenerhebungsverfahren

F 2128

N.N.

Geplant

01.01.2005-31.12.2006

Im Mobbing-Report der BAuA weisen die Autoren Meschkutat, Stackelbeck und Langenhoff (Fb 951) auf zentrale Probleme bei Verwendung des Mobbingbegriffs hin: "Festzustellen ist, dass häufig eine unangemessene Verwendung des Begriffs stattfindet" und "In der wissenschaftlichen Literatur wird Mobbing keinesfalls einheitlich definiert". Diese Problematik wird noch durch ein massives Messproblem verschärft, da selbst ein Konsens bezüglich der Ad-Hoc-Definitionen für Mobbing nicht zu einer empirisch begründeten Klassifikation oder Metrisierung führt. Nur im Rahmen von Mess- oder Testmodellen ist der Rückschluss von Selbstauskünften in Fragebögen oder Interviews auf die Zugehörigkeit einer (Mobbing-)Klasse oder auf die Ausprägung einer (Mobbing-)Dimension möglich. Wenn sich dieser Rückschluss empirisch nicht stützen - d. h. nicht validieren - lässt, so führt dies zu einer willkürlichen Verwendung des Mobbingbegriffs und zu einer fragwürdigen Operationalisierung. Für den Einsatz in Forschung und Praxis (z. B. als Instrument für Gutachten) ist eine Überprüfung gängiger Verfahren zur Erfassung von Mobbing auf der Grundlage testtheoretischer Gütekriterien bzw. internationaler Teststandards und mittels geeigneter Skalierungsverfahren dringend erforderlich.

Ziel ist

- a) die Konstruktvalidierung im Rahmen von Latent-Trait- oder Latent-Class-Messmodellen, in der die Binnenstruktur des Mobbingkonstrukts empirisch geprüft wird,
- b) die Erfassung der konvergenten Validität und diskriminanten Validität, durch die das Konstrukt von anderen Konstrukten (z. B. Negativer Affekt) abgegrenzt und der Einfluss der Methodik (Fremd-/Selbsteinschätzung, Beobachtung, schriftliche Befragung) abgeschätzt wird sowie
- c) weitere Kennwerte für den praktischen Einsatz (Reliabilitätskennwerte) ermittelt werden.

Die Ergebnisse können zur Abschätzung der praktischen Einsatzfähigkeit verschiedener Instrumente/ Operationalisierungen im Rahmen von Surveys, Interventionsstudien, arbeitsmedizinischen Erhebungen und als Hilfsmittel in Gutachten genutzt werden.

FB 1.3 Epidemiologie, Risikoabschätzung

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

SZ 2 Verbesserung der Prävention arbeitsbedingter Gesundheitsstörungen und Erkrankungen

Methode der Cochrane Collaboration und deren praxisrelevante Anwendung in der arbeitsmedizinisch-epidemiologischen Forschung

F 2131

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Geplant

01.06.2005-31.12.2005

Bei der Cochrane Collaboration (CC) handelt es sich um eine weltweite Non-Profit-Organisation aus verschiedensten Wissenschaftlern und Forschungseinrichtungen. Die CC hat zum Ziel, Entscheidungen bezüglich des Gesundheitswesens auf eine bessere Informationsgrundlage und Wissensbasis zu stellen. Erreicht werden soll dies durch das Verfassen, aktuell halten und Verbreiten von systematischen Übersichtsarbeiten und Meta-Analysen zu den Wirkungen und zur Wirksamkeit von Maßnahmen im Gesundheitswesen. Dazu werden wissenschaftliche Standards entwickelt, Fortbildungen verfügbar gemacht und umfassende Literaturdatenbanken in der Cochrane Library gepflegt. Ein hoher Kommunikationsgrad und Transparenz der Cochrane Ergebnisse soll die Akzeptanz und praktische Umsetzung durch die Gesundheitsakteure gewährleisten. Im Mai diesen Jahres (2004) wurde auf dem Gebiet der Arbeitsmedizin die neue Cochrane Entität, das "Occupational Health Field", am Finnish Institute of Occupational Health gegründet, um auch das Querschnittsfach der Arbeitsmedizin in die CC zu integrieren. Dabei sollen arbeitsmedizinisch relevante Fragestellungen zur Effektivität von präventiven, therapeutischen und rehabilitativen Maßnahmen bearbeitet werden. Nachdem die methodischen Herangehensweisen von den verschiedenen Experten der CC in diesem Workshop vermittelt werden sollen, bietet sich für die BAuA die Möglichkeit, im internationalen Kontext z. B. an der Erstellung von systematischen Übersichtsarbeiten und Meta-Analysen nachhaltig mitzuwirken. Damit sind gezielte Handlungsempfehlungen für die verschiedenen arbeitsmedizinischen Gesundheitsdienstleister verknüpft, um einer rationalen Ressourcenallokation im Gesundheitswesen und in der Arbeitswelt gerecht zu werden.

FB 1.4 Arbeitsbedingte Erkrankungen, Berufskrankheiten

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

SZ 9 Ausbau des Beratungs-, Informations- und Qualifikationsangebots zu Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit

Erarbeitung von Prüfverfahren zur Rutschsicherheit auf Treppenstufen

F 1639

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

28.02.2005

Stürze auf Treppen durch Ausrutschen sind ein Unfallschwerpunkt. Zur Zeit fehlen Prüfverfahren für die Kontrolle und Bewertung der Rutschsicherheit auf Stufen und Stufenkanten. Durch biomechanische Untersuchungen beim Begehen von Treppen wurden kritische Bewegungsparameter ermittelt, die als Prüfparameter für die Rutschsicherheit auf Treppen dienen sollen. Ziel des Projektes ist es, anhand der Parameter Prüfverfahren der Rutschsicherheit für Stufen und Stufenkanten sowohl für eine labormäßige Prüfung als auch für Vor-Ort-Prüfungen zu entwickeln. Auf der Grundlage der vorgeschlagenen Prüfverfahren sollen entsprechende Messgeräte entwickelt und gebaut werden können. Erste Vorschläge über das Funktionsprinzip solcher Messgeräte sollen unterbreitet werden.

FB 2.2 Produkte, mechanische und elektrische Sicherheit

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

Schwingungstechnische Modellierung der beiden Hand-Arm-Systeme von Bedienpersonen für die Anwendung bei der Prüfung von Handmaschinen

F 1955

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.05.2005

Zur Realisierung des Konzeptes der Trennung von Mensch und Maschine zur Vermeidung der Schwingungsexposition der menschlichen Hand-Arm-Systeme ist es notwendig, für die mechanische Modellierung der Hand-Arm-Systeme eine praktisch sinnvolle Kennfunktion zur Verfügung zu stellen. Gegenwärtig wird als Zielfunktion die unter Laborbedingungen gemessene Impedanz eines Hand-Arm-Systems nach DIN 45677 (ISO 10008) genutzt, die für Anwendungsfälle mit zwei Händen verdoppelt wird. Diese Methode spiegelt die Anwendung von Handmaschinen in der Praxis nur mangelhaft wider. Deshalb ist es notwendig, Impedanzmessungen unter Praxisbedingungen im Labor für beide Hand-Arm-Systeme auszuführen. Die so ermittelte Gesamtimpedanz ist die Voraussetzung für die praxismgerechte mechanische Modellierung, z. B. in Prüfständen für vibrierende Handmaschinen. Um die breite Anwendung des Technischen Schwingungsschutzes, und hier insbesondere die Trennung von Mensch und Maschine sowohl national als auch international zu ermöglichen, sollen statistisch gesicherte Impedanzwerte ermittelt und für die Normung aufbereitet werden. Anschließend werden die Hand-Arm-Modelle des Forschungsprojektes F 1512 überarbeitet. Damit entspricht der Hand-Arm-Prüfstand der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin dem neuesten Stand der Technik.

FB 2.2 Produkte, mechanische und elektrische Sicherheit

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

Zusammenstellung des Wissenstandes zur mechanischen Modellierung des sitzenden Menschen einschließlich praktischer Erprobung realisierter Schwingungsmodelle

F 1956

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

30.04.2005

Die wesentlichen Ergebnisse aller unveröffentlichten internen und externen Berichte zum Thema "Mechanische Schwingungsmodelle des sitzenden Menschen" sollen in einer übersichtlichen Darstellung einem größeren Nut-

zirkel zugänglich gemacht werden. Die Darstellung enthält die Ermittlung der Grundlagen (mittlere Impedanzkurven von Versuchspersonen für 3 Körpermassen), die Entwicklung der Modellstruktur, die Optimierung der theoretischen Modellparameter, die Realisierung der Parameter und den Bau von Modellen sowie deren praktische Überprüfung durch eine Ringmessung mit anschließender Optimierung der Modelle. Der Nutzen ergibt sich daraus, dass relativ einfache Ersatzsysteme für den sitzenden Menschen bei der normgerechten Prüfung von schwingungsisolierenden Fahrersitzen Einsatz finden können. Die Verwirklichung des Prinzips der Trennung von Mensch und Maschine führt in diesem Fall nicht nur zur Vermeidung von Sicherheitsrisiko und Schwingungsexposition für Versuchspersonen. Sie führt auch zu einer wesentlichen Verbesserung der Reproduzierbarkeit der Messbedingungen bei der Prüfung und Optimierung schwingungsisolierender Fahrersitze.

FB 2.2 Produkte, mechanische und elektrische Sicherheit

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

Entwicklung und Bau eines Gerätes zur Messung des Reibwertes von Bodenbelägen mit variabler Prüfgeschwindigkeit

F 1949

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin/N.N.

Laufend

31.05.2006

Sturzunfälle auf Fußböden und Treppen sind ein Schwerpunkt im Unfallgeschehen der Betriebe und Einrichtungen, aber auch des Heim- und Freizeitbereiches. Zur Beurteilung der Rutschsicherheit von Bodenbelägen wird der Reibwert herangezogen. Die Messung der Reibwertes vor Ort erfolgt mit mobilen Geräten. Bisher eingesetzte Geräte berücksichtigen nur unzureichend biomechanische Bewegungsparameter des Menschen, die aus sturzgefährdeten Situationen abgeleitet wurden. Zudem lassen sich bei einigen Geräten meist nur niedrige Prüfgeschwindigkeiten, bei anderen hingegen nur höhere Prüfgeschwindigkeiten realisieren. Bei den meisten profilierten Böden ist eine Prüfung mit niedriger Geschwindigkeit ausreichend.

Um realistische Prüfergebnisse zu erzielen, ist jedoch bei bestimmten unprofilieren Hartböden eine Prüfung mit höherer Geschwindigkeit erforderlich. Günstig wäre daher, wenn in einem Gerät wahlweise mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten geprüft werden könnte. Es soll ein mobil einsetzbares Gerät entwickelt und gebaut werden, mit dem der Reibwert auf Bodenbelägen vor Ort mit unterschiedlichen, möglichst harten Sohlenmaterialien im nassen und trockenen Zustand sowie bei variabler Prüfgeschwindigkeit (zwischen 0,2 und 1 m/s) bestimmt werden kann. Die Messung soll auf kleiner Fläche (Treppenstufe) möglich sein. Das Gerät soll für den praktischen Einsatz vor Ort vor allem hinsichtlich seines Gewichtes leicht handhabbar sein sowie eine einfache Vorbereitung und Auswertung der Messung ermöglichen. Ausgehend von den gestellten Anforderungen soll die Funktionsstruktur aufgestellt sowie mögliche Lösungsprinzipien abgeleitet werden. Diese sind hinsichtlich der Erfüllung der gestellten technischen Anforderungen sowie der zu erwartenden Kosten zu bewerten. Die Vorzugslösung ist in einem Funktionsmuster zu realisieren und nach einem vorgegebenen Programm zu testen. Bei der Entwicklung des Gerätes sind einschlägige nationale und europäische Vorschriften und Regeln (z. B. E DIN 51131) zu berücksichtigen.

FB 2.2 Produkte, mechanische und elektrische Sicherheit

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

Erprobung der Demoversion und anschließende programmtechnische Umsetzung des Ratgebers zur Einbeziehung von Sicherheit und Gesundheit bei der Maschinenkonstruktion

F 1981

N.N.

Geplant

01.04.2005-01.05.2006

Sicherheits- und gesundheitsschutzgerecht zu konstruieren erfordert vom Konstrukteur nicht nur das Zurückgreifen auf eigenes Wissen bzw. Erfahrungen, sondern die Umsetzung aller relevanten Anforderungen, ohne deren Erfüllung ein Produkt nicht erfolgreich auf den Markt zu bringen ist. Die fortschreitende Entwicklung auf dem Gebiet der Sicherheitstechnik, der Ergonomie, des Lärmschutzes, biologischer Arbeitsstoffe u. a. sowie der Vorschriften und Normen zum Bau und Inverkehrbringen sicherer Maschinen macht es für den Konstrukteur erforderlich, auf anwendungsbereite aktuelle Informationen zurückzugreifen. Dazu benötigt er aktuelle Informationen über branchenübergreifende Anforderungen an die Konstruktion, über ausgewählte, konkrete Inhalte des Regelwerkes und Lösungen für die Konstruktion sicherer und gesundheitsschutzgerechter Maschinen. Im geplanten Projekt soll die im Projekt F 1901 entwickelte Demoversion des Ratgebers erprobt und anschließend eine Vollversion einer Software entwickelt werden.

- Vorstellung des Ratgebers auf Fachkongressen, Messen und Seminaren sowie in der Fachpresse (Zeitschriften der Ingenieurvereinigungen).
- Vertrieb außerhalb der BAuA über die Fachöffentlichkeit (BG'en, Gewerbeaufsicht).
- Regelmäßige Aktualisierung des Inhaltes.

FB 2.2 Produkte, mechanische und elektrische Sicherheit

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

SZ 7 Erhöhung des Anteils von sicherheits- und gesundheitsgerecht gestalteten Produkten

Einfluss der Oberflächencharakteristik von Bodenbelägen auf deren Rutschhemmung, untersucht an unprofilieren Belägen mit verschiedenen Nachbehandlungen

F 1982

N.N.

Geplant

01.03.2005-31.08.2006

Projektanlass ist der Unfallschwerpunkt "Stürze in Eingangsbereichen" auf meist unprofilieren Belägen bei eingetragener, stellenweiser, kaum wahrnehmbarer Nässe. Die Prüfung mit mobilen Gleitreibungs-Messgeräten (z. B. mit GMG 100 nach DIN 51 131) vor Ort erbringt auf solchen glatten Böden bei Nässe oftmals unrealistische (erhöhte) Reibwerte. Gesucht werden weitere messbare Parameter, aus denen sich Rückschlüsse auf die rutschhemmenden Eigenschaften der genannten Fußböden ziehen lassen. Die rutschhemmende Wirkung wird neben der Schuhsohle durch mehrere Bodenbelags-Parameter bestimmt, z. B. durch Art des Materials, Oberflächenverschmutzung, Mikrorauhigkeit/Makrorauhigkeit, Härte/Elastizität. Der Einfluss dieser Parameter - einzeln oder kombiniert - auf die Rutschhemmung ist nur unzureichend bekannt.

Ziel des Projektes soll es sein, den Einfluss solcher Parameter am Beispiel verschiedener Nachbehandlungsverfahren (chemo-technisch, mechanisch/feingeschliffen/gestockt, thermisch/geflammt, lasertechnisch beschichtet) auf typischen Bodenbelägen für Eingangsbereiche zu ermitteln. Bei der Parametervariation ist auch der Verschleiß der Beläge mit einzubeziehen. Die Intensität der Nachbehandlung soll unter Beachtung der Reinigbarkeit der Beläge erfolgen. Auftragsverfahren mit Pflegemitteln im Rahmen der Reinigung und Pflege sollen nicht untersucht werden. Bei genauerer Kenntnis der Parametereinflüsse auf die Rutschhemmung kann für bestimmte Einsatzbedingungen (Schuhwerk, Verschmutzung u. a.) ein optimaler Bodenbelag hergestellt bzw. ausgewählt werden. Die Projektergebnisse können von Fußbodenplanern und -herstellern genutzt werden. Sie können in Verarbeitungs- und Verlegevorschriften für Bodenbeläge berücksichtigt werden. Der rutschhem-

mende Effekt von Nachbehandlungen kann jetzt meist nur durch eine abschließende Reibwertmessung festgestellt bzw. auf der Grundlage von Erfahrungen subjektiv eingeschätzt werden. Ist der Einfluss solcher Parameter bekannt, kann von vornherein eine wirksame Nachbehandlung festgelegt werden. In der Phase der Nutzung, insbesondere bei der Reinigung und Pflege, kann anhand von gemessenen Parameterwerten der Prozess der Verglättung besser verfolgt und ggf. rechtzeitig Verbesserungsmaßnahmen eingeleitet werden.

FB 2.2 Produkte, mechanische und elektrische Sicherheit

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

SZ 8 Reduzierung des Anteils von ausgewählten Produktgruppen mit gefährlichen Eigenschaften

Vereinfachte Messverfahren zur Risikobewertung von Licht Emittierenden Dioden (LED)

F 2115

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Geplant

01.08.2005-31.07.2007

Es werden immer mehr Produkte in Verkehr gebracht, die mit Hochleistungs-LED ausgestattet sind. Die Einsatzgebiete reichen von der Anzeige von Messwerten und Betriebszuständen bis zur Strahlungsquelle für Beleuchtungszwecke, Signalgebung, Not- und Hinweisleuchten, Taschenlampen sowie Fahrrad- und PKW-Beleuchtung. Eine Risikobewertung dieser Produkte wird unter Heranziehung der Klassifizierungsregeln für Laser nach EN 60825-1 durchgeführt, wobei die Bestimmung der scheinbaren Quellengröße mit einem hohen Messaufwand und großen Fehlermöglichkeiten verbunden ist. In diesem Projekt soll ein vereinfachtes und einheitliches Messverfahren entwickelt werden, mit dem standardisierte Ergebnisse erbracht werden können. In einem Ringversuch sollen die Ergebnisse verifiziert werden. Durch Untersuchungen an verschiedenen Bauformen (quadratisch, rund, SMD, mit und ohne Reflektor) soll ein Tabellenwerk erstellt werden, mit dem eine vereinfachte Risikobewertung ermöglicht wird. Für die Inverkehrbringer, die Anwender und für die in der Marktaufsicht zuständigen Behörden soll das einheitliche Messverfahren einer vereinfachten Klassifizierung von LED zur Risikobewertung dienen. Eine Risikobeurteilung soll mit dem Tabellenwerk mit Angaben für verschiedene Bauformen und Leistungsdaten ermöglicht werden. Weiterhin sollen die Ergebnisse in die Normungsarbeit einfließen.

Ziel des Projektes ist es, gefährliche LED schneller und einfacher zu erkennen und ggf. vom Markt zu nehmen.

FB 2.3 Anlagen und Verfahren, optische Strahlung

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

SZ 8 Reduzierung des Anteils von ausgewählten Produktgruppen mit gefährlichen Eigenschaften

Entwicklung eines Kompendiums zur Prüfung der ergonomischen Qualität (Gebrauchstauglichkeit) von Produkten

F 2116

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin/N.N.

Geplant

01.03.2005-28.02.2007

Die Qualität von Arbeitsmitteln wird maßgeblich von der sogenannten Produktqualität bestimmt, die sich aus der Summe unterschiedlicher Beschaffenheitsmerkmale (wie z. B. Funktion, Zuverlässigkeit, Wirtschaftlichkeit usw.) zusammensetzt. Die Forderungen des Staates an die Produktqualität von Arbeitsmitteln sind in unterschiedlichen Gesetzen und Verordnungen formuliert, insbesondere im neuen GPSG, der MaschinenRL und der BildscharbV. Der Ergonomie kommt hierbei die Bedeutung zu, die Gebrauchstauglichkeit des Arbeitsmittels, im Sinne der Effektivität und Effizienz bei der Nutzung sowie der Zufriedenstellung des Anwenders, zu maximieren. Vor dem Hintergrund der Miniaturisierung von Produkten und der steigenden Komplexität der Nutzung nimmt die

Bedeutung der ergonomischen Qualität/Gebrauchstauglichkeit weiter zu. Die Prüfung der ergonomischen Qualität erfolgt in der Regel fall- bzw. funktionsspezifisch und ist zudem auf einzelne Produktgruppen bezogen. So existiert aktuell keine allgemeine (d. h. produktunabhängige) Verfahrensweise zur Prüfung der Gebrauchstauglichkeit von Produkten, sondern lediglich produktabhängig formulierte Standards (z. B. zur Prüfung von Bildschirmen oder Software).

Das Projekt zielt darauf ab, ein Kompendium zu entwickeln, das auf einer Konzeption zur Prüfung der ergonomischen Qualität von Produkten aufbaut. Die Prüfung der Gebrauchstauglichkeit von Produkten soll anhand eines solchen Standard-Ablaufschemas vereinheitlicht werden. Zusammenfassend soll die Qualität der Prüfung ergonomischer Kriterien gesichert und verbessert werden. Eine enge Kooperation mit dem Labor der Gruppe 2.5 wird vorausgesetzt.

FB 2.5 Ergonomie

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

SZ 9 Ausbau des Beratungs-, Informations- und Qualifikationsangebots zu Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit

Hochtonaudiometrie und lärmbedingter Hörschaden - Ein Beitrag zur Prävention durch Früherkennung eines vulnerablen Gehörs

F 1936

Institut für Arbeitsmedizin und Sozialmedizin des Universitätsklinikum der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Laufend

31.01.2005

Die BK 2301 "Lärmschwerhörigkeit" ist seit Jahren in Bezug auf die Anzahl der Rentenfälle die häufigste Berufskrankheit. Es besteht Einigkeit darüber, dass die Vulnerabilität des Gehörs individuell verschieden ist und entscheidend zum Risiko der Entwicklung eines lärmbedingten Hörschadens beiträgt. Somit könnte ein Verfahren, das ein individuell erhöhtes Gehörschadensrisiko frühzeitig erkennt, durch rechtzeitig eingeleitete Maßnahmen zur Vermeidung der drohenden raschen Entwicklung der Hörminderung im Sprachfrequenzbereich beitragen. Die derzeitigen Forschungsergebnisse weisen darauf hin, dass Hörverluste im erweiterten Hochtonbereich messbar sein könnten, bevor auffällige Veränderungen im konventionellen Bereich vorliegen. Insofern erscheint eine prognostische Funktion dieses Verfahrens möglich.

Ein quantitativer Zusammenhang zwischen den Hörverlusten im konventionellen Frequenzbereich und denen im Hochtonbereich kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht formuliert werden. Hinsichtlich dieser Fragestellung sollen bereits vorliegende Audiometriedaten von ca. 500 Personen ausgewertet und analysiert werden. Die Ergebnisse sollen ermitteln, ob sich die Hochtonaudiometrie als Verfahren zur Früherkennung eines vulnerablen Gehörs eignet. Dabei sind Methoden für eine mögliche Gehörvorsorge von Lärmarbeitern zu entwickeln.

FB 2.6 Emission von Maschinen, Lärm

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

Geräuschemission von handgeführten Werkzeugmaschinen

F 1957

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.12.2005

Die Messverfahren zur Ermittlung der Geräuschemission von handgeführten Elektrowerkzeugen sollen an Einzelbeispielen auf ihre Praktikabilität hin überprüft werden. Insbesondere soll die in prEN 60745-1 vorgeschlagene Messpunktanordnung in Hinsicht auf systematische und statistische Fehler untersucht werden.

Praxisnahe Lastbedingungen werden ebenfalls untersucht.

FB 2.6 Emission von Maschinen, Lärm

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

Beurteilung von Methoden zur Einhaltung von Grenzwerten entsprechend der neuen EG-Lärm-Richtlinie zum Arbeitnehmerschutz

F 1898

N.N.

Geplant

01.05.2005-31.07.2006

Die neue EG-Richtlinie zum Lärm am Arbeitsplatz weist neben den beiden verminderten Aktionspegeln von 80 und 85 dB(A) insbesondere einen Grenzwert von 87 dB(A) auf, der als Mittelwert über eine 8-stündige Arbeitsschicht nicht überschritten werden darf. Um dies in der Praxis überhaupt umsetzen zu können, wird dabei ausdrücklich die Wirkung von Gehörschutz bei der Bewertung der persönlichen Exposition mit einbezogen. Dabei stellt sich die Frage, in welcher Weise die Dämmung des Gehörschutzes konkret berücksichtigt wird. Im Rahmen des Projektes sollen die vorliegenden Verfahren zur Ermittlung der Schalldämmung unter diesem Gesichtspunkt überprüft und verglichen werden. Es ist ein zweckmäßiges praktikables Verfahren zur Berücksichtigung der Schalldämmung unter praxisnaher Anwendung der Gehörschützer vor dem Hintergrund der Einhaltung des Expositionsgrenzwertes zu erarbeiten.

FB 2.6 Emission von Maschinen, Lärm

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

SZ 8 Reduzierung des Anteils von ausgewählten Produktgruppen mit gefährlichen Eigenschaften

Spezielle Probleme der Geräuschemissionsmessung an Maschinen

F 1989

N.N.

Geplant

01.04.2005-31.03.2007

Die Maschinenrichtlinie, national umgesetzt im GPSG, verlangt vom Maschinenhersteller unter anderem die Angabe von Geräuschemissionswerten in der Betriebsanleitung und in den technischen Unterlagen, in denen die Maschinen präsentiert werden. Da es sich bei der Maschinenrichtlinie um eine New Approach Richtlinie handelt, werden die allgemeinen Anforderungen in europäischen Normen konkretisiert, d. h. die Verfahren zur Messung, Angabe und Nachprüfung der Geräuschemission sind in Normen zur Bestimmung der Schalleistung (DIN EN ISO 3740ff) und zur Bestimmung des Emissionsschalldruckpegels (DIN EN ISO 11200ff) festgelegt. Erarbeitet wurden und werden diese Normen in ISO TC 43 SC1 WG 28. Zur Unterstützung dieser Arbeit in der WG 28 sollen im Rahmen eines Projektes Fragen zur Messpunktreduzierung bei der Schalleistungsmessung unter Berücksichtigung einer vorgegebenen Messgenauigkeit und zu einer den In Situ-Bedingungen besser geeigneten Bestimmung der lokalen Umgebungskorrektur K3 im Vordergrund stehen. Die Umsetzung der Ergebnisse erfolgt durch eine enge Zusammenarbeit mit der Normung in ISO und CEN.

FB 2.6 Emission von Maschinen, Lärm

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

SZ 8 Reduzierung des Anteils von ausgewählten Produktgruppen mit gefährlichen Eigenschaften

Bewertungsverfahren von Emissionen mittlerer und niedriger Intensität

F 2034

N.N.

Geplant

01.02.2005-31.05.2007

Als akustisches Maß zur Bewertung von Emissionen von Produkten als auch Immissionen wird international für verschiedene physikalische Größen wie zum Beispiel dem Schalleistungspegel als auch dem Schalldruckpegel das dB(A) verwendet. Dies weist wegen seines auf der akustischen Energie beruhenden Konzeptes Vorteile für die Entwicklung leiserer Arbeitsmittel als auch der Planung von leiseren Arbeitsstätten auf. Zudem deckt es sich mit dem Dosis-Konzept im Zusammenhang mit der Abschätzung von Gehörschadensrisiken. In Bereichen in denen allerdings nicht der Gehörschaden im Vordergrund steht sondern eher der Komfort oder das Störungs-, Belästigungspotential von Geräuschen, werden zunehmend andere Bewertungsverfahren angewendet. So wird z. B. bei der Bewertung von Computergeräuschen das Sone als Lautheitsmaß und dann interpretatorisch als Kriterium für die akustische Qualität herangezogen. Im Rahmen des Projektes sollen die verschiedenen Bewertungsmaße hinsichtlich ihrer Aussagekraft bezüglich der Beschreibung der akustischen Qualität von Arbeitsmitteln niedriger und mittlerer Intensität und ihre Eignung für die Planung vergleichend untersucht werden.

FB 2.6 Emission von Maschinen, Lärm

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

SZ 7 Erhöhung des Anteils von sicherheits- und gesundheitsgerecht gestalteten Produkten

Experimentelle in-vitro Bestimmung der Belastbarkeit von Segmenten der Lendenwirbelsäule bei wiederholten praxisrelevanten (Ganzkörperschwingungen) Belastungen durch Kompressions- und Schubkräfte

F 1899

Technische Universität Hamburg-Harburg - Arbeitsbereich Biomechanik

Laufend

01.02.2005

Das Gesundheitsrisiko infolge Ganzkörperschwingungen (GKS) hängt von der Belastbarkeit der Lendenwirbelsäule (LWS) für die auf die LWS wirkenden Kräfte ab. Gegenwärtig ist unbekannt, wie hoch die Belastbarkeit von Segmenten der LWS bei sehr häufig wiederholten Belastungen ist, wie sie bei Einwirkung von GKS an Arbeitsplätzen auftreten. Bisher nicht erforscht ist, inwieweit auch die unter GKS auftretenden Schubbelastungen für den Schadensmechanismus von Bedeutung sind. Zur Zeit liegen lediglich Erkenntnisse für sehr niedrige Belastungsfrequenzen unter 1 Hz und maximal 5000 Lastwechsel vor. Diese Erkenntnisse sind nicht übertragbar auf die für GKS relevanten sehr hohen Lastwechselzahlen (ca. 300.000 pro Woche) bei höheren Frequenzen von 2 bis 10 Hz. Unklar ist auch, nach welchen Gesetzmäßigkeiten die am GKS-Arbeitsplatz immer auftretende, gleichzeitige statische, haltungsbedingte Belastung für die Bestimmung der dynamischen Dauerbelastbarkeit zu berücksichtigen ist. Der aktuelle Stand ist im Forschungsbericht der BAfAM Fb 01 HK 061 und im Bericht Fb 889 der BAuA umfassend dargelegt. Die Ergebnisse des Projekts sollen in Vorschläge für Beurteilungsrichtlinien umgesetzt werden, zur Weiterentwicklung und Verifizierung eines Modells der Lendenwirbelsäule beitragen und der Prävention sowie einer besseren Beurteilung der BK 2110 dienen. Ziel des Vorhabens ist es, die mechanischen Eigenschaften und Dauerbelastbarkeit von LWS-Segmenten in vitro für die auf der Grundlage humanexperimenteller Untersuchungen berechneten Kraftverläufe zu bestimmen und Aussagen zur Abschätzung des Gesundheitsrisikos abzuleiten.

Die Ergebnisse sollen dazu dienen,

1. das Gesundheitsrisiko durch GKS quantitativ zu beurteilen,
2. bestehende Normen zu präzisieren,
3. Schwerpunkte für Präventionsmaßnahmen abzuleiten und

4. wissenschaftliche Grundlagen für eine Beurteilung der BK 2110 im Einzelfall bereitzustellen.

International ist ein vergleichbarer Forschungsansatz nicht bekannt.

FB 2.7 Vibrationen, elektromagnetische Felder

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

Entwicklung eines numerischen Kopplungsmodells "Bipolare Herzschrittmacher-Elektrodenanordnungen" für den Frequenzbereich von 10 Hz bis 1 MHz

F 2090

IMST GmbH und Geminus e.G.

Laufend

31.05.2006

An Arbeitsplätzen mit Expositionen gegenüber niederfrequenten magnetischen und elektrischen Feldern muss auch im Hinblick auf eine älter werdende Erwerbsbevölkerung in zunehmender Zahl durch Betriebsärzte die Frage beantwortet werden, ob Träger aktiver elektronischer Implantate wie Herzschrittmacher an diesen Arbeitsplätzen beschäftigt bzw. nach einer Implantation weiterbeschäftigt werden können. Bei Erstimplantationen setzt sich für das Sensing sowohl im Atrium als auch im Ventrikel der Trend zum Einsatz bipolarer Elektroden fort. Diese weisen im Vergleich zu unipolaren Elektrodenanordnungen bis zu Frequenzen von $f < 1$ MHz eine kleinere wirksame "Empfangsfläche" gegenüber externen Störsignalen auf, d. h. bipolare HSM-Elektrodenanordnungen sind störfester. Numerische Kopplungsmodelle beschreiben die Beziehung zwischen externen EM-Feldern und der am Herzschrittmachereingang auftretenden Störspannung. Sie müssen dabei sämtliche Parameter wie Elektrodentyp, Elektrodenführung, HSM-Gehäuse und dessen Lage im numerischen Körpermodell, Gewebeparameter, Erdungsverhältnisse des Körpermodells usw. berücksichtigen. Während zum Kopplungsmechanismus bei unipolaren Elektroden zuverlässigere Kenntnisse vorliegen, sind diese bei bipolaren Elektroden extrem lückenhaft und darum Anlass dieses Projektes. Ziel des Projektes ist, den Gesundheitsschutz und die Flexibilität des Einsatzes von Implantatträgern deutlich zu verbessern. Die Projektergebnisse leisten einen bedeutenden praktischen Beitrag zur qualifizierten arbeitsmedizinischen Beurteilung des beruflichen Einsatzes von Implantatträgern an Arbeitsplätzen mit EMF-Exposition. Sie fügen sich ein in die Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA) durch Verbesserung des Gesundheitsschutzes und eine menschengerechtere Gestaltung der Arbeitswelt, da in vielen Fällen die Weiterbeschäftigung von Implantatträgern an ihren bisherigen Arbeitsplätzen ermöglicht wird. Insgesamt trägt das Projekt F 2090 wesentlich zu einer zukunftsfähigen betrieblichen Gesundheitspolitik bei und fügt sich nahtlos in die aktuellen europäischen Aktivitäten auf dem Gebiet der Standardisierung und Regelsetzung (EU-RL "EMF", Mandat M/351 - EN:2004-05 usw.) auf dem Gebiet der Sicherheit von Trägern medizinischer Implantate an EMF-Arbeitsplätzen ein. Des Weiteren fließen die Projektergebnisse in den EMV-Teil von HSM-Produktnormen ein.

FB 2.7 Vibrationen, elektromagnetische Felder

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

Abschätzung des Expositionsrisikos an Arbeitsplätzen und Bestimmung der Exposition gegenüber elektrischen, magnetischen und elektromagnetischen Feldern unter Berücksichtigung neuer Technologien

F 5072

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

30.06.2005

Auf Grund der starken Zunahme von Anwendungen elektrischer, magnetischer und elektromagnetischer Felder in Telekommunikation, Industrie, Medizin und Forschung entstehen laufend neue Arbeitsplätze mit Exposition

der Beschäftigten durch diese Felder. Verbindliche Regelungen auf europäischer oder nationaler Ebene, die für solche Arbeitsplätze entweder die Emission der Quelle oder die Exposition des Beschäftigten beschränken, existieren bisher nicht. Zuverlässige Zahlen über die Anzahl der Exponierten und die Höhe der Exposition im Einzelfall sind in Deutschland und den meisten Ländern nicht verfügbar. Es ist daher notwendig, parallel zur Erforschung biologischer, in bezug auf den Gesundheitsschutz bedeutsamer Wirkungen elektrischer, magnetischer und elektromagnetischer Felder auch genaue Erkenntnisse darüber zu erhalten, wie viele Menschen an ihren Arbeitsplätzen solchen Faktoren ausgesetzt sind. Dabei sind sowohl für die sofortige als auch eine zukünftige Bewertung in Hinblick auf ein mögliches Gesundheitsrisiko nicht nur alle Kenngrößen der EMF (elektrische und magnetische Feldstärken, Flussdichten, Modulation, effektive Einschaltzeit usw.), sondern auch andere relevante Daten zu erfassen. Die Ergebnisse werden in Datenbanken eingearbeitet und sind eine unverzichtbare Information für epidemiologische Untersuchungen.

FB 2.7 Vibrationen, elektromagnetische Felder

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

Belastung der Lendenwirbelsäule bei Nutzung von realen Fahrersitzen während praxisrelevanter Ganzkörperschwingungen

F 5172

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.12.2006

Dem möglichen Auftreten von ursächlich durch Einwirkung von Ganzkörperschwingungen bedingten Erkrankungen wurde durch Einführung der BK 2110 Rechnung getragen. Dies erfordert sowohl die Beurteilung von vorhandenen Schäden als auch die von Arbeitsplätzen im Sinne der Prävention. Dazu ist die Kenntnis der internen Belastung (Kompressions- und Schwerkkräfte) im Lendenwirbelbereich in Abhängigkeit von praxisrelevanten Bedingungen (Exposition, Haltung, Fahrersitz) und individuellen Voraussetzungen von besonderer Bedeutung. Die Ergebnisse dienen als Grundlage für die stärkere Berücksichtigung von praxisrelevanten Arbeitsbedingungen im nationalen und internationalen Normenwerk. Sie ermöglichen die Beurteilung der Wirksamkeit von technischen Präventivmaßnahmen. Hersteller von mobilen Maschinen und Fahrzeugsitzen können die Ergebnisse zur Qualitätsverbesserung nutzen. Die gewonnenen Erkenntnisse sind für die arbeitsmedizinische Betreuung wegen der Möglichkeit einer besseren Beanspruchungsbeurteilung bedeutsam.

FB 2.7 Vibrationen, elektromagnetische Felder

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

Biodynamische Charakteristika bei Einwirkung von Ganzkörperschwingungen in drei Schwingungsrichtungen separat und simultan

F 5173

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.12.2005

Die weltweit unsichere Datenlage hat zu kontroversen Standpunkten in den internationalen und nationalen Normungsgremien bezüglich der komplexen Beurteilung mehrdimensionaler Ganzkörperschwingungen geführt.

Zur Klärung der offenen Fragen sollen experimentelle Untersuchungen an einem ausreichend großen, ausgewählten Versuchspersonenkollektiv durchgeführt werden. Die Versuchspersonen werden mit dem Hexadrive-Vibrationssimulator gegenüber Ganzkörperschwingungen in Einzelrichtungen und komplex exponiert. Ein Vergleich zwischen diesen Schwingungscharakteristika bei eindimensional oder mehrdimensional einwirkenden Schwingungen soll Aufschlüsse darüber geben, ob die Bewertung in den nationalen und internationalen Normen

dem neuen Erkenntnisstand entspricht. Die Datenanalyse wird Impulse geben für weiteren Forschungsbedarf, die kritische Sichtung vorhandener Normen zur Bewertung von Ganzkörperschwingungen und gegebenenfalls deren Weiterentwicklung.

FB 2.7 Vibrationen, elektromagnetische Felder

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

Rückenmuskelfunktion bei Einwirkung von Ganzkörperschwingungen in drei Schwingungsrichtungen separat und simultan

F 5174

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.12.2005

Bei der Beurteilung eines Gesundheitsrisikos durch Ganzkörperschwingungen werden Reaktionen der Rückenmuskeln bislang nicht, oder nur unzureichend einbezogen, obwohl Muskelkräfte einen erheblichen Einfluss auf die Wirbelsäulenbeanspruchung haben können. Für die Beurteilung komplexer mehrdimensionaler Ganzkörper-vibration fehlen entsprechende Daten und Erkenntnisse.

Zur Klärung sollen experimentelle Untersuchungen an einem ausgewählten Versuchspersonenkollektiv durchgeführt werden. Die Versuchspersonen werden mit dem Hexadrive-Vibrationssimulator gegenüber Ganzkörperschwingungen in Einzelrichtungen und komplex exponiert. Ein Vergleich zwischen den Rückenmuskelreaktionen auf Schwingungscharakteristiken bei eindimensional oder mehrdimensional einwirkenden Schwingungen soll Aufschlüsse darüber geben, inwieweit die Bewertung in den nationalen und internationalen Normen dem neuen Erkenntnisstand angepasst werden muss. Die Datenanalyse wird Impulse geben für weiteren Forschungsbedarf, die kritische Sichtung vorhandener Normen zur Bewertung von Ganzkörperschwingungen und gegebenenfalls deren Weiterentwicklung.

FB 2.7 Vibrationen, elektromagnetische Felder

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

Psychologische Bewertung von Arbeitsbedingungen - Erprobung eines Screeningverfahrens

F 1645

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.12.2005

Das Screening-Verfahren (BASA) soll in betrieblichen Untersuchungen an verschiedenen Arbeitsplätzen in unterschiedlichen Branchen eingesetzt werden. Neben der Erfassung der Arbeitsbedingungen sollen Arbeitsanalysen durchgeführt sowie verschiedene Merkmale des Erlebens erhoben werden. Das bietet die Grundlage für die Validierung des Screening-Verfahrens.

FB 3.3 Arbeitsgestaltung bei psychischen Belastungen, Stress

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

Psychische Belastungen in der Dienstleistungsbranche: Entwicklung eines Instrumentes für die Analyse, Bewertung und Gestaltung interaktiver Arbeitstätigkeiten

F 1912

AuG - Institut für Arbeitspsychologie und Gesundheitsforschung (Arbeitsgemeinschaft)

Laufend

31.12.2005

Der Wandel von einer Industrie- zu einer Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft bewirkt die Zunahme von Arbeitsplätzen im Informations- und Dienstleistungsbereich. Neben der vorliegenden Arbeitsgestaltung haben auch die personellen Kompetenzen einen Einfluss auf mögliche kurzfristige oder langfristige Belastungsfolgen. Dienststätigkeiten im Verkauf (Einzelhandel) oder Schaltertätigkeiten, z. B. in Banken, Postämtern oder im öffentlichen Personenverkehr standen jedoch bisher kaum im Mittelpunkt arbeitspsychologischer Untersuchungen. Ein Grund dafür besteht im Fehlen von Analyseinstrumenten, die neben der Bewertung der Möglichkeiten und Hindernisse für die intentionale Handlungsausführung auch eine Bewertung der Interaktionen und Emotionen zwischen Beschäftigten und Kunden erlauben.

Die Ziele des Projektes sind:

1. Erstellung einer Systematisierung interaktiver Tätigkeiten in der Dienstleistungsbranche.
2. Ermittlung der Belastungssituation (psychische, widersprüchliche, soziale, emotionale usw.) und notwendiger Qualifikationsvoraussetzungen (kommunikative, soziale u. a.) sowie Untersuchung möglicher gesundheitlicher Auswirkungen der Interaktion bei den Beschäftigten.
3. Entwicklung eines Analyseinstrumentes zur Erfassung handlungsregulativer und interaktiver Komponenten sowie regulationsbehindernder, widersprüchlicher und emotionaler Arbeitsanforderungen bezogen auf Verkaufs- und Schaltertätigkeiten.
4. Ableitung von verhältnis- und verhaltenspräventiven Maßnahmen in den untersuchten Bereichen.

FB 3.3 Arbeitsgestaltung bei psychischen Belastungen, Stress

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

Psychische Belastung: Validierung der Checklisten zur Erfassung von Fehlbeanspruchungen - ChEF

F 1997

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.03.2005

Die Checklisten Erfassung von Stress, psychischer Ermüdung, Monotonie und psychischer Sättigung wurden in der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin für die orientierende Analyse psychischer Belastungen entwickelt. Sie sind nicht validiert. Auf der Grundlage des Einsatzes der Checklisten mit weiteren bedingungs- und personenbezogenen Verfahren zur Erfassung und Bewertung psychischer Belastungen im Betrieb erfolgt die Validierung.

FB 3.3 Arbeitsgestaltung bei psychischen Belastungen, Stress

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

Entwicklung und Erprobung einer nutzerfreundlichen Software für die Instrumente SIGMA und BASA

F 2166

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.08.2005

Ziel des Projektes ist die Entwicklung und Erprobung einer nutzerfreundlichen Software für die computerunterstützte Auswertung der mit dem SIGMA- und dem BASA-Verfahren erhobenen Daten in Zusammenarbeit mit

Partnern aus der Praxis. Die Bereitstellung einer Interimslösung auf Basis VBA dient der Vorbereitung der Erstellung einer geschlossenen Software-Lösung.

FB 3.3 Arbeitsgestaltung bei psychischen Belastungen, Stress

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

Einsatz von Modellen im Rahmen der Bewertung neuer und alter Stoffe (zukünftig REACH) sowie bei der Zulassung von Biozid-Produkten - Teil 1: Vergleichende Bewertung von Modellunsicherheiten bei der Abschätzung inhalativer Expositionen

F 1914

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

30.06.2005

Modelle stellen immer eine abstrakte (d. h. verkürzte) Beschreibung der Wirklichkeit dar und sind daher grundsätzlich mit Unsicherheiten behaftet. Demgegenüber steht, dass die gegenwärtig für Bewertungs- und Zulassungsverfahren verwendeten Modelle in Bezug auf ihre Unsicherheiten nicht hinreichend charakterisiert.

Ziel des Projektes ist es, die in der Literatur diskutierten Quellen von Modellunsicherheiten für die verschiedenen Modellierungsansätze zusammenfassend darzustellen und ggf. um zusätzliche Faktoren zu erweitern. Dabei ist vorgesehen, empirische, mechanistische und statistische Modelle in die Betrachtungen mit einzubeziehen. Da Messdaten der wichtigste äußere Maßstab für die Bewertung von Modellunsicherheiten sind, sollen auch die Bedingungen für die Erhebung und Evaluierung von Messdaten berücksichtigt werden. Bei der Analyse mechanistischer Modelle ist zudem beabsichtigt, die Unsicherheiten mit Hilfe von probabilistischen Methoden (Monte Carlo Simulation) zu quantifizieren und damit vergleichbar zu machen. Schließlich sollen die gegenwärtig verwendeten Modelle anhand konkreter Beispiele verglichen und im Hinblick auf ihre Zuverlässigkeit für die Stoffbewertung evaluiert und in eine Reihung gebracht werden.

FB 4.1 Belastungen am Arbeitsplatz

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

Entwicklung von Methoden zur Ermittlung und Beurteilung dermalen Risiken: Auswertung des europäischen RISKOFDERM-Projektes und Umsetzung in das nationale Regelwerk

F 2004

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin/N.N.

Laufend

30.11.2005

Im Rahmen des europäischen Projektes "Risk Assessment of Occupational Dermal Exposure to Chemicals" - RISKOFDERM wurden unter Beteiligung der BAuA vielfältige qualitative und quantitative Informationen über dermale Belastungsszenarien erhoben. Daneben wurde ein Werkzeug erarbeitet, mit dem dermale Risiken am Arbeitsplatz ermittelt und geeignete Schutzmaßnahmen abgeleitet werden können.

Die BAuA hat als Projektpartner Zugang zu allen erhobenen Daten und Ergebnissen.

Im Rahmen des geplanten Projektes sollen die erhobenen Daten aus nationaler Sicht ausgewertet und unter Kenntlichmachung des BAuA-Beitrages in geeigneter Weise einer breiten Fachöffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Das in englischer Sprache vorliegende Material muss für die nationale Verwendung aufbereitet werden (Gremienarbeit, insbesondere Fortentwicklung des technischen Regelwerkes; Expositionsabschätzung alter und neuer Stoffe und biozider Produkte). Der den Erhebungen zugrundeliegende (auf BAuA-Vorschläge zurückgehende) Fragebogen soll anhand der Ergebnisse validiert und zur späteren Verwendung bei betrieblichen Erhebungen angepasst werden.

Insbesondere soll die vorgeschlagene Vorgehensweise zur Risikobewertung und Maßnahmenfindung anhand der betrieblichen Situationen in Deutschland überprüft, falls erforderlich angepasst und bei Eignung in das Regelwerk eingebracht werden.

FB 4.1 Belastungen am Arbeitsplatz

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

Validierung eines DV-gestützten Modells zur Abschätzung der inhalativen und dermalen Exposition bei Sprayprozessen

F 2137

N.N.

Geplant

01.01.2005-31.12.2006

Im Rahmen des Forschungsvorhabens F 1702 "Arbeitsplatzbelastung bei der Verwendung von Biozid-Produkten - Teil 1: Inhalative und dermale Expositionsdaten für das Versprühen von flüssigen Biozid-Produkten" wurde ein mechanistisches Modell zur Abschätzung der inhalativen und dermalen Exposition entwickelt. Hauptanwendungsbereich dieses Modells ist das Zulassungsverfahren Biozid-Produkte bzw. die Bewertungsverfahren für Alt- und Neustoffe.

Das Modell basiert auf der Simulation des dynamischen Verhaltens freigesetzter Tropfen und berücksichtigt die relevanten Mechanismen wie die Verdampfung der Tropfen, die Sedimentation im Erdschwerefeld, den Tropfentransport durch die turbulenten Luftbewegungen im Raum sowie die Impaktion von Tropfen auf Oberflächen. Während das Modell für die Raumfreisetzung von Aerosolen in begrenztem Umfang mit Messdaten verglichen wurde, liegen für das Impaktionsmodul, das den Overspray bei der in der Praxis sehr häufigen Flächenbesprühung beschreibt, bisher keine geeigneten Messdaten vor. Im Rahmen des vorgeschlagenen Forschungsprojektes sollen eine hinreichende Anzahl von Simulations- und Feldmessungen (inhalativ u. dermal) unter Variation wichtiger Einflussgrößen (z. B. Sprühabstand, Sprühdruck, Düsendurchmesser, Partikelgrößenverteilung) durchgeführt werden. Diese Expositionsdaten sollen mit den Vorhersagen des Modells und ggf. anderer geeigneter Modelle verglichen und statistisch ausgewertet werden.

Ziel des Projektes ist es, die Zuverlässigkeit des Modells (und ggf. anderer Modelle) im Hinblick auf die hohe Anforderungen der Zulassungs- und Bewertungsverfahren hinreichend zu beschreiben. Der Vergleich mit Messdaten wird die Grenzen der Belastbarkeit der Modellvorhersagen und der korrespondierenden Risikobewertungen deutlicher erkennen lassen.

Dies wird zur Rechtssicherheit der Zulassungs- und Bewertungsverfahren beitragen. Gleichzeitig wird der Arbeitsschutz gestärkt, da auch die festzulegenden Schutzmaßnahmen und die technischen Bedingungen der Sprühapplikation klarer adressiert und somit Unter- bzw. Überregulierungen vermieden werden können.

Auch der Umfang der sonst üblicherweise durchgeführten Gefahrstoffmessungen wird sich durch den Einsatz eines validierten Modells deutlich reduzieren lassen. Außerdem steht zu erwarten, dass die Projektergebnisse die Weiterentwicklung von Modellen zur Abschätzung von Aerosolbelastungen weiter befördern werden.

Dies gilt auch für die (wenigen) Modelle zur Abschätzung der dermalen Exposition, die gegenwärtig methodisch noch nicht weit entwickelt sind und deren Zuverlässigkeit bzw. Validität nicht oder nur sehr unzureichend bekannt sind.

FB 4.1 Belastungen am Arbeitsplatz

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

SZ 5 Verbesserung des Schutzes vor Gesundheitsrisiken bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen und biologischen Arbeitsstoffen

Verbundprojekt „Untersuchungen zur arbeitsmedizinischen Bewertung der perkutanen Aufnahme ausgewählter Gefahrstoffe“,

1. Teilprojekt: Auswahl geeigneter Stoffe für Feldstudien am Arbeitsplatz zur Bestimmung des Zusammenhangs zwischen inneren Belastungen und dermalen Exposition. Vorbereitung von Forschungsoperationen mit Anwenderbetrieben

F 2046

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.08.2005

Im Rahmen des Projektes sollen Stoffe ermittelt werden, die für Untersuchungen zum Zusammenhang von dermalen Exposition und innerer Belastung besonders geeignet sind. Dieses Projekt unterstützt die Vorbereitung arbeitsplatzbezogener Feldstudien.

FB 4.2 Innere Belastungen und systemische Wirkungen

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

Biomonitoring-Auskunftssystem der BAuA

F 2047

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.08.2006

Das Biomonitoring-Auskunftssystem der BAuA soll die interessierte Öffentlichkeit, vor allem aber Betriebsärzte und andere Akteure des betrieblichen Arbeitsschutzes über Möglichkeiten des Biomonitorings informieren und bei der Beurteilung gemessener Werte unterstützen. Im Verlauf des Projektes soll eine öffentlich zugängliche Datenbank erstellt werden, die Informationen zu biomonitorischen Untersuchungsmethoden, nationale und internationale Grenzwertlisten sowie publizierte biomonitorische Erfahrungswerte miteinander verknüpft.

FB 4.2 Innere Belastungen und systemische Wirkungen

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

Biomonitoring von Mn im Schweißrauch zur Ermittlung eines Grenzwertes der inneren Mn-Belastung durch Schweißrauch unter Berücksichtigung ultrafeiner Stäube

F 5136

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

30.06.2005

Bei einer Reihe von Atemwegs- und Lungenkrankheiten durch Metallstäube/-rauche belasteter Arbeitnehmer werden diese den Metallexpositionen angelastet, ohne dass in der Mehrzahl der Fälle Belege für die Kausalität erbracht werden können. Speziell ist bisher nicht ausreichend geklärt, wie die Metalle in die Haare inkorporiert werden (innere/äußere Beauflagungen), für welchen Zeitraum im (Kopf-)Haar ermittelte Konzentrationen repräsentativ sind und unter welchen Bedingungen möglicherweise Grenzkonzentrationen zur praktischen Umsetzung eines biologischen Monitorings abgeleitet werden können. Beginnend mit Mangan (Mn) sollen durch longitudinale Vergleichsmessungen an exponierten Arbeitnehmern (Schweißer u. a. expositionsrelevante Tätigkeiten) die Zusammenhänge zwischen Luft- und Haarkonzentration an einem ausreichend großen Kollektiv kontrolliert werden. Auf der Basis der ermittelten Zusammenhänge sind früher erhobene Beziehungen zwischen der

Mn-Konzentration im Kopfhair und gefundenen Beanspruchungsparametern (Lungenfunktion, neurodiagnostische Daten, subjektive Beschwerden) neu zu interpretieren.

FB 4.2 Innere Belastungen und systemische Wirkungen

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

Biomonitorische Erfahrungswerte für krebserzeugende Stoffe: Messung der Berylliumkonzentrationen im Urin von Zahntechnikern

F 2139

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Geplant

01.01.2005-31.12.2005

Beryllium, ein Leichtmetall das u. a. in Speziallegierungen verwendet wird, ist in Kategorie 2 der krebserzeugenden Stoffe eingestuft (RL 67/548/EWG). Obwohl Untersuchungsmethoden zur Messung innerer Beryllium-Belastungen entsprechend Exponierter zur Verfügung stehen, fehlen in der arbeitsmedizinischen Praxis Werte zur Beurteilung biomonitorischer Messergebnisse. Ein BAT kann für Beryllium aufgrund seiner krebserzeugenden Wirkung definitionsgemäß nicht aufgestellt werden, und zur Aufstellung einer EKA-Korrelation sind die vorliegenden Daten bisher unzureichend. Zur Hintergrundbelastung der Allgemeinbevölkerung werden in der internationalen Fachliteratur widersprüchliche Angaben gemacht. Zahntechniker können durch Be- und Verarbeitung berylliumhaltiger Legierungen gegenüber Beryllium exponiert sein. Zwar werden in deutschen Dentallaboratorien überwiegend inländisch erzeugte berylliumfreie Legierungen (< 0,1 Masse-%) verarbeitet, doch machten Zahn-techniker-Verbände in den letzten Jahren wiederholt darauf aufmerksam, dass der deutsche Legierungsmarkt von billigen berylliumhaltigen Dentallegierungen aus dem europäischen Ausland und den USA überflutet wird. Innerhalb des Projektes werden bei Zahntechnikern und nichtexponierten Vergleichspersonen die Berylliumkonzentrationen im Urin bestimmt. Als Projektergebnis werden Aussagen zum derzeitigen Niveau innerer Beryllium-Belastungen bei Zahntechnikern erwartet. Darüber hinaus sollen zu den Messergebnissen Angaben zu den jeweils verarbeiteten Legierungen dokumentiert werden. So können gegebenenfalls Zusammenhänge zwischen der Verarbeitung bestimmter Legierungen und den jeweiligen Beryllium-Belastungen hergestellt werden. Die im Projekt ermittelten biomonitorischen Erfahrungswerte für Beryllium im Urin helfen bei der Gefährdungsbeurteilung von Zahntechniker-Arbeitsplätzen. Betriebsärzten, die Zahntechniker arbeitsmedizinisch betreuen, wird durch die veröffentlichten Erfahrungswerte die Beurteilung eigener biomonitorischer Messergebnisse ermöglicht.

FB 4.2 Innere Belastungen und systemische Wirkungen

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

SZ 2 (5) Verbesserung der Prävention arbeitsbedingter Gesundheitsstörungen und Erkrankungen

Untersuchungen zur Praxistauglichkeit nichtinvasiver Methoden im Biomonitoring: II. Validierung und Automatisierung eines Analyseverfahrens zur Bestimmung von Tetrachlorethen in der Ausatemluft mittels Festphasenmikroextraktion

F 2169

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Geplant

01.04.2005-01.09.2006

Ausatempluft hat als Probenmaterial für biomonitorische Untersuchungen im Vergleich zu den derzeit häufig genutzten Probenmaterialien Blut und Urin deutliche Vorzüge: keine invasive oder unangenehme Probenahme, hohe Akzeptanz der Probenahme bei den zu Untersuchenden, keine potentiell infektiösen Abfälle, analytisch einfache Matrix. Trotz dieser Vorteile hat die Analytik der Ausatemluft bisher keine breite Anwendung im Routine-Biomonitoring gefunden. Einer der möglichen Gründe hierfür ist die ungenügende Praktikabilität der gegen-

wärtigen Analysenverfahren. Im Vorläuferprojekt F 2005 wurde deshalb ein Analysenverfahren, das grundsätzlich für ein Routine-Biomonitoring geeignet erscheint, zur Bestimmung der Modellsubstanz Tetrachlorethen in der Ausatemluft entwickelt. Ziel dieses Folgeprojektes ist die Überprüfung der Validität und Automatisierbarkeit des entwickelten Verfahrens zur Beurteilung seiner Praxistauglichkeit.

FB 4.2 Innere Belastungen und systemische Wirkungen

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

SZ 2 Verbesserung der Prävention arbeitsbedingter Gesundheitsstörungen und Erkrankungen

Speziesextrapolation Versuchstier - Mensch am Beispiel arbeitsplatzrelevanter Kanzerogene

F 1876

Beratungsbüro für Risikoabschätzung - Dr. Markus Roller

Laufend

30.09.2005

Es gibt Hinweise darauf, dass bei vergleichender Betrachtung der Tumorrisiken von Asbestfasern in Ratte und Mensch nach Inhalation ein deutlicher quantitativer Unterschied zwischen den beiden Spezies besteht. Dosierungen, die in der Ratte zu vergleichbaren Tumorfrequenzen führten, lagen nach Abschätzungen einiger Autoren etwa 100-fach über den entsprechenden Dosierungen des Menschen. Für Dieselmotoremissionen (DME) weisen analoge Überlegungen bei vergleichbarer Tumorfrequenz auf etwa 10-fach höhere Dosierungen des Menschen hin. Dies wirft die Frage auf, ob sich diese mutmaßlichen Empfindlichkeitsabstände Mensch vs. Versuchstier Ratte im Rahmen einer kritischen Überprüfung für Asbest und/oder DME bestätigen lassen. Weiter stellt sich die Frage, ob sich eine ähnliche Auswertung hinsichtlich mutmaßlicher Empfindlichkeitsabstände Mensch vs. Versuchstier Ratte/Maus/Hamster für weitere arbeitsplatzrelevante Humankanzerogene anstellen lässt. So wären z. B. Verbindungen von Be, Cd, Ni, und Cr(VI), Kohlenteeraerosol, Bischlormethylether, Quarz, 1,2-Dibromethan, Vinylchlorid, Radon und Tabakrauch bei hinreichender Datenlage in eine Literaturliteraturauswertung einzubeziehen. In diesem Projekt soll für arbeitsplatzrelevante Kanzerogene verglichen werden, welche expositionsbezogenen Tumorrisiken Stoffe im Tierversuch und bei Arbeitnehmern zeigten. Weiter sollen die Daten dahingehend ausgewertet werden, welches Modell sich zur Extrapolation auf den Menschen am besten eignet. Dazu sind Aussagen zur Eignung der verschiedenen Tierspezies und zum Applikationspfad zu machen. Die resultierende Studie wertet die vorhandene wissenschaftliche Literatur unter dem Gesichtspunkt eines quantitativen Speziesvergleiches Mensch-Versuchstier für ausgewählte arbeitsplatzrelevante Kanzerogene zusammenfassend aus. Dies trägt zu einer Verbesserung der Ableitung von gesundheitsbasierten Richtkonzentrationen für Kanzerogene bei.

FB 4.3 Toxikologie von Gefahrstoffen

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

Erweiterung des ARW-Konzeptes für Stoffe mit reproduktionstoxischen Eigenschaften (außer Störungen der weiblichen Fertilität)

F 2008

FoBiG Forschungs- und Beratungsinstitut Gefahrstoffe GmbH

Laufend

31.03.2006

Vom Beraterkreis Toxikologie des AGS wurde das "ARW-Konzept" entwickelt, welches für solche Stoffe, für die ein MAK-Wert nicht existiert und für die eine krebserzeugende oder reproduktionstoxische Wirkung nicht bekannt ist, die Aufstellung von Arbeitsplatzrichtwerten (ARW) vorsieht. ARW sollen beruflich exponierte Arbeitnehmer bei kurzfristigen und chronischen inhalativen Belastungen dauerhaft vor gesundheitlichen Schäden schützen. Aufgrund von Unsicherheiten (z. B. Empfindlichkeitsunterschiede zwischen Mensch und Versuchstier)

bei der Ableitung von Luftkonzentrationen, welche Arbeitnehmer dauerhaft vor reproduktionstoxischen Wirkungen schützen sollen, wurden reproduktionstoxische Stoffe seinerzeit aus dem ARW-Konzept ausgeschlossen. Prinzipiell wäre jedoch aufgrund der Art der Effekte (Fertilitätsminderung, Fruchtschädigung) und der Annahme einer Wirkungsschwelle, die Aufstellung eines gesundheitsbasierten Luftgrenzwertes denkbar. In dem geplanten Forschungsprojekt soll die Frage untersucht werden, ob reproduktionstoxische Stoffe in das ARW-Konzept einbezogen werden können sowie Vorschläge für die notwendigen Extrapolationsfaktoren erarbeitet werden. Hinsichtlich Fertilitätsstörungen sollen in diesem Projekt nur Störungen der männlichen Fertilität betrachtet werden. Störungen der weiblichen Fertilität werden zunächst ausgeklammert, da Vorarbeiten hierzu in einem geplanten separaten Forschungsprojekt erarbeitet werden sollen. Die Ergebnisse des Forschungsprojektes sollen aufzeigen, ob für reproduktionstoxische Stoffe ARW aufgestellt werden können. Dadurch könnte die Anzahl von Stoffen mit Luftgrenzwerten erhöht werden, oder die Notwendigkeit zur Erarbeitung spezifischer Schutzmaßnahmen für reproduktionstoxische Stoffe aufgezeigt werden, falls die Ableitung eines gesundheitsbasierten Luftgrenzwertes nicht möglich sein sollte.

FB 4.3 Toxikologie von Gefahrstoffen

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

Untersuchung repräsentativer Neustoffe im LLNA zur Bestimmung der hautsensibilisierenden Wirkungsstärke

F 1877

N.N.

Geplant

01.02.2005-30.04.2006

Mit dem Local Lymph Node Assay (LLNA) steht mittlerweile ein Test zur Bestimmung der hautsensibilisierenden Wirkung von Stoffen zur Verfügung, der als "Stand-Alone-Test" zur Untersuchung des Wirkpotentials geeignet scheint. Darüber hinaus ist dieser Test auch geeignet, relative Wirkungsstärken zu bestimmen. Was derzeit fehlt, ist ein Maßstab, um diese Quantifizierung der Wirkungsstärken vorzunehmen. Im Bereich der Anmeldungen nach ChemG liegen Maximierungstests für Textilfarbstoffe vor, die diese als hautsensibilisierend ausweisen. Nach den Erfahrungen der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) ist ein Hautkontakt der Beschäftigten mit diesen Stoffen wahrscheinlich. Für diese Stoffe hat die BAuA daher ein Verbot angeregt. Im Rahmen des Forschungsprojektes sollen 6 für ein Verbot vorgeschlagene, hautsensibilisierende Textilfarbstoffe im LLNA untersucht werden, um die Wirkpotenz dieser Stoffe zu quantifizieren.

FB 4.3 Toxikologie von Gefahrstoffen

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

SZ 5 Verbesserung des Schutzes vor Gesundheitsrisiken bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen und biologischen Arbeitsstoffen

Erfassung nicht adverser reproduktionstoxikologischer Effekte

F 2140

N.N.

Geplant

01.01.2005-31.12.2005

Gefährliche Eigenschaften von Chemikalien werden in der Regel mittels tierexperimenteller Studien erfasst. Im Bereich der Reproduktionstoxikologie ist eine toxikologische Bewertung derartiger Studien mit besonderen Schwierigkeiten verbunden. Dies ist darin begründet, dass sich stoffliche Gesundheitsgefährdungen auf Entwicklung und Fruchtbarkeit in verschiedenartigsten Ausprägungen manifestieren können. So können zum Beispiel hinsichtlich der Entwicklungstoxizität mannigfaltige Veränderungen an Skelett oder Weichteilen auftreten.

Derartige strukturelle und funktionelle Abweichungen werden in schwerwiegende und weniger bzw. nicht schwerwiegende Phänomene eingeteilt. Erstere werden als Missbildungen bezeichnet, letztere als Variationen oder Retardationen (Wachstumsverzögerungen). Von der Gesamtheit dieser Effekte kann zur Zeit nur ein Teil als eindeutig toxikologisch advers bewertet werden. Die meisten dieser Effekte treten auch ohne Stoffbehandlung spontan in zumeist niedriger Inzidenz auf, was die Praxis der toxikologischen Bewertung zusätzlich erschwert. Dies betrifft insbesondere die Fälle, in denen sich mutmaßlich stoffbedingte Wirkungen in nur geringfügig erhöhten Effektraten äußern. Die Bewertung wird weiter dadurch erschwert, dass in den meisten Fällen keine Kenntnisse vorliegen, ob die in den tierexperimentellen Studien aufgetretenen Veränderungen nach Exposition mit dem jeweiligen Stoff beim Menschen auftreten würden (Spezieskonkordanz). In der Literatur hingegen gibt es Hinweise, dass sich bestimmte Variationen postnatal ohne gesundheitliche Konsequenz zurückbilden. Weiter ist es denkbar, dass verschiedene Wachstumsverzögerungen (Retardationen) nach der Geburt rasch kompensiert werden. Im Rahmen einer Literaturstudie sollen die Daten zusammengetragen werden, die sowohl für den Menschen als auch für die Versuchstierspezies Ratte, Maus und Kaninchen klar belegen, welche spezifischen Wirkungen auf Entwicklung und Fruchtbarkeit sich als toxikologisch nicht advers darstellen. Der Nutzen dieser Erkenntnisse besteht zum einen darin, dass bestimmte Effekte als nicht advers identifiziert werden, was die Bewertung von reproduktionstoxikologischen Studien im Rahmen der Erfassung stoffbedingter Gesundheitsgefährdungen am Arbeitsplatz erleichtert. Zum anderen liefert das Projekt Erkenntnisse darüber, inwieweit sich Konkordanzen zwischen Mensch und den genannten Versuchstierspezies in Bezug auf die als nicht schwerwiegend erkannten Effekte ergeben. Damit kann die Extrapolation von Tierversuchsergebnissen auf den Menschen erleichtert und validiert werden.

FB 4.3 Toxikologie von Gefahrstoffen

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

SZ 5 Verbesserung des Schutzes vor Gesundheitsrisiken bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen und biologischen Arbeitsstoffen

Toleranzschwelle und Akzeptanzschwelle für Gesundheitsrisiken am Arbeitsplatz

F 2010

FoBiG Forschungs- und Beratungsinstitut Gefahrstoffe GmbH

Laufend

28.02.2005

Ausgangspunkt dieses Projektes ist das sogenannte "Ampelmodell", dass das Akzeptanzspektrum für Gesundheitsrisiken am Arbeitsplatz in drei Bereiche (rot, gelb, grün) unterteilt. Das Projekt soll den Blick auf den rot-gelben (Toleranzschwelle) und den gelb-grünen (Akzeptanzschwelle) Übergangsbereich richten. Ziel des Projektes ist, die Literatur zu erfassen, allgemeinverständlich aufzubereiten und auszuwerten, die sich einschlägig auf das Thema einer Toleranz- und Akzeptanzschwelle für Gesundheitsrisiken bezieht. Fachlicher Schwerpunkt dieses Projektes ist die Diskussion zur Akzeptanz und Toleranz von Krebsrisiken. Projektanlass ist die Notwendigkeit, konzeptionelle Überlegungen zur Akzeptanz-Problematik im Rahmen der Gefahrstoffverordnung, des Biozidprodukte-Zulassungsverfahrens und des geplanten Zulassungsverfahrens für CMR-Stoffe im Rahmen der neuen europäischen Chemikalienpolitik durchzuführen. Es wird Aufgabe der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin werden, u. a. auf Basis der Ergebnisse des Forschungsprojektes ein konkretes Konzept für eine allgemeine Toleranz- und Akzeptanzschwelle für Gesundheitsrisiken am Arbeitsplatz vorzuschlagen und dieses z. B. im Rahmen des Zulassungsverfahrens für Biozid-Produkte anzuwenden.

FB 4.4 Risiken durch Gefahrstoffe

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

Unsicherheitsanalyse der Pfad-Extrapolation oral/inhalativ

F 2142

N.N.

Geplant

01.01.2005-31.12.2005

Im Rahmen des F 1824-26 wurde ein neues Modell zur Wirkungsabschätzung entwickelt, das Methoden der Wahrscheinlichkeitsrechnung nutzt. Dazu werden die einzelnen Schritte bei der Übertragung tierexperimenteller Daten auf den Menschen als Verteilungsfunktion beschrieben. Für die Pfad-zu Pfad-Extrapolation ist die mögliche Datenbasis zur Erstellung einer Verteilungsfunktion noch nicht gezielt erhoben und analysiert worden, sie wird daher in dem o. g. Projekt bisher nicht adäquat berücksichtigt. Diese Lücke ist gerade für den Arbeitsschutz von einschneidender Bedeutung: in der Regel müssen die Risiken am Arbeitsplatz vor dem Hintergrund oraler Daten zur toxikologischen Wirksamkeit bewertet werden. Dazu bedarf es der Übertragung der oralen Daten auf den inhalativen oder dermalen Belastungspfad. Dieses Projekt soll nun die Lücke schließen. Vergleichbare Datensätze zur oralen und inhalativen Toxizität einzelner chemischer Stoffe sollen analysiert und miteinander in Beziehung gesetzt werden. Aus den Ergebnissen soll eine Verteilungsfunktion aufgebaut werden, die den empirischen Zusammenhang zwischen oralen und inhalativen Studienergebnissen beschreibt. Die Verteilungsfunktion zur Pfad-Extrapolation soll in das neue Modell der Wirkungsabschätzung integriert werden und dazu beitragen, Schätzunsicherheiten bei der Übertragung tierexperimenteller Daten auf den Menschen gezielt weiter zu reduzieren bzw. analysierbar zu machen. Die Angabe des zu einem bestimmten Luftgrenzwert gehörigen Schutzniveaus wird präziser und vor allem zuverlässiger. Das Projekt dient der Weiterentwicklung des Verfahrens zur Risikoabschätzung mit Hilfe der Wahrscheinlichkeitsrechnung und trägt damit zur Verbesserung des Schutzes vor Gesundheitsrisiken bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen bei.

FB 4.4 Risiken durch Gefahrstoffe

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

SZ 5 Verbesserung des Schutzes vor Gesundheitsrisiken bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen und biologischen Arbeitsstoffen

Einfluss der Intraspeziesvariabilität von Versuchstieren auf die Ableitung von gesundheitsbasierenden Referenzwerten

F 2143

N.N.

Geplant

01.01.2005-31.12.2005

Bei der Ableitung von gesundheitsbasierten Referenzwerten für Gefahrstoffe am Arbeitsplatz sollen individuelle Sensitivitätsunterschiede angemessen berücksichtigt werden. Unlängst wurden dazu im Rahmen des F 1824-26 die zur Verfügung stehenden Daten zur menschlichen Variabilität ausgewertet und als Verteilungsfunktionen dargestellt. Dabei ergab sich folgende Schwierigkeit: Im Rahmen der Wirkungsabschätzung wird eine Interspezies- und eine Intraspezies-Extrapolation durchgeführt. Die Intraspezies-Extrapolation für den Menschen soll den Unterschied besonders empfindlicher Personen zum Durchschnitt beschreiben und impliziert, dass die Interspezies-Extrapolation vom durchschnittlich empfindlichen Versuchstier zum durchschnittlich empfindlichen Menschen erfolgt. In Abhängigkeit vom Typ der erhobenen Befunde (kontinuierliche Daten, Inzidenzdaten) trifft dies jedoch nicht zwangsläufig auf jeden NOAEL aus einem Tierversuch zu. Die Auswirkungen auf die Gesamtbewertung eines Stoffes sind schwer abzuschätzen. Dieses Forschungsprojekt soll die verbleibenden Fragen zur Intraspeziesvariabilität systematisch analysieren und einer Lösung zuführen. Literaturdaten zu Rattenstudien mit wiederholter Verabreichung sollen mit Blick auf die Intraspeziesvariabilität der Ratte ausgewertet werden. Der Vorschlag zur Berücksichtigung der Intraspeziesvariabilität bei der Wirkungsabschätzung soll weiter konkretisiert werden. Die Ergebnisse des Forschungsprojektes werden in erster Linie zu methodischen Verbes-

serungsvorschlägen für die Beschreibung der Intraspeziesvariabilität führen. Sie werden helfen, die Übertragung tierexperimenteller Daten auf den Menschen qualitativ zu verbessern und damit einen Beitrag leisten zur Weiterentwicklung des Verfahrens zur Risikoabschätzung mit Hilfe der Wahrscheinlichkeitsrechnung. Das Forschungsprojekt ist ein Baustein zur Verbesserung des Schutzes vor Gesundheitsrisiken bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen.

FB 4.4 Risiken durch Gefahrstoffe

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

SZ 5 Verbesserung des Schutzes vor Gesundheitsrisiken bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen und biologischen Arbeitsstoffen

Evaluierung von Effektmarkern bei Schweißrauchbelastung

F 2021

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin/N.N.

Laufend

31.03.2005

In diesem Projekt werden Entzündungsmarker und andere immunologische Parameter im Serum von Schweißern untersucht. Anschließend erfolgt eine Evaluierung dieser "Beanspruchungsparameter" durch Vergleich der Parameter vor der Arbeitsschicht und nach der Arbeitsschicht und durch Vergleichsmessungen in einem nicht Schweißrauch belasteten Kontrollkollektiv.

FB 4.5 Wirkung von biologischen und chemischen Arbeitsstoffen

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

Entwicklung von Methoden zur Erfassung luftgetragener biologischer Arbeitsstoffe durch eine quantitative Polymerase-Kettenreaktion (PCR)

F 2064

Justus-Liebig Universität Giessen

Laufend

31.12.2007

Mikroorganismen werden derzeit zum Zweck der Arbeitsplatzüberwachung durch Kultivierung auf (spezifischen) Nährböden nachgewiesen und quantifiziert. Dabei kann grundsätzlich nur der Anteil an vermehrungsfähigen Mikroorganismen nachgewiesen werden. Eine größere Anzahl von Mikroorganismen gilt derzeit als nicht kultivierbar. Erregerspezifische Untersuchungen sind aktuell nur mit sehr großem Arbeits- und Zeitaufwand möglich, so dass entsprechende Analysen sehr kostenaufwendig sind. Fundierte Expositionsbewertungen an Arbeitsplätzen, an denen mit Infektionserregern bzw. Auslösern von Allergien zu rechnen ist, sind nur anhand quantitativer als auch qualitativer Analysen überprüfbar.

Im Rahmen des Projektes soll mit einer entsprechend modifizierten quantitativen PCR eine Routineanwendung für luftgetragene biologische Arbeitsstoffe entwickelt und auf Praxistauglichkeit geprüft werden. Die zu entwickelnde Methode soll zuverlässig, im Aufwand begrenzt und zeitnah eine hinreichende Qualifizierung der Mikroorganismen ermöglichen. Zusätzlich zur Lösung einiger grundsätzlicher Probleme in der messtechnischen Überwachung von Schutzmaßnahmen eröffnet der Erkenntnisgewinn die Möglichkeit, Expositionsdaten mit epidemiologischen Erkenntnissen zusammenzuführen. Nach BioStoffV sind bei Umgang mit biologischen Arbeitsstoffen im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung Art, Ausmaß und Dauer der Exposition zu ermitteln. Die Umsetzung erfolgt u. a. über den Ausschuss für Biologische Arbeitsstoffe.

FB 4.7 Biologische Arbeitsstoffe, Gentechnik

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

Charakterisierung ultrafeiner Stube für den Arbeitsschutz Teil 2

F 2075

Institut und Poliklinik für Arbeits- und Sozialmedizin der Justus-Liebig Universität Gießen

Laufend

31.07.2006

Zur Bestimmung von ultrafeinen Partikeln (UFP) in Umwelt- als auch in Arbeitsbereichen wird gegenwärtig das Mobilitatsspektrometer als Routinemessgerat eingesetzt. Diese Geräte liefern Aussagen zu Anzahlkonzentrationen von Agglomeraten - ohne weitere Charakterisierung der Primärteilchen. Damit sind diese Geräte (u. a. auch wegen ihrer Größe und methodischen Schwierigkeiten) nur bedingt für die Charakterisierung von UFP in Hinblick auf arbeitsmedizinische Fragestellungen geeignet. Wesentlich mehr Informationen sind nach Expertenmeinung zur Bewertung der UFP notwendig, u. a.:

- Aussagen über die Morphologie von UFP;
- Informationen über die Agglomeratbildung;
- Verhältnis der Agglomerat- zu den Primarteilchenkonzentrationen,
- Anzahl- bzw. Oberflächenkonzentrationen dieser Primärteilchen und
- Aussagen zu den Löslichkeiten der UFP.

Aus diesem Grund müssen die personengetragenen Probenahmeverfahren für UFP, die auf einer elektronenmikroskopischen Auswertung beruhen und damit erste Antworten auf o. g. Fragestellungen geben können, modifiziert, angepasst und validiert werden. Mit der im Teil 1 des Projektes entwickelten und im Teil 2 zu validierenden Messmethode können ultrafeine Stube bezüglich ihrer Massenkonzentrationen, der gesamten Primarteilchenzahl einschließlich ihrer Durchmesser- sowie der Zahl ihrer Aggregate und deren Größenverteilung charakterisiert werden. Es ist zu erwarten, dass diese Primarteilchenkonzentrationen (u. a. je Kubikmeter Luft bzw. auch je mg E-Staub) ebenso wie die Angabe zur Größenverteilung der Primärteilchen für bestimmte Situationen der Entstehung der ultrafeinen Aerosole charakteristisch sind und diesbezüglich verallgemeinert werden können. Damit steht neben den Routinemessungen eine ergänzende wirkungsrelevante Charakterisierung der UFP zur Verfügung, als ein wichtiger Baustein für eine mögliche arbeitsmedizinische Bewertung von UFP.

FB 4.5 Wirkung von biologischen und chemischen Arbeitsstoffen

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

Übertragbarkeit der Methode des High Throughput Screenings bei der Arznei-Wirkstoff-Suche auf Industriechemikalien

F 2062

N.N.

Geplant

01.01.2005-31.12.2005

Eine Vielzahl von Altstoffen ist nicht hinreichend auf gefährliche Eigenschaften geprüft. Anders ist dies bei neuen Stoffen, allerdings liegt ihr Anteil an im Markt befindlichen Stoffen unter 10 %. In der Pharmaforschung wird in immer größerem Maße die Methode des High Throughput Screenings bei der Suche nach wirksamen und verträglichen Stoffen eingesetzt. Diese Methode könnte auch bei der Suche nach Industriechemikalien mit hoher technischer Wirksamkeit und ohne gefährliche Eigenschaften hilfreich sein.

Ziel des Projektes ist die Prüfung der Machbarkeit der Übertragung der Methode des High Throughput Screenings bei der Suche nach wirksamen und verträglichen Stoffen von Arzneistoffen und Diagnostika auf Industriechemikalien am Beispiel der Technischen Regeln für Gefahrstoffe zu Ersatzstoffen, den TRGS der Reihe 600.

Ein weiteres Ziel des Projektes ist die Schaffung eines Instrumentes zur gezielteren Entwicklung weniger gefährlicher chemischer Stoffe und Produkte.

FB 4.6 Umgang mit Gefahrstoffen

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

SZ 6 Erhöhung des Anteils anwendungssicherer chemischer Arbeitsstoffe

Erprobung und Praxiseinführung des "Risikorechner Haut"

F 2141

N.N.

Geplant

01.01.2005-01.06.2006

Hauterkrankungen sind eine der häufigsten Ursachen von Berufskrankheitsanzeigen, Arztbesuchen und Fehlzeiten. Ihre Vermeidung ist daher sowohl unter Arbeitsschutz- als auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten ein vorrangiges Ziel. Nach der neuen Gefahrstoffverordnung sind neben den inhalativen ausdrücklich auch dermale Risiken zu beurteilen. Die neue TRGS "Gefährdung durch Hautkontakt" bietet einen allgemeinen Rahmen für die Beurteilung. Es fehlt allerdings noch an konkreten Handlungshilfen für die Praxis. Das von der BAuA (F 1593) und dem HVBG teilgeförderte EU-Projekt "Risk of occupational dermal exposure to chemicals Teil 4: Praxistaugliches Entscheidungsschema zur Beurteilung der dermalen Exposition" hat als Ergebnis ein auf Expertenwissen, Literaturvergleichen und exemplarischen Messwerten basierendes Rechnerprogramm (in englischer Sprache) geliefert, den sog. Risikorechner Haut. Mit seiner Hilfe sollen dermale Risiken beim Umgang mit Gefahrstoffen qualitativ bewertet und die Eignung von Schutzmaßnahmen vor Ort abgeschätzt werden können. Das Programm benutzt die am Arbeitsplatz verfügbaren Informationen. Es läuft unter einer benutzerfreundlichen und auch für Laien verständlichen Programmoberfläche und könnte zur Gefährdungsermittlung und Ergebnisdokumentation eingesetzt werden. Vor einer weiten Streuung soll der Risikorechner Haut systematisch auf möglichst viele Szenarien angewendet werden um seine Differenzierungsfähigkeit und Richtungssicherheit für Arbeitsplatzsituationen in Deutschland zu testen. Außerdem sollen ggf. noch vorhandene Programmierfehler und eventuelle falsche Wichtungen in den hinterliegenden Programmalgorithmen identifiziert und behoben werden. Für die Praxiseinführung sind geeignete Kooperationspartner sowie geeignete Wege zur Bekanntmachung des Risikorechners zu identifizieren, und Methoden zur gezielten Gewinnung von Rückmeldungen aus der Praxis zu entwickeln. Der Risikorechner Haut soll als leicht zugängliches und leicht nutzbares Instrument die betriebliche Gefährdungsbeurteilung vor Ort unterstützen. Er soll die Beurteilung der Auswirkungen von Schutzmaßnahmen durch Betriebsinhaber, Sicherheitsfachkräfte und Aufsichtsdienste erleichtern und zur Dokumentation der Gefährdungsbeurteilung verwendbar sein. Der im EU-Kontext entwickelte Risikorechner Haut soll die Rahmenvorschriften der Gefahrstoffverordnung und der Technischen Regeln praxisgerecht und situationsbezogen unterstützen.

FB 4.6 Umgang mit Gefahrstoffen

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

SZ 5 Verbesserung des Schutzes vor Gesundheitsrisiken bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen und biologischen Arbeitsstoffen

Überprüfung der Aussagekraft gemittelter Konzentrationen bei der Erfassung biologischer Arbeitsstoffe an Arbeitsplätzen

F 1921

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin/N.N.

Geplant

01.01.2005-31.12.2005

Die Messstrategie zur Erfassung biologischer Arbeitsstoffe wird in der TRBA 405 beschrieben. Als Maß für die Exposition wird die mittlere Konzentration über einen definierten Zeitraum empfohlen. Dazu sind in Abhängigkeit von der Probenahmedauer eine bestimmte Mindestanzahl von Einzelprobenahmen durchzuführen und als Ergebnis der Median bzw. der arithmetische Mittelwert zu berechnen. Jede Einzelprobe kann dabei beliebig kurz, jedoch auch über eine Stunde genommen werden. Die Konzentrationen biologischer Arbeitsstoffe schwanken i.d.R. sehr stark, so dass entsprechende Messergebnisse per se gemittelte Momentaufnahmen wiedergeben. Da die Erfassung jedoch auf lebende Organismen gerichtet ist, ergeben sich zwangsläufig auch biologisch bedingte Vorgaben bezüglich der maximalen Einzelprobenahmedauer. Im Rahmen des Projektes sollen durch exemplarische Messungen an unterschiedlichen Arbeitsplätzen die Vorgaben der TRBA 405 bezüglich der Einzelprobenahmedauer und der daraus abgeleiteten mittleren Konzentration einer kritischen Kontrolle unterzogen werden. Durch die Ergebnisse wird die Aussagekraft entsprechender Untersuchungen verbessert. Die Ergebnisse fließen direkt in die Überarbeitung der TRBA 405 ein, die Messstrategien zur Ermittlung von Expositionen bei Umgang mit biologischen Arbeitsstoffen vorgibt. Durch die Vorgabe der Messstrategie kommt der TRBA 405 bei der Gefährdungsbeurteilung bzw. der Überprüfung technischer Kontrollwerte eine zentrale Stellung zu. Die Absicherung der Aussagekraft von Messergebnissen an dieser Stelle ist deshalb von grundlegender Bedeutung.

FB 4.7 Biologische Arbeitsstoffe, Gentechnik

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

SZ 5 Verbesserung des Schutzes vor Gesundheitsrisiken bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen und biologischen Arbeitsstoffen

Beschreibung der ordnungsgemäßen Verwendung und einzuhaltender guter fachlicher Praxis bei der Verwendung und Entsorgung von Biozid-Produkten der Produktarten 1- bis 14, 16, 18 bis 22 des Anhangs V der Richtlinie 98/8/EG

F 1929

Hydrotox Labor für Ökotoxikologie und Gewässerschutz GmbH

Laufend

28.02.2005

§ 12b des ChemG nennt die Voraussetzungen für die Zulassung eines Biozid-Produktes. Danach ist Zulassungsvoraussetzung, dass keine unannehmbaren Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch und Tier und auf die Umwelt vorhanden sein dürfen. Konkrete Umgangsvorschriften enthält der Abschnitt II a des ChemG jedoch nicht. Vielmehr kann die Zulassungsbehörde zur Erfüllung der Zulassungsvoraussetzungen Nebenbestimmungen zum sicheren Umgang festlegen. Das Projekt soll dazu dienen, Nebenbestimmungen zum sicheren Umgang von Biozid-Produkten näher zu definieren. Als Ergebnis sollen allgemein anwendbare Anleitungen für den sicheren Umgang mit Biozid-Produkten, spezifiziert nach den Verwendungskategorien "privat" oder "gewerblich", vorgeschlagen werden. Diese können als Nebenbestimmungen im Zulassungsbescheid oder als Hinweise für die Anwender formuliert werden.

FB 5.3 Zulassungsverfahren Biozide

AP 2.4 Entwicklung und Verbesserung von Methoden und Instrumenten zur Erkennung und Bewertung von Risiken

2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

Zeitarbeit als Beschäftigungsform nimmt kontinuierlich zu. Andererseits stuft die Unfallversicherung kleinere Zeitarbeitsfirmen in die höchsten Risikostufen ein. Die Qualität dieser Dienstleistung hängt künftig besonders von der sicheren und gesunden Gestaltung der Zeitarbeit ab. In einer Lebensarbeitszeitperspektive kommt der Gestaltung von Dauer, Lage und Rhythmus der Arbeitszeit bei bestimmten Berufsgruppen wie beispielsweise der Polizei eine besondere Bedeutung zu. Wie diese Lebensarbeitszeitperspektive unter Bewertung einer beruflichen Dauerbelastung einzuschätzen ist, wird anhand der Belastung im Polizeidienst näher untersucht.

Produkte, Arbeitsplätze und Arbeitsstätten müssen im Hinblick auf eine sicherheits- und gesundheitsgerechte Gestaltung beurteilt werden. Schwerpunkte bei den Produkten bilden Handmaschinen, die aus Sicht der Handhabung durch Ältere betrachtet werden, Geräuschemission bei der Holzbearbeitung sowie die PSA für handgeführte Laser. Bei den Arbeitsstätten stehen Lüftungstechnische Fragen im Zusammenhang mit der neuen Arbeitsstättenverordnung im Vordergrund. Zudem werden Grundlagen der Produktgestaltung erarbeitet. Hier geht es insbesondere um die Modellierung der Lendenwirbelsäule bei der Beanspruchung durch Ganzkörpervibrationen.

Die im Arbeitsschutzgesetz geforderte Gefährdungsbeurteilung setzt an vergleichbaren Arbeitsplätzen an. Trotz vielfacher inhaltlicher und zeitlicher Standardisierung von Arbeitstätigkeiten kommt es interindividuell zu erheblichen Unterschieden im Vorgehen und der Leistung. Diese arbeitspsychologisch kaum untersuchten Unterschiede wirken sich auch auf das (Fehl-) Beanspruchungserleben der betroffenen Beschäftigten aus. Ziele der Studie sind: Ist-Analyse individueller Arbeitsweisen bei Pflege Tätigkeiten im Krankenhaus, Identifikation optimaler Strategien, Verallgemeinerung dieser Strategien, der Übertragung in Lernpläne, der Prüfung ihrer Wirksamkeit und der Erstellung eines Leitfadens.

Moderne Zeitarbeit

F 1940

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Geplant

01.01.2005-30.06.2005

Anders als in Deutschland ist Zeitarbeit im europäischen Ausland ein bedeutendes und hoch angesehenes Beschäftigungssegment. Zeitarbeit unterstützt dort den Strukturwandel der Wirtschaft hin zu einer modernen Dienstleistungs- und Wissensökonomie. In Frankreich und Holland sind Zeitarbeitsnehmer häufig qualifizierte, gut bezahlte Arbeitnehmer, die sich in ihrem Status nicht von Mitarbeitern in "normalen" Arbeitsverhältnissen unterscheiden. Der Sektor Zeitarbeit ist in diesen Ländern ein wichtiges Beschäftigungssegment gerade in wissensintensiven Branchen und trägt entscheidend zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit bei. In Deutschland sind die Potenziale von moderner, qualifizierter Zeitarbeit dagegen bei weitem nicht ausgeschöpft. Es dominiert der so genannte "Helfermarkt" mit gering qualifizierten Arbeitskräften, die zu noch geringeren Preisen entliehen werden und kaum einen Anziehungspunkt für qualifizierte Arbeitskräfte bilden. Trotz der derzeit laufenden Reformen der institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen, die den Weg für Zeitarbeit als eine moderne und innovative Dienstleistung ebnen sollen, bedarf es daher erheblicher zusätzlicher Anstrengungen. Dazu muss die Zeitarbeitsbranche sich neu definieren. Wenn es gelingt, die derzeitigen Formen der Zeitarbeit in Deutschland in ein modernes Konzept von Zeitarbeit als qualitativ hochwertige Dienstleistung zu überführen, dürfte davon, darin sind sich alle Experten einig, ein erheblicher Arbeitsmarkt- und Beschäftigungseffekt ausgehen. Die Gestaltung des Themenfeldes "Sicherheit und Gesundheit in der Zeitarbeit" kommt deshalb große Bedeutung für die "Hochwertigkeit" der Dienstleistung zu.

FB 1 Strategie und Grundsatzfragen

AP 2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

SZ 4 Förderung sicher und gesund gestalteter Arbeitssysteme

Lebensarbeitszeit und berufliche Belastung

F 2124

N.N.

Geplant

01.01.2005-31.12.2006

Neben den allgemein gültigen Gestaltungsempfehlungen zur Festlegung von Dauer, Lage und Rhythmus der Arbeitsphasen bestehen für einige Tätigkeitsbereiche aufgrund der spezifischen Anforderungen besondere Regelungen. Ein Bereich, der von einer solchen Sonderregelung betroffen ist bzw. war, ist die Polizei. Ausgehend von der Annahme, dass Beschäftigte bei der Polizei aufgrund ihrer Tätigkeit sowohl besonderen körperlichen als auch psychischen Belastungen ausgesetzt sind, wurde das Renteneintrittsalter der Polizisten auf 60 Jahre gesenkt. Die Begründung für diese Maßnahmen wurde u. a. durch das von Rutenfranz, Rohnert und Nachreiner 1987 vorgelegte Gutachten begründet. Zwischenzeitlich hat sich die Gesamtsituation bei der Polizeitätigkeit sowohl im Hinblick auf die Rahmenbedingungen als auch bezogen auf die spezifische Belastungssituation verändert. Auch bei der Polizei - ähnlich wie in anderen Arbeitsbereichen - macht sich die demographische Entwicklung bemerkbar. Die Anzahl Älterer nimmt zu, gleichzeitig ist auch bedingt durch die Einstellungspraxis der Anteil Jüngerer zurückgegangen. Heute werden bei der Einstellung von Kollegen häufig die nur unzureichenden Einstellungs Voraussetzungen beklagt. Was die spezifische Belastungssituation betrifft, so hat sich für viele Polizisten im Streifendienst schon seit einiger Zeit die Belastung durch die Arbeit im Schichtdienst deutlich erhöht. Seit Anfang der 90er Jahre werden auch Frauen im Dienst auf den Streifenwagen im Schichtdienst beschäftigt. Den Frauen wird in der Regel die Möglichkeit eingeräumt, in der Familienphase in den Tagdienst in die Wachen zu wechseln. Ältere Kollegen können dementsprechend nicht mehr in den Tagdienst wechseln. Vor dieser Situation stellt sich die Frage, ob eine geplante Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 63 Jahre bei gleichzeitiger Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit unter dem Aspekt von Sicherheit und Gesundheit vertretbar ist. Bei der Betrachtung der Gesamtsituation ist die unterschiedliche Belastung in den Laufbahn- bzw. Tätigkeitsgruppen zu berücksichtigen. Aus den Ergebnissen sollen Empfehlungen für die Gestaltung der Arbeitszeit abgeleitet werden.

FB 1.2 Soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Arbeitsschutzberichterstattung

AP 2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

SZ 4 Förderung sicher und gesund gestalteter Arbeitssysteme

Ermittlung des Einflusses altersabhängiger Veränderungen der Bedienpersonen auf die Anforderungen für die Konstruktion sicherer Handmaschinen; Kurztitel: Sichere Handmaschinen für ältere Beschäftigte

F 2118

N.N.

Geplant

01.03.2005-25.02.2007

Der demografische Wandel führt innerhalb des deutschen Arbeitsmarktes dazu, dass im Verlauf des nächsten Dezeniums verstärkt auf ältere Arbeitnehmer zurück gegriffen werden muss. Wie mehrere Untersuchungen festgestellt haben, führen geriatrische Prozesse zu Verlusten beim Sehvermögen, Hörvermögen, den physischen Kräften und den Fähigkeiten zur Informationsverarbeitung. Es wird empfohlen, dieser Tatsache durch Maßnahmen wie Mischarbeitsplätze, organisatorische Arbeitsprozessveränderungen, Training des physischen Arbeitsvermögens sowie ergonomische Veränderungen bei Arbeitsmitteln und an Arbeitsplätzen zu begegnen. Für drehschlagende und schlagende handgehaltene Arbeitsmittel ist nicht bekannt, inwieweit die vorbezeichneten Faktoren für die Arbeitnehmergruppe zwischen 45 und 65 Jahren bei der Konstruktion und ergonomischer Gestaltung dieser Handmaschinen berücksichtigt werden.

Ziele des Forschungsprojektes sind:

- Ermittlung der relevanten altersabhängigen Einflussfaktoren auf die Handhabung und das Unfall- und Gesundheitsrisiko bei realer Benutzung von Handmaschinen (z. B. Greifkraft, Andruckkraft, Halten und Transport des Arbeitsmittels, Arbeitsleistung, Lärm, Vibration, Klima)
- Wichtung der Einflussfaktoren in Abhängigkeit ausgewählter Maschinenarten
- Vorschläge für eine sichere Produktgestaltung unter Beachtung der altersabhängigen Einflüsse
- Erarbeitung von Prinziplösungen

FB 2.2 Produkte, mechanische und elektrische Sicherheit

AP 2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

SZ 7 Erhöhung des Anteils von sicherheits- und gesundheitsgerecht gestalteten Produkten

Erprobung und Vergleich von Präsenzdetectoren mit Infrarot-Sensoren bzw. Laserscanner für Zwecke der Personenerkennung und Kollisionsvermeidung

F 1857

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.03.2006

Ein erheblicher Anteil tödlicher Unfälle, die sich in den zurückliegenden Jahren in der deutschen gewerblichen Wirtschaft ereigneten, geschah bei der Rückwärtsfahrt von Lastkraftwagen, Erdbaumaschinen (Bagger, Lader usw.) oder Gabelstaplern. Als Rangier-Warneinrichtungen werden in der Praxis häufig Systeme auf der Basis von Ultraschallsensoren eingesetzt. Bei der praktischen Untersuchung derartiger Systeme im Rahmen des Eigenforschungsprojektes F 1610 wurde eine mangelhafte Erkennungsrate von Prüfkörpern festgestellt. Es ist zu vermuten, dass das Ultraschall-Messprinzip für die gestellte Aufgabe nicht optimal ist. Daher sollen als alternative Messprinzipien Infrarot-Sensoren und Laserscanner darauf untersucht werden, welche Erkennungsraten unter gleichartigen Bedingungen wie im Projekt F 1610 mit ihnen zu erzielen sind. Der direkte Vergleich mit den entsprechenden Daten, die mit den Ultraschallsensoren ermittelt wurden, erlaubt eine objektive Beurteilung der Schwächen und Stärken der angewandten Messprinzipien sowie eine Entscheidung, welche für den Einsatz in Rangier-Warneinrichtungen unter welchen Randbedingungen am besten geeignet sind. Aus den Ergebnissen können Hersteller und Verwender Rückschlüsse im Hinblick auf die Zuverlässigkeit der Personenerkennung und die Praxistauglichkeit der Sensoren ziehen.

FB 2.3 Anlagen und Verfahren, optische Strahlung

AP 2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

Leckageuntersuchungen an Flachdichtungen für Mannlochverschlüsse bei hohen Temperaturen

F 1888

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.03.2005

In fast allen lösbaren Verbindungen und Verschlüssen von medienführenden Anlagenkomponenten kommen Dichtungen zum Einsatz. Die Wirksamkeit von Dichtungen ist dabei von vielen Faktoren abhängig. Die Komplexität und Anzahl dieser Faktoren ist die Ursache dafür, dass noch immer erhebliche Defizite auf dem Gebiet der Dichtungstechnik bestehen. Im Forschungsbericht Fb 957 wurde bereits das Ergebnis eines Projektes vorgestellt, in dem das Leckageverhalten von statischen Flachdichtungen bei Raumtemperatur untersucht wurde. Als Basis für diese Untersuchungen wurde die Flanschverbindung des Mannlochverschlusses (DN 600) ausgewählt. In dem neuen Projekt werden die gleichen Dichtungen jetzt bei einer Betriebstemperatur von 250°C untersucht.

FB 2.3 Anlagen und Verfahren, optische Strahlung

AP 2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

Qualifizierung von persönlicher Schutzausrüstung für handgeführte Laser zur Materialbearbeitung

F 2117

N.N.

Geplant

01.03.2005-28.02.2006

Geräte zur handgeführten und handpositionierten Laser-Materialbearbeitung werden neben der Forschung zunehmend im Handwerk sowie in der Industrie eingesetzt. Einsatzfelder sind z. B. Automobilbau, Schiffbau, Denkmalpflege, Schmuck- und Dentalbearbeitung. Technische Schutzmaßnahmen können nicht in allen Fällen ausreichenden Schutz bieten und somit muss dem Anwender persönliche Schutzausrüstung bereitgestellt werden. Für die Auswahl dieser persönlichen Schutzausrüstung liegen weder Prüfmethode noch Anwendungsempfehlungen vor. Ziel des Projektes ist die Untersuchung von verschiedenen handelsüblichen und neuen Materialien zur Eignung für diesen Anwendungsfall. Anhand der Laser, die für diesen Einsatzfall typisch sind (CO₂, Nd-YAG, Diodenlaser), sollen Prüfmethode und Eignung von persönlicher Schutzausrüstung (Schutzkleidung, Gesichts-, Hand- und Fußschutz) experimentell verifiziert werden. Für Hersteller und Anwender soll Datenmaterial zur sicheren und praxisgerechten Auswahl von persönlicher Schutzausrüstung erstellt werden. Die Ergebnisse des Projektes sollen darüber hinaus in die Normungsarbeit einfließen. Ferner sollte eine Musterbetriebsanweisung nach PSA-Benutzungsverordnung für typische Anwendungsfälle angefertigt werden.

FB 2.3 Anlagen und Verfahren, optische Strahlung

AP 2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

SZ 8 Reduzierung des Anteils von ausgewählten Produktgruppen mit gefährlichen Eigenschaften

Erprobung der Anwendung des PHS-Modells bei der Gestaltung von Arbeitszeit-, Pausen-Regimen in wärmebelasteten Arbeitsbereichen

F 1860

Inst. für Arbeitsmedizin, Sicherheitstechnik und Ergonomie (ASER) an der Bergischen Universität Wuppertal

Laufend

30.06.2005

Es gibt derzeit nur wenig wissenschaftliche Erkenntnisse zur gesundheitlichen Wirkung von Kurzzeitexpositionen an wärmebelasteten Arbeitsplätzen, der Schwerpunkt liegt in der Beurteilung der Dauerexposition. Insbesondere fehlen eindeutige Vorgaben für Pausenregime, die nach einer Kurzzeitexposition durch Hitze einen erneuten Einsatz während der Arbeitsschicht erlauben, ohne dass eine Gesundheitsgefährdung eintritt. Eine geeignete Methode, welche auf der Betrachtung der Wärmebilanz des Menschen beruht, liegt zur Prognose der Hitzebeanspruchung bei Dauerexposition in Form des PHS-Modells (PHS-Predicted Heat Strain, ISO 7933 11/2002) vor. Ziel des Projektes ist die Erprobung der Anwendung des PHS-Modells bei der Gestaltung von Arbeitszeit-Pausen-Regimen in wärmebelasteten Arbeitsbereichen bei Kurzzeitexposition. Zur Validierung des Modells machen sich auf Grund der unzureichenden Datenlage praxisnahe Simulationsversuche mit Probanden im Sinne von Eckwerten für relevante Indikatoren - z. B. das Abkühlverhalten der Körperkerntemperatur - erforderlich. Weiterhin sollen vorliegende Ergebnisse einer Auswertung bestehender betrieblicher Regelungen sowie anderer Modellansätze vergleichend einbezogen werden. Im Ergebnis wird eine Handlungsanleitung erstellt, die dem betrieblichen Anwender die Gestaltung eines spezifischen Arbeitszeit-Pausen-Regimes bei Kurzzeitbelastungen an Hitze-arbeitsplätzen erlaubt.

FB 2.4 Arbeitsstätten

AP 2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

Klima am Arbeitsplatz - Stand arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie Bedarfsanalyse für weitere Forschung, Regelung und Normung

F 1987

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

30.06.2005

Optimale raumklimatische Bedingungen stehen im engen Zusammenhang zu Gesundheit und Zufriedenheit der Beschäftigten. Abweichungen davon bis hin zu Belastungen durch Kälte oder Hitze am Arbeitsplatz führen zu einer Gefährdung der Gesundheit. Die Einflussfaktoren auf den Menschen und die Abgrenzungen zwischen den verschiedenen Klimabereichen sind sehr mannigfaltig. Es existieren dazu umfangreiche wissenschaftliche Untersuchungen und im Bereich der Gesetzgebung bzw. der Normung wurden viele Festlegungen getroffen. Defizite sind z. T. bekannt, jedoch nicht systematisch erfasst.

Ziel der Studie ist es, ausgehend von einer Systematisierung der Klimaproblematik, den Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse, gesetzlichen Regelungen sowie Normung im Bereich, Klima am Arbeitsplatz (Kälte- und Hitzearebeitsplätze sowie der Behaglichkeitsbereich) darzustellen und Defizite aufzudecken.

Im Ergebnis der Studie werden Schwerpunkte für weitere Forschungsthemen (Eigen-/ und Fremdforschung) sowie für Regelungs- bzw. Normungsvorhaben vorgeschlagen.

FB 2.4 Arbeitsstätten

AP 2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

Beleuchtung von Arbeitsstätten - Stand arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie Bedarfsanalyse für weitere Forschung, Regelung und Normung

F 1988

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

30.06.2005

Eine ausreichende Beleuchtung von Arbeitsstätten mit natürlichem und künstlichem Licht steht im engen Zusammenhang zu Gesundheit und psychischem sowie physischem Wohlbefinden der Beschäftigten. Dabei ist es Aufgabe einer guten Beleuchtung, die mit der Tätigkeit verbundene Sehaufgabe zu ermöglichen, Unfall- und Gesundheitsgefahren zu vermeiden sowie Wohlbefinden und Leistungsfähigkeit zu steigern. Die Einflussfaktoren seitens der Beleuchtung auf den Menschen sind sehr vielfältig. Es existieren dazu umfangreiche wissenschaftliche Untersuchungen und im Bereich der Gesetzgebung bzw. der Normung werden viele Festlegungen getroffen. Defizite sind teilweise bekannt, jedoch nicht systematisch erfasst.

Ziel dieser Studie ist es, ausgehend von einer Systematisierung der Beleuchtungsproblematik, den Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse, gesetzlichen Regelungen sowie Normung im Bereich Beleuchtung von Arbeitsstätten darzustellen und Defizite aufzudecken. Dabei sollen Praxiserfahrungen aus der eigenen Arbeit sowie aus Befragungen von Experten einfließen. Im Ergebnis der Studie werden Schwerpunkte für weitere Forschungsthemen sowie für Regelungs- bzw. Normungsvorhaben vorgeschlagen.

FB 2.4 Arbeitsstätten

AP 2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

Entwicklung eines Handbuches zur optimalen Beeinflussung der klimatischen Bedingungen in Arbeitsräumen unter sommerlichen Bedingungen

F 2071

Technische Universität Dresden - Fakultät Maschinenwesen - Institut für Thermodynamik und Technische Gebäudeausrüstung

Laufend

31.10.2006

Insbesondere in den Sommermonaten kann es in Arbeitsstätten zu unzuträglichen Lufttemperaturen von über 26°C kommen. Dies ist mit einer Beeinträchtigung des Wohlbefindens und der Leistungsfähigkeit der Beschäftigten verbunden. Auch steigt das Risiko von Arbeitsunfällen und eine Gefährdung der Gesundheit ist nicht auszuschließen. Bestehende Gebäude sind nur ungenügend darauf eingestellt. Im betrachteten Sommerfall besteht das Problem, dass eine Beeinflussung des Raumklimas mittels der freien Lüftung nur bedingt und mit technischen Maßnahmen (Klimaanlagen) nur mit hohem Aufwand möglich ist. Mit dem Forschungsprojekt soll auf der Grundlage von bestehenden Erfahrungen und numerischen Simulationsmodellen ein Datenmaterial geschaffen werden, das eine objektive Beurteilung der klimatischen Situation in technologisch nicht belasteten Arbeitsstätten (z. B. Büros) und Ableitung von Maßnahmen zur gezielten Beeinflussung des Raumklimas unter sommerlichen Bedingungen erlaubt. Dabei werden die wichtigsten Einflussgrößen wie das Außenklima, Fensterflächen- und Außenwandanteil, Klima- bzw. Lüftungssystem, konstruktive anlagentechnische Besonderheiten sowie der Luftwechsel einbezogen. Die Untersuchungen erfolgen auf der Basis einer gekoppelten Simulation unter Einschluss der Raumluftrömung. Die Ergebnisse werden in einer praktisch leicht anzuwendenden Form dargestellt: Handbuch mit umfangreichen bildlichen Farbdarstellungen typischer Anwendungsfälle. Es dient als Bewertungsinstrument für die Auswahl von bau- und anlagentechnischen Lösungen sowie einfacher betrieblicher Maßnahmen (Nutzungs- und Lüftungsregeln). Es werden neben den Sicherheitsfachkräften und Verantwortlichen auch die Beschäftigten selbst angesprochen und so eine positive Wirkung auf die Gesundheit, Arbeitsleistung und Zufriedenheit erreicht.

FB 2.4 Arbeitsstätten

AP 2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

Entwicklung einer praxisorientierten Handlungsanleitung zur Festlegung von Lüftungsregeln bei freier Lüftung als Grundlage einer diesbezüglichen Erweiterung einer künftigen Technischen Regel für Arbeitsstätten (TRAS) -Lüftung- nach ArbStättV

F 2072

N.N.

Geplant

01.07.2005-30.06.2007

Die Arbeitsstätten-Richtlinie ASR 5 "Lüftung" enthält u. a. in Form von Richtwerten Angaben zur Dimensionierung von Lüftungsquerschnitten bei freier Lüftung. Auf Grund der komplexen Abhängigkeit des tatsächlichen Luftwechsels von verschiedenen äußeren Einflussgrößen wie Temperaturdifferenz zur Umgebung und lokale Windverhältnisse ist eine effektive und auch energetische Gesichtspunkte beachtende Lüftung nur bedingt möglich. Aus Unkenntnis über diese Zusammenhänge werden in der Praxis oft gravierende Fehler begangen. In der ASR 5 werden die aktuellen Erkenntnisse über Einsatzgrenzen und Möglichkeiten der freien Lüftung nicht berücksichtigt. Insbesondere die Fensterlüftung stellt ein einfaches und von den Beschäftigten leicht zu handhabendes Mittel zur Beeinflussung der raumklimatischen Situation dar. Ausgehend von einer Erhebung bestehender umfangreicher Erfahrungen und Forschungsergebnisse soll eine möglichst einfache Methode für Lüftungsregeln der freien Lüftung geschaffen werden. Dabei sollen Einflussgrößen wie Raumgröße, Anordnung der Zu- und Abluftöffnung, Personenzahl, Arbeitsschwere und die Außenbedingungen (Wind, Lufttemperatur) berücksichtigt werden. Leitgröße soll dabei die Raumlufthausqualität bezüglich des Kohlendioxidgehaltes sein. Der notwendige Luftwechsel soll derart eingestellt werden, dass die entsprechenden Zielwerte eingehalten werden. Die

Ergebnisse des Forschungsprojektes werden direkt in eine Überarbeitung der ASR 5 (zukünftig TRAS) einfließen. Dem gemäß werden die Kernaussagen in eine aufbereitete Form (z. B. Tabellen, Nomogramme) gebracht. Daneben ist durch eine ausführliche Darstellung in Berichtsform eine vertiefende Anwendung für den Praktiker (Sicherheitsfachkraft, Lüftungstechniker) vorgesehen. Die Umsetzung der Projektergebnisse in der Praxis dient der Erhaltung von Gesundheit und Wohlbefinden der Beschäftigten und trägt damit zur Förderung einer neuen Qualität der Arbeit bei.

FB 2.4 Arbeitsstätten

AP 2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

SZ 4 Förderung sicher und gesund gestalteter Arbeitssysteme

Untersuchung der Wirksamkeit von mobilen Klimageräten mittels vergleichender Messungen unter definierten klimatischen Bedingungen aus der Sicht des Einsatzes in Arbeitsstätten

F 2073

Klimakonzept Ingenieurgesellschaft bR, Berlin

Laufend

31.10.2006

Insbesondere für Büro- u. ä. Arbeitsräume ist es notwendig, raumklimatische Bedingungen zu schaffen, die den Anforderungen der Arbeitsstättenverordnung entsprechen und insgesamt im Behaglichkeitsbereich liegen. Damit wird eine Verbesserung der Gesundheit und des Wohlbefinden der Beschäftigten erreicht. Unter bestimmten klimatischen Bedingungen (z. B. austauscharme heiße Sommertage) und wenn keine raumlufttechnischen Anlagen bzw. Klimaanlage vorhanden sind, kann es günstig sein, mobile Klimageräte zur Einstellung des nötigen Raumklimas einzusetzen. Erfahrungsgemäß werden in der Praxis bei der Auswahl und dem Betrieb der Geräte Fehler gemacht, die zu Problemen führen können - z. B. Zugluft, Unterkühlung oder zu geringe Wirkung bei gleichzeitig zu hohem Energieverbrauch und Keimbelastung. Mit dem Forschungsprojekt wird eine Grundlage geschaffen, die hilft Auswahl und Betrieb von mobilen Klimageräten bezüglich sich einstellenden Raumklima, Betriebskosten und Hygiene zu optimieren. Dabei werden die zwei üblichen verschiedenen Verfahrensprinzipien - Split-Geräte bzw. Schlauchgeräte - und wesentliche Betriebsparameter - Leistung, Art des Luftauslasses, mit bzw. ohne Entfeuchter, Hygiene - vergleichend an ca. 4 - 6 ausgewählten handelsüblichen Geräten unter definierten klimatischen Bedingungen getestet. In Form eines Berichtes wird dem Nutzer (Arbeitgeber und Beschäftigte) eine Handlungshilfe zur Verfügung gestellt, die ihm eine Entscheidungshilfe für die Auswahl am Markt vorhandener Geräte für seinen konkreten Einzelfall sowie für deren optimalen Betrieb gibt. Im Ergebnis wird insbesondere für Büro- u. ä. Arbeitsräume eine deutliche Verbesserung des Raumklimas unter sommerlichen Bedingungen mit dem Ziel des Erhalts von Gesundheit und Wohlbefinden der Beschäftigten erreicht.

FB 2.4 Arbeitsstätten

AP 2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

Ergonomische Optimierung von Hebe- und Tragehilfen für den Personentransport

F 1531

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.08.2005

In einem aktuellen Eigenforschungsprojekt entwickelt die Gruppe 2.5 Gestaltungsvorschläge für Produkte zum nicht-maschinellen Heben und Tragen im ortsveränderlichen Personentransport. Hierunter sind in erster Linie Trageliegen und Tragestühle, aber auch Tragetücher und ähnliche Hilfsmittel zu verstehen. Den Hintergrund bildet die aktuelle Ausgangssituation im Bereich der Rettungsdienste, Feuerwehren und Krankentransporte, die durch eine außerordentliche Belastung des Personals im Bereich des Muskel- und Skelettapparates beschrieben werden kann und im Vergleich zu anderen Berufsgruppen zu einem hohen Anteil von Fehlzeiten führen.

Unter Berücksichtigung insbesondere des Anhangs der Lasthandhabungsverordnung bestehen die Teilziele des Projekts darin, Hebe- und Tragehilfen so zu konstruieren, dass

- Hebetechniken mit hohen Belastungen in keinem Fall notwendig, ggf. sogar durch die Konstruktion erschwert werden,
- rüchenschonende Hebetechniken ermöglicht und gefördert werden,
- ergonomische Griffpositionen im Verhältnis zur Position der Last entwickelt werden,
- die z. T. sehr ungünstigen Umgebungsbedingungen (z. B. enge Treppenhäuser, steile Treppenaufgänge, winklige Flure) berücksichtigt werden.

FB 2.5 Ergonomie

AP 2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

Ergonomische Gestaltung von Arbeitsplätzen mit Bildschirm-Rechner-Einheiten in Krankenhäusern - Erarbeitung von Handlungshilfen

F 1801

ABoVe - Arbeitswissenschaft, Büroorganisation, Veränderungsmanagement GmbH

Laufend

30.09.2005

Die ergonomische Gestaltung von Arbeitssystemen mit Bildschirmunterstützung, die keine klassischen Bildschirmarbeitsplätze aus dem Büro- und Verwaltungsbereich sind, allerdings ebenso dem Anwendungsbereich der Bildschirmarbeitsverordnung unterliegen, gewinnt durch die Möglichkeiten des Einsatzes neuer Technologien zunehmend an Bedeutung. Die Zahl dieser Arbeitsplätze wird bereits heute auf etwa 5 Millionen geschätzt. Insbesondere in Krankenhäusern, hier vor allem im Bereich der Medizintechnik, verändert die Integration des Rechners das Aufgabenspektrum der Nutzer an einem ursprünglich klassischen Maschinenarbeitsplatz erheblich. An diesen Arbeitsplätzen werden z. B. auch Patientendaten eingelesen und bearbeitet; Dokumentationen und Verwaltungsaufgaben erledigt. Somit können bislang im Sekretariatsbereich bearbeitete Aufgaben zu weiten Teilen in das Tätigkeitsspektrum des technischen Assistenzpersonals integriert werden. Auslegungshinweise der Bildschirmarbeitsverordnung für Büroarbeitsplätze sind für die spezifischen Bildschirmarbeitsplätze in Krankenhäusern wenig hilfreich, da typische Merkmale der Arbeitstätigkeit, der Arbeitsumgebung und der Arbeitsorganisation zu sehr vom Bereich Büro und Verwaltung abweichen. Das Projektziel besteht zusammenfassend darin, für Arbeitsplätze im Krankenhaus, die als Bildschirmarbeitsplätze erst in jüngerer Zeit in den Anwendungsbereich der Bildschirmarbeitsverordnung gerückt sind, Handlungshilfen zu erarbeiten, die die betriebliche Praxis unterstützen. Auf der Grundlage einer systematischen Arbeitsanalyse sollen im zweiten Schritt Handlungserfordernisse abgeleitet werden, wobei den spezifischen Erfordernissen der Arbeitsplatzgestaltung im Krankenhaus besondere Rechnung getragen werden muss. Die Beschreibung von Beispielen guter Praxis wird angestrebt.

FB 2.5 Ergonomie

AP 2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

Ergonomische Optimierung von Arbeitsplätzen an Bedientheken

F 1866

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin/N.N.

Laufend

30.06.2005

Die Arbeit an Bedientheken ist durch eine Vielzahl von Belastungen gekennzeichnet. Im Vordergrund stehen die Belastungen von Steharbeit mit den entsprechenden ungünstigen Auswirkungen auf das Herz-Kreislaufsystem und den Muskel- und Skelett-Apparat. Weiterhin treten regelmäßige Tätigkeiten beim Transport von schweren Waren auf, die auch häufige Zwangshaltungen mit sich bringen. Ein zusätzlich belastender Faktor stellt bei gekühlten Waren die geringe Lufttemperatur in den Bedientheken dar. Häufiges Händewaschen und/oder das

Tragen von Handschuhen verursachen weiterhin dermale Belastungen. Im Vordergrund der Studie steht die Verbesserung der Arbeitsbedingungen an Bedienarbeitsplätzen. Es sollen hier vor allem die an den Bedientheken üblicherweise im Einsatz befindlichen Arbeitsmittel auf ihre gesundheitlichen oder Unfallgefahren erfasst und verbessert werden. Durch eine Simulation realer Arbeitsplätze im Labor können die Tätigkeit und ihre belastenden Elemente von Bedienungspersonal im Verkauf (überwiegend Lebensmittel) praxisnah und reproduzierbar erfasst werden. Mithilfe von Methoden der Anthropometrie, Körperhaltungsstudien, Registrierung der Arbeitsplatzumgebungsbedingungen werden die Auswirkungen auf physiologische Beanspruchungsindikatoren Herzschlagfrequenz-, Blutdruckmessung, EKG, Energieumsatzmessungen und die Beanspruchungen an Händen und Füßen untersucht. Projektziel ist die Analyse und Minimierung von Gefahren und möglichen Beeinträchtigungen der Gesundheit an Bedientheken-Arbeitsplätzen. Sicherheit und Gesundheit sollen durch Neuentwicklung oder Verbesserung vorhandener Arbeitsmittel gesteigert werden.

FB 2.5 Ergonomie

AP 2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

Sammlung von Prinziplösungen zur ergonomischen Produktgestaltung am Beispiel der Gebrauchstauglichkeit von Medizingeräten

F 1902

Arbeitsgemeinschaft Prof. Dr.-Ing. Uvo Hölscher und Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Laurig

Laufend

31.03.2006

Der Anlass zu diesem Projekt ergibt sich aus der Umsetzung der EU-Richtlinie 93/42EWG (Medizinprodukte) in das Medizinproduktgesetz, wonach Medizinprodukte als spezielle Arbeitsmittel im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung nach dem Arbeitsschutzgesetz besonders zu berücksichtigen sind.

Das Ziel des Forschungsprojektes besteht darin, die Forderungen des Arbeitsschutzgesetzes für die Beurteilung von Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern zu ergänzen. Somit soll die Qualitätssicherung an Arbeitsplätzen im Krankenhaus, aber auch die sichere Nutzung der Geräte in heimischen Verhältnissen erleichtert werden.

Die Ergebnisnutzung soll den Anwendern wie den Herstellern von Medizingeräten helfen, arbeitsbedingte Gefährdungen zu minimieren, die sich aus Mängeln der Gebrauchstauglichkeit ableiten lassen.

FB 2.5 Ergonomie

AP 2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

Ergonomische Bewertung von Arbeitsplätzen mit Sprachkommunikation

F 1724

ABOVE GmbH i.G. -Arbeitswissenschaft Büroorganisation Veränderungsmanagement-

Laufend

30.06.2005

Die Zunahme des Arbeitsbereiches Dienstleistung gegenüber dem der Produktion hat auch die Arbeitsweise und Art der Tätigkeit verändert. Der Wandel der Arbeitswelt drückt sich auch in der Art der Tätigkeit und in der Art der Belastungen aus. Die Informationsübermittlung ist ein zentraler Teil der Arbeit. In dieser Weise ist störungsfreie Sprachkommunikation am Arbeitsplatz eine wesentliche Voraussetzung für einen reibungslosen Arbeitsablauf und eine menschengerecht gestaltete Arbeitstätigkeit. Insofern ist die Beurteilung der Sprachkommunikation und deren ergonomische Qualität ein wichtiges Ziel, um Arbeitsqualität und Gesundheit (Minimierung der Belästigung und der psychischen Belastung) zu gewährleisten.

Es ist Teil des Projektes, die Parameter der Sprachkommunikation am Arbeitsplatz und ihrer Störung zu analysieren, ihren Einfluss darzustellen und mit Hilfe dieser Parameter die ergonomische Qualität der Sprachkommunikation zu bestimmen. Auf diese Weise lassen sich Kommunikationsarbeitsplätze bewerten und gezielt

verbessern. Das Projekt soll als Ergebnis ein System zur praxisnahen ergonomischen Bewertung der Sprachkommunikation am Arbeitsplatz vorschlagen.

FB 2.6 Emission von Maschinen, Lärm

AP 2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

Akustische Kommunikation an Arbeitsplätzen

F 1847

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

01.07.2005

Erarbeitung einer ergonomischen Bewertung der Sprachkommunikation am Arbeitsplatz. Es werden Experimente unter möglichst realistischen Bedingungen zur akustischen Kommunikation durchgeführt. Die Bewertungsmaßstäbe sollen es dem Ergonomen und der Sicherheitsfachkraft gestatten, die Sprachkommunikation im Rahmen einer Gefährdungsbewertung und Arbeitsplatzbewertung mit zu berücksichtigen.

FB 2.6 Emission von Maschinen, Lärm

AP 2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

Entwicklung wirksamer Strukturen zur Lärminderung in KMU

F 1869

Systemkonzept - Gesellschaft für Systemforschung und Konzeptentwicklung mbH

Laufend

30.09.2006

Die vielfältigen gesetzlichen Anforderungen zu Lärm am Arbeitsplatz stellen gerade für die KMU ein erhebliches Umsetzungsproblem dar. Im Gegensatz zu größeren Unternehmen, die meist über gut informierte Fachabteilungen zur Arbeitssicherheit verfügen, ist es gerade in KMU meist unbekannt, welche umfangreichen Informationen zur Lärminderung, seien es Normen, Leitfäden, Richtlinien und Beispielsammlungen, bereits existieren. Selbst die von der BAuA besonders für KMU erstellten AWE-Papiere sind dort meist unbekannt. Im Rahmen eines Projektes zum Thema "Präventive Arbeitsschutzstrukturen für KMU am Beispiel Lärminderung und Ergonomie" (Fb 916) wurde deutlich, dass die verschiedenen Unterstützungsträger der KMU (Berufsgenossenschaften, Kammern, arbeitssicherheitsfachliche Dienste usw.) präventive und insbesondere kundenorientierte Ansätze vermissen lassen. Dazu kommt, dass sowohl branchenspezifische Fachinformationen als auch Kompetenzen und Qualifikationen zum Thema Lärminderung fehlen. Das hier angestrebte Projekt soll helfen, die genannten Umsetzungslücken zu schließen und Konzepte zu erarbeiten und zu erproben, die es ermöglichen, dass Unterstützungsträger wie z. B. Handwerkskammern in die Lage versetzt werden, die KMU sachgerecht mit den notwendigen Informationen zu versehen.

FB 2.6 Emission von Maschinen, Lärm

AP 2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

Geräuschemission von Holzbearbeitungsmaschinen

F 1900

N.N.

Geplant

01.02.2005-28.02.2007

Zur Unterstützung der Umsetzung des Minimierungsgebots in der Maschinenrichtlinie soll in Form einer Pilotstudie der Stand der Lärminderungstechnik bei Holzbearbeitungsmaschinen ermittelt werden. Dies soll auf möglichst breiter europäischer Basis unter Einbezug von Akustik Fachleuten, Prüfstellen zur Maschinensicherheit, Arbeitsschutzinstitutionen und Herstellern erfolgen. Es ist daher beabsichtigt, das Projekt zusammen mit dem INRS, der Holz-BG, einem Ingenieur-Büro/Hochschulinstitut, Vertretern der Industrie aus Deutschland, Frank-

reich und Italien und weiteren Interessierten (Einbindung der KAN) durchzuführen. Es soll der Stand der Lärm-minderungstechnik in Form einer anonymisierten Emissionswertewolke (Schalleistungspegel über einen cha-rakteristischen Maschinenparameter wie z. B. Zeitspanvolumen) für eine repräsentative Auswahl von besonders weit verbreiteten Holzbearbeitungsmaschinen (besonders KMU-relevant) ermittelt werden. Diese Daten sollen dann möglichst in den informativen Anhang der entsprechenden europäischen Maschinensicherheitsnorm bei CEN tC 142 eingebracht werden.

FB 2.6 Emission von Maschinen, Lärm

AP 2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

SZ 8 Reduzierung des Anteils von ausgewählten Produktgruppen mit gefährlichen Eigenschaften

Arbeitsplatz Pkw - Biodynamik bei Exposition mit praxisrelevanten Ganzkörperschwingungen unter Ein-satz realer Pkw-Sitze

F 2019

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.12.2005

Bisherige Untersuchungen zur Beurteilung der Wirkung von Vibrationen am Arbeitsplatz haben sich überwie-gend mit Expositionen auf Nutz- und Arbeitsmaschinen befasst. Durch die verstärkte Entwicklung des Dienst-leistungssektors in den letzten Jahren hat auch die Anzahl der Beschäftigten an Pkw-Arbeitsplätzen zugenom-men. Die Expositionen und die daraus resultierenden externen und internen Belastungen an diesen Arbeitsplät-zen sind bisher auch international nicht ausreichend untersucht. Die experimentellen Untersuchungen an aus-gewählten Gruppen von Männern und Frauen, die anthropometrisch dem Bevölkerungsdurchschnitt im arbeits-fähigen Alter entsprechen, lassen verallgemeinerbare Ergebnisse erwarten. Die Ergebnisse können als Grund-lage für die stärkere Berücksichtigung von praxisrelevanten Fahrerarbeitsplätzen im nationalen, europäischen und internationalen Normenwerk dienen. Sie ermöglichen die Beurteilung der Wirksamkeit von technischen Prä-ventivmaßnahmen. Sitzhersteller können die Ergebnisse zur Verbesserung der Qualität ihrer Produkte nutzen. Die gewonnenen Erkenntnisse sind für eine individuelle Beanspruchungsbeurteilung bedeutsam.

FB 2.7 Vibrationen, elektromagnetische Felder

AP 2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

Belastung der Wirbelsäule durch Ganzkörperschwingungen mit variabler Frequenz, Intensität und Einlei-tungsrichtung

F 2028

Technische Universität Darmstadt - Fachgebiet Maschinendynamik

Laufend

30.11.2006

Ganzkörpervibration kann eine Gefährdung für die Lendenwirbelsäule bedingen. Vor allem die Wirkung hori-zontaler Schwingungen und Stöße sowie der Einfluss von Haltung, Sitzpolster und Rückenlehnenbenutzung sind unzureichend aufgeklärt. Die nationale Umsetzung der EU-Richtlinie 2002/44/EG bis zum 6. Juli 2005 be-dingt einen außerordentlichen hohen Handlungsbedarf derart, dass zuverlässige Aussagen zu einer adäquaten Risikobeurteilung getroffen und Vorgaben für die Gestaltung von Produkten und Überprüfung der Produktsicher-heit abgeleitet werden müssen. Durch die Kombination von humanexperimentellen Untersuchungen und Umset-zung der Ergebnisse in die Weiterentwicklung eines mathematischen Modells mit experimenteller Verifikation des Modells können die dafür nötigen Instrumente entwickelt werden. Das Projektergebnis soll es ermöglichen, eine Berechnung von Kräften vorzunehmen, welche vibrationsbedingt in Abhängigkeit von der Frequenz, Inten-sität, Schwingungsrichtung, Körperhaltung und dem individuellen Körperbau auf die Lendenwirbelsäule wirken. Erstmals können so mit einem weiterentwickelten Modell nichtlineare Schwingungseigenschaften des Menschen für alle Schwingungsrichtungen berücksichtigt werden, so dass eine bessere Abschätzung der Beanspruchung

und somit des Gesundheitsrisikos durch hohe Beschleunigungsspitzen möglich wird. Ziele sind: a) die Gewinnung von Impedanz- und Schwingungsausbreitungsdaten im Frequenzbereich 1 bis 20 Hz bei 3 Intensitätsstufen und in drei Einleitungsrichtungen (z, x, y) bei definierten Bedingungen der Körperhaltung und des Körperbaus; b) Weiterentwicklung eines FE-Gesamtmodells mit den Schwerpunkten Gesäß- und Rückenmodellierung, Berücksichtigung des nachgiebigen Sitzes und des nichtlinearen intensitätsabhängigen Verhaltens mit Identifikation individueller modaler Parameter inklusive Weiterentwicklung des Schulter-Arm-Komplexes und Abbildung der Muskelaktivität als frequenzabhängige Dämpfung (Frequenz < 3 Hz); c) numerische Simulation der Beanspruchung von Segmenten der Lendenwirbelsäule durch Vibration; d) Bereitstellung einer Methodik zu Abschätzung des Gesundheitsrisikos infolge beruflicher Exposition gegenüber Ganzkörpervibration. Die Ergebnisse werden unmittelbar in die nationalen Vorschriften zur Umsetzung der EU-Richtlinie 2002/44/EG einfließen. Diese Umsetzung erfordert die Ausarbeitung von zuverlässigen Beurteilungsrichtlinien für das vibrationsbedingte Gesundheitsrisiko. Die Ergebnisse werden weiter in nationale Richtlinien (VDI 2057) und internationale Normen (z. B. ISO 2631-1/-5) durch Veröffentlichung in nationalen und internationalen Fachzeitschriften sowie durch Mitarbeit in den Normungsgremien NALS C7, CEN TC 231 und ISO TC 108 SC4 umgesetzt. Hersteller von Fahrzeugen und Fahrzeugsitzen können die Ergebnisse zur Gestaltung ihrer Produkte nutzen, so dass eine verbesserte primäre Prävention der Berufskrankheit Nr. 2210 möglich wird. Das im Ergebnis des Projekts zu entwickelnde Modell kann von Herstellern in der Konstruktionsphase zur Prüfung neuer Produkte genutzt werden, um vor der Serienfertigung die Produktsicherheit mit deutlich geringerem Aufwand als bisher abzuschätzen.

FB 2.7 Vibrationen, elektromagnetische Felder

AP 2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

Modellierung und Ermittlung der in-vitro Belastbarkeit von Segmenten der Lendenwirbelsäule durch Kompression und Schub infolge Ganzkörpervibration

F 2069

N.N.

Geplant

01.01.2005-28.02.2007

Ab 2005 muss die EU-Vibrationsrichtlinie national umgesetzt werden. Bisherige Erkenntnisse gestatten noch keine sichere quantitative Aussage zur Belastbarkeit der Lendenwirbelsäule durch Ganzkörpervibration, die eine Voraussetzung für eine zuverlässige Risikoschätzung ist. Erheblicher Handlungsbedarf besteht infolge der Unsicherheit einer Abschätzung der individuellen Beziehung zwischen Vibrationsbelastung und Belastbarkeit der Lendenwirbelsäule. Die Abschätzung dieser Beziehung ist Voraussetzung für die Beurteilung eines Kausalzusammenhangs bei der Anzeige auf Verdacht einer Berufskrankheit 2110. Die Ausgangssituation ist gekennzeichnet durch die Verwendung von z. T. recht spekulativen Kriterien, welche zu Fehlurteilen führen können. Erste Modellberechnungen (Fb 889 der BAuA) und in vitro-Daten (F 1899) zeigten, dass ein derartiger Ansatz sehr gut geeignet ist, um zuverlässige Abschätzungen vorzunehmen. Weltweit ungelöst ist das Risiko infolge horizontaler Schwingungen, die vorwiegend zu Schubbelastungen der Bandscheiben führen.

Im Ergebnis des Projekts F 1899 werden Befunde zum Verformungsverhalten von Bewegungssegmenten der Lendenwirbelsäule und Daten zur Geometrie/Dauerbelastbarkeit bei Kompression vorliegen. Die Umsetzung dieser Befunde in eine für die Praxis handhabbare Abschätzung des Risikos erfordert die Gewinnung weiterer Daten zur Dauerbelastbarkeit durch Schub und zum Alterseinfluss auf das Verformungsverhalten sowie die Weiterentwicklung eines vorhandenen mathematischen Submodells.

Ziel des Projekts ist es, die aus dem Projekt F 1899 resultierende Datenbasis zu erweitern und unter Berücksichtigung der individualisierten Geometrie, des Alters und Degenerationsgrades sowie der Mineraldichte in ein Submodell umzusetzen und dieses Submodell zu verifizieren. Nach Vorliegen zusätzlicher in vitro-Daten und Einbindung des Submodells in das nichtlineare Gesamtmodell sind die Voraussetzungen vorhanden, mittels Modellierung für nahezu alle in der Praxis vorkommenden Expositionsbedingungen die Belastungsfolgen sowohl repräsentativ für bestimmte Personengruppen als auch individuell für den Einzelfall zu berechnen.

Die Ergebnisse dienen als Grundlage der Überarbeitung von Richtlinien und Normen (z. B. ISO 2631-1, ISO 2631-5) zur Gewährleistung des Schutzes der Arbeitnehmer vor schädlichen Vibrationseinwirkungen. Die in vitro-Daten und darauf basierende Modellberechnungen können in der Konstruktionsphase genutzt werden, um vor der Serienfertigung die Produktsicherheit mit deutlich geringerem Aufwand als bisher abzuschätzen. Die Anwendung der Methode von Modellberechnungen dient in der Praxis zur repräsentativen Abschätzung des Risikos von Exponiertengruppen, die hinsichtlich Lebensalter, Körperbau und Mineraldichte des Knochens variieren. Sie kann auch zur retrospektiven Beurteilung von Kausalzusammenhängen in Einzelfällen genutzt werden. Hersteller von Fahrzeugen und Fahrzeugsitzen können die Ergebnisse zur Gestaltung ihrer Produkte nutzen, um eine verbesserte primäre Prävention der Berufskrankheit Nr. 2110 zu erreichen.

FB 2.7 Vibrationen, elektromagnetische Felder

AP 2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

SZ 7 Erhöhung des Anteils von sicherheits- und gesundheitsgerecht gestalteten Produkten

Aktives Rumpfmuskelmodell zur verbesserten Berechnung der Beanspruchung der Lendenwirbelsäule durch Ganzkörpervibration

F 2070

N.N.

Geplant

01.12.2005-28.02.2007

Ab 2005 muss die EU-Vibrationsrichtlinie national umgesetzt werden. Bisherige Erkenntnisse gestatten noch keine sichere quantitative Aussage zur tatsächlichen vibrationsbedingten Belastung der Lendenwirbelsäule, die eine Voraussetzung für eine zuverlässige Risikoschätzung und daraus abgeleitete Präventionsmaßnahmen einschließlich der sicheren Gestaltung von Produkten ist. Bei der Abschätzung einer Gefährdung für die Lendenwirbelsäule durch Ganzkörpervibration werden auf biologische Strukturen wirkende interne Kräfte mittels Modellen berechnet. Zur Verbesserung derartiger Schätzungen werden die Modelle erweitert und mit nicht invasiv experimentell gewinnbaren Daten validiert. Eine wesentliche Komponente der auf die Wirbelsäule wirkenden Gesamtkraft sind die durch Muskeln erzeugten Kraftkomponenten. Wesentlich sind dabei die jeweiligen Anteile verschiedener Muskel mit Ihrer anatomisch relevanten Geometrie und dem zeitliche Verlauf der Kraftentwicklung.

Zu überprüfen sind dabei, ob bisherige Annahmen aufgrund von Optimierungskriterien zutreffend sind. Zur Validierung können dabei nicht invasiv ermittelbare EMG-Ableitungen herangezogen werden. Projektziel ist die Verbesserung des Gesamtkörpermodells in Form eines EMG-assistierten Modells, um zuverlässigere Berechnungen zur Beanspruchung der Wirbelsäule durch Ganzkörperschwingungen zu gewinnen. Die Ergebnisse dienen als Grundlage der Überarbeitung von Richtlinien und Normen (z. B. ISO 2631-1, ISO 2631-5) zur Gewährleistung des Schutzes der Arbeitnehmer vor schädlichen Vibrationseinwirkungen.

Die Ergebnisse dienen der Verbesserung eines FE-Gesamtmodells zur Berechnung von Kräften und Verschiebungen innerhalb des menschlichen Körpers unter Einfluss von Ganzkörperschwingungen. Die Einbeziehung der aktiven Muskelkräfte ermöglicht eine genauere Abschätzung der Belastung biologischer Strukturen und Hinweise auf ungünstige Randbedingungen. Die Modellberechnungen können zur Prüfung neuer Produkte genutzt werden, um die Produktsicherheit zuverlässiger als bisher abschätzen zu können.

FB 2.7 Vibrationen, elektromagnetische Felder

AP 2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

SZ 7 Erhöhung des Anteils von sicherheits- und gesundheitsgerecht gestalteten Produkten

Aufklärung von Ursachen sicherheitswidrigen Verhaltens beim Umgang mit technischen Schutzeinrichtungen

F 1816

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.08.2005

Sicherheitstechnische Einrichtungen werden projektiert, gebaut und installiert, um Beschäftigte vor vorhandenen Gefährdungen zu schützen. Sie können ihre Bestimmung jedoch nur erfüllen, wenn sie von den Beschäftigten zumindest geduldet, besser: akzeptiert werden. Anderenfalls werden sie nicht selten entfernt oder unwirksam gemacht, so dass die Gefährdung, die eliminiert werden sollte (und von Planern und Führungskräften als eliminiert betrachtet wird), in vollem Umfang weiterbesteht. Nicht akzeptierte sicherheitstechnische Maßnahmen sind somit ein Sicherheitsrisiko und ein vergeblicher, wenn nicht gar kontraproduktiver, ökonomischer Aufwand. Gleichzeitig zeigen sie eine Unvereinbarkeit der vom Konstrukteur gefundenen Sicherheitslösung mit den Handlungsintentionen des Beschäftigten an. Im Forschungsprojekt sollen daher, ausgehend von einem handlungsregulatorischen Ansatz, Kriterien herausgearbeitet werden, die eine Prognose der Akzeptanz bzw. Ablehnung von Schutzeinrichtungen erlauben. Ziel ist es, darauf aufbauend technische und organisatorische Gestaltungsmerkmale zu formulieren.

FB 3.3 Arbeitsgestaltung bei psychischen Belastungen, Stress

AP 2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

Beanspruchungsoptimale Arbeitsgestaltung im Krankenhaus durch individuelle Arbeitsweisen

F 2149

N.N.

Geplant

01.06.2005-31.05.2007

Die im ArbSchG geforderte Beurteilung der Gefährdungen setzen an vergleichbaren Arbeitsplätzen an. Trotz vielfacher inhaltlicher und zeitlicher Standardisierung von Arbeitstätigkeiten kommt es interindividuell zu erheblichen Unterschieden im Vorgehen und der Leistung, die sich auch auf das (Fehl-)Beanspruchungserleben der betroffenen Beschäftigten auswirken. Diese sind aus arbeitspsychologischer Sicht nur kaum erforscht. Es liegen Vorarbeiten aus der lernpsychologischen Forschung vor, die hier auf die Arbeitswelt übertragen werden sollen. Das Analysieren sicherheits- und gesundheitsförderlicher Arbeitsweisen ist neben der psychologischen Organisations- und Arbeitsinhaltsgestaltung eine wirkungsvolle Strategie zur Beanspruchungs- und Leistungsoptimierung, da Ursachen für psychische Fehlbelastungen auch hier ermittelt und zielgerichtet beeinflusst werden können. Ziele des Projektes bestehen in der Ist-Analyse individueller Arbeitsweisen bei Pfl egetätigkeiten im Krankenhaus, der Identifikation optimaler Strategien, der Verallgemeinerung dieser Strategien, der Übertragung in Lernpläne, der Prüfung ihrer Wirksamkeit und der Erstellung eines Leitfadens. Die Projektarbeiten sollen bei Pfl egetätigkeiten im Krankenhaus durchgeführt werden. Positive Auswirkungen auf eine höhere Patientenzufriedenheit und Qualität der Pflege werden erwartet. Die beanspruchungsoptimale Gestaltung von Arbeit auf der Basis individueller Arbeitsweisen kristallisiert sich in vielen Bereichen der Wirtschaft als weitere Möglichkeit für die Erhaltung und Verbesserung von Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten bei der Arbeit heraus. Durch die Verallgemeinerung individuell-optimaler Strategien und deren Darstellung in einem Leitfaden ist ein Transfer auf gleiche oder ähnliche Pfl egehandlungen im Krankenhaus möglich. Die Ergebnisse des Projektes sollen in den INQA-Schwerpunkt "GEPOS" einfließen. In der nachfolgenden Umsetzung des Projektes wird die Entwicklung einer Seminarkonzeption angestrebt.

FB 3.3 Arbeitsgestaltung bei psychischen Belastungen, Stress

AP 2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

SZ 4 Förderung sicher und gesund gestalteter Arbeitssysteme

Rückengerechter Patiententransfer (RP) - Gute Praxis bei der bundesweiten Umsetzung von rückengerechtem Arbeiten und Prävention in der Pflege

F 2113

Verein zur Erforschung rheumatischer Erkrankungen, Bad Bramstedt

Laufend

20.02.2005

Mit dem Projekt F 5141 wurde das Präventionsprogramm "Rückengerechter Patiententransfer in der Kranken- und Altenpflege" wissenschaftlich evaluiert. Die Ergebnisse belegen positive Wirkungen hinsichtlich Verminderung der Arbeitsbelastung, Rückengesundheit, Gesundheitsbewusstsein, Arbeitsorganisation und Zusammenarbeit im Team. Nach dem positiven Abschluss der Evaluation wächst z. Zt. das Umsetzungsinteresse. Das Programm wird bereits bundesweit von zahlreichen Krankenhäusern eingesetzt und von einer Reihe Landesunfallkassen unterstützt. In dem Projekt soll eine Nachevaluation zur Umsetzung des Programms erfolgen. In Pflegeeinrichtungen, die bereits nach dem Programm arbeiten, liegt dazu ein beträchtlicher Erfahrungsfundus vor. Die Erfahrungen sollen erhoben, zusammengeführt und unter Berücksichtigung der verschiedenen Umsetzungsmodelle, der erzielten Ergebnisse und der unterschiedlichen Ausgangssituationen ausgewertet werden. Ziel ist die Darstellung und Bewertung der Umsetzung unter Effizienzgesichtspunkten bei gleichzeitiger Identifizierung von Erfolgsparametern. Die Ergebnisse sollen als Gute-Praxis-Dokumentation einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Mit der Darstellung als Gutes-Praxis-Beispiel werden interessierten Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen Informationen über das Programm, erfolgreiche Umsetzungsstrategien und effiziente Organisationsformen vermittelt. Dadurch wird die Einführung und Umsetzung des Programms verbessert und rationalisiert. Der Einsatz des (evaluierten und evidenzbasierten) Programms stellt eine wesentliche Maßnahme zur Prävention von Rückenerkrankungen dar, verbessert den Arbeitsalltag in der Pflege und ist gleichzeitig eine Maßnahme zur Qualitätssicherung.

FB 3.4 Arbeitsgestaltung bei physischen Belastungen, Muskel-Skelett-Erkrankungen

AP 2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

Entwicklung geeigneter Managementverfahren für die Umsetzung des ISM-Code (v.a. Element 9) einschließlich eines Anforderungsprofils für eine Datenbank zur Bilanzierung von kritischen Ereignissen, Betriebsstörungen und Notfällen in der Seeschifffahrt

F 1909

Hamburgisches Institut für Arbeitswissenschaft und Organisationsentwicklung (HAO)

Laufend

31.03.2005

Die betriebliche Umsetzung des ISM-Codes zielt insbesondere auf die Prozesse in der Seeschifffahrt ab, die zur Verbesserung von Managementverfahren und zum konsequenten Einsatz geeigneter Instrumente der Datenermittlung und -bewertung führen. Um eine größere Prozess-Stabilität an Bord sowie zwischen Schiff und Landorganisation zu erreichen, sind ein verbindliches integriertes Sicherheits-Managementsystem und zuverlässige Instrumente erforderlich, um sicherheitsrelevante Schlussfolgerungen und Handlungen aus der Gefährdungsbeurteilung bzw. der Risikoanalyse ableiten zu können. Ziel des Projektes ist die Entwicklung und Erprobung eines branchenspezifischen informations- und kommunikationstechnologisch-gestützten Interaktionskonzeptes zur Prävention und Intervention in den Bereichen Sicherheit, Gesundheits- und Umweltschutz an Bord von Seeschiffen mit Hilfe effizienter Managementverfahren und geeigneter Instrumente für eine zuverlässige Datenerhebung, Datenaggregation einschließlich eines verbindlichen Datenschutzes. Die Managementverfahren und die zu entwickelnde Datenbank sind für die betriebliche Praxis des ISM Codes, aber auch für die Aufsicht führenden Institutionen dringend erforderlich, um eine verbindliche Bewertung und zuverlässige Kontrolle von Sicherheits- und Gesundheitsschutzstandards im Betrieb und bei den zuständigen Behörden zu gewährleisten.

FB 3.5 Branchenschwerpunkte

AP 2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

Berücksichtigung von Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Montage von Gebäuden aus vorgefertigten Elementen

F 1917

BAD Gesundheitsvorsorge und Sicherheitstechnik GmbH

Laufend

30.04.2005

Die Montage von Gebäuden aus vorgefertigten Elementen gewinnt zunehmend an Bedeutung. Im Vergleich mit in traditioneller Bauweise errichteten Gebäuden sind Umfang und Dauer der noch auf der Baustelle zu verrichtenden Arbeiten gering. Diese verbleibenden Arbeiten - hauptsächlich Transport- und Montageprozesse - sind ohnehin mit einem hohen Maß an Gefährdungen verbunden. Bedingt durch die kurze Dauer und den geringen Umfang der vor Ort noch zu verrichtenden Tätigkeiten werden die Forderungen hinsichtlich Sicherheit und Gesundheitsschutz oft nur unzureichend berücksichtigt, was den vorhandenen Gefährdungsgrad noch verstärkt.

Vor diesem Hintergrund soll das Projekt bestehende Arbeitsschutzdefizite ermitteln, die Gefährdungsschwerpunkte erfassen, analysieren und daraus Anforderungen an die sicherheits- und gesundheitsgerechte Ausführung der auf der Baustelle verbleibenden Arbeiten ableiten.

Im Mittelpunkt der Untersuchungen stehen Transport- und Montageprozesse.

Im Ergebnis sind sowohl Vorschläge für die Einbeziehung von Sicherheits- und Gesundheitsschutzforderungen in die Planung und Vorbereitung der Montage von Gebäuden aus vorgefertigten Elementen als auch Informationsmaterialien und praxisnahe Handlungshilfen für die Beschäftigten auf der Baustelle zu erarbeiten.

FB 3.5 Branchenschwerpunkte

AP 2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

Entwicklung und Erprobung von Instrumenten zum Erkennen und Abbauen von Gefährdungen durch Arbeitsvorbereitung in KMU der Bauwirtschaft

F 1572

N.N.

Geplant

01.05.2005-01.12.2006

Die Bauwirtschaft wird in Deutschland maßgeblich durch KMU geprägt. In KMU sind in der Person des Unternehmers zahlreiche, teilweise konkurrierende Funktionen vereinigt. Aufgrund der strukturellen und wirtschaftlichen Situation werden Bauabläufe häufig nicht konsequent geplant. Viele Gefährdungen entstehen durch schlecht strukturierte, nicht ausreichend geplante, die Gefahren unterschätzende Arbeitsweisen. Hinzu kommt der enorme Akquisitionsdruck, welcher die Baubetriebe in einen grauen Bereich von Kompromissen, Zugeständnissen und Risiken zwingt. Arbeitsvorbereitung im Unternehmen, konsequente Planung von Prozessen ist die Grundlage für wirtschaftliches und sicheres Arbeiten. Arbeitsvorbereitung ist wissenschaftlich im Wesentlichen erfasst.

Der Fokus des Baubetriebswesens liegt dabei aber häufig beim Einsatz von Baumaschinen, Unternehmen mit mehrstufigem Aufbau und großen Bauvorhaben. Eine insbesondere für kleinere Unternehmen zielgruppengerechte Aufbereitung theoretischer Erkenntnisse und Instrumente sind nicht in ausreichendem Maß vorhanden und verbreitet. Im Projekt sollen vorhandene Instrumente für die Ablaufplanung ermittelt, hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit in KMU bewertet, zielgruppengerecht und strategisch weiterentwickelt/neu entwickelt und erprobt werden.

Projektziele:

- Erstellung und Erprobung von Instrumenten und Handlungshilfen, insbesondere für KMU, die eine wirtschaftliche und rechtssichere Ablaufplanung und damit wirtschaftliche, gesunde und sichere Bauarbeiten ermöglichen.

- Zielgruppengerechte Zusammenstellung und Aufbereitung maßgeblicher betriebswirtschaftlicher Grundlagen, Vorschriften, Kennwerte und arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse als Grundlage späterer Aktualisierungen.
- Ermittlung und Darstellung vorhandener Instrumente und Bewertung ihrer Anwendbarkeit in KMU.

FB 3.5 Branchenschwerpunkte

AP 2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

SZ 3 Entwicklung und Umsetzung wirksamer und wirtschaftlicher Präventionskonzepte für kleine und mittlere Unternehmen und Schwerpunktbranchen

Einrichtung von Baustellen unter präventiver Berücksichtigung von Sicherheit und Gesundheit zur Verbesserung von Wirtschaftlichkeit und Qualität des Bauprozesses

F 1819

N.N.

Geplant

01.02.2005-01.05.2006

Neben den besonderen Anforderungen an Baustellen als Arbeitsstätten aufgrund der nicht stationären Produktionsweise unterliegen Baustellen durch die Arbeitsprozesse ständigen Veränderungen. Dies stellt für sicheres und wirtschaftliches Arbeiten hohe Anforderungen an die Planung, Ausführung und Unterhaltung der Baustelleneinrichtung. Insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ergibt sich ein Bedarf an Handlungshilfen und Konkretisierungen für die Gestaltung der Arbeitsstätte Baustelle, eine systematische Planung der Baustelleneinrichtung und deren Einbindung in die Arbeitsvorbereitung des Unternehmens. Aufgrund der Novellierung der Arbeitsstättenverordnung ergibt sich ein Bedarf an beispielhaften Lösungen. Für die Motivation zur sicheren und gesunden Gestaltung der Arbeit auf Baustellen ist die Darstellung der Verbindungen zu wirtschaftlichem, rechtssicherem und professionellem Arbeiten erforderlich.

Ziel des Forschungsvorhabens ist die Erstellung und Erprobung von Instrumenten und Handlungshilfen, insbesondere für KMU, die eine wirtschaftliche und rechtssichere Planung, Ausführung und Unterhaltung der Baustelleneinrichtung und damit sichere und gesunde Bauarbeiten ermöglichen. Maßgeblich ist die Verknüpfung wirtschaftlicher Interessen der Unternehmen mit Anforderungen von Sicherheit und Gesundheit. Dazu soll ein zielgruppengerechtes Planungs- und Arbeitswerkzeug entwickelt werden, das eine systematische und effiziente Bearbeitung des Themenkomplexes mit Integration des Arbeitsschutzes insbesondere in KMU ermöglicht.

FB 3.5 Branchenschwerpunkte

AP 2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

SZ 4 Förderung sicher und gesund gestalteter Arbeitssysteme

Technische Arbeitsmittel für zeitweilige Arbeiten an hochgelegenen Arbeitsplätzen

F 1882

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Geplant

01.03.2005-30.09.2006

Nach wie vor besteht für die Beschäftigten auf hochgelegenen Arbeitsplätzen ein hohes Absturzrisiko. Die Unfallzahlen belegen, dass dieses Risiko erheblich steigt, wenn es sich dabei um zeitweilige Arbeiten handelt. Ergebnisse einschlägiger Untersuchungen sind in den Forschungsberichten Fb 856, Fb 894, Fb 922, Fb 923 und Fb 964 der BAuA enthalten. Mit Inkrafttreten der Betriebssicherheitsverordnung werden erstmals im staatlichen Arbeitsschutzrecht spezielle Anforderungen an die Benutzung von Arbeitsmitteln erhoben, die für zeitweilige Arbeiten an hochgelegenen Arbeitsplätzen bereitgestellt werden. So wird u. a. gefordert, dass für diese Arbeiten jeweils die geeigneten Zugangsmittel auszuwählen sind. Der Markt bietet eine Vielzahl technischer Arbeitsmittel für diesen Anwendungsfall an, bei deren sachgerechter Benutzung die Absturzgefährdung möglichst gering

gehalten werden kann. In der betrieblichen Praxis fehlt jedoch eine umfassende Zusammenstellung, in der diese Arbeitsmittel erfasst und dargestellt werden.

Ziel des Projektes ist ein Katalog, in dem Prinziplösungen sowie Produktinformationen zu geeigneten Arbeitsmitteln für zeitweilige Arbeiten an hochgelegenen Arbeitsplätzen erfasst und detailliert dargestellt werden. Den Arbeitgebern wird damit ein Instrument in die Hand gegeben, das sie über die Eignung der angebotenen technischen Arbeitsmittel informiert und sie bei deren Auswahl und Benutzung unterstützt. Der Katalog wird darüber hinaus einen Überblick zu Vorschriften und Regeln, Gefährdungen sowie zum Unfallgeschehen hinsichtlich Absturz enthalten.

FB 3.5 Branchenschwerpunkte

AP 2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

SZ 4 Förderung sicher und gesund gestalteter Arbeitssysteme

Stoffbelastung beim Recycling - Teil 4: Textilien

F 2086

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.03.2006

Das Textilrecycling ist eine der ältesten Recyclingbranchen. Im Gegensatz z. B. zum Kunststoff- oder Kfz-Recycling existieren hier keine gesetzlichen Regelungen und Verordnungen, die Vorgaben zum Recycling oder gar Quoten liefern. Die Recyclingbetriebe finanzieren sich somit letztlich selbst aus den Ergebnissen ihrer Sammlungen und den Erlösen der Wiederverwertung. Während die unterschiedlichen Verfahren zur Wiederverwertung ausführlich beschrieben und untersucht sind, gibt es im Hinblick auf Art und Ausmaß der Gefahrstoffbelastungen und der Belastungen durch biologische Arbeitsstoffe, denen die Beschäftigten bei den verschiedenen Arbeitsschritten ausgesetzt sind, bisher keine aussagekräftigen Erhebungen. Das Ziel dieser Arbeit besteht darin, die beim Recycling von Textilien eingesetzten Technologien und eingesetzten und freiwerdenden Stoffe zu erfassen und mögliche Belastungen der Arbeitnehmer durch Gefahrstoffe und biologische Stoffe am Arbeitsplatz zu ermitteln. Dazu werden Arbeitsplatzmessungen in Betrieben durchgeführt. Neben den inhalativen Belastungen werden die dermalen Belastungen der Beschäftigten erhoben.

FB 4.1 Belastungen am Arbeitsplatz

AP 2.5 Sichere und gesundheitsgerechte Gestaltung von Arbeit und Technik

2.6 Integration von Sicherheit und Gesundheit in betriebliche Verfahren und Abläufe

Für die Bewertung einer Integration von Sicherheit und Gesundheit in bestehenden Managementsystemen fehlen in der Regel klare Kennzahlen und Evaluationskriterien. Anhand großbetrieblicher Managementstrukturen sollen solche Bewertungskriterien entwickelt werden.

Derzeit liegen erste Konzepte zur Messung und Bewertung der Qualität des Arbeitsschutzes und der Leistungen des betrieblichen Arbeitsschutzes vor, die auf Forschungsaktivitäten der BAuA zurückgehen. Erfahrungen über ihre praktische Anwendung liegen derzeit jedoch nur begrenzt vor. Im Rahmen einer modellhaften betrieblichen Beratung soll die Anwendungsbasis verbreitert werden, indem Indikatoren und Parameter in mehreren Unternehmen angewendet, erprobt und systematisch ausgewertet werden. Im Ergebnis soll ein geeignetes Bewertungssystem erarbeitet und eingeführt werden, das die spezifischen betrieblichen Belange berücksichtigt und auf seine Übertragbarkeit abzielt.

Das in den letzten Jahren entwickelte Schutzstufenkonzept wird um einen Ansatz zur Gefährdungsbeurteilung und Maßnahmenfestlegung bezüglich stoffbedingter Brand- und Explosionsgefahren erweitert. Damit wird einem nachdrücklichen Wunsch aus dem Bereich der Klein- und Mittelbetriebe entsprochen, Arbeitsschutzvorschriften in diesen Betrieben leichter und besser umsetzen zu können.

Nichtraucherchutz und Raucherentwöhnung am Arbeitsplatz am Beispiel "Krankenhaus" unter besonderer Berücksichtigung der Aus- und Fortbildung

F 2103

IFT Institut für Therapieforschung

Laufend

31.10.2005

Seit der Aufnahme des Nichtraucherschutzes in die Arbeitsstättenverordnung (Oktober 2002) hat der Arbeitnehmer einen Anspruch auf einen rauchfreien Arbeitsplatz. Dem Setting Krankenhaus kommt im Hinblick auf Personal und Patienten eine besondere Bedeutung zu. Auf der Basis des seit 1. Januar 2004 in Kraft getretenen Krankenpflegegesetzes, das mehr Gewicht auf die Förderung der Gesundheit der Patienten in der Ausbildung zum/zur "Gesundheits- und Krankenpfleger(in)" legt, gibt es nun neue Handlungsspielräume.

Ziel des Forschungsvorhabens ist es, unter Einbeziehung der vorliegenden Erfahrungen und unter Nutzung existierender Netzwerke und Initiativkreise, ein Konzept für die wirksame Umsetzung des Nichtraucherschutzes und der Raucherentwöhnung in Krankenhäusern zu entwickeln. Eine Projektgruppe, die entsprechend INQA zu einer Vernetzung der Akteure führen wird, soll die Nachhaltigkeit des Projektes gesichert werden.

Folgende Schritte sind vorgesehen:

1. Bestandsaufnahme existierender Programme zum Nichtraucherschutz und zur Raucherentwöhnung in Krankenhäusern unter besonderer Berücksichtigung der Aus- und Fortbildung der Pflegekräfte.
2. Entwicklung eines Konzeptes zum Nichtraucherschutz und zur Raucherentwöhnung im Krankenhaus unter Einbeziehung folgender Aspekte:
 - Berücksichtigung eines ganzheitlichen Ansatzes der Gesundheitsförderung
 - Verknüpfung mit der Ausbildung "Gesundheits- und Krankenpfleger(in)" mit Fokus auf Gesundheitsförderung (Schwerpunkt Nichtraucherschutz/Raucherentwöhnung)
 - Entwicklung eines Trainingsprogrammes für Pflegekräfte "Nichtraucherschutz und Raucherentwöhnung im Krankenhaus" (Entwicklung eines Leitfadens)
1. Dokumentation der identifizierten Programme und Projekte sowie des aktuellen Standes des Projektes über Internet.
2. Aufnahme der Projekte in die Sammlung guter Praxis im Rahmen von INQA.

FB 1.2 Soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Arbeitsschutzberichterstattung

AP 2.6 Integration von Sicherheit und Gesundheit in betriebliche Verfahren und Abläufe

Zeitarbeit - eine "neue Branche" mit spezifischen Strukturen

F 2123

N.N.

Geplant

01.01.2005-30.06.2006

Zeitarbeitsfirmen gewinnen bezogen auf die Schaffung von Beschäftigung zunehmend an Bedeutung. In ganz Europa nimmt die Zahl der Betriebe zu, die Beschäftigte einstellen, um sie anschließend an andere Firmen für spezifische Arbeitseinsätze zu entleihen. Diese Tendenz ist zum Teil in den anderen europäischen Ländern, wie den Niederlanden, schon deutlich verbreiteter, aber auch in Deutschland ist durch die Reform des Arbeitsmarktes und die in diesem Zusammenhang entstandenen P(ersonal) S(ervice) A(genturen) eine Expansion dieser Arbeitsform zu erwarten. Daneben ist auch auf dem "freien" Markt zu beobachten, dass Zeitarbeit nicht mehr nur als eine Möglichkeit der Schaffung von Beschäftigung im Bereich einfacher, manueller Tätigkeit genutzt wird, sondern auch für die Wissensarbeit. Wie der Forschungsbericht Fb 1006, der Bundesanstalt zeigen konnte, ist die Belastungssituation für Beschäftigte in Leih- und Zeitarbeit in der Regel ungünstiger als für die sogenannte "Stammebelegschaft". Gleichzeitig bestehen für die "Fremden" im Betrieb nur sehr selten Angebote bezüglich betrieblicher Gesundheitsförderungsmaßnahmen oder aber Weiterbildungsmöglichkeiten z. B. zur besseren betrieblichen Qualifikation und damit verbunden zur Kompetenzabwicklung und Stressreduktion. Auch was die Einbindung in die bestehenden Arbeitsschutzstrukturen der leihenden Betriebe betrifft, so bestehen hier in der Regel keine spezifischen Angebote für die Leiharbeitnehmer. Gleichzeitig fehlt es aber auch bei den Zeitarbeitsfirmen an entsprechenden Strukturen. Formal sind sie nicht für die Einhaltung der gesetzlichen Arbeitsschutzbestimmungen zuständig. Generell findet sich in der neuen Branche "Zeitarbeit" kaum ein Bewusstsein für das Thema Gesundheit der Beschäftigten und nur eingeschränkte Sensibilität für die Sicherheit der Mitarbeiter. Im Rahmen des Projektes sollen auf der Basis einer differenzierten Analyse der Branche Konzepte zur Einbindung von Gesundheit und Sicherheit in die Managementprozesse der Unternehmen entwickelt werden. Dabei sollte die Spezifität der Branche besonders berücksichtigt werden. Im Ausland vorliegende Erfahrung (z. B. Niederlande) sollten einbezogen werden. Eine Einbeziehung der Branchenverbände ist dabei notwendig. Die Ergebnisse sollen dazu genutzt werden, den Aufbau spezifischer Teilprozesse zur Sicherung von Gesundheit und Sicherheit der Beschäftigten im Rahmen bestehender Managementprozesse in den Betrieben der Branche zu implementieren. Um die Transferchancen der Ergebnisse zu verbessern, ist eine Zusammenarbeit mit den Verbänden zwingend notwendig.

FB 1.2 Soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Arbeitsschutzberichterstattung

AP 2.6 Integration von Sicherheit und Gesundheit in betriebliche Verfahren und Abläufe

SZ 4 Förderung sicher und gesund gestalteter Arbeitssysteme

Beispielhafte Evaluation des Gesundheitsschutz-Managementsystems in einem Großunternehmen

F 2126

N.N.

Geplant

01.06.2005-01.12.2007

Die Beurteilung der Effizienz von Maßnahmen zur Steigerung von Sicherheit und Gesundheit hat mit den ersten Anfängen der Unfallkostenrechnung in den 70er Jahren begonnen und sich seitdem stark verändert. Heute gehen die Unternehmen mit einem entwickelten Gesundheitsschutzmanagement dazu über, kontinuierliche Gesundheitsschutzmanagementsysteme zum Zweck des Personal- und Gesundheitscontrollings einzuführen. Die Balanced-Scorecard (BSC) als ein solches systemisches / ganzheitliches Instrument hat sich seit den 90er Jahren in vielen Unternehmen etabliert. Sie ist ein Instrument zur strategischen Unternehmenssteuerung, das grundsätzlich auch zur Beurteilung der Effektivität und Effizienz eines Gesundheitsschutz-Managementsystems geeignet scheint. Im Rahmen des geplanten Projekts soll in Anlehnung an die BSC ein geeignetes Evaluations-

instrumentarium entwickelt und in den folgenden Jahren als Steuerungs- und Optimierungsinstrument auf das Gesundheitsschutz-Managementsystem eines großen Unternehmens angewandt werden.

FB 1.2 Soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Arbeitsschutzberichterstattung

AP 2.6 Integration von Sicherheit und Gesundheit in betriebliche Verfahren und Abläufe

SZ 3 (4) Entwicklung und Umsetzung wirksamer und wirtschaftlicher Präventionskonzepte sowie

Konkretisierung grundlegender Sicherheits- und Gesundheitsanforderungen in harmonisierten europäischen Normen - Untersuchungen zur Berücksichtigung der Grundsätze für die Integration der Sicherheit und der Ergonomie nach Anhang I der Maschinen-Richtlinie

F 1855

Bergische Universität Gesamthochschule Wuppertal - Fachbereich 14 - Sicherheitstechnik, Fachgebiet Arbeitssicherheit

Laufend

31.01.2005

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin macht in nationalen Normenverzeichnissen die Fundstellen der Normen bekannt, die - basierend auf den europäischen Einzelrichtlinien zur Gerätesicherheit - die grundlegenden Sicherheits- und Gesundheitsanforderungen der dem deutschen Gerätesicherheitsgesetz (GSG) unterliegenden Einzelverordnungen konkretisieren. Eines dieser Verzeichnisse ist das Verzeichnis M für Maschinen, das in seinem Abschnitt 1.1 die Fundstellen der harmonisierten europäischen Normen mit Vermutungswirkung und im Abschnitt 1.2 die Fundstellen der Normen, die zum Zeitpunkt der Bekanntmachung noch ohne Vermutungswirkung sind, angibt. Der Bundesanstalt liegen jedoch immer wieder Hinweise vor, dass einige der grundlegenden Sicherheits- und Gesundheitsanforderungen nur sehr unvollkommen berücksichtigt werden und diese Normen deshalb zu beanstanden wären. Insbesondere die z. B. im Anhang I der Maschinen-Richtlinie geforderte Berücksichtigung der Grundsätze für die Integration der Ergonomie steht häufig im Verdacht, nur unzureichend in den relevanten Normen konkretisiert zu sein. Teilweise werden ergonomische Sachverhalte in Produktgruppen und -normen abweichend oder z. T. sogar entgegen gesicherter arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse geregelt. Aufgabe des Projektes soll deshalb sein, am Beispiel der im Verzeichnis M für die Maschinenverordnung/Maschinenrichtlinie verzeichnete Normen, die aus fachlicher Sicht fehlenden oder unzureichenden ergonomischen Feststellungen zu ermitteln und aufzulisten, mit dem Ziel,

1. wissenschaftliche Unterstützung in Fragen der Mensch-Maschine-Interaktion zur Durchführung gesetzlich vorgesehener Maßnahmen gegen unzulängliche Normen zu erhalten,
2. die Umsetzung ergonomischer Prinzipien auf der Ebene von Produktgruppen und darüber hinaus auch für die Produkte sicherzustellen,
3. den Einfluss der Ergonomienormung zu fördern und den Informationsfluss von den existierenden ergonomischen Grundnormen zu den Produktgruppennormen und den Produktnormen zu gewährleisten,
4. dem präventiven Arbeitsschutzgedanken auch durch eine bessere ergonomische Gestaltung von Maschinen Rechnung zu tragen.

FB 2.1 Produktbeschaffenheit, Grundsatzfragen

AP 2.6 Integration von Sicherheit und Gesundheit in betriebliche Verfahren und Abläufe

Grundlagen für die Neukonzeption einer Technischen Regel "Sicherheitstechnik"

F 2100

Gerling Risiko Consulting GmbH

Laufend

30.11.2005

Die Technische Regel für Gefahrstoffe "Sicherheitstechnik" (TRGS 300) wurde vor rund 10 Jahren zur Konkretisierung der nach §§ 16 und 26 Gefahrstoffverordnung geforderten störungsverhindernden und störungsbegrenzenden Maßnahmen beim Umgang mit Gefahrstoffen erarbeitet. Innerhalb dieser Zeit haben sich sowohl die

gesetzlichen Rahmenbedingungen als auch die sicherheitstechnische Sichtweise (Human-Factor, Umgang mit dem Begriff "Risiko" etc.) geändert. Des Weiteren konnten bei der Anwendung der Methode zur Sicherheitsbetrachtung in verfahrenstechnischen Anlagen nach TRGS 300 Erkenntnisse zur Verbesserung bzw. Ausrichtung auf die Bedürfnisse der potentiellen Anwender (insbesondere KMU) gesammelt werden. In dem Projekt soll auf der Basis der TRGS 300 eine Vorgehensweise zur Erfüllung der Pflichten nach Gefahrstoffverordnung bei der Erstellung bzw. Durchführung einer Gefährdungsbeurteilung entwickelt werden. Dazu sind in erster Linie Gefährdungen zu betrachten, die beim Umgang mit Gefahrstoffen (Prozessverfahren, Anlagen, Tätigkeiten, Arbeitsplätze) auftreten, aber auch andere Gefährdungen (z. B. psychische, organisatorische), die üblicherweise bei den Tätigkeiten neben den Gefährdungen durch Gefahrstoffe auftreten können. Ziel ist es, eine überarbeitete TRGS 300 in das TRGS-Regelwerk einzustellen.

FB 2.3 Anlagen und Verfahren, optische Strahlung

AP 2.6 Integration von Sicherheit und Gesundheit in betriebliche Verfahren und Abläufe

Entwicklung und Erprobung kostengünstiger Strategien zur software-ergonomischen Umsetzung der Bildschirmarbeitsverordnung

F 1698

N.N.

Geplant

01.10.2005-30.09.2006

Von allen Arbeitsmitteln am Bildschirmarbeitsplatz beeinflusst die Software die Tätigkeit des Nutzers besonders nachhaltig, denn über die verwendete Benutzungsoberfläche und die Logik der Menü-Dialoge wird unsere Interaktion mit dem Rechner entscheidend gesteuert. Aufgrund der hohen Komplexität software-ergonomischer Anforderungen und daraus resultierenden Schwierigkeiten in der Messung werden die Kriterien der DIN EN ISO 9241 Teil 10 im Rahmen betrieblicher Anwendungen der Bildschirmarbeitsverordnung wenig beachtet.

Das Projekt verfolgt daher das Ziel, die im Forschungsbericht Fb 921 der BAuA entwickelte Methodik zur Überprüfung der ergonomischen Anforderungen an Software, die sich vor allem an Prüflabore richtet, in eine Handlungshilfe für Betriebe zu überführen.

Hierzu sollte eine sinnvolle Reduzierung der im Vorgängerprojekt entwickelten Prüfmethode, sofern möglich in Richtung eines Checklisten-Niveaus, vorgenommen werden.

FB 2.5 Ergonomie

AP 2.6 Integration von Sicherheit und Gesundheit in betriebliche Verfahren und Abläufe

SZ 4 Förderung sicher und gesund gestalteter Arbeitssysteme

Vorgehensweisen und Zielstellungen arbeitsmedizinischer Vorsorge in den Ländern der Europäischen Union - Vergleich und Eruierung innovativer Konzepte der medizinischen betrieblichen Individualprävention: normative Vorgaben, geforderte Qualifikationen und Kompetenzen, Daten arbeitsmedizinischer Vorsorgeuntersuchungen als Bestandteil der nationalen Gesundheitsberichterstattung

F 1906

Inst. für Gesundheits- und Sozialforschung GmbH (IGES)

Laufend

31.05.2005

Im Zusammenhang mit der Veränderung von Rahmenbedingungen in der Arbeitswelt (technologischer und demographischer Wandel, zunehmende Bedeutung der Rehabilitation, neue Unternehmensstrategien usw.) und der europaweiten Harmonisierung der Aktivitäten für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit ist es erforderlich, die arbeitsmedizinische Vorsorge bedarfsangepasst zu aktualisieren und weiterzuentwickeln. Die Studie soll Modelle und Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern im Sinne einer Bilanzierung zusammentragen. Von Interesse sind dabei vor allem praktizierte und kodifizierte Strategien der arbeitsmedizinischen Vorsorge zu

normativen Vorgaben und Zielstellungen, geforderten Qualifikationen, allgemeinen und speziellen Kompetenzen sowie zur Datennutzung arbeitsmedizinischer Vorsorge als Bestandteil einer Gesundheitsberichterstattung.

FB 3.2 Methoden der Prävention, Sozialer Arbeitsschutz

AP 2.6 Integration von Sicherheit und Gesundheit in betriebliche Verfahren und Abläufe

Betriebliche und überbetriebliche Erfolgsfaktoren und Hindernisse eines ganzheitlichen Arbeitsschutz- und Gesundheitsmanagements in Klein- und Kleinstbetrieben (KKB) ausgewählter Branchen

F 2151

N.N.

Geplant

01.02.2005-01.08.2007

Mehr als 95 % aller Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland sind Kleinst- und Kleinbetriebe (unter 50 Beschäftigte), in denen über 40 % aller sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigen beschäftigt sind. Aus den im Vergleich mit mittleren und großen Unternehmen personellen und wirtschaftlichen Besonderheiten kleinster und kleiner Betriebe ergibt sich ein besonderer Bedarf an externen Unterstützungsleistungen in Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Die mangelnde Integration von Gesundheitsfragen in die Führungstätigkeit ist gerade auch in Klein- und Kleinstbetrieben zu beobachten. Erst eine Integration der Arbeitsschutz- und Gesundheitsagenden in bestehende Management- und Qualitätssicherungs-Systeme lässt eine Breitenwirkung erwarten. Dies erfordert die Betrachtung der KKB im jeweiligen Systemzusammenhang der Branche oder der Produktions- bzw. Dienstleistungskette.

Ziele:

1. Erhebung der Erfolgsfaktoren und Hindernisse auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene bei der partizipativen Implementierung eines ganzheitlichen Arbeitsschutz- und Gesundheits-Managements in Klein(st)-Unternehmen.
2. Entwicklung und Beurteilung der Modelle auf betrieblicher Ebene
3. Entwicklung und Beurteilung überbetrieblicher Module der Kommunikation und des Transfers.
4. Umsetzung in Unternehmen verschiedener Branchen. Die Projektergebnisse sollen soweit möglich auch auf andere Branchen übertragen werden.

Dabei sollen alle Erkenntnisse auch in Qualifikations- und Kommunikationsangebote für die betriebliche und überbetriebliche Ebene einfließen.

FB 3.2 Methoden der Prävention, Sozialer Arbeitsschutz

AP 2.6 Integration von Sicherheit und Gesundheit in betriebliche Verfahren und Abläufe

SZ 3 Entwicklung und Umsetzung wirksamer und wirtschaftlicher Präventionskonzepte für kleine und mittlere Unternehmen und Schwerpunktbranchen

Maritimer Terror und Piraterie auf hoher See - Indikatoren und Parameter zur Bewertung der Sicherheit an Bord von Seeschiffen und betriebliche Handlungshilfen für die Implementierung eines geeigneten Sicherheitsmanagements nach dem ISPS-Code (International Ship and Port Facility Security Code)

F 2002

Institut für Sicherheitstechnik/Schiffssicherheit e.V.

Laufend

01.09.2005

Neue gesetzliche Anforderungen aus dem ISPS Code (International Ship and Port Facility Security Code) der International Maritime Organization (IMO), flankiert durch eine geplante EU-Verordnung, machen die Entwicklung von Maßnahmen notwendig, die nur ein Ziel haben: Schiffe und Hafenanlagen wirksam vor terroristischen An- und Übergriffen zu schützen. Es fehlen v. a. geeignete Sicherheitstrainings-Konzepte, die eine fundierte mentale Ausrichtung haben.

Ziele des Forschungsvorhabens sind Bilanzierung der Risiken und Gefährdungen durch Piraterie und Terrorismus auf hoher See und in küstennahen Gewässern, die Festlegung der psychologischen Voraussetzungen zur Gefahrenabwehr sowie die Erarbeitung von Grundlagen für Unterweisungs- und Trainingsprogramme zur Optimierung von Präventions- und Abwehrstrategien. Zur Zeit suchen alle Verantwortlichen in der Ausbildung, in der Fortbildung und in der betrieblichen Praxis nach geeigneten Trainingseinheiten zur Optimierung der Gefahrenabwehr und nach praxisnahen Präventions- und Bewältigungsprogrammen.

FB 3.5 Branchenschwerpunkte

AP 2.6 Integration von Sicherheit und Gesundheit in betriebliche Verfahren und Abläufe

Sicherheits- und Gesundheitsschutzkonzepte für Polizeiboote auf See und auf Binnenwasserstraßen

F 2094

Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung e.V. an der Uni Duisburg-Essen (RISP)

Laufend

31.12.2006

Das Arbeitsschutzgesetz verfügt über eine Öffnungsklausel, die eine Vielzahl von Beschäftigten im öffentlichen Dienst deutlich benachteiligt. Durch Rechtsverordnung kann bestimmt werden, dass das Arbeitsschutzgesetz ganz oder teilweise nicht zur Anwendung kommt, soweit öffentliche Belange dies zwingend erfordern. Vor diesem Hintergrund erhält die auch für den öffentlichen Bereich durchzuführende Gefährdungsbeurteilung eine besondere Bedeutung hinsichtlich der erforderlichen Schutzmaßnahmen z. B. bei risikoreichen Polizeieinsätzen oder bei Kontrolleinsätzen von Bundesbehörden wie z. B. Zollfahndung. Die verantwortlichen Führungskräfte verfügen nur unzureichend über Wissen und Erfahrungen mit einem praxisbezogenen Sicherheitsmanagementsystem, das Handlungsorientierung anhand von Sicherheits- und Gesundheitsschutzstandards in schwierigen Lagen gibt. Ziel des Projektes ist die Bilanzierung der technischen, organisatorischen und verhaltensbezogenen Sicherheits- und Gesundheitsschutzaspekte an Bord von Polizeibooten auf See- und Binnenwasserstraßen, die Entwicklung eines Sicherheits- und Gesundheitsschutzkonzeptes sowie die Erarbeitung von Grundlagen für Sicherheitstrainingsmaßnahmen.

Zielgruppen sind Arbeitnehmer, Beamte und Dienststellenleiter sowie Aufsichtsorgane im Bund und in den Ländern.

FB 3.5 Branchenschwerpunkte

AP 2.6 Integration von Sicherheit und Gesundheit in betriebliche Verfahren und Abläufe

Methodik der allgemeinen betriebsärztlichen Beratung

F 1974

N.N.

Geplant

01.01.2005-31.12.2005

GefStoffV und TRGS fordern eine Beteiligung des Betriebsarztes an der Unterweisung von Beschäftigten, die Umgang mit Gefahrstoffen haben. Die Ausbildung der Mediziner ist stark auf das individuelle Beratungsgespräch im Rahmen arbeitsmedizinischer Vorsorgeuntersuchungen gerichtet. Für die Vermittlung arbeitshygienischen und -medizinischen Wissens in allgemeiner Form zur Erzeugung von Haltungen und Verhaltensweisen, die in optimaler Weise die Möglichkeiten moderner Prävention nutzen, sollen methodische Empfehlungen und modellhafte Bausteine beginnend mit weit verbreiteten Expositionen (z. B. Lösungsmittelgemische, Stäube etc.) erarbeitet werden. Mit diesen Materialien sollen Betriebsärzte Hilfsmittel zur Verbesserung und Intensivierung der allgemeinen Beratungstätigkeit im Rahmen vorgeschriebener Unterweisungen oder in speziellen Präventionsprogrammen erhalten.

FB 4 Sicherheit und Gesundheit bei chemischen und biologischen Arbeitsstoffen

AP 2.6 Integration von Sicherheit und Gesundheit in betriebliche Verfahren und Abläufe

SZ 2 Verbesserung der Prävention arbeitsbedingter Gesundheitsstörungen und Erkrankungen

Qualitätssicherung bei der Arbeitsplatzüberwachung - Teil III: Qualitätsmanagement im Arbeitsschutzlabor

F 1586

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

30.09.2006

Im Rahmen eines bereits abgeschlossenen Projektes wurde ein Qualitätsmanagementhandbuch für das Chemielabor der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin erstellt. Dieses Qualitätsmanagementsystem ist in die Arbeit des Chemielabors zu implementieren und bei seiner Anwendung ständig weiter zu entwickeln und zu aktualisieren. Ziele des Vorhabens sind:

1. Implementierung des Qualitätsmanagementhandbuches in die Arbeit des Chemielabors;
2. Erstellung von Standardarbeitsanweisungen zu den einzelnen Tätigkeiten im Chemielabor und Überprüfung ihrer Anwendbarkeit;
3. Teilnahme an Ringversuchen als Maßnahme der externen Qualitätssicherung;
4. Einrichtung eines Erfahrungsaustauschkreises mit dem Arbeitskreis der Ländermessstellen für chemischen Arbeitsschutz (ALMA) und den Berufsgenossenschaften zum Qualitätsmanagement.

FB 4.1 Belastungen am Arbeitsplatz

AP 2.6 Integration von Sicherheit und Gesundheit in betriebliche Verfahren und Abläufe

TRGS 2000 - Praxisgerechte Umgestaltung des Technischen Regelwerkes zu Gefahrstoffen, Teil B: Schutzmodule für krebserzeugende Gefahrstoffe

F 1924

N.N.

Geplant

01.01.2005-30.09.2005

Viele kleinere und mittlere Unternehmen haben Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Gefahrstoffverordnung und des zugehörigen untergesetzlichen Regelwerkes. Der UA I des Ausschusses für Gefahrstoffe (AGS) plant eine praxisgerechte Überarbeitung von TRGS der 500er - Reihe (Schutzmaßnahmen für Tätigkeiten mit Gefahrstoffen). Angestrebt wird ein modularer, DV-gestützter Aufbau. Im Teil A des Projektes wurden alle Maßnahmenformulierungen aus TRGS in einer Datenbank erfasst, analysiert und nach ausgewählten Kriterien sortiert. Im zweiten Teil des Projektes sollen konkrete Schutzmodule für krebserzeugende Gefahrstoffe entwickelt werden. Hierbei sind allgemeine, stoffspezifische und tätigkeitsbezogene Anforderungen zu unterscheiden. Die Module sollen so gestaltet sein, dass sie als Grundlage für den Entwurf einer neuen TRGS 502 (Schutzmaßnahmen: Krebserzeugende Gefahrstoffe - Allgemeine Anforderungen) und entsprechende Änderungsvorlagen für bestehende TRGS (z. B. TRGS 521 "Faserstäube") dienen können. Grundlage sind die Ergebnisse des Teiles A, einschließlich der in diesem Kontext erstellten Datenbank.

FB 4.6 Umgang mit Gefahrstoffen

AP 2.6 Integration von Sicherheit und Gesundheit in betriebliche Verfahren und Abläufe

SZ 5 (9) Verbesserung des Schutzes vor Gesundheitsrisiken bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen und biologischen Arbeitsstoffen

Schutz von Sicherheit und Gesundheit bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen - ein einfaches Maßnahmenkonzept für Klein- und Mittelbetriebe

F 1928

N.N.

Geplant

01.03.2005-31.12.2005

Durch ein Schutzstufenkonzept für Gefahrstoffe soll der Gesundheitsschutz bei Tätigkeiten mit Gefahrstoffen verbessert werden. Hierzu wird die BAuA in Kürze eine Handlungshilfe zum Einstieg in die Beurteilung chemischer Gefährdungen und zur Festlegung angemessener Schutzmaßnahmen anbieten. Das Schutzstufenkonzept soll vor allem mittelständische Unternehmen in die Lage versetzen, auf der Grundlage leicht verfügbarer Informationen und ohne chemisches Expertenwissen richtungssichere Entscheidungen zum Schutz ihrer Beschäftigten zu treffen. Das Schutzstufenkonzept wird ergänzt durch Modelllösungen zur Gestaltung häufiger Tätigkeiten mit Gefahrstoffen, die als Ergebnis der Projektes F 1919 bis Ende 2004 vorliegen sollen. Die Grundversion des Schutzstufenkonzeptes berücksichtigt nur Gesundheitsgefährdungen durch inhalative und dermale Exposition gegenüber Gefahrstoffen. Bislang fehlt jedoch ein analoger Ansatz für die nach Gefahrstoffverordnung erforderliche Gefährdungsbeurteilung und Maßnahmenfestlegung bei stoffbedingten Brand- und Explosionsgefahren. Solch ein integrierter Ansatz wird von vielen Klein- und Mittelbetrieben (KMU) nachdrücklich gewünscht. Im Rahmen dieses Projektes soll das Schutzstufenkonzept der BAuA auf physikalisch-chemische Gefährdungen ausgeweitet werden - insbesondere für Tätigkeiten mit Gefahrstoffen, die mit den R-Sätzen R 1 - R 19 gekennzeichnet sind. Darüber hinaus sollen die im Projekt F 1919 entwickelten Modelllösungen um tätigkeitsbezogene Maßnahmen zum Brand- und Explosionsschutz ergänzt werden. Zielgruppen des einfachen Maßnahmenkonzeptes sind:

- Verantwortliche für Sicherheit und Gesundheit in KMU,
- Sicherheitstechnische und arbeitsmedizinische Dienste; Beratungsunternehmen,
- Vollzugsbehörden und Unfallversicherungsträger,
- Betriebs- und Personalräte, interessierte Beschäftigte.

Es soll über die Homepage der BAuA und als Veröffentlichung möglichst weit verbreitet werden. Die Integration der Anforderungen zum betrieblichen Umweltschutz soll - gemeinsam mit dem Umweltbundsamt - in einem nächsten Schritt geprüft werden.

FB 4.6 Umgang mit Gefahrstoffen

AP 2.6 Integration von Sicherheit und Gesundheit in betriebliche Verfahren und Abläufe

SZ 3 (5) Entwicklung und Umsetzung wirksamer und wirtschaftlicher Präventionskonzepte für kleine und mittlere Unternehmen und Schwerpunktbranchen

2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

Im Bereich Produktbeschaffenheit und Arbeitsstätten geht es um die Unterstützung der Praxis durch Entscheidungshilfen für den Einkauf von Produkten, Handlungshilfen für Entwickler von Produkten im Hinblick auf Barrierefreiheit und Informationsmaterial für Sonnenschutz und Tageslicht an Arbeitsstätten. Ergänzt werden die Vorhaben durch eine Ausbildungsinitiative, mit der die sicherheits- und gesundheitsgerechte Produktgestaltung in verschiedene Hochschulstudiengänge implementiert werden soll.

Die Klein- und Kleinstbetriebe sind Zielgruppe Nr. 1. Aufgrund der spezifischen Organisations- und Arbeitsstrukturen und dem wachsenden ökonomischen Druck müssen innovative Modelle zum integrativen Gesundheitsmanagement zielgruppenorientiert und praxisnah gefunden und umgesetzt werden. Dafür benötigen KMU's auch besondere Infrastrukturangebote zu Ausbildung, Informationsfluss, Netzwerke und Unterstützung.

Gerade auch in KMU lässt sich die mangelnde Integration von Gesundheitsfragen in die Führungstätigkeit weiterhin beobachten. Erst eine Integration der Arbeitsschutz- und Gesundheitsagenden in bestehende Management- und Qualitätssicherungs-Systeme lässt eine Breitenwirkung erwarten. Dies erfordert die Betrachtung der KMU im jeweiligen Systemzusammenhang der Branche oder der Produktions- bzw. Dienstleistungskette.

Die Zielsetzung ist daher: Erhebung der Erfolgsfaktoren und Hindernisse bei der partizipativen Implementierung eines ganzheitlichen Arbeitsschutz- und Gesundheits-Managements in Klein(st)-Unternehmen im Betrieb und auf außerbetrieblichen Ebenen. Einbeziehung von Betrieben verschiedener Branchen.

Auch die Bedeutung des Handwerks führt zu der Überlegung, Maßnahmen zur Stärkung der Innovationsfähigkeit der Handwerksbetriebe zu entwickeln, modellhaft zu erproben und diese über Multiplikatoren und entsprechende Instrumente in der Fläche wirksam werden zu lassen. Verstetigung und Verbesserung von Sicherheit und Gesundheitsschutz, Umweltschutz und Qualität sind in diesem Zusammenhang Prozesselemente, die Voraussetzungen für erfolgreiche Innovationsprozesse schaffen. Gesundheit, Motivation, Kreativität sowie die betrieblichen Abläufe werden nicht durch Faktoren gestört, die die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten gefährden. Ziel ist die Entwicklung und modellhafte Erprobung eines integrierten Konzepts, um Handwerksbetriebe in den Bereichen "Sicherheit und Gesundheitsschutz", "Umweltschutz" und "Qualität" zu unterstützen, zu beraten sowie zu informieren und zu motivieren.

Aufbereitung und Bereitstellung von Daten für das BAuA-Intranet

F 1941

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

30.06.2005

Im Rahmen der Facharbeit der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) werden umfangreiche Datenbestände erzeugt, verwaltet und analysiert. Diese liegen größtenteils in heterogener Form vor und sind oft nur für die damit unmittelbar befassten Mitarbeiter nutzbar. Das betrifft insbesondere umfangreiche und vielfältig nutzbare Datenbestände zu Indikatoren für Arbeitsbedingungen, Verbreitung und Ausprägung von Belastungen, tödlichen Arbeitsunfällen, Arbeitsunfähigkeitsstatistik, Ergebnissen arbeitsmedizinischer Vorsorgeuntersuchungen sowie die Daten des Gesundheitsdatenarchivs Wismut.

Die verbesserte Verfügbarkeit aufbereiteter Datenbestände ist entscheidende Grundlage für eine effizientere Beratung von Politik und Gesellschaft zum Stand von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit, zur Ermittlung strategischer Handlungsschwerpunkte der Prävention, für die Beantwortung spezieller Fragen zu sicherheitstechnischen Defiziten, arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren und -erkrankungen und auch deren weiterführender wissenschaftlicher Auswertung.

Projektziele:

- Erfassung und einheitliche Beschreibung der wichtigen Datenbestände und der (möglichen) Relationen zwischen den Beständen (Dokumentation); schrittweise Integration in das BAuA-Intranet (Faktenspeicher als 1. Stufe eines BAuA-Informationssystems).
- Aufbau eines einheitlichen Systems der Datenhaltung und -beschreibung, Überführung der Daten in ein Datenbanksystem mit strenger Prüfung (Filterung) der Einzelbestände.
- Schaffung der technischen Voraussetzungen durch den Ersatz der bisher genutzten Fileserver durch einen BAuA-Netz-konformen Datenbankserver mit dem notwendigen Datenbanksystem.

FB 1.1 Grundsatzfragen der Prävention und Forschung, Informationsmanagement

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

Entwicklung einer Methode zur systematischen Wissensbewahrung von Fachwissen ausscheidender Mitarbeiter

F 2164

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin/N.N.

Laufend

31.12.2006

Wissenssicherung (Wissensbewahrung) gewinnt als Teilgebiet des Wissensmanagement zunehmend an Bedeutung, weil Situationen wie Pensionierung, Stellenabbau, Reorganisation, Fusionierung oder Fluktuation oftmals eine Art "kollektiver Amnesie" zur Folge haben, der entgegen gewirkt werden muss. Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) ist in Teilen ihrer bisherigen fachlichen Kernkompetenzen von einem massiven Generationswechsel betroffen. In diesem Projekt soll eine Methode (Handlungsvorschrift) entwickelt werden, die folgende Schritte zur Wissensbewahrung beinhaltet:

- Erkennen des kritischen (relevanten) Wissens,
- Aufarbeitung des vorhandenen (dokumentierten) Wissens,
- Interview (Debriefing) mit dem ausscheidenden Mitarbeiter über Defizite,
- Archivierung des gewonnenen Wissens,
- Einordnung des gewonnenen Wissens in die Wissenslandschaft der BAuA,
- Erprobung der Methode in einem Pilotprojekt.

FB 1.1 Grundsatzfragen der Prävention und Forschung, Informationsmanagement

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

Broschüre "Vertrauensarbeitszeit - Handlungshilfen für die Praxis"

F 1813

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

30.09.2005

Die Arbeitszeitgestaltung ist in der Diskussion um effizientere Organisationsstrukturen und verbesserte Nutzung der Human-Ressourcen in den Organisationen eine zentrale Stellgröße. Auf der Organisationsebene gewinnen dabei Selbststeuerung, Zielvereinbarungen und Verantwortungsdelegation in Bezug auf das Arbeitsergebnis zunehmend an Bedeutung. Ein Arbeitszeitmodell, das dieser Unternehmensphilosophie entspricht, ist die Vertrauensarbeitszeit. Vertrauensarbeitszeit (VAZ) ist ein flexibles, ergebnisorientiertes Arbeitszeitmodell mit stark ausgeprägter Eigenverantwortung und Selbstorganisation der Beschäftigten. Für den Bereich des Beschäftigtenschutzes ergibt sich dabei das Problem, dass die Einhaltung vorgegebener gesetzlicher Rahmenbedingungen schwieriger wird. Auch für die Betriebe ergeben sich Probleme im Hinblick auf den optimierten Einsatz dieser Arbeitszeitform (für welche Bereiche ist VAZ geeignet, wie kann Selbstausbeutung der Beschäftigten ver-

mieden werden (burnout etc.). Im Rahmen des Forschungsprojektes F 1853 sind mit wissenschaftlichen Methoden Rahmenbedingungen, Gestaltungswissen und Entwicklungsprozesse für eine menschengerechte Umsetzung von VAZ-Modellen entwickelt worden. Um die entwickelten Konzepte für eine breite Umsetzungsebene zugänglich zu machen, müssen die vorliegenden Erkenntnisse zielgruppenorientiert (betriebliche Akteure, allgemeine betriebliche Diskussion) aufgearbeitet werden. Information und Handlungshilfen für die unterschiedlichen Interessensgruppen im Betrieb sollen in Form einer Broschüre bereitgestellt werden.

FB 1.2 Soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Arbeitsschutzberichterstattung

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

Entwicklung eines Handlungsleitfadens zu Mental Health am Arbeitsplatz - Förderung der psychischen Gesundheit und Prävention von Depression, Angstzuständen und anderen psychischen Erkrankungen am Arbeitsplatz

F 2106

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

30.09.2005

Ziel des Projektes ist die Sensibilisierung von betrieblichen Entscheidungsträgern und Entwicklung einer Konzeption zur Förderung psychischer Gesundheit am Arbeitsplatz und zur Prävention psychischer Erkrankungen wie Angst und Depressionen. Laut WHO wird angenommen, dass Depressionen bis zum Jahre 2020 an zweiter Stelle der Ursachen für Erwerbsunfähigkeit stehen werden, direkt nach Herz-Kreislaufkrankungen. Die Ergebnisse des EU-Projektes "Mental health promotion and prevention strategies for coping with anxiety and depression in Europe" werden in diesem Projekt auf die nationale Ebene übersetzt und mit Unterstützung nationaler Experten in verständliche Empfehlungen umgesetzt.

FB 1.2 Soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Arbeitsschutzberichterstattung

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

Möglichkeiten der Qualitätssicherung und -erkennung von Migrationsprodukten unter Berücksichtigung neuer Techniken

F 1903

N.N.

Geplant

01.01.2005-30.06.2006

Die immer umfangreicheren Datenbestände der BAuA auf dem Gebiet der Marktüberwachung lassen erkennen, dass ein Großteil von unsicheren Produkten aus bestimmten Wirtschaftsgebieten stammt und es sich bei gefährlichen Produkten oft um Plagiate handelt. Hierbei handelt es sich offensichtlich um einen riesigen, mit zunehmender Globalisierung ständig im Wachsen begriffenen Markt. Es wird deshalb sowohl für die Marktüberwachungsbehörden, für Hersteller, Händler und Prüfstellen, als auch für Verbraucher selbst zunehmend wichtiger, solche nachgeahmten Produkte schnell erkennen und damit ggf. meiden zu können. Hierzu gibt es bereits eine Reihe von technischen Möglichkeiten und Überlegungen, die in einer Studie aufgezeigt bzw. neue Lösungen angedacht werden sollen. So wird als ein wesentlicher Schwerpunkt der Zeichenschutz (GS-Zeichen / CE-Zeichen) durch neue Techniken angesehen, die eine Fälschung / Nachahmung dieser Zeichen wirksam verhindern können. Neben den Bezugsquellen und Handelswegen für unsichere Produkte und Plagiate, die ebenfalls thematisiert werden sollen, sollen vor allem auch direkte technische Möglichkeiten einer "Echtheits"- Identifizierung von Produkten aufgezeigt werden. Eine Einschätzung der Alltagstauglichkeit / Praxisnähe der jeweiligen Lösung soll zusätzlich vorgenommen werden. Hierbei stehen insbesondere die Anwendungsmöglichkeiten auf Migrationsprodukte, z. B. Heimwerkergeräte im Vordergrund. Neben technischen Lösungen soll zusätzlich ein Punkte-

katalog erstellt werden, der Beschaffer in Firmen und Verbraucher in die Lage versetzt, unsichere Produkte zu erkennen und ggf. vermeiden zu können.

1. Schaffung eines Kataloges bestehender Sicherheitstechniken und Einschätzung des Sicherheitspotenzials.
2. Einschätzung der Techniken in Bezug auf die Anwendungssicherheit zu bestimmten Produkten und Einschätzung des Kostenfaktors.
3. Einfache, zielgruppengerechte Handhabung.
4. Fachtagung zu diesem Thema (Frühjahr 2006) mit interessierten Kreisen.

FB 2.1 Produktbeschaffenheit, Grundsatzfragen

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

SZ 8 Reduzierung des Anteils von ausgewählten Produktgruppen mit gefährlichen Eigenschaften

Ratgeber zur Einbeziehung von Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Maschinenkonstruktion

F 1901

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin/N.N.

Laufend

31.03.2005

Das vorangegangene Forschungsprojekt F 1983 hat gezeigt, dass bei Maschinenentwicklern ein Bedarf für Hilfsmittel zur Umsetzung von Sicherheitsanforderungen an Produkte innerhalb des Konstruktionsprozesses vorhanden ist. Im Forschungsprojekt werden deshalb wesentliche und relevante Informationen zu diesen Anforderungen zusammengetragen.

Diese werden in einer Form aufbereitet, in der sie von den Maschinenkonstruktoren genutzt werden können. Es wird eine Softwarelösung geschaffen, die die nach Maschinenrichtlinie geforderte Gefahrenanalyse unterstützt, Recherchemöglichkeiten zu wesentlichen Anforderungen bietet und Lösungsmöglichkeiten für ihre Erfüllung zeigt.

FB 2.2 Produkte, mechanische und elektrische Sicherheit

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

Beispiele zum Anwendungsbereich der europäischen Maschinenrichtlinie

F 1950

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

30.11.2005

Obwohl der Anwendungsbereich der Maschinenrichtlinie definiert ist, bestehen Interpretationsspielräume, insbesondere im Grenzbereich zu anderen Richtlinien und Produktgruppen (z. B. Niederspannungsrichtlinie, Sicherheitsbauteile, unvollständige Maschinen, mobile Arbeitsmittel). Normungsgremien, Ausschüsse, die Stellen der Marktaufsicht sowie Hersteller müssen sich immer wieder mit diesem Problem befassen.

Durch eine Zusammenstellung von Erläuterungen und Beispielen sollen Unsicherheit der Zuordnung von Produktgruppen zur Maschinenrichtlinie verringert werden.

FB 2.2 Produkte, mechanische und elektrische Sicherheit

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

Entscheidungshilfen für den Kauf sicherer und gesundheitsgerechter Produkte

F 2121

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin/N.N.

Geplant

01.01.2005-31.10.2006

Ausgangssituation: Auswahl und Kauf von Produkten erfolgen derzeit vorrangig nach "harten" Eigenschaften wie Leistung und Preis. Sicherheitsrelevante Eigenschaften werden vorrangig über das Vorhandensein von Sicherheitszertifikaten (CE, GS) bewertet, ggf. werden Kriterien wie Lärm, Schwingung oder Elektrosicherheit (Schutzgrad) herangezogen, die aber kaum Einfluss auf die Produktauswahl bzw. den Kauf haben.

Handlungsbedarf:

Zur Verbesserung der Situation sind Entscheidungshilfen notwendig, die

- alle relevanten Kriterien zur Auswahl eines sicheren und gesundheitsgerechten Produktes enthalten,
- diese Kriterien im Zusammenhang mit anderen Gebrauchseigenschaften bewerten
- ermöglichen, eine Rangfolge der zur Auswahl stehenden Produkte erstellen.

Dabei müssen sowohl quantitative als auch qualitative Merkmale im Zusammenhang bewertet werden. Da für bestimmte Produkte der Übergang zwischen gewerblicher und privater Nutzung zunimmt (Migrationsprodukte), sollen die Auswahlkriterien auch für die private Nutzung anwendbar sein.

Projektziel: Verbesserung der Einbeziehung gesundheits- und arbeitsschutzrelevanter Faktoren bei der Auswahl von Produkten durch Bereitstellung von Entscheidungshilfen:

1. Eigenforschungsanteil:

- Ermittlung sicherheits- und gesundheitsschutzrelevanter Kriterien; Zusammenstellung und Beurteilung vorhandener Methoden zur Bewertung; Darstellung am Beispiel einer ausgewählten Produktgruppe
- Definition der Anforderungen an ein zu erstellendes Softwareprodukt
- Erarbeitung einer Leistungsbeschreibung für 2.

2. Fremdforschungsanteil:

- Sicherheits- und gesundheitsschutzbezogene Bewertung ausgewählter Produktgruppen
- Untersuchung von Möglichkeiten zur Integration der sicherheits- und gesundheitsschutzbezogenen Produktbewertung in vorhandene (Qualitäts-) Bewertungsverfahren im Zusammenhang mit dem Kauf von Produkten
- Erstellung eines Softwareproduktes

FB 2.2 Produkte, mechanische und elektrische Sicherheit

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

SZ 7 Erhöhung des Anteils von sicherheits- und gesundheitsgerecht gestalteten Produkten

Ausbildungsinitiative zur sicherheits- und gesundheitsgerechten Gestaltung von Produkten und Verfahren in verschiedene Hochschulstudiengänge

F 2120

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin/N.N.

Geplant

01.01.2005-31.12.2006

An Hochschulen wird den Studenten ein umfangreiches Fachwissen vermittelt. Allerdings ist eine spezielle Vermittlung von Arbeitsschutzwissen nicht in einem ausreichenden Maß vorhanden, wie z. B. eine Umfrage des VDI an über 300 deutschen Hochschulen ergab. Insbesondere in Berufsfeldern in denen Entscheidungen z. B. zur sicheren Bedienung von technischen Geräten und Produkten getroffen werden müssen, kann dies zu gravierenden sicherheitsrelevanten Folgen führen. Maschinenbauingenieure sollen sichere und gesundheitsgerechte Arbeitsmittel konstruieren und Betriebswirtschaftler sollten beim Einkauf nicht nur aus Kostengründen entscheiden. Davon ausgehend ist beabsichtigt die Grundlagen zu schaffen, an einer auszuwählenden technischen Hochschule in geeignete Studiengänge Inhalte des Arbeitsschutzes zu implementieren. Zunächst werden die

Studienpläne geprüft und alle Fachbereiche ausgewählt, in denen Inhalte zur sicherheits- und gesundheitsgerechten Gestaltung von Produkten und Verfahren eingefügt werden können. Diese Inhalte werden in konkrete Vorlagen gefasst, damit die Hochschullehrer sie dann in Ihre bestehende Vorlesungsreihen an geeigneten Stellen einfügen können. Noch im Rahmen des Projektes soll exemplarisch an mindestens einem Studiengang während eines Semesters das erarbeitete Konzept erprobt werden.

Im Ergebnis soll an der für das Projekt ausgewählten Hochschule in weitere Studiengänge Arbeitsschutzwissen eingefügt werden. Weitere Hochschulen sollen die gesammelten Erfahrungen nutzen und ebenfalls für ihr Profil spezifisches Wissen bezüglich sicherheits- und gesundheitsgerechter Gestaltung von Produkten und Verfahren in bestehende Studiengänge implementieren.

FB 2.4 Arbeitsstätten

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

SZ 9 Ausbau des Beratungs-, Informations- und Qualifikationsangebots zu Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit

Erarbeitung eines Informationsmaterials zur Nutzung des Tageslichtes und für Sonnenschutzmaßnahmen an Büroarbeitsplätzen

F 2122

N.N.

Geplant

01.04.2005-31.03.2007

Nach Arbeitsstättenrecht (EU- Richtlinie 89/654/EWG) müssen Arbeitsstätten einerseits möglichst ausreichend Tageslicht erhalten und andererseits müssen Fenster, Oberlichter und Glaswände je nach Art der Arbeit und der Arbeitsstätte eine Abschirmung gegen übermäßige Sonneneinstrahlung ermöglichen. Eine ausreichende Beleuchtung mit Tageslicht (in Verbindung mit künstlichem Licht) steht in engem Zusammenhang mit Gesundheit und psychischem sowie physischem Wohlbefinden. Durch starke Sonneneinstrahlung können die Beschäftigten an Büroarbeitsplätzen geblendet werden oder es kann zu einer unzulässigen Erwärmung der Räume kommen. Deshalb sind Maßnahmen zum Sonnenschutz bzw. zur Blendungsbegrenzung erforderlich. Es ist prinzipiell zu gewährleisten, dass durch die getroffenen Sonnenschutzmaßnahmen ein ausreichender Tageslichteinfall und eine Sichtverbindung nach außen erhalten bleibt. Auf der Grundlage neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse zur Thematik Tageslichtnutzung / Sonnenschutzmaßnahmen soll eine praktikable aktuelle Handlungsanleitung erstellt werden, die es dem Anwender ermöglicht, durch systematische Vorgehensweise die sich aus dem Arbeitsstättenrecht ergebenden Anforderungen im konkreten Anwendungsfall umzusetzen. Nutzung des erarbeiteten Informationsmaterials als Handlungshilfe für die Optimierung von Sonnenschutzmaßnahmen, Zielgruppen sind Arbeitgeber, Aufsichtsdienste (GAA, BG), Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Personal- und Betriebsräte.

FB 2.4 Arbeitsstätten

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

SZ 9 Ausbau des Beratungs-, Informations- und Qualifikationsangebots zu Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit

Ergonomische Gestaltung von Arbeitsplätzen mit Bildschirm-Rechner-Einheiten in der Produktion - Erarbeitung von Handlungshilfen

F 1963

N.N.

Geplant

01.10.2005-30.09.2006

Zur Realisierung einer flexiblen, produktiven und qualitativ hochwertigen Fertigung setzen nahezu alle Großunternehmen heute moderne Informations- und Produktionstechnologien ein. Auch in KMU sind diese technischen Innovationen, z. B. im Bereich der Fertigung durch die Einführung von CAM (Computer Aided Manufacturing), des CAD (Computer Aided Design) und von PPS (Produktions-Planungs-Systemen) immer häufiger anzutreffen. Wie nahezu in der gesamten Büroarbeit werden hierzu verschiedene Formen von Bildschirm-Rechner-Einheiten als Arbeitsmittel verwendet. Auch für diese Arbeitsplätze, die als Bildschirmarbeitsplätze erst in jüngerer Zeit in das Blickfeld der Anwendung der Bildschirmarbeitsverordnung gerückt sind, müssen Handlungshilfen erarbeitet werden, die den betrieblichen Praktiker unterstützen. Für den Bereich der Produktion, insbesondere in KMU, gilt dies besonders, da neben der notwendigen Finanzkraft oftmals auch das für die Umsetzung ergonomischer Erkenntnisse erforderliche Know-how fehlt.

FB 2.5 Ergonomie

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

SZ 4 Förderung sicher und gesund gestalteter Arbeitssysteme

Barrierefreie Gestaltung von Produkten - Ableitung von Kriterien an die Produktgestaltung und Erarbeitung von Handlungshilfen für Entwickler und Beschaffer

F 2119

N.N.

Geplant

01.04.2005-31.03.2007

Durch den Einsatz von Mikroelektronik werden Produkte, vor allem aus dem Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik zwar immer leistungsfähiger, allerdings nimmt auch die Komplexität der Benutzung zu. Bereits heute weisen viele Produkte des Arbeits- (z. B. Kopie- oder Faxgeräte) und auch des Privatlebens (z. B. Geräte der Unterhaltungselektronik) Bedienmenüs auf, die die Leistungsfähigkeit und -bereitschaft vieler Nutzer überfordern. Nutzergruppen, die aufgrund ihres Alters oder einer Behinderung nicht (mehr) über die vorausgesetzte körperliche oder geistige Leistungsfähigkeit verfügen, sind besonders benachteiligt. Nicht nur seitens der Politik bestehen mit dem Behindertengleichstellungsgesetz Bemühungen, den wirtschaftlichen und gesundheitlichen Nachteilen für die Betroffenen entgegenzuwirken. Auch seitens der Industrie werden unter den Stichworten "Barrierefreiheit", "Design für alle" und "Accessibility" Lösungen entwickelt, die die spezifischen Belange älterer und behinderter Menschen berücksichtigen. Während Diskussionen und Lösungen im Bereich der internetbasierten Dienstleistung bereits vorangeschritten (aber noch weit von einer weit reichenden Umsetzung entfernt) sind, ist die Suche nach konkreten Produkten für leistungsgeminderte oder leistungsgewandelte Beschäftigte oft erfolglos. Auch die Berücksichtigung spezifischer Anforderungen von Älteren oder Behinderten bei der betrieblichen Beschaffung von Arbeitsmitteln ist eher Einzelfall als Regel. Das Projekt zielt darauf ab, Handlungshilfen zu entwickeln, die Entwicklern und betrieblichen Beschaffern die Anforderungen an Produkte für Ältere und Behinderte erläutern. Der Anteil an Produkten, die - insbesondere für leistungsgeminderte und leistungsgewandelte Beschäftigte - gesundheitsgerecht gestaltet sind, soll langfristig erhöht werden.

FB 2.5 Ergonomie

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

SZ 7 Erhöhung des Anteils von sicherheits- und gesundheitsgerecht gestalteten Produkten

Schallschutzprodukte für Arbeitsplätze und Arbeitsstätten - Zusammenstellung, Beispiele

F 1868

ACCON GmbH - Ingenieurbüro für Schall- und Schwingungstechnik

Laufend

30.06.2006

Schallschutzprodukte sind sowohl für den Hersteller/Konstrukteur von Maschinen wie auch für den Betreiber von Maschinen, Anlagen und Arbeitsstätten oder für Arbeitsräume ein Hilfsmittel zur Reduzierung des Lärms. Solche Schallschutzprodukte (z. B. Kapseln, Schirme, Schalldämpfer, schallschluckende Decken aber auch lärmarme Sägeblätter, Trennscheiben etc.) sind sowohl Maßnahmen, die beim Bau von Maschinen und Arbeitsräumen als auch nachträglich beim Betrieb angebracht werden können. Der vorliegende Katalog aus dem Jahr 1995 enthält akustische Daten und Anwendungshinweise zu zahlreichen luftschallabsorbierenden und luftschalldämmenden Werkstoffen, Bauteilen und Systemen mit Bezugsnachweisen. Diese Daten sind in mehrfacher Hinsicht als veraltet anzusehen.

Dies betrifft zum einen die Technik - teilweise auch die Technologie - der Produkte, die in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht hat, zum anderen die Hersteller- und Bezugsnachweise. Die Daten des vorliegenden Kataloges müssen daher aktualisiert werden, um den technisch aktuellen Stand und die Marktsituation zu repräsentieren. Dazu müssen Recherchen bei allen derzeit aufgenommenen Herstellern nach Änderung oder Ergänzung ihrer Produkte durchgeführt werden. Neu hinzugekommene Hersteller, insbesondere aus dem europäischen Raum, müssen mit ihren Produkten und deren Beschreibungen erfasst und in den Katalog integriert werden. Die Struktur der aufbereiteten Daten in der Neufassung soll sich dabei am derzeitigen Aufbau des Kataloges (Produktgruppen, Herstellerverzeichnis) orientieren. Die Kapitel zur Benutzung des Kataloges und zu den Grundlagen der Lärminderung durch Schallabsorption sollten überarbeitet und ggf. ergänzt werden. Für eine Verbreitung des Kataloges im europäischen Raum sollen alle Informationen zweisprachig (deutsch und englisch) aufgeführt sein. Neben der gedruckten Ausführung ist beabsichtigt, den Katalog auch in elektronischer Form zu veröffentlichen. Hierfür sollten die Systeme kopiergeschützter CD oder DVD, aber auch eines kostenpflichtigen Onlinezugangs hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit geprüft und entsprechende konkrete Vorschläge gemacht werden. Die elektronische Form des Kataloges sollte auch mit einer leistungsfähigen Suchfunktion ausgestattet sein, die sich ggf. auch am vorliegenden individuellen Lärmproblem orientiert und hierüber zu Alternativen sekundärer Schallschutzmaßnahmen und den entsprechenden Produkten führt. Letztlich sollen Vorschläge zu einer fortschreibenden Aktualisierung des Kataloges in einem etwa 3- bis 4-jährigem Turnus vorgelegt werden. Der Katalog soll damit einen einfachen und zuverlässigen Zugang zu Vergleichsdaten von Schallschutzprodukten bieten und so Beratungsbüros wie auch KMU, die Lärminderung selbst planen, unterstützen.

FB 2.6 Emission von Maschinen, Lärm

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

Sicherheit und Gesundheitsschutz im öffentlichen Dienst als Führungsaufgabe

F 1842

N.N.

Geplant

01.02.2005-01.10.2005

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin hat durch eine Recherche zum Thema "Sicherheit und Gesundheitsschutz im öffentlichen Dienst" (Forschungsanwendungsprojekt AE 164) Defizite bei den Führungskräften ermittelt. Das zu erarbeitende Konzept soll dazu dienen, Führungskräfte des höheren und gehobenen, aber auch des mittleren Dienstes mit ihren Aufgaben und Verpflichtungen im Arbeitsschutz vertraut zu machen. Sie sollen vor allem über ihre Verantwortung und über die Möglichkeiten, das innerbetriebliche Arbeitsschutzsystem effektiv einzusetzen, informiert werden. Die dabei zu behandelnden Themenbereiche ergeben sich eindeutig aus der Recherche "Sicherheit und Gesundheitsschutz im öffentlichen Dienst" und aus den Ergebnissen

eines Workshops zu diesem Problemkreis. Offensichtlich wurde durch diese Aktivitäten der BAuA, dass es den Führungskräften an theoretischen Grundlagen im Bereich Arbeitsschutz fehlt. Das Projekt soll dazu dienen, die erkannten Defizite bei den Verantwortlichen für den Arbeitsschutz im öffentlichen Dienst zu beheben. Ihnen soll arbeitswissenschaftliches Know-how vermittelt werden, um das Verständnis für Maßnahmen von Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz zu initiieren bzw. zu verbessern und ein Bewusstsein für die Notwendigkeit des Arbeitsschutzes zu wecken. Ebenso soll nachdrücklich darauf eingegangen werden, dass die Führungskräfte diejenige Personengruppe ist, die gesetzlich verpflichtet ist, die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Beschäftigten zu gewährleisten. Dies ist besonders wichtig bei Beamten, z. B. Polizeibeamten, die nicht von den Unfallkassen beratend betreut werden. Deshalb sollen im Rahmen dieses Projektes exemplarisch für einige Arbeitsplätze bei der Polizei Vorgaben erstellt werden, die nach dem Prinzip der ganzheitlichen Betrachtung umfassend die Arbeitsschutznormen und arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse beinhalten, die für diese Arbeitsplätze relevant sind und die Verantwortung der polizeilichen Führungskräfte dabei deutlich machen. Wie bereits bei der BAuA vorliegende Anfragen belegen, wird ein Seminarekonzept zum Problem des Führungsverhaltens im Arbeitsschutz von vielen Institutionen nachgefragt. Da die Führungskräfte auf Kooperation mit anderen Akteuren des Arbeitsschutzes angewiesen sind, können auch Personalräte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit sowie Arbeitsmediziner und Sicherheitsbeauftragte in die Zielgruppen des Seminars einbezogen werden.

FB 3.1 Arbeitsschutzorganisation, Qualifizierung

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

SZ 9 Ausbau des Beratungs-, Informations- und Qualifikationsangebots zu Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit

Bilanzierung der curricularen Prämissen für Sicherheits- und Gesundheitserziehung in allgemeinbildenden Schulen der Klassen 5-10

F 1867

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.12.2005

Im Rahmen der Aktivitäten zur Integration von Sicherheit und Gesundheit in das lebenslange Lernen und entsprechender Vorarbeiten des Thematischen Initiativkreises „Lebenslanges Lernen“ (TIK-LLL) innerhalb der Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA) wurden bereits erfolgreiche Ansätze für die Praxis des Lernens und Lehrens im Bereich von Sicherheit und Gesundheit aufgeblendet.

Entsprechende Recherchen der BAuA und anderer Kooperationspartner zeigten jedoch, dass im Bereich der schulischen Bildung zum Teil noch Aufarbeitungsbedarf besteht.

Für den Bereich allgemeinbildender Schulen (Klassen 5-10) soll daher eine auf einzelne Unterrichtsfächer (z. B. Biologie) beschränkte vergleichende Lehrplananalyse Hinweise über den Grad der Verbreitung und den Verbindlichkeitsgrad des Themas Sicherheit und Gesundheit in allgemeinbildenden Schulen (Klassen 5-10) geben.

Des Weiteren sollen fächerübergreifende Ansätze für ausgewählte Bundesländer dokumentiert und analysiert werden, um Desiderata herauszuarbeiten.

FB 3.1 Arbeitsschutzorganisation, Qualifizierung

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

Kooperationsprojekt "Entwicklung und Erprobung eines integrierten Informations- und Handlungskonzepts zur Beratung und Unterstützung des Handwerks in den Bereichen Sicherheit und Gesundheitsschutz, Umweltschutz sowie Qualität" (SiGeQU)

F 1871

N.N.

Geplant

01.06.2005-30.06.2008

Die gesamtwirtschaftliche und beschäftigungspolitische Bedeutung des Handwerks führt zu der Überlegung, zur Förderung der hieraus erwachsenden Rolle im gesellschaftlichen Strukturwandel Maßnahmen in Richtung "Stärkung der Innovationsfähigkeit" der Handwerksbetriebe zu entwickeln, modellhaft zu erproben und diese über Multiplikatoren und entsprechende Instrumente in der Fläche wirksam werden zu lassen. Verstetigung und Verbesserung von Sicherheit und Gesundheitsschutz, Umweltschutz und Qualität sind in diesem Zusammenhang Prozesselemente, die Grundbedingungen für erfolgreiche Innovationsprozesse schaffen: Gesundheit, Motivation, Kreativität sowie die betrieblichen Abläufe werden nicht durch die Sicherheit und Gesundheit der Beschäftigten gefährdende Faktoren gestört. Das Erfordernis für ein integriertes Vorgehen zur Etablierung einer Plattform zur Information und zur Stärkung der Handlungskompetenz ist durch das Projekt F 1886 / AE 160 "Machbarkeitsstudie - Entwicklung und Erprobung eines integrierten Informations- und Handlungskonzepts zur Beratung und Unterstützung des Handwerks in den Bereichen Sicherheit und Gesundheitsschutz, Umweltschutz sowie Qualität" bestätigt und fundiert worden. Ziel des Projektes ist die Entwicklung und modellhafte Erprobung eines integrierten Konzepts zur Unterstützung der Beratung sowie zur Information und Motivation von Handwerksbetrieben in den Bereichen "Sicherheit und Gesundheitsschutz", "Umweltschutz" und "Qualität". Auf der im Rahmen der Machbarkeitsstudie entwickelten Rahmenkonzeption sollen in das Vorhaben Kooperationspartner, insbesondere die Bundesstiftung Umwelt einbezogen werden. Aufbau, Pflege und Ausbau des Konzeptes sollen u. a. mit dem Beratungs- und Informationssystem des Handwerks (BIS) sowie mit den Informationsnetzen KomNet und ARGEPLAN sowie dem Informationszentrum der BAuA verzahnt werden. Die Erprobung soll im Rahmen eines einjährigen Praxistests mit anschließender Evaluation erfolgen.

FB 3.1 Arbeitsschutzorganisation, Qualifizierung

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

SZ 3 Entwicklung und Umsetzung wirksamer und wirtschaftlicher Präventionskonzepte für kleine und mittlere Unternehmen und Schwerpunktbranchen

Optimierung, Aktualisierung und Ergänzung der Neukonzeption der Ausbildung zur Fachkraft für Arbeitssicherheit

F 2152

N.N.

Geplant

01.01.2005-31.12.2006

Die Ausbildung der Fachkräfte für Arbeitssicherheit ist in den 90er Jahren gemeinsam von HVBG und BAuA konzipiert worden und wird seit 2001 durchgeführt. Die Struktur der Ausbildung als ein Wechsel zwischen Präsenz- und Selbstlernen einerseits, wie inhaltliche und methodisch-didaktische Erfordernisse andererseits, machen die Anpassung der Neukonzeption erforderlich. In einer Projektgruppe von HVBG und BAuA sind in der Zeit vom 1.1.2004 bis 30.6.2004 diese Erfordernisse spezifiziert worden. Die Optimierung der Ausbildung wird im Jahre 2005 begonnen und im Jahre 2006 abgeschlossen werden. Die erforderlichen Arbeiten sollen vom HVBG und der BAuA gefördert und durch Dritte durchgeführt werden. Die Projektergebnisse fließen direkt in die Ausbildungskonzeption zur Fachkraft für Arbeitssicherheit ein. Dies bezieht sich sowohl auf die Präsenzlernunterlagen (Dozenten- und Teilnehmermaterialien, mediendidaktische Arbeitsmittel) als auch auf die Selbstlernphasen (CD-ROM's). Durch die Optimierung der Ausbildungskonzeption werden zugleich entsprechende Abglei-

chungsarbeiten auf die Lernerfolgskontrollen (LEK), insbesondere auf die LEK 1 und dem ihr zugrunde liegenden Fragepool erforderlich, deren Ergebnisse der Zentralstelle zur Durchführung der LEK 1 beim BGAG in Dresden zur Verfügung gestellt werden.

FB 3.1 Arbeitsschutzorganisation, Qualifizierung

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

SZ 9 Ausbau des Beratungs-, Informations- und Qualifikationsangebots zu Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit

Erstellung einer Broschüre zum Thema "Lebenslanges Lernen im Bereich von Sicherheit und Gesundheit"

F 2153

N.N.

Geplant

01.01.2005-30.06.2005

Im Rahmen der Vorarbeiten des Thematischen Initiativkreises "Lebenslanges Lernen" (LLL) und der Forschungsprojekte im Bereich INQA-LLL werden in 2004 interessante Ergebnisse und Produkte zu einem setting-übergreifenden Lernen im Bereich von Sicherheit und Gesundheit erarbeitet. Die Bandbreite der Arbeitsergebnisse erstreckt sich dabei von der Vorstellung eines modellhaften Ansatzes (Kompetenzmodell), der Erfassung von Lern- und Lehrmedien im Bereich der Sicherheitsförderung über die Distribution einer Spiel- und Lernmaterialie bis zur Bereitstellung einer Lernplattform ([www. Inqa-lernwelt.de](http://www.inqa-lernwelt.de)). Diese Erträge sollen vor dem Hintergrund grundsätzlicher Denkmodelle zur Prävention in einer Broschüre methodisch/didaktisch und öffentlichkeitswirksam aufbereitet werden, um eine breite Öffentlichkeit zu erreichen.

Durch die Aufarbeitung und die Information der (Fach-) Öffentlichkeit bietet sich die Chance zur qualitativen Fortentwicklung des Bereiches Sicherheit und Gesundheit in Lehr- und Lernprozessen.

FB 3.1 Arbeitsschutzorganisation, Qualifizierung

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

SZ 9 Ausbau des Beratungs-, Informations- und Qualifikationsangebots zu Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit

Entwicklung und Umsetzung eines modularen Schulungskonzeptes "Corporate Health-Care-Management"

F 2156

N.N.

Geplant

01.01.2005-30.06.2006

Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung stellt sich für das Personalmanagement die Aufgabe, durch geeignete Maßnahmen qualifiziertes Personal bereitzustellen. Ein Großteil der derzeitigen Personalentwicklungsmaßnahmen berücksichtigt aber in nicht hinreichendem Maße den Aspekt der Beschäftigungsfähigkeit, sondern fokussiert ausschließlich die Kompetenz bzgl. des Fachwissens. Gesundheitsförderung sollte daher als zentraler Erfolgsfaktor im Rahmen des "Human Resource Management" etabliert werden.

Ziel des Forschungsvorhabens ist daher die Konzeption, Entwicklung und Erprobung eines Schulungsmodells "Corporate Health-Care-Management" in der Sparkassenbranche oder bei Energieversorgungsunternehmen (zum Teil mit Coaching vor Ort) mit folgenden Schwerpunkten:

- Sensibilisierung von Akteuren und Multiplikatoren (inkl. Handlungs- und Argumentationshilfen),
- Gewinnung von Nachwuchs- und Führungskräften als betriebliche Multiplikatoren / Promotoren,
- Errichtung eines Netzwerkes zum Erfahrungsaustausch (inkl. Lernplattform).

Die Ergebnisse können die Effektivität und Nachhaltigkeit von Maßnahmen und Kampagnen zur Kompetenzentwicklung und Kompensation der demografischen Entwicklung erheblich steigern. Sie sollen als Ertrag die Verstetigung der entwickelten Schulungsmaßnahmen durch Verankerung in den Curricula (insbesondere im Bereich "Personalentwicklung" und "Führung") branchenspezifischer Akademien und postgradualer Ausbildungsgänge erreichen.

FB 3.1 Arbeitsschutzorganisation, Qualifizierung

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

SZ 9 Ausbau des Beratungs-, Informations- und Qualifikationsangebots zu Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit

Aktualisierung und Evaluation des "Ratgebers zur Ermittlung gefährdungsbezogener Arbeitsschutzmaßnahmen im Betrieb"

F 1993

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.03.2005

Der "Ratgeber zur Ermittlung gefährdungsbezogener Arbeitsschutzmaßnahmen im Betrieb", BAuA-Schriftenreihe S 42, ist eine branchenunabhängige Handlungshilfe zur Durchführung der Gefährdungsbeurteilung. Er richtet sich an Arbeitsschutzexperten, Betriebsärzte, staatliche und berufsgenossenschaftliche Aufsichtsdienste. Im Jahre 2001 ist der Ratgeber in seiner dritten aktualisierten Auflage erschienen. Er steht auch in digitaler Form (CD-ROM und Internet) zur Verfügung. Aufgrund der weitreichenden Änderungen in der Rechtssetzung ist eine erneute Aktualisierung des Ratgebers erforderlich. Nur dann kann er auch weiterhin die Experten bei der Erkennung und Bewertung von Gefährdungen und Belastungen sowie bei der Auswahl der erforderlichen Arbeitsschutzmaßnahmen unterstützen. Im Rahmen dieses Projektes wird der Ratgeber von Spezialisten/Fachleuten der BAuA hinsichtlich gesetzlicher Änderungen und neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse aktualisiert. Nach Erscheinen der Neuauflage ist eine Evaluation durch Befragung der Anwender geplant. Neben Aussagen zur Praktikabilität werden Verbesserungsvorschläge bezüglich der Gestaltung und des Aufbaus des Ratgebers erfragt. Ziel ist die systematische Gewinnung von Erkenntnissen aus der Anwendersicht.

FB 3.2 Methoden der Prävention, Sozialer Arbeitsschutz

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

Betriebsärztliche Informationsquellen - Aktualisierung und Erweiterung einer systematischen Übersicht

F 5181

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.08.2005

Im Jahre 1998 erschien in der BAuA-Schriftenreihe (Literaturdokumentation Ld 11) die Publikation "Informationsquellen für den Betriebsarzt", die seither sehr viel Resonanz gefunden hat. Es handelt sich um eine knapp kommentierte Übersicht relevanter Informationsquellen, insbesondere Rechtsvorschriften und Regeln, Statistiken und Berichte, aber auch internationale Empfehlungen sowie Datenbanken und Literaturhinweise. Diese Dokumentation wird nun für eine Neuausgabe überarbeitet, aktualisiert und erweitert.

Dabei werden zwischenzeitliche Änderungen im deutschen Arbeitsschutzrecht und auf europäischer Ebene sowie die zahlreichen Hinweise und Anmerkungen der Nutzer Berücksichtigung finden.

Die neue Ausgabe wird außerdem erheblich erweitert hinsichtlich der Nutzungsmöglichkeiten von Informationsnetzwerken, elektronischen Medien und Internet.

FB 3.2 Methoden der Prävention, Sozialer Arbeitsschutz

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

Situationsanalyse zu Kenntnisstand und Qualifikation von Unternehmern und Arbeitnehmern in Klein- und Mittelbetrieben hinsichtlich Verantwortlichkeiten und Mitwirkung bei der Gewährleistung von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit gemäß Arbeitsschutzgesetz

F 1913

N.N.

Geplant

01.01.2005-30.09.2006

Nach dem Arbeitsschutzgesetz ist der Unternehmer in seinem Betrieb für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit verantwortlich. In Klein- und Mittelbetrieben stehen ihm zur fachlichen Unterstützung, anders als in Großbetrieben, keine eigenständigen betrieblichen Organisationseinheiten zur Verfügung. Adäquates Grundwissen des Unternehmers gewinnt daher zunehmend an Bedeutung. Entsprechend fehlen auch den Arbeitnehmern betriebliche Beratungsgremien, die es ihnen ermöglichen, relevante Probleme ihrer Arbeit zu erkennen und aktiv bei der Gewährleistung und Verbesserung von Sicherheit und Gesundheit mitzuwirken.

Im Projekt soll untersucht werden, über welche Wissensbasis auf dem Gebiet von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit einerseits die Unternehmer, andererseits die Arbeitnehmer verfügen, auf welchem Wege die erforderlichen Qualifikationen erworben werden, welche Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten existieren, und ob Zusammenhänge des Kenntnisstandes mit der Branche, Betriebsgröße und Gefährdungspotenzial oder dem Standort des Unternehmens innerhalb Deutschlands bestehen.

Das Forschungsziel ist:

- Beschreibung des vorhandenen Wissensstandes und des Informationsbedürfnisses von Unternehmern und Arbeitnehmern auf dem Gebiet von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit unter Beachtung von Faktoren wie Branche, Betriebsgröße, Gefährdungspotenzial, Region.
- Erfassung und Charakterisierung der Informationsquellen für Unternehmer und Arbeitnehmer (Anbieter, Inhalt, Form, Qualität und Akzeptanz des Bildungsangebotes).
- Darstellung von Positivbeispielen von Bildungsangeboten und Aufbereiten zur Nachnutzung.
- Schlussfolgerungen für die Entwicklung von innovativen Fortbildungsstrategien für Unternehmer und Arbeitnehmer.

Die Ergebnisse sollen dazu dienen, Anregungen für die Entwicklung und Planung praxisbezogener Informations- und Bildungsstrategien für die Zielgruppen zu vermitteln. Unternehmer sollen befähigt werden, ihre Verantwortung für Sicherheit und Gesundheit im Betrieb noch effektiver wahrzunehmen. Arbeitnehmer sollen unterstützt werden, bei der Gewährleistung von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit aktiv mitzuwirken.

FB 3.2 Methoden der Prävention, Sozialer Arbeitsschutz

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

SZ 3 Entwicklung und Umsetzung wirksamer und wirtschaftlicher Präventionskonzepte für kleine und mittlere Unternehmen und Schwerpunktbranchen

Psychosoziale Belastungen im betriebsärztlichen Alltag - Methoden und Kompetenzerweiterung für Betriebs- und Arbeitsmediziner

F 1992

N.N.

Geplant

01.01.2005-30.06.2006

In der zunehmend von der Produktion zur Dienstleistung sich hinwendenden Arbeitswelt sind Betriebsärztinnen und Betriebsärzte heute längst nicht mehr vorrangig mit den klassischen arbeitsbezogenen Gesundheitsrisiken konfrontiert, sondern zunehmend mit Belastungen, die im psychomentalen und psychosozialen Bereich anzusiedeln sind. Zeitdruck, Über- und Unterforderung, Kommunikationsprobleme, Konflikte mit Vorgesetzten und Mobbing sind nur Beispiele für Faktoren, deren Folgen von Befindlichkeitsstörungen bis zu manifesten somatischen Erkrankungen reichen können. Damit sind sie nicht zuletzt auch zu einem erheblichen Kostenfaktor sowohl im Betriebsergebnis als auch für den betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz und das Gesundheitswesen geworden. Die BAuA hat in den letzten Jahren verschiedene Forschungsprojekte zu diesem Thema durchführen lassen, die die Probleme benennen, aber auch Instrumente und Methoden aufzeigen, die zu deren Lösung eingesetzt werden können.

Die Ergebnisse bestätigen auch, was auf Tagungen und Workshops häufig angesprochen wird: bei Betriebsärztinnen/Betriebsärzten besteht ein großer Bedarf an Unterstützung zum Erwerb von Kenntnissen und insbesondere eines geeigneten Instrumentariums, um psychomentale und psychosoziale Belastungen am Arbeitsplatz erkennen, bewerten und evtl. verringern zu können.

Ziel des Projektes ist die Entwicklung einer Fortbildungskonzeption für Betriebs- und Arbeitsmediziner zur Kompetenzerweiterung bzgl. der Erkennung und Bewertung psychosozialer Belastungen am Arbeitsplatz, aufbauend sowohl auf den Forschungsergebnissen der BAuA-Projekte "Psychologische Bewertung von Arbeitsbedingungen" (Fb 909), "Psychische Belastung und Beanspruchung .." (Fa 36), "Rolle psychischer Faktoren in der betriebsärztlichen Tätigkeit und Ableitung von Konsequenzen für die Weiter- und Fortbildung" (F 5216) als auch auf weiteren geeigneten Materialien. Nach Erprobung und Evaluation soll die ausgereifte Fortbildungskonzeption zum kontinuierlichen Einsatz in der Fortbildung von Betriebsärztinnen und Betriebsärzten verwendet werden.

FB 3.2 Methoden der Prävention, Sozialer Arbeitsschutz

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

SZ 9 Ausbau des Beratungs-, Informations- und Qualifikationsangebots zu Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit

Informationsplattform Sozialer Arbeitsschutz für das Internet

F 2147

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Geplant

01.01.2005-01.06.2005

Die Bereitstellung von Informationen und deren Transfer in die Praxis ist eine der Hauptaufgaben der BAuA. Auch über den sozialen Arbeitsschutz in der Arbeitswelt soll durch die BAuA verstärkt informiert werden. Zur Erfüllung dieser Aufgabe kann dabei die Vermittlung von Informationen über das Internet ein Hauptinstrument sein. Die Informationen zum sozialen Arbeitsschutz werden in die osha-webseite eingebunden. Die internetgestützte Informationsplattform will das Thema Sozialer Arbeitsschutz mit seinen Unterthemen weitgehend lückenlos abbilden und transparent machen. Eine derartige Übersicht gibt es in Deutschland bislang nicht. Die Hauptrubriken informieren zu den Bereichen: Ältere Arbeitnehmer, Arbeitszeit, Ausländische Beschäftigte, Auszubildende, Behinderte Menschen, Frauen / Mutterschutz, Gender, Heimarbeit, Jugendliche / Kinderarbeit, Leistungsgewandelte, Rehabilitation, Selbständige, Wehrdienst. In diesen Rubriken werden zu folgenden Punk-

ten Informationen bereitgestellt: Begriffsdefinition, Hilfen, Rechtsgrundlagen, statistische Angaben, Studien, Erkenntnisse, weitere Links. Eine weitere Rubrik soll FAQ (Frequently Asked Questions) sein.

Subziele:

- Abbau von Informationsdefiziten
- Verbesserung des Wissens- und Kenntnisstandes der Beschäftigten und aller Arbeitsschutzakteure
- Hilfsangebote darstellen, Zugang zu Hilfsangeboten erleichtern.

Die Informationen sollen fortlaufend aktualisiert und ergänzt werden. Später sollen dann auch ausgewählte Themenbereiche als komplette in sich geschlossene Beiträge zum Herunterladen für den Nutzer zur Verfügung stehen. Somit stehen als Aufgaben: die Entwicklung der Struktur, danach die Beschaffung der Informationen, der Transfer auf die osha-webseite und dann stetige Aktualisierung. Über die Internetplattform erhalten Nutzer umfassende Hintergrundinformationen, vielfältige Tipps, aktuelle Nachrichten und eine Orientierungshilfe auf der Suche nach weiteren Informationsquellen. Es ist eine Informationsmöglichkeit für alle Bürger, insbesondere alle Menschen die in Beschäftigung sind (bzw. vor der Beschäftigung) und für alle Arbeitsschutzakteure.

FB 3.2 Methoden der Prävention, Sozialer Arbeitsschutz

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

SZ 9 Ausbau des Beratungs-, Informations- und Qualifikationsangebots zu Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit

Entwicklung einer Handlungshilfe für die Fachkraft für Arbeitssicherheit - Zusammenarbeit mit dem Betriebsarzt

F 2154

N.N.

Geplant

01.06.2005-31.05.2006

Für die Beratung des Arbeitgebers in Sachen Sicherheit und Gesundheitsschutz im Betrieb sowie Durchführung der Gefährdungsbeurteilung ist in Klein- und Mittelbetrieben (KMU) häufig eine eigene Sicherheitsfachkraft (Sifa) verantwortlich. Ein Betriebsarzt steht dagegen in KMU überwiegend nur wenige Stunden im Jahr als externer Berater zur Verfügung. Eine kontinuierliche Zusammenarbeit von Betriebsarzt und Sifa ist aufgrund der Rahmenbedingungen somit kaum möglich. Viele Fragestellungen bedürfen aber des speziellen Fachwissens des Betriebsarztes, so z. B. bei der Aufklärung der Ursachen von Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Erkrankungen, der Beurteilung von arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren und psychischen Fehlbelastungen sowie dem Einsatz von Leistungsgewandelten. In dem Projekt soll eine Handlungshilfe in Form einer Quartbroschüre erarbeitet werden, die der Sifa und dem Arbeitgeber sowie dem Betriebs- bzw. Personalrat Auskunft gibt, bei welchen Fragestellungen das Hinzuziehen des Betriebsarztes notwendig ist. Gleichzeitig kann die Handlungshilfe auch von der Sifa und dem Betriebs- bzw. Personalrat als Argumentationshilfe gegenüber dem Arbeitgeber für die Begründung der Aufgabenübertragung an den Betriebsarzt genutzt werden, wenn diese Fragestellungen im Betrieb auftreten und eine Zusammenarbeit von dem Betriebsarzt und der Sifa gemäß § 10 ASiG notwendig wird. Nach einer Analysephase, die im Wesentlichen auf Erfahrungen aus der Praxis basiert, wird aus dem Pool der zusammengestellten Fragestellungen eine Auswahl getroffen, die für die Handlungshilfe/Quartbroschüre als relevant gilt.

FB 3.2 Methoden der Prävention, Sozialer Arbeitsschutz

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

SZ 9 Ausbau des Beratungs-, Informations- und Qualifikationsangebots zu Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit

Kompetenz- und Fähigkeitserweiterung von Akteuren betrieblicher Gesundheitsförderung im Hinblick auf die Sensibilisierung von Führungskräften in kleinen- und mittleren Unternehmen (KMU)

F 2155

N.N.

Geplant

01.05.2005-01.11.2006

Bisher ist es noch nicht umfassend gelungen das Thema betriebliche Gesundheitsförderung in die Unternehmen zu tragen. Gesundheitsförderung bedeutet einen Kultur- und Wertewandel in einem Unternehmen. Gesundheit ist ein betriebswirtschaftlicher Faktor. Bei einer erfolgreichen Umsetzung nimmt die Führungskraft eine Schlüsselfunktion ein. Untersuchungen haben gezeigt, dass die Sensibilisierung von Führungskräften für Gesundheitsförderung von der objektiven Einstellung der Führungskraft zum Unternehmen abhängig ist. Pfaff (2003) zeigt im Rahmen eines INQA-Projektes speziell für Krankenhäuser verschiedene Typisierungen anhand der Indikatoren Wille und Fähigkeit auf. Je nach Ausprägung dieser Indikatoren sollte eine differenzierte Sensibilisierung der Führungskräfte unter Nutzung der zur Verfügung stehenden Kooperationsmöglichkeiten erfolgen.

Ziel des Projektes ist die Entwicklung eines theoretischen Modells zur Kompetenz- und Fähigkeitserweiterung der Akteure der betrieblichen Gesundheitsförderung mit praktischer Überprüfung zur Sensibilisierung von Führungskräften in KMU. Dabei sollen Lösungsansätze entsprechend den unterschiedlichen Ausgangsbedingungen, die bei Führungskräften vorgefunden werden entwickelt, modellhaft erprobt und evaluiert werden. In diesem Modell soll aufgezeigt werden, welche Aufgabenspektren den Kooperationspartnern insbesondere den außerbetrieblichen Akteuren je nach vorgefundener Konstellation zur Verfügung stehen. Als Endprodukt soll eine Handlungshilfe für Akteure, die Gesundheitsförderung im Unternehmen implementieren wollen, erstellt und publiziert werden. Das Produkt soll als Unterstützungshilfe für die Institutionen dienen, die sich Gesundheitsförderung zur Aufgabe gemacht haben.

FB 3.2 Methoden der Prävention, Sozialer Arbeitsschutz

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

SZ 3 Entwicklung und Umsetzung wirksamer und wirtschaftlicher Präventionskonzepte für kleine und mittlere Unternehmen und Schwerpunktbranchen

Erstellung einer interaktiv zu nutzenden Handlungshilfe im Internet zur Normenreihe DIN EN ISO 10075 "Ergonomische Grundlagen bezüglich psychischer Arbeitsbelastung"

F 1998

Technische Universität Dresden - Fakultät Maschinenwesen - Institut für Arbeitsingenieurwesen

Laufend

01.05.2006

Die inzwischen als DIN Norm bestätigte DIN EN ISO 10075 zielt die Schaffung optimaler Arbeitsbedingungen im Hinblick auf Gesundheit und Sicherheit, Leistung und Effektivität bei psychischen Arbeitsbelastungen an. Für die betriebliche Praxis kann die Norm eine Handlungshilfe zur Einschätzung und gegebenenfalls Verbesserung der Arbeitsbedingungen darstellen, wenn ihr Inhalt zur Erlangung der Handlungswirksamkeit allgemeinverständlich übersetzt wird. Um eine allgemeine Berücksichtigung der Norminhalte zur Vermeidung von Fehlbeanspruchung und Stress zu erreichen, ist vorgesehen, die Sachverhalte einer breiten Öffentlichkeit über das Internet zugänglich zu machen.

FB 3.3 Arbeitsgestaltung bei psychischen Belastungen, Stress

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

Toolbox: Instrumente zur Erfassung und Bewertung psychischer Belastung (Update)

F 1965

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Geplant

01.01.2005-31.12.2007

Psychische Fehlbelastungen nehmen in allen Bereichen der Wirtschaft zu. Eine besondere Bedeutung hat das Thema für die im Jahr 2002 gestartete Initiative "Neue Qualität der Arbeit" (INQA). Eine Erfassung psychischer Belastung in der gesetzlich geforderten Gefährdungsbeurteilung wird oft abgelehnt. Gründe dafür sind Berührungängste mit dem Thema psychische Belastung, die oft aus fehlenden Kenntnissen auf diesem Gebiet resultieren. Hinzu kommt, dass es zwar eine Vielzahl von Instrumenten gibt, mit denen psychische Belastungen erhoben werden können, aber vielen betrieblichen Nutzern fehlt eine Übersicht darüber. Um den Einstieg in das Gebiet zu erleichtern und eine fachgerechte Erfassung psychischer Belastungen zu erreichen, soll eine Toolbox mit Instrumenten entwickelt werden. In der Toolbox sollen vor allem Kurzbeschreibungen von Instrumenten enthalten sein. Neben einer zu erstellenden Systematik der für den Arbeitsschutz relevanten Verfahren soll die Toolbox auch den Einstieg und eine Vertiefung des eigenen Wissens über psychische Belastungen ermöglichen. Die einbezogenen Verfahren sollten möglichst statistisch geprüft und in der Fachliteratur (Arbeitspsychologie, Arbeitsschutz) bekannt gemacht worden sein. Die 2002 veröffentlichte Version 1.0 der Toolbox muss immer wieder aktualisiert werden.

FB 3.3 Arbeitsgestaltung bei psychischen Belastungen, Stress

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

SZ 9 Ausbau des Beratungs-, Informations- und Qualifikationsangebots zu Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit

Die Gestaltungstoolbox - Entwicklung eines Maßnahmenkatalogs zur Prävention psychischer Fehlbelastung

F 1966

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Geplant

01.06.2005-01.06.2007

Zu den Grundpflichten der Arbeitgeber (ArbSchG § 3) gehört die Erhaltung und Verbesserung von Sicherheit und Gesundheitsschutz der Beschäftigten bei der Arbeit. In allen Bereichen der Wirtschaft nehmen psychische Belastungen zu. Die von der BAuA entwickelte Instrumententoolbox unterstützt betriebliche Nutzer bei der Auswahl von Verfahren zur Erfassung psychischer Belastungen. Betriebe können jedoch nur dann erfolgreich Arbeits- und Gesundheitsschutz betreiben, wenn sie neben der Aufdeckung psychischer Fehlbelastungen auch Maßnahmen und Gestaltungslösungen kennen, die sich bereits als erfolgreich im Sinne beanspruchungsoptimierter Arbeitssysteme erwiesen haben. Vor dem Hintergrund der Humankriterien, wie Ausführbarkeit, Schädigungslosigkeit, Beeinträchtigungsfreiheit und Persönlichkeitsförderlichkeit sowie unter Berücksichtigung von Verhältnis- und Verhaltensprävention werden in diesem Projekt allgemeine Gestaltungsmöglichkeiten der Arbeit vorgestellt, die zur Optimierung psychischer Belastungen führen können. Dabei werden sowohl bereits vorhandenes Wissen zu allgemeinen Merkmalen einer motivierenden und beanspruchungsoptimalen Arbeitsgestaltung als auch spezielle Gestaltungsmaßnahmen zu den Elementen des Arbeitssystems in allgemein verständlicher Form praxisnah aufbereitet.

Die zu erstellende "Gestaltungstoolbox" soll betrieblichen Nutzern nach der Erfassung der psychischen Belastung als Katalog für die Umsetzung von relevanten Maßnahmen des Arbeitsschutzes in diesem Bereich dienen. Die Gestaltungsvorschläge sind als Diskussionsgrundlage für verantwortliche Konstrukteure, Arbeitssystemgestalter bzw. Ergonomen aber auch Betriebsmediziner und den Beschäftigten gedacht, um die Arbeit beanspru-

chungsoptimal zu gestalten und damit im Sinne eines präventiven und ganzheitlichen Verständnisses des Arbeits- und Gesundheitsschutzes wirksam zu werden.

FB 3.3 Arbeitsgestaltung bei psychischen Belastungen, Stress

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

SZ 4 Förderung sicher und gesund gestalteter Arbeitssysteme

Integration von Methoden und Verfahrensweisen der Betrieblichen Gesundheitsförderung in das praxisorientierte Methodeninventar zur Beurteilung und Gestaltung der Arbeitsbedingungen bei arbeitsbedingten Belastungen des Muskel-Skelett-Systems

F 1990

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.05.2005

Die zuverlässige Beurteilung der Arbeitsbedingungen und die darauf aufbauende gesundheitsgerechte Gestaltung der Arbeit stellt ein Kernproblem der Prävention von Muskel-Skelett-Erkrankungen dar. Sie erfordert ein standardisiertes und validiertes Methodeninventar mit allgemeiner Akzeptanz bei allen Beteiligten. Hierzu liegt das Praxisorientierte Methodeninventar (PROMI) vor. Das Programm ist speziell auf die Belange der betrieblichen Praxis abgestimmt. Es ist modular aufgebaut und gewährleistet zahlreiche Schnittstellen sowohl zwischen den einzelnen Untersuchungseinheiten als auch zu weiteren Bereichen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Der Zugang ist bisher für die Regelbeurteilung gemäß ArbSchG und LasthandhabVo ausgelegt. Aufgrund der sich ständig ändernden und vielfältigen neuen Einflüsse der Arbeitswelt ergibt sich für den Unternehmer neben dem traditionellen Arbeitsschutz in zunehmendem Maße Handlungsbedarf im Bereich des betrieblichen Gesundheitsschutzes. Mit den Instrumenten der betrieblichen Gesundheitsförderung (BGF) steht hier ein zeitgemäßes und tragfähiges Instrumentarium zur Verfügung.

Ziel des Projektes ist es, die Methoden der BGF in das PROMI zu integrieren. Damit wird dem Praktiker eine Orientierungshilfe gegeben und gleichzeitig eine Optimierung der Nutzung der Instrumente in der betrieblichen Praxis angestrebt. Das Projekt dient der methodischen Unterstützung der betrieblichen Praktiker bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zur Beurteilung der Arbeitsbedingungen und der Prävention arbeitsbedingter Muskel-Skelett-Erkrankungen. Die Instrumente der BGF werden im Methodeninventar vorgestellt; Einsatz, Ergebnisse und Aufwands/Nutzen-Relation werden beschrieben. Ferner werden Einstiegskriterien für die Einführung von BGF-Maßnahmen sowie Durchführungskriterien definiert.

Die Ergebnisse werden für die Darstellung auf den Internetseiten der BAuA aufbereitet und auf einem Workshop mit betrieblichen Praktikern vorgestellt. Die zusammenfassende Darstellung erfolgt in einem Forschungsbericht.

FB 3.4 Arbeitsgestaltung bei physischen Belastungen, Muskel-Skelett-Erkrankungen

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

Entwicklung und Verbreitung von Informations- und Kommunikationshilfen zur Unterstützung der Fort- und Weiterbildung von Koordinatoren nach BaustellV

F 2112

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.03.2005

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin organisiert regelmäßig Veranstaltungen zur Information und zum Erfahrungsaustausch für Lehrgangsträger für die Fort- und Weiterbildung von Koordinatoren nach BaustellV, in denen neben einem informativen Teil gezielte fachliche Arbeit in Arbeitsgruppen zu bestimmten Themenkomplexen geleistet wird. Im Ergebnis vorangegangener Erfahrungsaustausche wurde deutlich, dass

sowohl bei Lehrgangsträgern als auch bei Koordinatoren ein hoher Informations- und Kommunikationsbedarf insbesondere in folgenden Bereichen besteht:

1. Zusammenstellung von Prüfungsfragen für die Kontrolle des erfolgreichen Erwerbs arbeitsschutzfachlicher Kenntnisse und spezieller Koordinatorenkenntnisse nach Anlage B bzw. C der RAB 30 im Rahmen von Lehrgängen.
2. Zusammenstellung von Links zu Lehrgangsträgern und deren Angeboten für die Fort- und Weiterbildung von Koordinatoren nach BaustellV.
3. Zusammenstellung von FAQs zur BaustellV und den RAB.

Aufgabe des Projektes ist es, zu den genannten Komplexen Inhalte zu erarbeiten, diese in Workshops, z. B. im Rahmen der Veranstaltung zur Europäischen Woche am 18./19. Oktober 2004 in Dortmund, vorzustellen und zu diskutieren, mit dem Ziel, abgestimmte Hilfen bereitzustellen und auf der Homepage der BAuA ein Informations- und Kommunikationszentrum zur BaustellV einzurichten und damit zur Qualitätssicherung der Fort- und Weiterbildung von Koordinatoren beizutragen. Für die geplante europäische Zusammenarbeit insbesondere nach der EU-Erweiterung und im Rahmen des SLIC sind Übersetzungen ins Englische der RAB und wesentlicher o. g. Projektergebnisse erforderlich.

FB 3.5 Branchenschwerpunkte

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

Verhütung von Absturzunfällen - Aktualisierung der vorliegenden Grundlagen und Umsetzung in eine Seminarkonzeption

F 1565

N.N.

Geplant

01.07.2005-31.03.2006

Abstürze sind insbesondere in Bezug auf die schweren und tödlichen Unfälle nach wie vor ein Unfallschwerpunkt. Im Jahr 2001 ereigneten sich im Bereich der gewerblichen Wirtschaft 138 tödliche Abstürze (28 % der tödlichen Arbeitsunfälle). Besonders hoch ist der Anteil der Absturzunfälle in der Bauwirtschaft, denn in dieser Branche gibt es überdurchschnittlich viele hochgelegene Arbeitsplätze. Ca. 50 % aller schweren Abstürze werden hier registriert. Die Unfallanalysen zeigen, dass Materialversagen nur Ursache weniger Unfälle ist (< 10 %). In den übrigen Fällen sind das Fehlen ausreichender Schutzmaßnahmen oder das sicherheitswidrige Verhalten für den Unfall verantwortlich. Beides resultiert häufig aus der Unkenntnis der Beteiligten. Hier wird offensichtlich, dass diesem Unfallschwerpunkt sowohl in der Aus- als auch in der Fortbildung mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden muss. Die BAuA bietet bisher kein Seminar zu diesem Thema an, obwohl der Informationsbedarf als erheblich eingeschätzt wird. Im Jahr 2000 wurde im Rahmen eines Eigenforschungsprojektes die Erarbeitung inhaltlicher Grundlagen für eine Seminarkonzeption "Verhütung von Absturzunfällen" abgeschlossen. In einem Folgeprojekt müssen die vorliegenden Inhalte aktualisiert, ergänzt und in eine Seminarkonzeption umgesetzt werden. Nach Abschluss des Projektes erfolgt die Aufnahme in das Seminarangebot der BAuA, auch als Kooperationsseminar. Die Erarbeitung des Seminars in Modulen gestattet ein zielgerichtetes Angebot hinsichtlich gewünschter Schwerpunkte, Dauer oder Tiefe entsprechend den Erfordernissen der jeweiligen Zielgruppe, so dass mit einem Grundseminar ein großer Nutzerkreis erfasst wird.

FB 3.5 Branchenschwerpunkte

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

SZ 9 Ausbau des Beratungs-, Informations- und Qualifikationsangebots zu Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit

Belastungen bei der Verwendung von Stoffen im Zusammenhang mit der Regelsetzung - Teil I: Umsetzung des neuen Allgemeinen Staubgrenzwertes in Branchen und Gewerken mit hoher Staubbelastung

F 1504

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

31.12.2006

Der Ausschuss für Gefahrstoffe hat 2001 den Allgemeinen Staubgrenzwert für die alveolengängige Partikelfraktion auf 3 mg/m^3 abgesenkt (mit Ausnahmen, für die 6 mg/m^3 gelten) sowie für die einatembare Staubfraktion die Einführung eines Luftgrenzwertes von 10 mg/m^3 zum 1.4.2004 beschlossen. In einigen Branchen und Gewerken bestehen Probleme, diese Grenzwerte zukünftig einzuhalten. Die Untersuchungen im Rahmen dieses Projektes sollen vorgelegte Daten validieren und Lücken in den Expositionsdaten beseitigen. Anhand der Erhebungen zum Stand der Sicherheitstechnik sollen Schutzmaßnahmenpakete abgeleitet werden, die es den Betrieben ermöglichen, zukünftig den Allgemeinen Staubgrenzwert einzuhalten.

FB 4.1 Belastungen am Arbeitsplatz

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

Arbeitsbedingte Störungen der Reproduktion durch Gefahrstoffe - Eine Informationsschrift

F 1925

Beratungsbüro für Risikoabschätzung - Dr. Markus Roller

Laufend

31.03.2005

Für die Industrieländer wird der Anteil ungewollter Kinderlosigkeit mit ca. 15 % aller Paare angegeben. Etwa 10% aller Schwangerschaften enden mit erkannten Spontanaborten, bei ca. 7 % der Kinder wird ein niedriges Geburtsgewicht registriert und ca. 3 % werden mit schweren Fehlbildungen geboren. Obgleich die Ätiologie von vielen Reproduktionsstörungen unbekannt ist, werden zunehmend berufliche und Umwelteinflüsse in die Ursachenforschung einbezogen. Zudem hat die Sorge über die Anwesenheit toxischer Substanzen in der Arbeits- und Lebensumwelt das Bewusstsein in der Öffentlichkeit bezüglich reproduktiver Schäden anwachsen lassen. Die Forschung über mögliche Zusammenhänge zwischen Arbeitsbedingungen und deren Auswirkungen auf die Fortpflanzung, den Schwangerschaftsverlauf und die Gesundheit der Nachkommen ist erst in den letzten zwei Jahrzehnten intensiviert worden, und die Publikation der wissenschaftlichen Erkenntnisse erfolgt überwiegend in Fachzeitschriften. Zusammenfassende Darstellungen zum Einfluss von beruflichen Faktoren, z. B. Gefahrstoffe am Arbeitsplatz, existieren nur vereinzelt im deutschsprachigen Raum, so dass, insbesondere bei dem für den Arbeitsschutz verantwortlichen Personenkreis, Ärzten und Betroffenen dringender Informationsbedarf gesehen wird.

FB 4.2 Innere Belastungen und systemische Wirkungen

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

Unterstützungskonzepte zur Erstellung richtiger und verständlicher Sicherheitsdatenblätter

F 1743

N.N.

Geplant

01.01.2005-31.10.2005

Die Ergebnisse vieler Projekte zu Sicherheitsdatenblättern, zuletzt des Projektes F 1591 der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) zeigen, dass viele Betriebe, die chemische Produkte in den Verkehr bringen, nicht über die Kenntnisse verfügen, Sicherheitsdatenblätter korrekt und in einer Weise auszufüllen, die den Verwender bei der Gefährdungsbeurteilung und Maßnahmenfindung in ausreichender Weise unterstützt.

Außerdem tritt im Jahr 2002 eine revidierte EU-Richtlinie mit weitergehenden Anforderungen in Kraft. Es soll festgestellt und dokumentiert werden,

- welche Informationsquellen für die 16 Kapitel des Sicherheitsdatenblatts zur Verfügung stehen müssen,
- wie die verfügbaren Informationen zu verstehen, zu bewerten und in die Sicherheitsdatenblätter zu übertragen sind,
- welche Formulierungshilfen und branchenübergreifenden Lösungen verfügbar sind,
- für häufig auftauchende Fragen sollen beispielhafte Lösungen entwickelt werden,
- die Ergebnisse sollen in einem "Handbuch" zusammengestellt werden.

FB 4.6 Umgang mit Gefahrstoffen

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

SZ 9 Ausbau des Beratungs-, Informations- und Qualifikationsangebots zu Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit

Prävention von berufsbedingten Atemwegserkrankungen in der Landwirtschaft

F 2066

N.N.

Geplant

01.02.2005 -31.01.2007

Die europäische Landwirtschaft zeichnet sich noch immer durch eine hohe Prävalenz berufsbedingter Atemwegserkrankungen, insbesondere chronisch-obstruktiver Bronchitiden aus. Zur Feststellung des status quo wurde ein Symposium zu "Obstruktiven Atemwegserkrankungen in der Landwirtschaft", in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften im April 2003 an der BAuA durchgeführt. Im Ergebnis dessen wurde festgestellt, dass vielfach wissenschaftlich gesicherte Erkenntnisse zu kausalen Ursachen dieser Erkrankungen in der Landwirtschaft vorhanden sind, jedoch ein Umsetzungsdefizit in die Praxis besteht.

Ziele der Studie sind:

- durch Aufklärungs- und Schulungsmaßnahmen bei Berufsanfängern, Landwirten und Hausärzten mittel- und langfristig eine Minderung von arbeitsplatzbezogenen Atemwegsbeschwerden und
- durch nachgewiesenermaßen wirkungsvolle Prävention eine Steigerung der Attraktivität landwirtschaftlicher Tätigkeit zu bewirken.

Dabei soll eine modellhafte Organisation eines regionalen Präventionssystems für den Bereich der Landwirtschaft mit:

- Analyse und Gestaltung der Arbeitsbedingungen,
- Erfassung aller Frühformen der COLD und Betreuung der Betroffenen im Zusammenwirken von technischer Prävention, Betriebsarzt, Hausarzt und Lungenfachärzten,
- Erfassung aller Risikogruppen und Entwicklung und Anwendung einer Präventionsstrategie für diese durchgeführt werden.

Die Chancen für eine Verbreitung des Modells sollen erörtert und die Verbreitung des Modells auf andere Bereiche vorbereitet werden.

FB 4.7 Biologische Arbeitsstoffe, Gentechnik

AP 2.7 Weitere Verbreitung des Arbeitsschutzgedankens durch Aufbereitung von Wissen und Vermittlung von handlungsrelevanten Informationen

SZ 2 Verbesserung der Prävention arbeitsbedingter Gesundheitsstörungen und Erkrankungen

2.8 Initiierung und Förderung nationaler, europäischer und internationaler Kooperationen und Netzwerke

Europäische und internationale Kooperationen sind für die BAuA strategisch bedeutsam. Die Bildung von Netzwerken zum Informationsaustausch, zur gemeinsamen Forschung und Lösung von Problemen und deren Verbreitung sowie zur Planung und Abstimmung zukünftiger Aufgaben werden verstärkt betrieben.

Die BAuA ist Teil des Informationsnetzwerkes der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, sowohl auf nationaler Ebene durch die Zusammenarbeit mit dem deutschen Focal Point als auch auf europäischer Ebene durch Mitarbeit in den sogenannten Topic Centern der Agentur.

Sie ist Mitglied in PEROSH (Partnership for European Research in Occupational Safety and Health), einem informellen Netzwerk von zur Zeit 12 europäischen Arbeitsschutzinstituten. Die Idee hierzu entstand im Rahmen der jährlich stattfindenden Treffen der Sheffield-Gruppe (Internationale Gruppe der Direktoren von Forschungsinstituten für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit). Themenfelder sind Arbeitsorganisation, Risikowahrnehmung und -management, Identifikation neu auftretender Risiken, Gesundheitsförderung sowie Nanotechnologie. Für die Jahre 2005 und 2006 hat die BAuA den Vorsitz und die Geschäftsführung übernommen.

Das European Research Area Network (ERA-NET) ist das zentrale Instrument im 6. Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Kommission zur Unterstützung der Koordinierung und Zusammenführung von Forschungsaktivitäten auf nationaler und regionaler Ebene in den EU-Mitgliedsstaaten. Die BAuA hat zusammen mit 5 weiteren europäischen Partnern unter Federführung des finnischen Institutes FIOH einen Antrag für ein Arbeitsschutz-ERA-NET gestellt.

Darüber hinaus beteiligt sich die BAuA an verschiedenen EU-Projekten, wie z. B. Aufbau einer europaweiten Datenbank zu Verletzungen (EU-Injury Database), Umsetzung von "Mental Health" und Präventionsprogrammen insbesondere in den EU-Beitrittsländern. Über das europäische Vorhaben RISKOFDERM ist die BAuA an der internationalen Zusammenarbeit über dermale Risiken leitend beteiligt. Vielfältig sind die Kooperationen im Altstoffprogramm. Darüber hinaus wird Einfluss auf die internationale Chemiewirtschaft genommen, unter anderem durch Mitwirkung in der OECD zu den Themen "Nachhaltige Chemie" sowie "Risikokommunikation".

Topic Center „Risk Observatory“

F 2173 / A 68

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Geplant

01.06.2005–31.05.2008

Seit November 1998 unterhält die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz sogenannte Topic Center. Das sind Konsortien nationaler Einrichtungen im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit, die vorhandene nationale Daten zur Unterstützung von Schlüsselbereichen des Arbeitsprogramms der Agentur sammeln und analysieren. Ab 2005 wird die Struktur und die vertragliche Grundlage der Topic Center verändert. Von der bisher üblichen Zuwendung (grant agreement) wird auf eine gängige EU-Vertragsbasis gewechselt.

Das neu zu bildende Topic Center „Risk Observatory“ soll eine Beobachtungsstelle für Risiken werden. Durch europaweite Überwachungsaktivitäten werden neu auftretende Risiken erkannt und Wege der Bekämpfung dieser Risiken ermittelt. Die Gruppe wird aus einer Leitungsorganisation und mehreren Partnerorganisationen verschiedener Mitgliedstaaten bestehen. Die BAuA wird sich als Partner bewerben.

FB 1 Strategie und Grundsatzfragen

AP 2.8 Initiierung und Förderung nationaler, europäischer und internationaler Kooperationen und Netzwerke

SZ 9 Ausbau des Beratungs-, Informations- und Qualifikationsangebots zu Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit

Topic Center „Work Environment“

F 2174 / A 69

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Geplant

01.06.2005–31.05.2008

Seit November 1998 unterhält die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz sogenannte Topic Center. Das sind Konsortien nationaler Einrichtungen im Bereich Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit, die vorhandene nationale Daten zur Unterstützung von Schlüsselbereichen des Arbeitsprogramms der Agentur sammeln und analysieren. Ab 2005 wird die Struktur und die vertragliche Grundlage der Topic Center verändert. Von der bisher üblichen Zuwendung (grant agreement) wird auf eine gängige EU-Vertragsbasis gewechselt.

Das neu zu bildende Topic Center „Work Environment“ wird das bisherige Topic Center „Good Practice“ ersetzen. Die Aufgaben werden das gesamte Spektrum des Arbeitsschutzes und des Arbeitsumfeldes umfassen. Auch die Vorbereitung der Europäischen Wochen gehört hierzu. Die Gruppe wird aus einer Leitungsorganisation und mehreren Partnerorganisationen verschiedener Mitgliedstaaten bestehen. Die BAuA wird sich als Partner bewerben.

FB 1 Strategie und Grundsatzfragen

AP 2.8 Initiierung und Förderung nationaler, europäischer und internationaler Kooperationen und Netzwerke

SZ 9 Ausbau des Beratungs-, Informations- und Qualifikationsangebots zu Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit

Heim- und Freizeitunfälle - Aufbau einer EU-IDB (Injury Database)

F 2110

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

15.04.2006

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) beteiligte sich in den vergangenen Jahren schon an europäischen Projekten zum Thema "Heim- und Freizeitunfälle" (EHLASS/IPP). Mit dem Projekt "Maintenance, Development and Promotion of the ISS Hospital Survey in the current and enlarged EU" findet dies jetzt eine Fortsetzung. Es soll eine europaweite Datenbank errichtet und etabliert werden, deren Inhalte bei der Berichterstattung, aber insbesondere auch bei der Unfallprävention nützlich sind. Die BAuA wird für dieses Projekt Daten der Krankenkassen nutzen und dadurch die eigene Datenbasis über Heim- und Freizeitunfälle erweitern und aktualisieren.

FB 1.2 Soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Arbeitsschutzberichterstattung

AP 2.8 Initiierung und Förderung nationaler, europäischer und internationaler Kooperationen und Netzwerke

Umsetzung von Mental Health und Präventionsstrategien in den EU Mitgliedstaaten und den Beitrittsländern

F 2114 / A 65

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

30.06.2006

Im Zuge des EU-Projektes "Mental Health Promotion and Prevention Strategies for Coping with Anxiety, Depression and Stress related disorders" sind neben einer Bestands- und Literaturanalyse Empfehlungen erarbeitet worden. Aus diesen Erkenntnissen ging unter anderem eindeutig hervor, dass es deutlich mehr Maßnahmen in den Ländern gab, die über nationale Mental Health Programme verfügen. Dies ist bis dato in den wenigsten EU-Ländern der Fall. Diesem Handlungsbedarf soll in einem neuen Projekt unter Beteiligung sechs anderer Europäischer Netzwerke und Organisation in 13 Mitgliedstaaten nachgegangen werden. Dabei sollen die aus

dem vorangegangenen Projekt gewonnenen Erkenntnisse mittels nationaler Workshops verbreitet werden, um effektive Verbreitung zu sichern. Ein besonderer Schwerpunkt soll auf den EU-Beitrittsländern liegen. Sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene sollen politisch wirksame Strategien und Programme angeregt werden.

FB 1.2 Soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Arbeitsschutzberichterstattung

AP 2.8 Initiierung und Förderung nationaler, europäischer und internationaler Kooperationen und Netzwerke

Europäisches Netzwerk zur Förderung der Sicherheit von Älteren

F 2138

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

30.06.2007

Die EHLASS-Datenbank enthält u. a. - noch weitgehend ungenutzte - Daten über Heim- und Freizeitunfälle von älteren Menschen, die eine besonders verletzungsanfällige Gruppe darstellen. Aus diesem Projekt heraus soll ein europaweites Netzwerk zur Verbreitung des Sicherheitsgedankens und zur Verringerung der Unfallzahlen Älterer entwickelt werden. Neben der Erstellung von Ratgebern/Informationsmaterialien sollen auch weitere EU-Projekte zur Verringerung der Unfallzahlen ins Leben gerufen werden.

FB 1.2 Soziale und wirtschaftliche Rahmenbedingungen, Arbeitsschutzberichterstattung

AP 2.8 Initiierung und Förderung nationaler, europäischer und internationaler Kooperationen und Netzwerke

Bewertung und Verbesserung der Leistungsfähigkeit schwingungsisolierender Sitze

F 2023

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

20.08.2005

Ausgehend von der EU-Richtlinie Vibration (Juni 2001) soll die Frage geklärt werden, wie Führer von on-road und off-road Fahrzeugen, Schienenfahrzeugen und kleinen Seefahrzeugen besser vor der Einwirkung von horizontalen und Rotationsfahrzeugschwingungen geschützt werden können. Geplant ist die Entwicklung einer Sitztestmethode zur Beurteilung der Sitzdämpfung bei horizontaler und Rotationsbewegung. Feldversuche sollen repräsentative Fahrzeugbewegungen liefern (test conditions), und Laborversuche sollen die relevanten "human factors" (impedance, subjective discomfort, subjective and biodynamic response) untersuchen.

Ziel ist ein EU-Sitzprüfungsstandard mit Methoden zur Beurteilung der Sitzdämpfungsleistung für die Schwingungsrichtungen in sagittaler und lateraler Richtung sowie den Rotationen um x- und y-Achse. Entwickelt werden sollen Modelle für Sitze einschließlich Dämpfungssystemen sowie Prototypen von Sitzen, die horizontale und Rotationsbewegungen isolieren.

FB 2.7 Vibrationen, elektromagnetische Felder

AP 2.8 Initiierung und Förderung nationaler, europäischer und internationaler Kooperationen und Netzwerke

"Work-related upper limb disorders - occupational risk, epidemiology, strategies of prevention, challenges"

F 1960

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Geplant

01.01.2005-01.12.2006

In Europa wird zunehmend über Beeinträchtigungen der Gesundheit und des Wohlbefindens von Arbeitnehmern durch arbeitsbezogene Erkrankungen der oberen Extremitäten berichtet. Die ökonomischen und sozialen Auswirkungen durch derartige Erkrankungen und Beschwerden sind beträchtlich. Im englischen Sprachgebrauch wird für diese Erkrankungsgruppe der Begriff "work-related upper limb disorders" (WRULD) benutzt. Eine Reihe

spezifischer Erkrankungen (Gelenkarthrosen, Carpaltunnelsyndrom, Enthesopathien usw.) und eher unspezifische Syndromkomplexe (Repetitive Strain Injury Syndrom, Cumulative Trauma Disorders) sind in diesem Zusammenhang zu nennen. Obwohl eine ganze Reihe von wissenschaftlichen Untersuchungen und Publikationen zu dem Problem der WRULD existieren (Übersichten siehe Buckle und Devereux 2000 und NIOSH - Publikation 97.141 1997) wird weiterhin über das Ausmaß und die Ätiologie des Problems, die Arbeitsbedingtheit und die Risikofaktoren für die Entstehung von WRU/EMSD in unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen kontrovers diskutiert. Ziel des Workshops ist, eine Übersicht über den aktuellen Kenntnisstand zur Epidemiologie und Ätiologie spezifischer arbeitsbedingter Erkrankungen und Beschwerden der oberen Extremitäten zu geben, die wissenschaftliche Diskussion zu dieser Thematik anzuregen, den notwendigen Handlungs- und Forschungsbedarf für Deutschland abzustecken und internationale Erfahrungen auf diesem Gebiet aufzunehmen. Die Veranstaltung wendet sich an Experten auf dem Gebiet der WRULD, Betriebsärzte, arbeitsmedizinisch ambitionierte Ärzte anderer medizinischer Fachdisziplinen und Fachkräfte für Arbeitssicherheit. Vorrangiges Ziel des Workshops ist die Informationsvermittlung und der Aufbau von nationalen und europäischen Kontakten zu Fachleuten auf dem Gebiet der WRULD (Netzwerkbildung). Die Ergebnisse des Workshops werden in der Schriftenreihe der BAuA sowie im Internet präsentiert. Die Bildung einer thematischen Arbeitsgruppen zur Abstimmung von Forschungsaktivitäten wird angestrebt.

FB 3.4 Arbeitsgestaltung bei physischen Belastungen, Muskel-Skelett-Erkrankungen

AP 2.8 Initiierung und Förderung nationaler, europäischer und internationaler Kooperationen und Netzwerke

SZ 9 Ausbau des Beratungs-, Informations- und Qualifikationsangebots zu Gesundheit und Sicherheit bei der Arbeit

Arbeitsschutz und biologische Arbeitsstoffe bei der Arbeit

F 2175 / A 70

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin

Laufend

01.07.2005

Polen muss als neues Mitglied der Europäischen Union bestimmte Voraussetzungen auf rechtlicher und institutioneller Basis schaffen, die eine Umsetzung bestehenden europäischen Rechts gewährleisten. Das Twinningprojekt ist Bestandteil des PHARE-Programms der EU. Das PHARE-Programm dient der Unterstützung des Aufbaus der erforderlichen Strukturen und Institutionen in den Kandidatenländern. EU-Twinningprojekte in diesen Programmen sind Partnerschaftsvereinbarungen zwischen den Verwaltungen der Kandidatenländer und der Mitgliedsstaaten. Im o.g. Twinningprojekt sollen die Voraussetzungen zur Umsetzung der Richtlinie 2000/54/EG (Schutz der Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch biologische Arbeitsstoffe bei der Arbeit) geschaffen werden. Während des Projektes sind die polnischen Partner bei der Entwicklung der Gesetze und untergesetzlichen Regelungen zu beraten und zu unterstützen. Der polnische Arbeitsschutz wird durch Weiterbildung seiner Akteure auf dem Gebiet der biologischen Arbeitsstoffe gestärkt. Es sind Seminare sowie ein praktisches Training des Erlernten in ausgewählten Betrieben geplant. In Kooperation mit den polnischen Partnern werden flexibel einsetzbare Ausbildungs- und Schulungsmaterialien entwickelt. Durch den modularen Aufbau der Materialien soll die Weiterentwicklung von Unterrichtseinheiten unter polnischer Regie ermöglicht werden. Studienbesuche polnischer Kolleginnen und Kollegen in Deutschland dienen dazu, sich mit dem deutschen System vertraut zu machen und hier mit Fachleuten Probleme zu diskutieren und verschiedene Lösungsstrategien kennen zu lernen. In einer Komponente ist ein National Focal Point, ein Nationales Informationszentrum einzurichten, in dem die Informationen zu biologischen Arbeitsstoffen zusammen laufen. Der National Focal Point soll Hilfesuchenden aus Betrieben und Behörden mit Rat und Tat zur Seite stehen, aber auch auf Grund seiner umfassenden Informationen auf aktuelle Gegebenheiten reagieren und notwendige Maßnahmen mit initiieren können.

FB 4.7 Biologische Arbeitsstoffe, Gentechnik

AP 2.8 Initiierung und Förderung nationaler, europäischer und internationaler Kooperationen und Netzwerke

3. **Veranstaltungen**

Struktur für die Darstellung der geplanten wissenschaftlichen Veranstaltungen:

Thema

Art

Zielgruppe

Termin

Ort

Fachbereich

3.1 **Wissenschaftliche Veranstaltungen**

■ **Fachbereich 1 – Strategie und Grundsatzfragen**

Methoden der Bedarfsermittlung und Angebotsplanung bei Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Prävention

„Dresdner Treffpunkt Sicherheit und Gesundheitsschutz“ (halbtägige Vortragsveranstaltung)

Betriebsärzte, Arbeitspsychologen, Betriebs- und Personalräte, Arbeitgeber, Führungskräfte, Mitarbeiter von Berufsgenossenschaften, Krankenkassen und sonstige Interessierte

23. März 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dresden)

FB 1.3 Epidemiologie, Risikoabschätzung

Ansätze der Evaluationsforschung zur Überprüfung von Maßnahmen und Programmen: Überprüfung der Effektivität betrieblicher Interventionen im Bereich Prävention und Gesundheitsförderung

„Dresdner Treffpunkt Sicherheit und Gesundheitsschutz“ (halbtägige Vortragsveranstaltung)

Betriebsärzte, Arbeitspsychologen, Führungskräfte, Mitarbeiter von Berufsgenossenschaften und Krankenkassen

03. November 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dresden)

FB 1.3 Epidemiologie, Risikoabschätzung

■ **Fachbereich 2 – Sicherheit und Gesundheit bei Produkten und Verfahren**

Die neue Arbeitsstättenverordnung

Vortragsveranstaltung

Arbeitgeber, Betriebs- und Personalräte, Aufsichtsbehörden, Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Architekten

1. Quartal 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dresden und Dortmund)

FB 2.4 Arbeitsstätten

Das neue Akkreditierungsgesetz

Vortragsveranstaltung

Hersteller, Aufsichtsbehörden, Akkreditierer, Zertifizierungsstellen

1. Quartal 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dresden und Dortmund)

FB 2.1 Produktbeschaffenheit, Grundsatzfragen

Die neue Betriebssicherheitsverordnung

„Dresdner Treffpunkt Sicherheit und Gesundheitsschutz“ (halbtägige Vortragsveranstaltung)

Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Gewerbeaufsichtsbeamte, Aufsichtspersonen der Berufsgenossenschaften, Unternehmer, Betreiber überwachungsbedürftiger Anlagen, zugelassene Überwachungsstellen, befähigte Personen

01. März 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dresden)

FB 2.2 Produkte, mechanische und elektrische Sicherheit

FB 2.3 Anlagen und Verfahren, optische Strahlung

Zukunft der Büroarbeit - analysieren, gestalten, Kompetenzen vernetzen

Workshop

Hersteller, Handel, Architekten, Arbeitsplatzgestalter, Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Aufsichtsbehörden, Betriebs- und Personalräte, Beschäftigte an Bildschirmarbeitsplätzen

2. Quartal 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dortmund)

FB 2.5 Ergonomie

Klima am Arbeitsplatz – Erträglichkeitsbereich und Hitze

„Dresdner Treffpunkt Sicherheit und Gesundheitsschutz“ (halbtägige Vortragsveranstaltung)

Unternehmer, Führungskräfte, Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Betriebsärzte, Ingenieurbüros, Sicherheitsbeauftragte, Betriebs- und Personalräte, Beschäftigte

20. April 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dresden)

FB 2.4 Arbeitsstätten

Sichere Maschinen – Anforderungen an Maschinen beim Inverkehrbringen und bei der Inbetriebnahme

„Dresdner Treffpunkt Sicherheit und Gesundheitsschutz“ (halbtägige Vortragsveranstaltung)

Unternehmer, Konstrukteure, Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Aufsichtspersonen der Berufsgenossenschaften, Gewerbeaufsichtsbeamte

27. April 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dresden)

FB 2.2 Produkte, mechanische und elektrische Sicherheit

Arbeitsschutz- und Störfallrecht

„Dresdner Treffpunkt Sicherheit und Gesundheitsschutz“ (halbtägige Vortragsveranstaltung)

Sicherheitsfachkräfte

25. Mai 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dresden)

FB 2.3 Anlagen und Verfahren, optische Strahlung

Treppen – funktionell, nutzerfreundlich, sicher

„Dresdner Treffpunkt Sicherheit und Gesundheitsschutz“ (halbtägige Vortragsveranstaltung)

Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Gewerbeaufsichtsbeamte, Aufsichtspersonen der Berufsgenossenschaften, Planer, Architekten, Gebäudereiniger

01. Juni 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dresden)

FB 2.2 Produkte, mechanische und elektrische Sicherheit

FB 3.3 Arbeitsgestaltung bei psychischen Belastungen, Stress

Arbeiten am Bildschirm – ergonomisch und nicht komisch!

„Dresdner Treffpunkt Sicherheit und Gesundheitsschutz“ (halbtägige Vortragsveranstaltung)

Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Planer, Arbeitsplatzgestalter, Architekten, Aufsichtsbehörden, Betriebs- und Personalräte, Beschäftigte an Bildschirmarbeitsplätzen

22. Juni 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dresden)

FB 2.5 Ergonomie

14. Arbeitsschutz-Kolloquium Dresden

Vortragsveranstaltung

Arbeitgeber, Betriebs- und Personalräte, Aufsichtsbehörden, Fachkräfte für Arbeitssicherheit

September 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dresden)

FB 2 Sicherheit und Gesundheit bei Produkten und Verfahren

Mobilfunksysteme

Dresdner Treffpunkt Sicherheit und Gesundheitsschutz“ (halbtägige Vortragsveranstaltung)

Arbeits- und Betriebsmediziner, Gewerbeärzte, Arbeitsmedizinisches Assistenzpersonal, Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Gewerbeaufsichtsbeamte, Technische Aufsichtsbeamte, Betriebs- und Personalräte, Sicherheitsbeauftragte

01. September 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dresden)

FB 2.7 Vibrationen, elektromagnetische Felder

Gewährleistung der Sicherheit von technischen Arbeitsmitteln und Verbraucherprodukten – Aktuelle Informationen zum GPSG

Dresdner Treffpunkt Sicherheit und Gesundheitsschutz“ (halbtägige Vortragsveranstaltung)

Unternehmer, Führungskräfte, Einkäufer, Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Gewerbeaufsichtsbeamte, Aufsichtspersonen der Berufsgenossenschaften, Ingenieurbüros, Sicherheitsbeauftragte, Betriebs- u. Personalräte, Beschäftigte

14. September 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dresden)

FB 2.2 Produkte, mechanische und elektrische Sicherheit

FB 2.1 Produktbeschaffenheit, Grundsatzfragen

Sicherheit und Betrieb von elektrischen Produkten

Dresdner Treffpunkt Sicherheit und Gesundheitsschutz“ (halbtägige Vortragsveranstaltung)

Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Unternehmer, Führungskräfte, Elektrofachkräfte, Gewerbeaufsichtsbeamte, Planer

21. September 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dresden)

FB 2.2 Produkte, mechanische und elektrische Sicherheit

Lufttechnische Maßnahmen am Arbeitsplatz

„Dresdner Treffpunkt Sicherheit und Gesundheitsschutz“ (halbtägige Vortragsveranstaltung)

Unternehmer, Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Führungskräfte, Fabrikplaner, Betriebs- und Personalräte, Sicherheitsbeauftragte, Aufsichtspersonen der Berufsgenossenschaften, Ingenieurbüros

28. September 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dresden)

FB 2.4 Arbeitsstätten

Aktuelle Entwicklungen beim Schutz vor optischer Strahlung

Workshop

Aufsichtsdienste, Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Arbeits- und Betriebsmediziner

4. Quartal 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dortmund)

FB 2.3 Anlagen und Verfahren, optische Strahlung

Umsetzung der EG-Richtlinie Lärm für Arbeitnehmer im Musikbereich

Vortragsveranstaltung im Rahmen der Europäischen Woche 2005

Berufsmusiker, Führungskräfte im Musikbereich (z. B. Intendanten), Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Arbeitsschutzinstitutionen

Oktober 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dortmund)

FB 2.6 Emission von Maschinen, Lärm

Die neue Betriebssicherheitsverordnung

„Dresdner Treffpunkt Sicherheit und Gesundheitsschutz“ (halbtägige Vortragsveranstaltung)

Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Gewerbeaufsichtsbeamte, Aufsichtspersonen der Berufsgenossenschaften, Unternehmer, Betreiber überwachungsbedürftiger Anlagen, zugelassene Überwachungsstellen, befähigte Personen

12. Oktober 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dresden)

FB 2.2 Produkte, mechanische und elektrische Sicherheit

FB 2.3 Anlagen und Verfahren, optische Strahlung

Gestalten und Betreiben von Arbeitsstätten

„Dresdner Treffpunkt Sicherheit und Gesundheitsschutz“ (halbtägige Vortragsveranstaltung)

Unternehmer, Führungskräfte, Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Architekten, Projektanten, Gewerbeaufsichtsbeamte, Aufsichtspersonen der Berufsgenossenschaften, Ingenieurbüros, Sicherheitsbeauftragte, Betriebs- und Personalräte

09. November 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dresden)

FB 2.4 Arbeitsstätten

Aktuelle Themen zum Laserstrahlenschutz

„Dresdner Treffpunkt Sicherheit und Gesundheitsschutz“ (halbtägige Vortragsveranstaltung)

Betriebe, Aufsichtsbehörden, Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Arbeitsmediziner

23. November 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dresden)

FB 2.3 Anlagen und Verfahren, optische Strahlung

Risiken durch Vibrationsexposition am Arbeitsplatz – Stand der multi-nationalen epidemiologischen Forschung zu Gesundheitsrisiken durch Hand-Arm- und Ganzkörper-Schwingungen unter Berücksichtigung von Laborstudien und biodynamischer Modellierung

Internationaler Workshop

Projektteilnehmer des EU-Projekts VIBRISKS (Experten aus England, Italien, Schweden, den Niederlanden, Frankreich und Deutschland), Vertreter der EU

Dezember 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Berlin)

FB 2.7 Vibrationen, elektromagnetische Felder

■ Fachbereich 3 – Betrieblicher Arbeitsschutz

Regionale Baukonferenzen

Fachveranstaltung

Beschäftigte im Baugewerbe und Baunebengewerbe, Gewerbeaufsicht, Sicherheitsfachkräfte, Personalverantwortliche, Arbeits- und Betriebsmediziner

1.-3. Quartal 2005

regional verschiedener Orte

FB 3.5 Branchenschwerpunkte

"Selbständig und gesund: Beiträge zur Umsetzung der Empfehlung des Rates der EU zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit Selbständiger am Arbeitsplatz" (Projekt F 2108)

Fachveranstaltung

Selbständige, Krankenkassen, BG, Arbeitsvermittler

1. Quartal 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Berlin)

FB 3.3 Arbeitsgestaltung bei psychischen Belastungen; Stress

Arbeitsbedingter Stress - Analysieren, Bewerten, Gestalten

kostenpflichtiges Seminar

Arbeits- und Betriebsmediziner

1. Quartal 2005

Dortmund, Berlin

FB 3.2 Methoden der Prävention, Sozialer Arbeitsschutz

Leistungs- und Arbeitsfähigkeit von Beschäftigten (Projekt F 5205)

Fachveranstaltung

FachexpertInnen, Wissenschaftler, Arbeits- und Betriebsmediziner, Sicherheitsbeauftragte, Personalverantwortliche

1. Quartal 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Berlin)

FB 3.3 Arbeitsgestaltung bei psychischen Belastungen; Stress

Betriebliche Gesundheitsförderung zur Prävention arbeitsbedingter Erkrankungen - eine Aufgabe des Betriebsarztes. Von der Planung bis zur Evaluation

Seminar

Arbeits- und Betriebsmediziner, Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Sicherheitsbeauftragte, Betriebs- und Personalräte, Führungskräfte, Dozenten und Seminarleiter

25./26. Februar 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Berlin)

FB 3.2 Methoden der Prävention, Sozialer Arbeitsschutz

Muskel-Skelett-Erkrankungen in der arbeitsmedizinischen Untersuchungspraxis

Seminar

Betriebsärzte, Arbeitsmediziner, Ärzte in Weiterbildung, arbeitsmedizinisch interessierte Ärzte anderer Fachdisziplinen

3./4. März 2005; 14./15. Oktober 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dortmund; Dresden)

FB 3.4 Arbeitsgestaltung bei physischen Belastungen, Muskel-Skelett-Erkrankungen

Gewalttätige Übergriffe auf Mitarbeiter/innen

„Dresdner Treffpunkt Sicherheit und Gesundheitsschutz“ (halbtägige Vortragsveranstaltung)

Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Gewerbeaufsichtsbeamte, Aufsichtspersonen der Berufsgenossenschaften, Führungskräfte sowie Betriebs- und Personalräte in gewaltgefährdeten Beschäftigungsbereichen; sonstige am Thema Interessierte

09. März 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dresden)

FB 3.3 Arbeitsgestaltung bei psychischen Belastungen, Stress

Verantwortung der Bauherren für den Arbeitsschutz auf Baustellen

„Dresdner Treffpunkt Sicherheit und Gesundheitsschutz“ (halbtägige Vortragsveranstaltung)

Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Bauherren, Architekten und Ingenieure

16. März 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dresden)

FB 3.5 Branchenschwerpunkte

**Selbstregulation im Arbeitsleben. Potentiale für Stressprävention und Stressbewältigung
(Projekt F 1907)**

Abschlusspräsentation

FachexpertInnen, Wissenschaftler, Arbeits- und Betriebsmediziner, Sicherheitsbeauftragte, Personalverantwortliche

2. Quartal 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Berlin)

FB 3.3 Arbeitsgestaltung bei psychischen Belastungen; Stress

Das Deutsche Netzwerk zum „Work Ability Index“ – ein Beitrag zum Erhalt und zur Förderung der Arbeitsfähigkeit älterer und älter werdender Arbeitnehmer (Projekt F 1916)

Fachveranstaltung

FachexpertInnen, Wissenschaftler, Arbeits- und Betriebsmediziner, Sicherheitsbeauftragte, Personalverantwortliche

2. Quartal 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Berlin)

FB 3.3 Arbeitsgestaltung bei psychischen Belastungen; Stress

Zeitweilige Arbeiten auf hochgelegenen Arbeitsplätzen

„Dresdner Treffpunkt Sicherheit und Gesundheitsschutz“ (halbtägige Vortragsveranstaltung)

Unternehmer, Führungskräfte, Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Sicherheitsbeauftragte, Angehörige von Aufsichtsbehörden

13. April 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dresden)

FB 3.5 Branchenschwerpunkte

Arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen in sechs Ländern der Europäischen Union; Ziele, Vorgehensweisen, Zukunftsperspektiven

Workshop

Arbeits- und Betriebsmediziner, Gewerbeärzte, arbeitsmedizinisches Assistenzpersonal, Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Gewerbeaufsichtsbeamte, Aufsichtspersonen der Berufsgenossenschaften, betriebliche Führungskräfte, Betriebs- und Personalräte, Sicherheitsbeauftragte

13. April 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Berlin)

FB 3.2 Methoden der Prävention, Sozialer Arbeitsschutz

Einsatz von EDV-Techniken in der betriebsärztlichen Praxis

Seminar

Arbeits- und Betriebsmediziner, Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Sicherheitsbeauftragte, Betriebs- und Personalräte, Führungskräfte, Dozenten und Seminarleiter

15./16. April 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Berlin)

FB 3.2 Methoden der Prävention, Sozialer Arbeitsschutz

Präsentation der Ergebnisse "INQA - Gute Praxisbeispiele zur Vermeidung physischer und psychischer Fehlbelastungen"

Fachkonferenz

Projektteilnehmer der INQA-Projekte, Verantwortliche im Arbeits- und Gesundheitsschutz, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter, betriebliche und gesellschaftliche Interessenten

April 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Berlin)

FB 3.3 Arbeitsgestaltung bei psychischen Belastungen; Stress

FB 3.4 Arbeitsgestaltung bei physischen Belastungen, Muskel-Skelett-Erkrankungen

Good practice-Modell in der Kranken- und Altenpflege: "Rückengerechter Patiententransfer"

Workshop

Präventionsbeauftragte der Kranken- und Unfallkassen, Pflegedienstleitungen, Führungskräfte in Krankenhäusern und Altenheimen, Betriebsärzte und Sicherheitsfachkräfte, Weiterbildungsbeauftragte, Pflegekräfte

19. April 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Berlin)

FB 3.4 Arbeitsgestaltung bei physischen Belastungen, Muskel-Skelett-Erkrankungen

Gefährdungsbeurteilung – Erfahrungen, Hilfsmittel

„Dresdner Treffpunkt Sicherheit und Gesundheitsschutz“ (halbtägige Vortragsveranstaltung)

Unternehmer, Führungskräfte, Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Betriebs- und Personalräte, Sicherheitsbeauftragte, Aufsichtspersonen der Berufsgenossenschaften, Gewerbeaufsichtsbeamte

18. Mai 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dresden)

FB 3.2 Methoden der Prävention, Sozialer Arbeitsschutz

FB 2.2 Produkte, mechanische und elektrische Sicherheit

Praxisorientiertes Methodeninventar zur Vermeidung von Fehlbelastungen des Muskel-Skelett-Systems

Seminar

Alle Beteiligten im betrieblichen Arbeitsschutz

08. Juni 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Berlin)

FB 3.4 Arbeitsgestaltung bei physischen Belastungen, Muskel-Skelett-Erkrankungen

Präsentation der Ergebnisse „INQA in der Bauwirtschaft“

Fachkonferenz

Beschäftigte im Baugewerbe und Baunebengewerbe, Gewerbeaufsicht, Sicherheitsfachkräfte, Personalverantwortliche, Arbeits-Betriebsmediziner

3. Quartal 2005

N.N.

FB 3.5 Branchenschwerpunkte

INQA - Transferforum 2005, Darstellung erfolgreicher Praxisansätze der Initiative Neue Qualität der Arbeit

N.N.

Personalverantwortliche, Krankenkassen, KMUs, Arbeits- und Betriebsmediziner, Organisatoren der Weiterbildung auf betrieblicher und außerbetrieblicher Ebene,

3. Quartal 2005

N.N.

FB 3.1 Arbeitsschutzorganisation, Qualifizierung

Psychologische Bewertung von Arbeitsbedingungen – Screening für Arbeitsplatzinhaber (BASA): Verfahrensschulung

„Dresdner Treffpunkt Sicherheit und Gesundheitsschutz“ (ganztägige Vortragsveranstaltung)

Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Betriebsärzte, Betriebsräte, Sozialarbeiter

07. September 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dresden)

FB 3.3 Arbeitsgestaltung bei psychischen Belastungen, Stress

Betriebsepidemiologische Untersuchung zur Prävalenz von Erkrankungen und Beschwerden der oberen Extremität an Büroarbeitsplätzen

Projektbericht

Arbeitsmediziner, Betriebsärzte, Epidemiologen, interessierte Ärzte anderer Fachdisziplinen

14. September 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Berlin)

FB 3.4 Arbeitsgestaltung bei physischen Belastungen, Muskel-Skelett-Erkrankungen

Arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung in Handwerksbetrieben - erfolgversprechend verhandeln, argumentieren und beraten

Seminar

Arbeits- und Betriebsmediziner, Fachkräfte für Arbeitssicherheit

21./22. Oktober 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Berlin)

FB 3.2 Methoden der Prävention, Sozialer Arbeitsschutz

Internationale Fachtagung "Organisational Psychology and Health Care"

Konferenz

Wissenschaftler, Arbeits- und Betriebsmediziner, Sicherheitsbeauftragte, Personalverantwortliche,

Oktober 2005

Ausrichtung der Tagung zusammen mit der TU Dresden

FB 3.3 Arbeitsgestaltung bei psychischen Belastungen; Stress

Work-related upper limb disorders - occupational risks, epidemiology, strategies of prevention, challenges

Symposium

Experten auf dem Gebiet arbeitsbedingter Erkrankungen der oberen Extremität, Betriebsärzte, Arbeitsmediziner, interessierte Ärzte anderer Fachdisziplinen, Fachkräfte für Arbeitssicherheit

18./19. November 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Berlin)

FB 3.4 Arbeitsgestaltung bei physischen Belastungen, Muskel-Skelett-Erkrankungen

Betriebsärztliche und sicherheitstechnische Betreuung von KKB auf der Basis des neuen Rahmenkonzeptes des HVBG

Workshop

Arbeits- und Betriebsmediziner, Gewerbeärzte, Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Gewerbeaufsichtsbeamte, Aufsichtspersonen der Berufsgenossenschaften, betriebliche Führungskräfte, Betriebs- und Personalräte, Sicherheitsbeauftragte, Betriebsinhaber

23. November 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Berlin)

FB 3.2 Methoden der Prävention, Sozialer Arbeitsschutz

Beanspruchung bei Telearbeit und gesundheitliche Auswirkungen unter Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Unterschiede (Projekt F 1999)

Informationsveranstaltung

FachexpertInnen, Wissenschaftler, Arbeits- und Betriebsmediziner, Sicherheitsbeauftragte, Personalverantwortliche, Gendernetzwerke

4. Quartal 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Berlin)

FB 3.3 Arbeitsgestaltung bei psychischen Belastungen; Stress

5. Erfahrungsaustausch Koordination nach BaustellIV

„Dresdner Treffpunkt Sicherheit und Gesundheitsschutz“ (ganztägige Vortragsveranstaltung)

Koordinatoren, Lehrgangsträger für die Fort- und Weiterbildung von Koordinatoren, Verbände, Vereine, Kammern

Termin wird noch bekannt gegeben

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dresden oder Berlin)

FB 3.5 Branchenschwerpunkte

Baustelleneinrichtung – Instrumente und Handlungshilfen für KMU (Projekt F 1819)

Workshop

Beschäftigte im Baugewerbe, Gewerbeaufsicht, Sicherheitsfachkräfte

4. Quartal 2005

N.N.

FB 3.5 Branchenschwerpunkte

■ Fachbereich 4 – Sicherheit und Gesundheit bei chemischen und biologischen Arbeitsstoffen

Einfaches Maßnahmenkonzept zur Umsetzung der neuen Gefahrstoffverordnung

Workshop (INQA – TIK)

Vertreter der KMU, staatliche Aufsichtsbehörden, Berufsgenossenschaften

Frühjahr 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dortmund)

FG 4.6 Umgang mit Gefahrstoffen

Gefahrstoffrecht aktuell

„Dresdner Treffpunkt Sicherheit und Gesundheitsschutz“ (halbtägige Vortragsveranstaltung)
Unternehmer, Führungskräfte, Fachkräfte für Arbeitssicherheit, Aufsichtsbehörden, Betriebs- und Personalräte,
Beratungsunternehmen u. a. Interessierte
08. Juni 2005
Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dresden)
FB 4.6 Umgang mit Gefahrstoffen

Entwicklung eines Analyseverfahrens zur Bestimmung von Tetrachlorethen in der Ausatemluft (F 2005)

Informationsveranstaltung
interessierte Fachöffentlichkeit
2. Quartal 2005
Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Berlin)
FB 4.2 Innere Belastungen und systemische Wirkungen

Die neue Gefahrstoffverordnung

Informationsveranstaltung mit Workshops
Betriebliche Arbeitsschutzakteure, Führungskräfte, Unternehmer, Betriebs- und Personalräte, Gewerbeauf-
sichtsbeamte, Vertreter der Berufsgenossenschaften
2. Quartal 2005
Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dortmund)
FG 4.6 Umgang mit Gefahrstoffen

Ultrafeine Partikel in der Arbeitsumwelt

Informationsveranstaltung
Interessierte Fachöffentlichkeit, Arbeitsmediziner, Arbeitssicherheitsfachkräfte
3. Quartal 2005
Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Berlin)
FB 4.5 Wirkung von biologischen und chemischen Arbeitsstoffen

Biomonitoring – Auskunftssystem der BAuA

Informationsveranstaltung
Arbeitsmediziner, Betriebsärzte, interessierte Fachöffentlichkeit
4. Quartal 2005
Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Berlin)
FB 4.2 Innere Belastungen und systemische Wirkungen

Unterstützungskonzepte für KMU bei der Gefährdungsbeurteilung und Dokumentation stofflicher Belas- tungen

Workshop (INQA-TIK)
Vertreter der KMU, staatliche Aufsichtsbehörden, Berufsgenossenschaften
Quartal 2005
Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dortmund)
FG 4.6 Umgang mit Gefahrstoffen

3.2 DASA Veranstaltungen

„Waldemar Otto: Mensch und Maß“

Kunstaussstellung

Interessierte Öffentlichkeit

10. Oktober 2004 – 09. Januar 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dortmund)

DASA-Galerie

Hygiene (Arbeitstitel)

Eine Geschichte der Hygiene und öffentlichen Gesundheitsfürsorge in Europa

Ausstellung

Interessierte Öffentlichkeit

Dezember 2004 bis April 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin und Musée d'Histoire de la Ville de Luxembourg

DASA/ExCenter

Mobbing (Arbeitstitel)

Ausstellung

Interessierte Öffentlichkeit

Februar bis Mai 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dortmund) und Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt der Ev.

Luth. Kirche in Bayern (KDA)

DASA-Galerie

Cebit/Hannover

Messestand

Interessierte Öffentlichkeit

März 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dortmund)

Laser/München

Messestand

Fachleute

Juni 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dortmund)

„Macht Musik!“

Ausstellung

Interessierte Öffentlichkeit

August 2005 bis Januar 2006

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dortmund)

DASA-ExCenter

„Air and Space“

Kunstaussstellung

Interessierte Öffentlichkeit

Oktober bis Dezember 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dortmund)

DASA-Galerie

A+A/Düsseldorf

Messestand

Fachleute

Oktober 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dortmund)

Eigene u. Kooperationsveranstaltungen

Szenografie In Ausstellungen

V. Internationales Kolloquium

Museums- und Ausstellungsfachleute

Januar 2005

Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (Dortmund)

DASA

„Orchesterzentrum NRW“

Gemeinsame Einrichtung der Musikschulen NRW

6 Konzerte

Folkwang Hochschule, Essen

2 Konzerte

Internationaler Museumsstag 2005

Im Mai 2005

Aktionstag zu den Dortmunder Gesundheitstagen

Juli 2005

Begleitende Veranstaltungen zur Wechselausstellung „Macht Musik“

Ab August 2005

„Museumsnacht 2005“

September 2005

4. Programme, Initiativen, Kampagnen

4.1 Stand und Perspektiven der Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA)

Sicherheit, Gesundheit und Qualität der Arbeit sind die Voraussetzungen für „Wertschöpfung durch Wertschätzung“. Die Initiative Neue Qualität der Arbeit ist das dazu geschmiedete Bündnis der Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, der Kranken- und Sozialversicherungsträger, der Länder, der Bertelsmann- und der Hans-Böckler-Stiftung sowie des Bundes, speziell des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit. Diese Partner fanden vor drei Jahren in INQA zusammen, um von nun an „gemeinsam zu Handeln - jeder in seiner Verantwortung“. Es geht ihnen um die gemeinschaftliche Verwirklichung der Ziele Sicherheit, Gesundheit und Wettbewerbsfähigkeit, denn eine sichere und gesunde Arbeitswelt trägt ebenso zur Zukunftsfähigkeit unserer Unternehmen bei wie produktive Arbeitsplätze.

Die Initiative ist inzwischen über die Phasen Ankündigung, Strukturierung und erste Erfolge hinaus. Für die handelnden Akteure ist der Nutzen von INQA belegt. Die Strukturen mit Initiatorenkreis, Steuerkreis und Thematischen Initiativkreisen sind etabliert und arbeitsfähig. Dies zeigt sich auch an der Vielzahl der Veranstaltungen, die bisher unter dem INQA-Logo durchgeführt wurden und der gelungenen Etablierung der Markenstrategie in-qa.de. Die Ergebnisse der INQA-Umsetzungsprojekte sowie Beispiele Guter Praxis konnten über Nachnutzungsbörsen und die Cross-Media-Strategie einem breiten Anwenderkreis zugänglich gemacht werden.

Die zweite Phase der Umsetzungsprojekte läuft und wird in noch größerem Umfang als bisher in eigenständig nutzbare INQA-Produkte münden. Diese transferfördernden Modelllösungen werden über die INQA-Datenbank „Gute Praxis“, die Projektergebnisse über die Datenbank „Projekte“, im Rahmen des im August 2004 abgeschlossenen Internetrelaunches zugänglich gemacht. Dabei wird es darauf ankommen, Praxisbezug und Nutzbarkeit der Projektergebnisse weiter zu erhöhen. Die anstehende neue Projektrunde stellt eigenständige Transferlösungen in den Vordergrund. Beispielhaft dafür ist das in Vorbereitung befindliche Netzwerkprojekt (INQA in der Region) der Bertelsmann- und Hans-Böckler-Stiftung, zur Umsetzung des Berichtes der Expertenkommission „Betriebliche Gesundheitsförderung“.

In der zweiten Jahreshälfte 2005 wird die aktuelle Jahresschwerpunktkampagne 30,40,50plus beendet. Das geplante Transferforum wird die letzte und wichtigste Phase der Initiative einläuten: die Förderung und Herausbringung eigenständiger und nachhaltiger Umsetzungsaktivitäten. Die Aufgabenstellungen und Ergebnisse von INQA müssen in selbständigen Aktivitäten und Netzwerken umgesetzt werden, für die Trägerstrukturen und Modelllösungen zu entwickeln sind.

Projekte und Thematische Initiativkreise

Im kommenden Jahr 2005 werden zum drittenmal praxis- und umsetzungsorientierte Projekte im Rahmen von INQA gefördert. Die administrative und fachliche Betreuung der INQA-Projekte wird auch 2005 durch die BAuA wahrgenommen.

Die Förderschwerpunkte 2005 werden sich an den bereits in den vergangenen Jahren ausgewählten und entwickelten INQA-Handlungsfeldern orientieren. Weitere Themenbereiche werden nach Abstimmung im Initiatorenkreis hinzukommen; in Diskussion ist z. B. aktuell das Thema „Neue Arbeitsformen“. Transfer von Erkenntnissen sowie die Intensivierung der branchen- und regionenbezogenen Vernetzungsarbeit werden bei allen Projekten

im Vordergrund stehen. Außerdem werden im Rahmen der laufenden Kampagne 30,40,50plus demographiegerechte Arbeitsgestaltungslösungen gefördert werden können.

Die Thematischen Initiativkreise sind das Instrument, mit dem eine neue Qualität der Kooperation und damit die Umsetzung der INQA-Philosophie erreicht werden soll. Der Pflege und dem Ausbau der Thematischen Initiativkreise kommt deshalb die größte Bedeutung zu. Die BAuA wird auch 2005 die Weiterentwicklung der bestehenden und im Aufbau befindlichen Thematischen Initiativkreisen fachlich und organisatorisch intensiv mitgestalten.

Zu den Aufgaben der Thematischen Initiativkreise gehört es, den Austausch von Erkenntnissen und Gestaltungswissen unter den beteiligten Netzwerkpartnern zu intensivieren, Projekte von der Idee bis zur Umsetzung zu begleiten, innovative Nachnutzungskonzepte zu entwickeln und themenbezogene Veranstaltungen durchzuführen.

Liste der Thematischen Initiativkreise

- „Anwendungssicherheit bei chemischen Produkten – ein Beitrag zur nachhaltigen Chemie“
- „Fit für den Wettbewerb – Neue Wege für den Mittelstand“
- „Gestaltung von Arbeitssystemen“
- „Gesunde Pflege ohne Stress“
- „INQA-Netzwerk Baustelle“
- „Lebenslanges Lernen (LLL)“
- „Neue Qualität der Büroarbeit“
- „ProÄltere-Älterwerden in Beschäftigung“
- „Traumatische Ereignisse“
- „Vermeidung psychischer und physischer Fehlbelastungen“

Veranstaltungen 2005

Die BAuA-Frühjahrstagung 2005 wird sich um das INQA-Thema „Neue Qualität der Büroarbeit“ drehen. Ein großer Demographiekongress im Oktober 2005 wird die Schwerpunktkampagne 30,40,50plus beenden. Diese Schwerpunktkampagne wird mit Veranstaltungen, regionalen Presseaktionen und Medienkooperationen die Öffentlichkeitsarbeit des ersten Halbjahres bestimmen. Im September/Oktober 2005 wird mit dem Transferforum die Abschlussphase von INQA eingeläutet. Als anschließendes Jahresschwerpunktthema für die zweite Jahreshälfte wird das Thema neue Arbeitsformen diskutiert.

4.2 Modellprogramm des BMWA zur Bekämpfung arbeitsbedingter Erkrankungen

Das Modellprogramm zur Bekämpfung arbeitsbedingter Erkrankungen basiert auf der Bekanntmachung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom 14. Juni 1993 (Bundesanzeiger Jahrgang 45 Nr. 116 vom 26.06.1993: Bekanntmachung über die Förderung von Modellvorhaben zur Bekämpfung arbeitsbedingter Erkrankungen).

Arbeitsbedingte Erkrankungen sind Gesundheitsstörungen, die durch Arbeitsbedingungen ganz oder teilweise verursacht sind bzw. in ihrem Verlauf ungünstig beeinflusst werden können. Berufskrankheiten sind ein Teil der arbeitsbedingten Erkrankungen. Während die Aufgabe des klassischen Arbeitsschutzes in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Anfang der 90iger Jahre hauptsächlich auf die Verhütung von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten gerichtet war, geht der moderne Arbeitsschutz, wie auch in der EG-Rahmenrichtlinie 89/391 gefordert, über diese klassische Aufgabenteilung hinaus:

- Erweiterung des Auftrages der Träger der gesetzlichen Unfallversicherung auf die Verhütung arbeitsbedingter Erkrankungen
- Ausdehnung der betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Betreuung auf alle Betriebe und Arbeitnehmer
- Nutzung der Daten der Krankenkassen (und Unfallversicherungsträger) für die Gewinnung von Erkenntnissen über arbeitsbedingte Erkrankungen und Umsetzung der Erkenntnisse für die Prävention (§ 20 SGB V).

Mit dem Modellprogramm sollte ein Beitrag für die Vorbereitung und für erste Schritte bei der praktischen Umsetzung dieser erweiterten Aufgabenstellung geleistet werden. Die Bundesregierung stellt für das Modellprogramm seit 1993 Fördermittel bereit.

In der als Phase 1 des Modellprogramms bezeichneten Periode wurden im Zeitraum von 1993 bis zum Auslaufen des letzten Projektes Mitte 2000 insgesamt 10 Modellvorhaben durchgeführt und durch die Bundesregierung finanziell unterstützt. Über diese Vorhaben wurde ein Evaluationsbericht¹ verfasst.

Mit der Bekanntmachung vom 20. November 1997 (Bundesanzeiger Jahrgang 49 Nr. 223 vom 28.11.1997) trat das Förderprogramm in die Phase 2 ein. Zu diesem Zeitpunkt war bereits das Arbeitsschutzgesetz in Kraft, mit dem die Regelungen der EG-Rahmenrichtlinie 89/391 in deutsches Recht umgesetzt wurden. Darüber hinaus erhielten 1996 mit dem Sozialgesetzbuch SGB VII die Unfallversicherungen definitiv den erweiterten Präventionsauftrag. Zugleich wurde die Verpflichtung zur Zusammenarbeit mit den Krankenkassen (§§ 1 und 14 SGB VII) festgeschrieben. Parallel wurde im Sozialgesetzbuch SGB V der § 20 novelliert und die Pflicht der Krankenkassen zur Zusammenarbeit mit der Unfallversicherung bei der Gewinnung von Erkenntnissen zur Verhütung arbeitsbedingter Gesundheitsgefahren aufgenommen. Basierend auf diesem gesetzlichen Rahmen wurden mit entsprechender inhaltlicher Ausrichtung nunmehr 3 Modellprojekte gefördert. Mit ihrer Hilfe sollten modellhaft Grundlagen geschaffen werden für die Verbesserung der Zusammenarbeit von Krankenkassen untereinander sowie zwischen Unfallversicherungsträgern und Krankenkassen. Ziel war z. B. die Entwicklung und modellhafte Umsetzung von Konzepten für die Zusammenführung von Daten der verschiedenen Versicherungsträger („Integrationsprogramm Arbeit und Gesundheit IPAG“, „Arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren in der Bauwirtschaft – ArGO“ und „Verhütung arbeitsbedingter Gesundheitsgefahren im Entsorgungsbereich VerEna“).

Aus dem Wandel in der Arbeitswelt resultieren tiefgreifende Veränderungen der Arbeitsbedingungen, Belastungen und Beanspruchungen am Arbeitsplatz, die den Arbeitsschutz und die Arbeitsorganisation vor neue Herausforderungen stellen. Die Arbeitsschutzgesetzgebung trägt dem Wandel in der Arbeitswelt durch eine hohe

¹ Thomas Elkeles, Arno Georg: Bekämpfung arbeitsbedingter Erkrankungen. Evaluation eines Modellprogramms. Juventa Verlag Weinheim und München, 2002

Flexibilität der Arbeitsschutzvorschriften Rechnung. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) will darüber hinaus auch künftig mit dem Modellprogramm dazu beitragen, die durch die Bedingungen, Belastungen und Beanspruchungen bei der Arbeit hervorgerufenen Gesundheitsgefahren und Erkrankungen zu reduzieren. Deshalb werden im Rahmen des Modellprogramms systematisch schwerpunktbezogene Initiativen gefördert, die modellhaft Konzepte entwickeln, erproben und Voraussetzungen für ihre nachhaltige Umsetzung schaffen, mit deren Hilfe in der betrieblichen Praxis insbesondere der Klein- und Mittelbetriebe systematisch arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren bekämpft und die Entstehung arbeitsbedingter Erkrankungen vermieden werden kann. Das Programm knüpft dazu an die aktuellen Ergebnisse der Arbeitsschutzforschung sowie die Ergebnisse aus den Modellvorhaben selbst an und unterstützt den Wissens- und Technologietransfer in die Unternehmen.

In diesem Kontext begann mit der Bekanntmachung vom 21. Februar 2000 (Bundesanzeiger Jahrgang 52, Heft 42 vom 01.03.2000) die Phase 3 des Modellprogramms. Unter Bezug auf diese Bekanntmachung werden seitdem Förderschwerpunkte ausgeschrieben, in deren Ergebnis Sicherheit und Gesundheit der abhängig Beschäftigten verbessert, der krankheitsbedingte Ausfall der Arbeitskraft reduziert, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen positiv beeinflusst und die durch arbeitsbedingte Erkrankungen bedingten volkswirtschaftlichen Kosten insgesamt gesenkt werden sollen.

Förderschwerpunkte werden in der Regel jährlich neu ausgeschrieben. Sie orientieren sich inhaltlich an den jeweils aktuellen Entwicklungen in der Arbeitswelt und dem daraus entstehenden Handlungsbedarf auf den Gebieten Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit. Basierend auf der Ausschreibung der Förderschwerpunkte werden Modellvorhaben mit einer Laufzeit von bis zu 3 Jahren gefördert.

Die Themen werden jeweils aktuell im Bundesanzeiger sowie auf der Website des BMWA (<http://www.bmwa.bund.de/Navigation/Arbeit/arbeitsschutz.html>) und der BAuA (<http://www.baua.de>) veröffentlicht.

Förderschwerpunkt 2000

Ziel dieses Schwerpunktes (Ausschreibung vom 21. Februar 2000, Bundesanzeiger Jahrgang 52 Nr. 42 vom 01.03.2000) war die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Call Centern. Das spezielle Bundesinteresse für den Förderschwerpunkt „Call Center“ lag darin begründet, dass es sich um einen stark expandierenden Wirtschaftsbereich mit komplexen Anforderungen an die Beschäftigten handelt, aus denen neue gesundheitliche Risiken, insbesondere durch psychomentele Belastungen, resultieren. Über den Zeitraum von insgesamt 2 Jahren wurden zwei bundesweit vernetzte Kooperationsprojekte gefördert („CCall – erfolgreich und gesund arbeiten im Call Center“ und „Ver-T-iCall – Öffentliche Beratungsdienste – vom Call-Center zur Service- und Informationsagentur“). Neben speziellen Produkten wurde für die betriebliche Praxis eine modulare Handlungshilfe für Call-Center der gewerblichen Wirtschaft und Service-Center der öffentlichen Verwaltung publiziert (<http://www.baua.de/prax/handlungshilfe-callcenter.htm>).

Förderschwerpunkt 2001

Basierend auf der Ausschreibung vom 25. April 2001, Bundesanzeiger Jahrgang 53 Nr. 86 vom 09.05.2001 wird als Verbundprojekt ein Modellvorhaben gefördert, das Konzepte entwickelt und erprobt, um das Thema Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit bereits in der Phase der Existenzgründungen bei den Existenzgründern selbst und in ihrer künftigen Rolle als Arbeitgeber zu verankern. Die Schwerpunkte des Projektes lagen bei Existenzgründern im Hochschul- und Dienstleistungsbereich sowie im Handwerk. Das Verbundprojekt „Existenzgründung - Gesund und sicher starten (GUSS)“ wurde im November 2004 abgeschlossen.

Förderschwerpunkt 2003

Neue Anforderungen an den Arbeitsschutz erfordern auch veränderte Einstellungen und Vorgehensweisen in den Unternehmen. Gesundheits- und Arbeitsschutz tragen zu einem verbesserten Gesundheitszustand und damit zur Steigerung von Motivation und Leistungsfähigkeit der Beschäftigten bei und unterstützen damit die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Daher wurde in den Mittelpunkt dieses Förderschwerpunktes (Ausschreibung vom 18. März 2003, Bundesanzeiger Jahrgang 55 Nr. 61 vom 28.03.2003) die Implementation einer nachhaltigen Arbeits- und Gesundheitspolitik im Unternehmen gestellt. Die geförderten Modellvorhaben sollen ein Vorgehen entwickeln und erproben, das dazu beiträgt, eine neue Arbeits- und Gesundheitspolitik zielstrebig und dauerhaft in die Philosophie, die Organisation, die Kultur und die Prozessabläufe von Klein- und Mittelunternehmen zu implementieren. Weiterhin sollen die positiven Auswirkungen einer solchen Arbeits- und Gesundheitspolitik auf die Verbesserung der internen Unternehmensprozesse, die Wettbewerbsfähigkeit und den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen verdeutlicht werden. Seit August 2003 wird das Verbundvorhaben „Nachhaltige Arbeits- und Gesundheitspolitik im Unternehmen NAGU“ mit einer Projektlaufzeit von insgesamt 3 Jahren gefördert. Das Modellvorhaben „Unternehmensgewinn durch betriebliche Gesundheitspolitik – UbeG“, das speziell im Handwerksbereich angesiedelt ist, wurde zum 1. August 2004 ebenfalls für einen Zeitraum von 3 Jahren bewilligt.

Mit Wirkung vom 01. September 2003 übertrug das BMWA der BAuA neben der seit Anbeginn des Förderprogramms wahrgenommenen Aufgabe der fachlichen Begleitung der Modellvorhaben auch die Aufgabe der gesamten Projektadministration und der technischen Abwicklung. Die fachliche Koordinierung dieser Aufgabe nimmt die Gruppe 3.2 wahr, die verwaltungstechnischen Angelegenheiten die Gruppe Z 4. Die inhaltliche Ausrichtung der Förderschwerpunkte geschieht weiterhin gemeinsam durch BMWA und BAuA.

Förderschwerpunkt 2004

Das BMWA reagiert mit diesem Förderschwerpunkt (Bekanntmachung vom 26. Mai 2004, Bundesanzeiger Nr. 105 vom 08. Juni 2004) auf die öffentliche Diskussion über den demografischen Wandel und seine Auswirkungen auf die Arbeitswelt. Im Mittelpunkt steht die Berufsgruppe der Lehrerinnen und Lehrer, die bei ihrer Arbeit einer hohen psychomentalen Belastung unterliegen. Unter dem Titel „LANGE LEHREN – Gesundheit und Leistungsfähigkeit im Lehrerberuf erhalten und fördern“ sollen beispielhaft innovative und praxistaugliche Wege aufgezeigt und evaluiert werden, um die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Pädagogen zu erhalten und zu verbessern. Um dem Trend eines häufig aus gesundheitlichen Gründen vorzeitigen Ausscheidens aus dem Arbeitsleben entgegen zu wirken, sollen die Konzepte so gestaltet werden, dass sie grundsätzlich auch auf andere Berufsgruppen mit ähnlicher Belastungsstruktur übertragen werden können. Ein Verbundprojekt wird noch im Jahre 2004 bewilligt.

Förderschwerpunkt 2005

Die Ausschreibung des Förderschwerpunktes 2005 befindet sich in Vorbereitung.

5. Interne Infrastrukturprojekte

5.1 Einführung der Kosten-Leistungsrechnung in der BAuA

Die Einführung betriebswirtschaftlicher Steuerungsinstrumente in der Bundesverwaltung ist ein herausgehobenes Ziel der Bundesregierung, niedergelegt im Programm „Moderner Staat - Moderne Verwaltung“ vom Dezember 1999.

Vor diesem politischen Hintergrund sowie auch im Hinblick auf die Vorgaben des § 7 BHO in Verbindung mit der VV zu § 7 BHO hat die BAuA ein Projekt zur Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung durchgeführt (2001 bis 2003).

Seit dem 01.01.2004 ist die KLR im Wirkbetrieb.

Ziel der KLR ist, die Kosten und Leistungen der Bundesanstalt systematisch und nachhaltig zu erfassen und transparent zu machen. Die mit Hilfe der KLR ermittelten Daten sind Grundlage für ein operatives und strategisches Controlling, sie bieten die Möglichkeit des internen und externen Leistungsvergleichs (Benchmarking) und tragen somit zu einer zielorientierten und effizienten Ressourcensteuerung bei.

KLR ist produktbezogen und daher auch Grundlage für eine outputorientierte Haushalts- und Kostenplanung.

Die im Rahmen des Berichtswesens aufbereiteten Daten dienen zum einen der Leitung der Bundesanstalt als Steuerungsinstrument (Quartalsberichte) und zum anderen aber auch als Steuerungshilfe für die Bereichs- und Gruppenleiter zur operativen Umsetzung strategischer Ziele (Kostenträger-, Kostenstellenberichte, BAB).

Die Erfassung und Verarbeitung der KLR-Daten erfolgt mit Unterstützung des integrierten Managementsystems MACH M1.

Um in bestimmten Anwendungsbereichen einen schnellen und flächendeckenden Zugriff zu gewährleisten wurde das System um weitere MACH Web Komponenten erweitert (MACH Web Zeiterfassung; MACH Web Marktplatz).

Das integrierte Managementsystem M1 umfasst insgesamt zehn Module:

1. Haushalt (Duales Buchführungssystem)
2. Beschaffung, Lager/Materialwirtschaft (Web Ergänzung s. o.)
3. Vergabeverfahren / VOL
4. Anlagenwirtschaft
5. Kosten- und Leistungsrechnung
6. Überführungsrechnung
7. Arbeitszeiterfassung (Web Ergänzung s.o.)
8. Leistungsmengenerfassung
9. Auswertungen (Berichtswesen)
10. F-15-Schnittstelle zum HKR-Verfahren.

In enger Abstimmung mit der Projektleitung und den davon betroffenen Organisationseinheiten (Haushalt, Beschaffungsstelle, Informationstechnik etc.) ist von der MACH AG ein Implementierungs- und Schulungskonzept erstellt und umgesetzt worden.

Die Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist in Anlehnung an den Projektplan zeitnah mit der KLR-Einführung in den jeweils betroffenen Bereichen und an allen Standorten der Bundesanstalt durchgeführt worden.

Damit ist der erste Projektabschnitt – Einführung der KLR – erfolgreich abgeschlossen. Es geht in einem sich nunmehr anschließenden zweiten Projektabschnitt um die Anpassung der eingeführten Produktstruktur an die sich aus der Praxis ergebenden Erfordernisse sowie deren Angleichung an die neu gefassten strategischen Ziele der BAuA. Ferner sollen Ergebnisse der bevorstehenden Evaluation der Bundesanstalt in das KLR-Fachkonzept aufgenommen werden. Für diesen Zweck hat der Lenkungsausschuss KLR eine Koordinierungsgruppe eingesetzt, die ihre Arbeit mit einer konstituierenden Sitzung am 10. September 2004 aufnehmen wird.

Der zweite Projektabschnitt (2004 – 2006) beinhaltet neben der Aktualisierung und Fortschreibung des KLR-Fachkonzeptes noch insbesondere die sukzessive Einführung und die Vervollständigung des integrierten Managementsystems.

Die Module Lager-/Materialwirtschaft, Vergabeverfahren VOL sowie die F-15 Z Schnitt- und Rückschnittstelle zum HKR-Verfahren des Bundes werden sukzessive in Betrieb genommen. Ferner ist bis Ende 2005 die Anbindung an die Vergabeplattform des Beschaffungsamts des BMI über eine entsprechende Schnittstelle geplant.

Das integrierte Managementsystem M1 soll bis Ende 2006 durch ein Dokumentenmanagementsystem (DMS) ergänzt und vervollständigt werden.

5.2 Projekt "Einführung von Personalentwicklung" in der BAuA

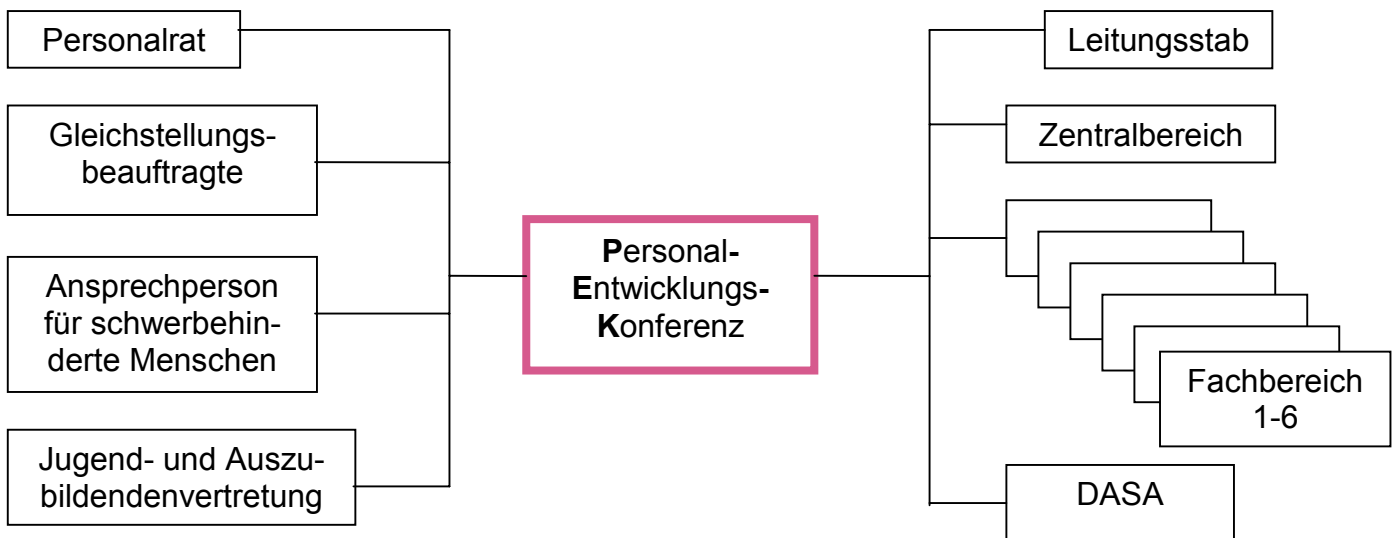
Das Projekt „Einführung von Personalentwicklung in der BAuA“ läuft seit 10/2001. Grundlage ist ein offenes Konzept, das immer weiterentwickelt und an die aktuellen Situationen angepasst werden soll. Dabei stehen im Mittelpunkt:

- die individuelle Entwicklung der Beschäftigten,
- die Entwicklung einzelner Teams/Gruppen und
- die Entwicklung der Behördenkultur.

Die Federführung des Projekts liegt bei Z1, die Steuerung übernimmt die Personal-Entwicklungs-Konferenz (PEK). Die Mitglieder haben die Aufgabe, den Prozess der Einführung der Personalentwicklung zu begleiten und die Ergebnisse an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der jeweiligen Organisationseinheit weiter zu geben. Gleichzeitig bringen sie Fragen und Anregungen aus den Organisationseinheiten in das Gremium ein.

Seit Januar 2004 gibt es eine „Vereinbarung über das Projekt zur Einführung der Personalentwicklung in der BAuA“.

Struktur der Personal-Entwicklungs-Konferenz



Die konzeptionelle Entwicklung einzelner Bausteine übernehmen Arbeitsgruppen:

Mitarbeitergespräch <i>Status: abgeschlossen</i>	Mitarbeitergespräche sollen bis zum 31.10. jeden Jahres durchgeführt worden sein.
Leitbildentwicklung <i>Status: abgeschlossen</i>	Seit Ende 2003 liegt ein Leitbild der BAuA vor.
Dienstliche Fortbildung <i>Status: abgeschlossen</i>	Auf Basis der Beurteilungsrichtlinien des ehemaligen BMA wurde ein Leitfaden erarbeitet. Die Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit damit zunächst abgeschlossen. Seit Anfang 2004 gelten im Geschäftsbereich des BMWA einheitliche Richtlinien. Die Anwendung dieser Richtlinien beginnt mit dem ersten Stichtag am 1.4.2005.
Einführung neuer Mitarbeiter/innen <i>Status: abgeschlossen</i>	Für die Einführung neuer Mitarbeiter/innen liegt eine Informationsmappe vor. Darüber hinaus werden ca. 2x jährlich Informationsveranstaltungen durchgeführt.
Qualifizierung/Fortbildung <i>Status: laufend</i>	Der Entwurf eines Fortbildungskonzeptes liegt vor und wird 2005 weiter bearbeitet.
Personalauswahl <i>Status: laufend</i>	Z1 erarbeitet Vorlagen und Arbeitsschritte, die mit einer Arbeitsgruppe abgestimmt werden. 2005 soll ein Konzept zur systematischen Personalauswahl vorliegen.
Führungsfeedback <i>Status: Arbeitsgruppe wird noch eingerichtet</i>	
Personalführungsgrundsätze <i>Status: Arbeitsgruppe wird noch eingerichtet</i>	
Betriebliche Gesundheitsförderung <i>Status: Arbeitsgruppe wird noch eingerichtet</i>	

Weitere Planungen

Neben den laufenden Arbeitsgruppen soll 2005 der Baustein Führungskräftefeedback begonnen werden. Der Bearbeitungsbeginn der Bausteine „Personalführungsgrundsätze“ und „Gesundheitsförderung“ wird aus kapazitativen Gründen zurückgestellt.

Qualifizierungsmaßnahmen

Die Planungen 2005 werden sich an den drei Säulen der Personalentwicklung in der BAuA orientieren:

- *Individuelle Qualifizierung*
 - Fachfortbildungen
 - Inhouse-Angebote auf der Grundlage der Auswertung der Anlage D (Mitarbeitergespräche)

- *Teamqualifizierung/Teamcoaching*
 - Qualifizierung/Coaching von Gruppen und gruppenübergreifenden Teams

- *Qualifizierung von Zielgruppen*
 - z. B. Führungskräfte

5.3 Aufbau eines Qualitätsmanagementsystems in der BAuA

In öffentlichen Verwaltungen und Behörden auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene werden Fragen des Qualitätsmanagement in den letzten Jahren zunehmend diskutiert sowie Konzepte erprobt und umgesetzt. Das Programm der Bundesregierung „Moderner Staat-Moderne Verwaltung“ vom Dezember 1999 unterstützt diesen Prozess durch eine Reihe von Leitprojekten. Auch ist das Qualitätsmanagement eine Grundlage bei der Umsetzung der Strategie für die 2. Phase des Regierungsprogramms („Modernisierung der Bundesverwaltung“) vom Juni 2004.

Ziel eines Qualitätsmanagementsystems ist die Strukturierung und systematische Umsetzung von Qualitätsaktivitäten. Es stellt Instrumente und Techniken zur Verfügung, mit deren Hilfe die verschiedenen Aktivitäten in einem gemeinsamen Regelkreis von Planen, Umsetzen, Überprüfen und Handeln (sog. PDCA-Zyklus) eingebunden werden können.

Der Aufbau eines Qualitätsmanagementsystems wird nach einem Beschluss der Leitungsbesprechung seit Juli 2003 in der BAuA federführend durch die Gruppe L2 „Controlling, Veränderungsmanagement“ in enger Abstimmung mit dem Kreis der Wissenschaftlichen Leiter vollzogen.

Bis Ende 2004 wurden Verfahrensanweisungen für folgende Bereich erstellt bzw. mit deren Erstellung begonnen:

- Fremdforschung (erstellt)
- Eigenforschung (begonnen).

Dazu wurden Interviews und Schwachstellenanalysen mit einer verbundenen Ablauf-Optimierung durchgeführt. Die Verfahrensanweisungen enthalten neben dem dokumentierten Arbeitsablauf zusätzlich unterstützende Unterlagen wie z.B.

- Qualitätskriterien für die Entwicklung von Forschungsprojekten,
- Qualitätskriterien für die Umsetzung von Forschungsergebnissen,
- ein Bewertungsschema mit Entscheidungskriterien zur Beurteilung des besten Bewerbers bei der Fremdvergabe von Leistungen sowie
- sämtliche benötigten Formblätter.

Für 2005 ist nach dem Abschluss des Prozesses „Eigenforschung“ die Einbeziehung von 2 weiteren Prozessen geplant. Neben der Dokumentation von Verfahrensanweisungen steht die Einführung von internen Audits an.

Das interne Audit überprüft, ob die qualitätsbezogenen Prozesse und die Wirksamkeit des Qualitätsmanagementsystems gewährleistet ist. Darüber hinaus ist mit der Einführung eines internen Audits eine Ermittlung von Schwachstellen sowie eine Wirksamkeitsprüfung von Korrekturmaßnahmen verbunden.

Für die Gewährleistung einer reibungslosen Einführung von internen Audits sind zu diesem Thema Inhouse-Schulungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachbereiche geplant.